



Beiträge zur  
Sozialinnovation

Nr. 6

Beiträge zur Sozialinnovation

**Eliten und ihre Bedeutung  
in gesellschaftlichen  
Transformationsprozessen**

*Herausgegeben von  
Jens Aderhold*

ISSN 1610-7152

## Impressum

### Beiträge zur Sozialinnovation

ISSN 1610-7152

Herausgegeben vom

Institut für Sozialinnovation e.V.  
Postfach 12 01 22 \* 10591 Berlin  
Tel./Fax: +49 700-ISINOVA-1  
(+49 700-4746682-1)

Email: [info@isinova.org](mailto:info@isinova.org)

[www.isinova.org](http://www.isinova.org)

Redaktion: Dr. René John

Verlag: Eigenverlag

2009 © Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwertung, der Nachdruck, die Vervielfältigung durch Kopie, sind nur mit Zustimmung des Herausgebers gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge und Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Zitation: [Autor][Jahr]:[Titel]. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. [...]. Berlin: Institut für Sozialinnovation. [Downloadpfad, Datum]

# Inhaltsverzeichnis

|  |     |
|--|-----|
| Eliten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Defizitbehauptungen und wissenschaftlicher Reflexionserfordernisse .....  | 5   |
| <i>Jens Aderhold</i>   |     |
| Wieder gelesen: Zur ungebrochenen Aktualität Moscas und Paretos in der Elite-Diskussion.....   | 13  |
| <i>Hilke Rebenstorf</i>  |     |
| Das Leistungsprofil politischer Eliten<br>in der Mediendemokratie.....   | 25  |
| <i>Grit Straßenberger</i>  |     |
| Intellektuelle als Eliten? Eliten als Orientierungsgeber? – Ein Plädoyer für die Integration der<br>Intellektuellensoziologie in die Elitensoziologie..... | 37  |
| <i>Philipp Korom</i>   |     |
| Selbstbild und Selbstinszenierung der ökonomischen Elite<br>in autobiographischen Selbstdarstellungen.....   | 55  |
| <i>Renate Liebold</i>  |     |
| Elite – das sind die Mächtigen: Selbstverständnis und Elitenkonzept der deutschen Abgeordneten.....  | 69  |
| <i>Lars Vogel</i>  |     |
| Dreifach-Professionalisierung auf der lokalen Ebene - Neue Challenges im Elitehandeln<br>und ihre Legitimationsfolgen.....                                 | 97  |
| <i>Tobias Jaeck, Katrin Harm und Jens Aderhold</i>   |     |
| Gespaltene Eliten. Elitenwandel in Ostmitteleuropa (Polen, Tschechische Republik).....   | 121 |
| <i>Helmut Fehr</i>   |     |
| „Ihr werdet aufgefordert werden, mitzuwirken, an dem Wiedererblühen Eures Vaterlandes“.....  | 133 |
| <i>Tamara Scheer</i>   |     |
| Vermittlungs- und Vereinfachungserfordernisse im Elitehandeln im Kontext<br>sekundärer Folgeprobleme der modernen Gesellschaft.....                        | 141 |
| <i>Jens Aderhold</i>   |     |
| Autorenverzeichnis.....  | 159 |



# **Eliten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Defizitbehauptungen und wissenschaftlicher Reflexionserfordernisse**

Jens Aderhold

Eliten kommen wieder in Mode und zwar auf eine doch recht merkwürdige Art und Weise. Zunächst imponiert, mit welcher Vehemenz der Nachholbedarf hinsichtlich einer defizitär erlebten Eliteförderung angemeldet und in wirtschafts- und wissenschaftspolitische Programmatiken überführt wird. Diese weithin anschlussfähige Defizitthese wird durch eine zweite komplettiert, wobei diese in eine gänzlich andere Richtung zielt. Massenmedien, Umfrageinstitute und sich um das Gemeinwohl besorgte zeigende Politiker rücken Unternehmer und Manager als gnadenlose Abzocker oder Nieten in Nadelstreifen in das öffentliche Blickfeld. Selbst die ansonsten so untadelig bleibende, staatlich alimentierte und abgesicherte Professorenschaft wird als faul und auf lukrative Nebeneinkünfte abzielend entlarvt. Komplettiert wird die weiter an Schärfe zunehmende Eliteschelte durch immer wieder aufblitzende Skandale von Politikern, von Intellektuellen, Künstlern und Vertretern der massenmedial produzierten Prominenz.

Während diese beiden Defizitbefunde aus den Logiken wirtschaftspolitischer und massenmedialer Rationalitäten heraus erklärt werden können, wirkt die dritte These insofern besorgniserregend, als hier die Ergebnisse aus wissenschaftlichen Studien abgelesen werden können und insofern ernst genommen werden können. Aufgezeigt wird nicht nur eine sich weiter ausweitende Distanzierung in den Ungleichheitsverhältnissen, sondern ein hiermit in Verbindung stehender Mechanismus, der auf die in allen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffenden Selbstrekrutierungsprozesse moderner Eliten hindeutet.

Nahe liegend scheint somit die Frage, ob und in welchen Hinsichten die gesellschaftliche Produktion von Eliten überhaupt noch vorangetrieben werden sollte, da die Prozesse der Eliterekrutierung nicht nur undurchsichtig gebaut und mit delegitimierenden Effekten einhergehen. Mit den vorhandenen Eliten ist man nicht zufrieden. Zudem ist man bestrebt, die Basis derer zu vergrößern, die zu Eliten gerechnet werden können, zudem soll durch wirtschaftspolitische und wissenschaftspolitische Maßnahmen deren Leistungsvermögen gesteigert werden, um im gleichen Atemzug den Gleichheits- und Gerechtigkeitserwägungen Genüge zu tun, in dem die Selbstreproduktion anprangert und diese zugleich forciert.

Der Problemzuschnitt, von dem aus diese widersprüchlichen Rufe immer wieder ausgehen, bleibt folglich mehr als nebulös. Hinzu kommt die Irritation, mehr Elite zu fordern, wenn doch schon unsere Gegenwartseliten ‚verkommen‘ und ‚unnützlich‘ sind. Ins Zentrum rückt somit die Frage, ob diese alltagsweltlich leicht anschlussfähigen Befunde nicht möglicherweise auf ein Defizit in der gesellschaftlichen und

das hieße dann auch in der wissenschaftlichen Reflexion über Eliten und deren Bedeutung zurückzuführen sind.

Das Erfordernis, einerseits den aktuellen Defizitbehauptungen und andererseits die besondere Bedeutung von Eliten für gesellschaftliche Wandlungsprozesse nachzuspüren und zu analysieren, wurde im Jahr 2007 im Rahmen einer Sektionssitzung auf der internationalen Tagung KCTOS: Wissen, Kreativität und Transformationen von Gesellschaften in Wien Rechnung getragen. Hierbei wurde u.a. von folgenden Fragen ausgegangen:

Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken die Institutionen der Elitebildung sowie die als Schließung diskreditierten Reproduktionsmodi, wobei bei einer derartigen Akzentuierung die Frage ungeklärt bleibt, was mit dem Begriff Elite überhaupt bezeichnet wird. Wie sich schnell zeigen dürfte, ist diese Frage nicht nur für akademische Zwecke bedeutsam.

Die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Eliten ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Es wird die Frage möglich, an welchen Stellen diese Defizitthese(n) ihre Begründung(en) findet. Folgen wir hier möglicherweise einer massenmedial wirksamen Modewelle, die auf die Inszenierung von Schuldigen für eine als prekär wahrgenommene Lage setzt, oder haben wir es mit modernen, säkularisierten Versionen diesseitiger Attributionen von Heilserwartungen zu tun?

Zudem liegt die Frage nahe, ob Eliten in einer sich beschleunigenden, komplexen und dynamischen Gesellschaft letztlich zum Lückenbüßer offensichtlich zunehmender gesellschaftlicher Koordinations-, Effizienz- und Steuerungsdefizite werden.

Zudem wäre zu fragen: Welche Bedeutung haben Eliten überhaupt noch; in der Gesellschaft, für einzelne Bereiche der Gesellschaft und bezogen auf die sich rasant beschleunigenden Wandlungsprozesse? Treten diese als Orientierungsgeber, als rein machtbezogen Handelnde in Erscheinung? Wirken Eliten als Taktgeber oder doch eher als Bremser? Oder sind Eliten letztlich nur ein Überbleibsel einer untergegangenen Gesellschaftsordnung, ohne Funktion, aber mit der Möglichkeit ausgestattet, die Reproduktion der gehobenen Schicht auszugestalten und überwachen zu können?

Bekanntlich fällt der Elitebegriff nicht nur vielschichtig, sondern auch uneindeutig aus. Zudem ist er ein Begriff, der auf mehrfache Weise belastet ist. Geblieben ist eine für öffentliche Meinungsbildung anschlussfähige Vorstellung über Eliten, die sich einspannt in einer Missfallen bereitenden Dimension zwischen einer Erwartungshaltung, die gesellschaftliche Prominenz bzw. Wirksamkeit vehement einfordert, um zugleich das Versagen auf der einen und die kaum zu ertragenden Privilegierungen auf der anderen Seite zu beklagen. Hinzu kommt eine auf die Produktion von Enttäuschungen hinauslaufende Verquickung der Kategorie der Machteliten mit dem Wunsch nach gesellschaftlich auffallender Wir-

kungskraft, Außergewöhnlichkeit bzw. Einzigartigkeit, die wiederum mit den Enttäuschungen über Staats- und Marktversagen beantwortet wird.

Nicht nur in diesen Hinsichten läuft eine wie immer geartete Elitetheorie Gefahr, im Fahrwasser vereinfachender Prämissen zu versinken. Das Elitekonzept eignet sich bestens als „Kategorie der naiven Wahrnehmung“ mit hoher Plausibilität (Krais 2001: 49). Genutzt werden vereinfachende Beschreibungsfolien (individuell zurechenbare Leistungen), wobei es dann nur noch um die richtigen positiven wie negativen Leistungszurechnungen geht und nicht mehr um deren generelle Stichhaltigkeit. Erschwerend kommt hinzu, dass wir noch immer über zu „wenig gesichertes Wissen über diesen exklusiven Personenkreis“ (Imbusch 2003: 14) verfügen, wobei genau die Angabe des Exklusivitätskriteriums zum Problem wird. Offen ist also, wer zur Elite oder zu den Eliten gezählt werden darf und worauf der Elitestatus eigentlich beruht, die tatsächlich in Anschlag zu bringende Machtbasis der Elitekonstitution und schließlich die Funktion von Eliten ist bisher unbestimmt geblieben.

So lohnt es, sich die aktuellen Zustände vor dem Hintergrund historischer Parallelen zu vergegenwärtigen. Wie *Hilke Rebenstorf* verdeutlicht, sind zwei unterschiedliche und darüber hinaus vertraute Positionen vom Mosca und Pareto hoch aktuell. Im Vergleich der Umbruchsituationen am ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert zeigen sich verblüffende Parallelen. Die industrielle Revolution des 19. wird durch die technische der computerbasierten Technologien forciert. Im Bereich des Politischen folgen auf die nationale Revolution des 19. Jahrhunderts vielfältigste transnationale Bündnisse, wobei all diese Entwicklungen weder konfliktfrei noch in Form linearer Modernisierung vonstattengehen. Wie reagiert nun die Eliteforschung auf diese Konstellationen? Der Befund fällt alles andere als erfreulich aus. Aktuell scheinen kaum Beiträge vorzuliegen, die klassischen Anforderungen in Form „einer Verbindung von empirischer Beschreibung, Reflektion politischer Notwendigkeiten und gesellschaftspolitischer Vision“ (Rebenstorf) genügen würden. Das Hauptproblem der aktuellen Eliteforschung ist neben der Beliebigkeit des begrifflichen Zuschnittes auch darin zu sehen, dass die Ziel- und Funktionsangaben fehlen.

Angeschnitten wird somit auch der noch immer unbestimmte Zuschnitt des Leistungsbegriffes. Zu fragen ist, von welchen Leistungen überhaupt gesprochen werden kann und auch, welche Definitionskriterien heranzuziehen sind und vor allem, wer hier mit welchen Festlegungen und mit welchen Folgen operiert. Die in der Sektion diskutierten Aspekte schließen somit nicht nur an die Diffusität des öffentlichen Elitediskurses an, sondern kennzeichnen das schon angemerkte Defizit der Elitentheorie. Wie der Beitrag von *Grit Straßenberger* verdeutlicht, muss man sich entscheiden, ob man den Leistungselitenbegriff eher als Variante einer liberalen Versöhnung von Elite und Demokratie in Form wettbewerblicher Auslese konzipieren möchte oder ob eher eine kritische Einstellung präferiert wird, die Leistungsverweise generell als ideologische Verschleierung der Reproduktion der herrschenden Klasse bzw. Schicht bezeichnen möchte.

Wie *Philipp Korom* mit seinem Plädoyer für eine Berücksichtigung von Intellektuellen als Teil-Elite herausstellt, erweitert sich die Liste begrifflicher Probleme um die Frage der Beschaffenheit eines objektiven Kriteriums zur Bestimmung gesellschaftlicher Eliten. Üblicherweise wird hier die institutionalisierte Macht herangezogen. Man unterstellt, nur derjenige, der die mit gehobenen Positionen einhergehenden Entscheidungskompetenzen für sich verbuchen kann, komme als Elite überhaupt in Betracht. Wie sich nicht nur zeigt, müssen sich begriffliche Schärfungen an theoretischen Erwägungen, aber auch und vor allem an empirischen Befunden orientieren.

Einen ersten Angriffspunkt könnte eine Differenzierung von Macht- und Positionselite liefern. Letztere, die ihren Wert vor allem aus forschungspragmatischen Relevanzkriterien zieht, blendet, wie *Lars Vogel* verdeutlicht, Aspekte von Selektion und Rekrutierung aus. Auch hier wird die Frage akut, „welche Kriterien für herausragende Leistungen“ herangezogen werden können. Wie am diskutierten Fall von Politik herausgestellt wurde, lässt sich eine „Trennung zwischen Funktion und Selektion nicht ohne weiteres aufrechterhalten“ (Vogel). Macht korreliert weniger mit den formalen Positionen, sie emergiert vielmehr in der erfolgreich geführten politischen Auseinandersetzung.

Eliten müssen sich ebenfalls mit einem sich verändernden Kontext des Lokalen auseinandersetzen. Wie der Beitrag von *Tobias Jaeck*, *Katrin Harm* und *Jens Aderbold* zeigt, entstehen im Zuge einer politischen Professionalisierung neue Legitimationsprobleme auch auf der lokalen Ebene. Insgesamt fällt auf, dass sich Professionalisierung verstärkt als Schließungsprozess darstellt. Das offenbart sich insbesondere in der Aneignung bestimmter Fertigkeiten im Amt, einer höheren Selbstwahrnehmung der Eliteposition, der parallelen Ausübung von alimentierten und ehrenamtlichen Mandaten und dem Aufbau von überlokalen Verflechtungsnetzwerken.

Wie sich auch andere Eliten erfolgreich in Szene setzen können und wie instruktiv hierbei Selbstbeschreibungen von Eliten sein können, wird in der von *Renate Liebold* vorgenommenen Analyse von Autobiographien sowie der Rekonstruktion der hier zum Einsatz gelangenden Semantik offensichtlich. Gewährt werden zunächst besondere Einblicke „in die Topographie symbolischer Sinnwelten und Ordnungen“. Hier kann nicht nur vorgeführt werden, welche „Formensprache“, „Strukturelemente“ und „Selbstdarstellungsgebärden“ einer zusehends stärker ins öffentliche ‚Bewusstsein‘ tretenden Wirtschaftseliten zum Einsatz gelangen. Ermöglich wird außerdem ein Einblick in die Formung spezifischen Elitehandelns, das darauf abstellt, die eigene Auserwähltheit in der Rekonstruktion besonderer Lebenswege eigens herausarbeiten zu müssen. Wie leicht Zweifel an diesen Erzählangeboten angebracht sind, muss nicht eigens betont werden, diese liefern die Autoren autobiographischer Selbstdarstellung zuweilen implizit, aber häufig unfreiwillig komisch selbst mit. Hiervon abgesehen, fällt auf, dass die Nah- und Fernwirkungen dieser ans soziale Gedächtnis gerichteten Selbststilierungen der Legiti-

mation der eigenen ‚Klasse‘ und wohl noch mehr den aktuellen neoliberalen gesellschaftlichen Leitsemantiken folgenreich zuarbeiten.

Nicht nur in dieser Hinsicht nähern wir uns der in der Sektionssitzung zentralen Frage nach der Bedeutung von Eliten im Allgemeinen und ihrer Relevanz in gesellschaftlichen Transformationsprozessen im Besonderen zu. Wie *Helmut Febr* in seinem Beitrag herausarbeitet, werfen neue Eliten in den Transformationsgesellschaften insbesondere zwei Fragen auf: erstens danach, welche Herkunftsmilieus und Handlungsorientierungen und zweitens welche Prozesse des Elitenwandels vor allem des von massiven Wandel betroffenen ostmitteleuropäischen Ländern auszumachen sind. Die vor allem an den Transformationsländern Polen und Tschechische Republik abzulesenden Ergebnisse verweisen vor allem auf eine Entprofessionalisierung der neuen Machteliten. Während von einer Repräsentation und einer hierdurch möglichen Vermittlung gesellschaftlicher Interessen kaum die Rede sein kann, müssen sich die politischen Konflikte vor allem an emotional und historisch aufgeladenen Perspektiven abarbeiten.

Auf ein anders geartetes Phänomen gesellschaftlicher Umbruchphasen, die mit einer Besetzung eines Landes oder einer Region einhergeht, geht *Tamara Scheer* ein, in dem sie den Blick die besondere Relevanz von Erwartungsbildungsprozessen lenkt. Es geht zunächst um Erwartungen und Vorstellungen, mit der sich eine heimische Elite durch die Präsenz einer ‚fremden‘ Besatzungsmacht konfrontiert geht. Vor allem interessieren die Strategien, mittels derer die Besatzer versuchen, die angetroffenen Eliten und die einheimische Bevölkerung in einem brauchbaren Sinne einzubinden. Wie sich in der Diskussion gezeigt hat, ist ein Vergleich historischer und aktueller Lagen besonders instruktiv. Gezeigt wird, dass es auf Dauer nicht gelingen kann, und das gilt für Österreich-Ungarn im Kontext des ersten Weltkrieges, wie heutzutage z. B. im Irak, Afghanistan oder Bosnien: „ein Besatzer kann die Verwaltung eines Landes ohne umfangreiche Hinzuziehung der Bevölkerung nicht aufrecht erhalten“ (Scheer). Vor allem wurde deutlich herausgearbeitet, wie langwierig, schwierig, aber zugleich hoch bedeutsam Elite-(neu-)bildungsprozesse in derartig prekären Umbrüchen anzusetzen sind.

All diese Befunde machen deutlich, dass künftige analytische Ausgangspunkte der Eliteforschung überdacht und vor allem an reflektierten gesellschaftlichen Problemlagen ausgerichtet werden müssen. Zur Kenntnis zu nehmen wäre in diesem Zusammenhang zunächst, dass im Zuge der sich durchsetzenden funktionalen Differenzierung die klassischen Oberschichten ihre angestammte gesellschaftliche Funktion verlieren. Dies ist dann der Fall, wenn „zentral liegende Einzelfunktionen, vor allem Politik, Religion und Wirtschaft, sich zu stärkerer Eigenständigkeit entwickeln und die Akteure zwingen, der Funktion (...) gegenüber den Regeln ihrer Gesellschaftsschicht den Vorzug zu geben“ (Luhmann 1993: 81). Die Primärform der Gesellschaft wird von Rang auf Funktion bzw. von Herkunftsbestimmtheit auf Entscheidungsbestimmtheit umgestellt (Luhmann 1985: 130). Stratifizierende Differenzierung ist zwar im-

mer noch möglich und relevant. Sie gerät aber zuweilen in eine untergeordnete Stellung, die funktional gerechtfertigt werden muss.

Sofern nun Eliten bzw. Oberschichten und Stratifikation zusammengedacht werden, kann zunächst festgehalten werden, dass Eliten in der funktional differenzierten Gesellschaft zwar als durchaus lebensrelevantes Nebenprodukt auffallen, diese haben aber keine gesellschaftliche Funktion mehr inne. Insofern überrascht es nicht, wenn sich nach wie vor zu viele verschiedenartige Phänomene sich im Begriff der Elite versammeln. Die äußerst heterogenen Vorstellungen über Eliten legen folglich einen multifunktionalen Begriff nahe, der aber empirisch, vergangenheits- und gegenwartsbezogen ausgearbeitet und fundiert werden muss (vgl. u. a. Baecker 2006; Dreitzel 1962; Keller 1991; Luhmann 1993; Mosca 1967; Nassehi 2004; Stammer 1965).

Die Problembearbeitung von Eliten setzt nicht mehr auf der Ebene der Gesamtgesellschaft an, sondern an Problemen, die auf anderen Bezugsebenen gesellschaftlichen Lebens entstehen und bearbeitet werden müssen. Die alle Phänomene übergreifende Spezialität von Eliten könnte darin gesehen werden, unvertrautes und unwahrscheinliches Funktionswissen zu ermitteln (vgl. hier und im Folgenden Aderhold 2007 sowie den Beitrag in diesem Band).

Erst in dieser Hinsicht fällt das Spezifikum des in vielen Facetten aufschimmernden Vermittlungsproblems auf, auf das hin Eliten funktional reagieren. Vor diesem Problemhintergrund kann eine neue (alle Teilfunktion übergreifende) Funktion von Eliten verortet werden. Eliten bedienen (mehr oder weniger erfolgreich) die Funktion, Bedingungen der Möglichkeit intransparent bleibender sozialer Prozesse unter wechselnden Umweltbedingungen zu ermitteln und so in den systemische Zumutungen ablehnenden Alltag zugleich sachbezogen und pragmatisch zu vermitteln. Erforderlich ist, dass für das jeweilige Vermittlungsproblem entsprechende Inszenierungsformate und Manifestationen gefunden werden können, um die Funktionserfordernisse der Sozialsysteme lebensweltlich abzubilden. Es geht hier also darum, dass die Funktionserfordernisse einzelner Systeme (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft usw.) als auch Erfordernisse, die sich aus unterschiedlichsten System/Umwelt-Differenzierungen ergeben, der Lebenswelt nicht lebensweltzerstörend mitgeteilt werden. Es geht mithin im Fall von Eliten nicht zuletzt um eine neue Ausrichtung der Vermittlung von Lebenswelt und System unter der Bedingung sich rasant verändernder gesellschaftlicher Verhältnisse.

Vor diesem Hintergrund lassen sich Konkretisierungen für empirische Beobachtungen vornehmen. In weiteren Schritten wird es somit erst einmal darum gehen müssen herauszuarbeiten, welche Probleme im Einzelnen aufscheinen, um auf dieser Grundlage das für eine an gesellschaftlichen Problemen entlang laufende Begriffsbildung erforderliche Differenzierungsvermögen anlegen zu können.

## **Literatur:**

- Aderhold, Jens (2007): Funktion von Eliten. In: Ders. und Olaf Kranz: Intention und Funktion: Probleme der Vermittlung psychischer und sozialer Systeme. VS-Verlag. S. 191-218.
- Baecker, Dirk (2006): Das Willkürhandeln von Persönlichkeiten. Die Integrationsfunktion von Eliten im Übergang zur Netzwerkgesellschaft. In: Münkler, Herfried/Straßenländer, Grit/Bohlender, Matthias (2006): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt am Main: Campus. S. 297-317.
- Dreitzel, Hans Peter (1962): Elitebegriff und die Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse. Stuttgart: Enke.
- Imbusch, Peter (2003): Konjunkturen, Probleme und Desiderata sozialwissenschaftlicher Elitenforschung. In: Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hg.) (2003): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen. Opladen: Leske + Budrich. S. 11-32.
- Keller, Suzanne (1991): Beyond the Ruling Class: Strategic Elites in Modern Society. New Brunswick/London: Transaction Publishers.
- Krais, Beate (2001): Die Spitzen der Gesellschaft. Theoretische Überlegungen. In: Dies. (Hg.): An der Spitze: Von Eliten und herrschenden Klassen. Konstanz: UVK. S. 7-62.
- Luhmann, Niklas (1985): Zum Begriff der sozialen Klasse. In: Ders. (Hg.): Soziale Differenzierung: Zur Geschichte einer Idee. Opladen: Westdeutscher Verlag: S. 119-162.
- Luhmann, Niklas (1993): Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Markowitz, Jürgen (2003): (Nicht) Ganz Einfach. Von den Schwierigkeiten des Phänomens ‚Vereinfachung‘. In: scientia halensis, Wissenschaftsjournal der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg 2/3: 29-30.
- Markowitz, Jürgen (2006): Funktionale Differenzierung und strukturelle Folgen. In: Ehrenspeck, Yvonne/Lenzen, Dieter (Hg.) (2006): Beobachtungen des Erziehungssystems. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 67-75.
- Mosca, Gaetano (1967): The Ruling class (Elementi di scienza politica). Ed. by Arthur Livingston. New York et al.: McGraw-Hill.
- Nassehi, Armin (2004): Eliten als Differenzierungsparasiten: Skizze eines Forschungsprogramms. In: Hitzler, Ronald/Hornbostel, Stefan/Mohr, Cornelia (Hg.) (2004): Elitenmacht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 25-41.
- Stammer, Otto (1965): Politische Soziologie und Demokratieforschung: Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie der Politik. Berlin: Duncker & Humblot.



# Wieder gelesen: Zur ungebrochenen Aktualität Moscas und Paretos in der Elite-Diskussion

Hilke Rebenstorf

## 1. *Einleitung*

Über Eliten wird wieder geredet und dies nicht nur aufgrund und seit der jüngsten Skandale um Steuerhinterziehung (Deutsche Post AG Chef Zumwinkel u. a.), Millionenabfindungen (Ex-Mannesmannchef Esser), Bestechung (Siemens) oder gemessen an allgemeinen moralischen Standards vermeintlich unethischen Verhaltens wie Stellenabbau trotz Milliardengewinnen (diverse Banken, BMW, Deutsche Post AG, Daimler-Chrysler u. a.). Geredet wird nicht nur in der medial vermittelten Öffentlichkeit, sondern auch die Sozial- und Geisteswissenschaften haben das Elitenthema wieder entdeckt. Dieses neuerwachte Interesse fällt zeitlich zusammen mit dem Umbruch der Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges, wie die Erscheinungsdaten der ersten Publikationen (Ogger 1992; Glotz et al. 1992; Scheuch/Scheuch 1992) zeigen. Wie in diesen frühen populärwissenschaftlichen Büchern dominieren auch heute „Anklageschriften“ gegen die Elite die semi-wissenschaftliche und öffentliche Auseinandersetzung. Im wissenschaftlichen Diskurs wird hingegen durchaus ein differenziertes Bild von Eliten, von deren Funktionen und Aufgabenwahrnehmung gezeichnet.

Erstaunlich angesichts der Fülle an Publikationen ist aber dennoch, dass in ihnen im Grunde nur zwei unterschiedliche und darüber hinaus vertraute Positionen sichtbar werden, und zwar diejenigen der Klassiker Mosca und Pareto – so als hätten wir es einfach mit einer Wiederholung des Jahrhundertwende-Diskurses zu tun. Um diese Behauptung zu stützen, gehe ich folgendermaßen vor:

Als erstes werde ich einen skizzenhaften Vergleich der Umbruchsituationen am ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert vornehmen und daraus die divergierenden Anforderungsprofile an Eliten ableiten. Zum einen wird deutlich der Wunsch nach Führung erkennbar, daneben besteht jedoch auch eine verhaltenere Position, in welcher der Wunsch zum Ausdruck kommt, Eliten möchten die Anpassung an die veränderte Zeit gestalten (helfen). Erstere Haltung stellt in meinen Augen das faschistische Prinzip Paretos dar, letzteres spiegelt das proto-demokratische Modell Moscas wider.

In einem zweiten Schritt werde ich die Ansätze der Klassiker kontrastierend darstellen, also die Differenzen hervorheben statt Ähnlichkeiten zu betonen.

Drittens werde ich eine Einordnung der neueren Publikationen in diese beiden Modelle vornehmen, um dann abschließend festzustellen, ob in der neuen Debatte tatsächlich etwas Neues formuliert wird,

oder ob wir es doch einfach nur mit Centenniumsdiskursen zu tun haben, mit öffentlicher Aufregtheit und wissenschaftlichem Raisonement um Jahrhundertwenden.<sup>1</sup>

## 2. **Strukturbrüche im Jahrhundertrhythmus**

Mosca und Pareto<sup>2</sup> veröffentlichten ihre zentralen Werke um die um Wende zum 20. Jahrhundert, welche durch tiefgreifende politische und ökonomische Veränderungen geprägt war. Die *ökonomische Revolution* fand ihren vorläufigen Abschluss mit der flächendeckenden Etablierung der industriellen Produktionsweise, dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Die *nationale Revolution* fand ihr vorläufiges Ende in der europäischen Nationalstaatenbildung mit der Gründung des Italienischen (1861) und des Deutschen (1871) Reiches. Die bereits mit der Französischen Revolution deutlich werdenden, und in den Vormärz-Aufständen angekündigten, Ansprüche bürgerlicher und intellektueller Schichten an politischer Teilhabe wurden jetzt realisierbar aufgrund der Etablierung hierfür notwendiger politischer Institutionen.

Der Absolutismus hatte sich überlebt. An seine Stelle war ein Konglomerat von Interessenorganisationen in Form von Parteien und Wirtschaftsassoziationen getreten, welche als Repräsentanten der zentralen gesellschaftlichen Spannungslinien gelten konnten. Neue Formen der Elitenrekrutierung und neue Reservoirs hierfür mussten aus verschiedenen Gründen eröffnet werden:

Unter einer funktionalistischen Perspektive war der konsumistische Regierungsstil absolutistischer Herrschaft nicht vereinbar mit einem investitionsorientierten modernen Staat.

Unter der Perspektive gesellschaftlicher Integrationserfordernisse war eine Regierungsform, in der Responsivität lediglich eine marginale Größe darstellte und in der die Mitglieder der Herrschaft ausübenden Gruppe aus einer sehr kleinen Schicht der Bevölkerung qua Stand rekrutiert wurden, inadäquat geworden.

Diese beiden Aspekte der Funktionalität und der Repräsentativität bzw. Responsivität stehen sinnbildlich für die beiden Positionen, die von Pareto und Mosca in ihren Schriften vertreten werden. Pareto maß der regierenden Elite nur solange Legitimität zu, wie sie dazu in der Lage war, wirtschaftliche Prosperität zu fördern. In Moscas Schriften kam hingegen stets das Integrationsproblem zum Vorschein, das sein Italien, in dem er als aktiver Politiker lebte, nach der Reichsgründung so deutlich prägte.

---

1 Am Ende des 18. Jahrhunderts gab es mit der Französischen Revolution bereits ein ähnliches Phänomen. Aufgrund von Ungleichzeitigkeiten in politischen, ökonomischen und sozialen Fortschritten konnte jedoch noch nicht dieselbe Konsequenz haben wie ein Jahrhundert später. Die zeitweilige Beteiligung breiterer sozialer Schichten wurde wieder aufgegeben zugunsten absolutistischer Herrschaft neuer Gestalt – dem Bürgerkönigtum.

2 Mosca veröffentlichte *Sulla teorica di governi e sul Governo parlamentare* erstmals 1884, die *Elementi di scienza politica* 1896. Das „Endwerk“ zur politischen Klasse kann aber erst für einen Zeitraum nach dem ersten Weltkrieg, sogar eher auf die 1930 Jahre datiert werden (vgl. Meisel 1962) Paretos *Allgemeine Soziologie* erschien 1901/02.

Die Umbruchsituation am ausgehenden 20. Jahrhundert hat durchaus vergleichbare Züge mit derjenigen ein Jahrhundert zuvor. Die *ökonomische Revolution* fand eine Fortsetzung in der rasanten Entwicklung der neuen computerbasierten Technologien, der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft wurde vollzogen. Hieraus sowie aus der zunehmenden internationalen Verflechtung und nicht zuletzt dem Sieg der kapitalistischen Staaten über die staatssozialistischen im Wettbewerb der Systeme folgten massive Veränderungen der Wirtschaftsorganisation.

Das *Pendant zur nationalen Revolution* des 19. Jahrhunderts sehen wir in der Neigung zur Bildung transnationaler Bündnisse, etwa in der geographischen Erweiterung der Europäischen Union sowie in der Intensivierung der europäischen Integration. Parallel hierzu gibt es jedoch insbesondere in Osteuropa eine Welle des nationalen Separatismus, welche der zunehmenden supranationalen Integration entgegensteht. Für nationale Eliten, und damit auch für die Deutschen, ergeben sich hieraus weitreichende Konsequenzen:

Die Eliten in West- und Ostdeutschland sowie deren Rekrutierungsformen haben sich überlebt. In der alten BRD wurde Führung skeptisch betrachtet, worunter durchaus auch die Orientierungsfunktion zu verstehen ist. Es galt das Modell der Bundesrepublik Deutschland GmbH, wofür gute Geschäftsführer und keine Visionäre gebraucht würden, wofür das gültige Konsensprinzip beste Voraussetzungen schuf. Dass die Elitenformel der DDR nicht beibehalten werden konnte, bedarf hier keiner weiteren Ausführungen. (vgl. etwa Magarditsch/Altmann 1998) Auf die neuen Problemlagen wie einschneidende demographische Veränderungen, sozialstrukturelle Verschiebungen insbesondere in der Berufs- und Qualifikationsstruktur sowie der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft verlangten jedoch nach neuen Qualitäten. Im Bild der GmbH verbleibend könnte man von dem Bedarf an einem Teil-Konkursverwalter neben dem Geschäftsführer denken.

Das Konsensprinzip der Politik galt in der BRD auch in der Wirtschaft. Das Modell der Sozialpartnerschaft ermöglichte es, den Wettbewerbscharakter kapitalistischer Wirtschaft innerhalb eines korporatistischen Systems zu dämmen. Mit der Internationalisierung des Wettbewerbs veränderten sich die Rahmenbedingungen. Der Sozialstaat wandelte sich von einem geschützten zu einem wettbewerbsorientierten (Streek 2005). In Ostdeutschland war der Umbruch noch tiefgreifender mit dem Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft.

Beide Jahrhundertwenden weisen also Parallelen auf in Ausmaß wie in Geschwindigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklungen. In der Folge erwiesen sich Abstimmungsprozesse und Rekrutierungsmuster der Eliten in Wirtschaft und Politik als inadäquat. Sie waren weder dazu in der Lage zu führen, noch Orientierung zu geben, unternahmen vordergründig kaum Anstrengungen, den Übergang in die neue (Welt)Ordnung zu gestalten.

Es ist selbstverständlich, dass in solchen Situationen eine Auseinandersetzung mit Eliten geführt wird. Diese findet statt in der medial vermittelten Öffentlichkeit, in populärwissenschaftlichen Werken und in der Wissenschaft selbst. Welche Antworten auf das Eliteproblem fanden nun die Klassiker?

### **3. Die Elitekonzeptionen Paretos und Moscas im Vergleich**

Pareto und Mosca werden häufig in einem Atemzug genannt, wenn es um die antidemokratische Stoßrichtung der klassischen Elitetheorie geht. Pareto kann man sicherlich als Apologeten faschistischer Herrschaft bezeichnen, manche seiner Formulierungen ähneln faschistischer Propaganda, etwa wenn er die Vernichtung von zur Gewaltanwendung unfähigen regierenden Elite als nützliche Tat bezeichnet. Mosca ist sehr viel gemäßiger. Zwar war auch er kein Freund der parlamentarischen Demokratie, hat jedoch in den 1930er Jahren diese als beste bis dahin existierende Regierungsform bezeichnet – wenn bestimmte Bedingungen eingehalten würden. Aber natürlich haben beide vieles gemeinsam.

Zunächst einmal vertreten beide die These über die Existenz einer (scheinbaren) Elite-Masse-Dichotomie, die in der Unabänderlichkeit von Eliteherrschaft anklingt. Darüber hinaus natürlich die Notwendigkeit der Elitenzirkulation und die Ansicht, Eliten seien der Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Als Herrschaftsmittel dienen im Paretianischen Modell Derivationen (Ideologien), Konsens und Gewalt. Bei Mosca ist das entscheidende Element der Herrschaftslegitimierung die politische Formel, welche vergleichbar ist mit den Derivationen im Modell Paretos, sowie Konsens. Hiermit sind die Gemeinsamkeiten jedoch auch im Wesentlichen erschöpft, die Unterschiede überwiegen. (Siehe Abbildung 1)

Pareto unterscheidet innerhalb der Elite die *regierende und die nicht-regierende Elite*. Unter ihnen sind, quasi als psychische Dispositionen, die Residuen der Klasse I (Instinkt der Kombinationen; Spekulanten, List, Mut, Konsens, Intellektualität) und/oder Residuen der Klasse II (Konservationen; Gewalt, Vorurteil, Angst vor dem Risiko) dominant. Laut Pareto müssen beide Klassen von Residuen in der regierenden Elite vertreten sein: Der Instinkt der Kombinationen steht dabei für das unternehmerische Risiko, die Residuen der Klasse II für die Fähigkeit und Bereitschaft Gewalt anzuwenden. Pareto schätzte die Residuen der Klasse I als problematisch ein: zwar seien sie notwendig, um wirtschaftliche Innovationen herbeizuführen, sie unterstützten jedoch auch die Neigung, Konsens an Stelle von Gewalt als Herrschaftsinstrument zu bevorzugen. Regierende Eliten richteten sich Pareto zufolge stets irgendwann in der Macht ein, wurden dekadent, regierten mittels Konsens und verloren die Fähigkeit zur Gewaltanwendung – das war dann jeweils der Zeitpunkt, an dem sie gestürzt wurden, zu Recht, wie Pareto betont.<sup>3</sup> In seinem Herrschaftsmodell ist das *Volk* zwar grundsätzlich ein Rekrutierungsreservoir, im Wesentli-

---

3 Pareto legt großen Wert auf die Anwendung der erfahrungswissenschaftlichen Methode, die ihn eigentlich zum reinen Berichterstatter über die von ihm beobachteten Phänomene machen sollte. Es wäre dann auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die Beschreibung der Geschichte als einen Friedhof der Eliten als empirische Tatsache formuliert würde – Pareto geht jedoch darüber hinaus, in dem er genau dies gut heißt.

chen jedoch disponible Masse. *Elite* hingegen ist, wer Leistung bringt oder auch Einfluss nimmt – die Grundlage für die Bemessung von Leistung legt Pareto nicht offen. Die *Funktion* der regierenden Elite besteht darin, wirtschaftliche Prosperität herbeizuführen. Dies könne sie aber nicht auf Dauer, da sie nun einmal zur Dekadenz neige und dann gewaltsam hinweggefegt werden müsse. Selbst dort, wo *Rekrutierung* aus der nicht-regierenden Elite stattfindet, wo also die regierende Elite ständig mit Residuen der Klasse II angereichert wird, reicht dies auf Dauer nicht aus, da der Instinkt der Kombinationen innerhalb der regierenden Elite dazu führt, neu rekrutierte Eliten in einer Weise zu kooptieren, dass auf Dauer die Residuen der Klasse I die überhand gewinnen. Der *Kreislauf der Eliten* wird dadurch zu einem ehernen Gesetz, Stabilität und Fortschritt sind nicht möglich, weshalb Pareto es wohl auch unterließ ein *Staats- oder Verfassungsmodell* zu entwickeln.<sup>4</sup> Eine zumindest rudimentäre Staatstheorie entwickelt hingegen Mosca.

Wie Pareto begründet auch er seinen Ansatz und seine Aussage zur *Unabänderlichkeit von Elitenherrschaft* erfahrungswissenschaftlich, leitet sie ab aus empirisch beobachtbaren historischen Tatbeständen. Als Mitglied der politischen Klasse fehlte ihm vielleicht die analytische Distanz zu seinem Untersuchungsgegenstand, dafür befasste er sich jedoch sehr viel konkreter mit Handlungserfordernissen und -möglichkeiten dieser Klasse als sein Zeitgenosse Pareto. Mosca formuliert nahezu pathetisch, dass ein Volk, eine Gesellschaft unsterblich sein können, wenn ihre politische Klasse es schaffe sich fortwährend zu erneuern – und dies nicht im Hinblick auf eine bestimmte Balance zwischen Gewalt und Konsens, sondern in der Aufnahme neuer Impulse. Die *Funktion* der politischen Klasse Moscas besteht nicht allein in der Garantie ökonomischer Prosperität, sondern in der gesellschaftlichen Integration. Entsprechend hatte er eine differenziertere *Vorstellung vom Volk* als Pareto.

Mosca sah im Volk viele soziale Schichten und Kulturen, er sah dort divergierende Interessen, woraus sich auch seine anfängliche Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie begründet. Er fürchtete, dass angesichts menschlicher Egoismen das Parlament nur als Bühne für den Kampf um Partikularinteressen diene und damit die notwendige Integration dieser Interessen gefährdet sei. Daraus ergaben sich dann die spezifischen *Anforderungen*, die er an die Mitglieder der politischen Klasse und an die *Verfassungsprinzipien* stellte: der Staatsmann müsse das Ganze im Blick haben, Gemeinwohlorientierung aufweisen. Herrschaft könne nur mittels Konsens ausgeübt werden, was angesichts der divergierenden Interessen schwierig sei. Deshalb wären Gewaltenteilung und kanonisiertes Recht unabdingbar, da nur hierüber die menschlichen Triebe kontrollierbar würden.

---

4 Er äußert sich durchaus zu Staatsmodellen, kann jedoch keinem wirklich etwas abgewinnen, kann sie auch nicht wirklich einordnen, kompatibel machen mit seinem Kreislaufmodell der Eliten. So äußert er sich beispielsweise ablehnend gegenüber demokratischen Verfassungen, da sie zum einen als Repräsentativsystem den „falschen“ Residuen zu viel Einfluss zukommen ließen, andererseits findet er das direktdemokratische Modell der Schweiz durchaus reizvoll. Hier betont er jedoch, dass es nur funktioniere, da die Schweizer so ein besonders tugendhaftes Volk seien – das hat nun mit Theorie nicht mehr viel zu tun und lässt sich auch nicht in seine erfahrungswissenschaftlichen Deskriptionen zum Elitenkreislauf einbauen.

|                                | <b>Pareto</b>   | <b>Mosca</b>  |
|--------------------------------|---|---|
| <b>Struktur der Eliten</b>     | „Regierende Elite“ und „Nicht-regierende Elite“               | Politische Klasse bestehend aus „regierender Schicht“ und „Zwischenschicht“                       |
| <b>Herrschaftsinstrumente</b>  | Gewalt, Konsens, Ideologie                                    | Politische Formel, Konsens  |
| <b>Rekrutierungsprinzip</b>    | Unklar  | Demokratisch, aber:<br>- positions déjà prises;<br>- Akzeptanz amtierender Eliten                 |
| <b>Anforderung an Eliten</b>   | „Leistung“  | Bildung, Professionalität, Gemeinwohlorientierung   |
| <b>Struktur des Volkes</b>     | Disponibile Masse, diffuses Rekrutierungsreservoir            | Zahlreiche soziale Schichten, verschiedene Kulturen, divergierende Interessen<br>→ soziale Kräfte |
| <b>Funktion der Eliten</b>     | Wirtschaftliche Prosperität                                   | Gesellschaftliche Integration   |
| <b>Schicksal der Eliten</b>    | „Die Geschichte ist ein Friedhof der Eliten“ – ehernes Gesetz | Möglichkeit der Unsterblichkeit (einer Gesellschaft)  |
| <b>Staats-/Verfassungsform</b> | --  | Bürokratischer Rechtsstaat  |

Abbildung 1: Strukturelemente der Elitetheorien Paretos und Moscas im Vergleich

Will man die beiden Positionen der Klassiker auf eine Kurzformel bringen, so kann man – zugespitzt – sagen, Pareto war ein Elitenkritiker ohne Gnaden. Zwar sah er Elitenherrschaft als unabdingbar an, sowohl aufgrund historischer Tatsachen als auch aufgrund dessen, dass das Volk aufgrund seiner Residuenstruktur untauglich für Führungsaufgaben sei. Die Elite (singulärer Leistungsträger) verlöre jedoch zwangsläufig mit der Übernahme von Regierungsmacht ihre Fähigkeit zur Führung, könne ihre Funktion nicht mehr wahrnehmen, da sie nur noch Eigeninteressen vertrete.

Mosca sah dieselbe Gefahr wie Pareto. Als politischer Praktiker suchte er jedoch nach Möglichkeiten eine Regierung, die der gesellschaftlichen Integration zuträglich ist auf Dauer zu stellen, trotz individueller Egoismen. Diese Möglichkeit sah er in der grundsätzlich *offenen Rekrutierung* neuer Mitglieder in die politische Klasse, in der Kontrolle des Auslebens menschlicher Triebe durch gesetztes Recht, Gewaltenteilung und Bürokratie sowie in Bildung und politischer Professionalisierung – gerade letzteres müsste Pareto kalte Schauer über den Rücken schicken, führt doch Professionalisierung in seinen Augen zur Dekadenz.

Und hiermit sind wir dann auch bei der Elitekritik unserer Tage bzw. der im zweiten Centenniumsdiskurs formulierten Kritik angelangt.

#### 4. Die Positionen im neuen Diskurs über Eliten

Angesichts der heute dominierenden Schlagzeilen über die bundesdeutsche Führungsschicht ist es auffallend, dass es in Deutschland bis zur Vereinigung nur wenig Elitenforschung gab, sieht man von den frühen Arbeiten Stammers, Zapfs und Jaeggis ab. Es gab die empirischen Mannheimer Studien um Rudolf Wildenmann und Ursula Hoffman-Lange, es gab die historischen Studien von Heinrich Best und es gab die Untersuchungen zu politischen Führungsgruppen von Dietrich Herzog. Theoretische Auseinandersetzungen insbesondere mit den Klassikern und im Rahmen von Demokratietheorie gab es häufiger, wie etwa die Arbeiten von Claessens, Ebbighausen und Röhrich. Aber es gab bei weitem nicht diese Fülle an Publikationen und es gab keine öffentliche Aufmerksamkeit. Selbst in der Sozialwissenschaft fristete diese Forschungsrichtung ein eher randständiges Dasein. Sogar Michael Hartmann, der ja mit seinem Buch über den Mythos der Leistungseliten (2002) für großen Wirbel im Blätterwald und insbesondere in der Bildungsforschung sorgte, wurde vor der Jahrtausendwende nur von einer Minderheit zur Kenntnis genommen, obwohl er seit langem empirisch in der Elitensoziologie arbeitet. Dies änderte sich erst zu Beginn der 1990er Jahre mit dem neuen Centenniumsdiskurs, in dem die beiden klassischen Positionen deutlich wieder aufscheinen. Ich werde im Folgenden versuchen, einige der neueren Autoren in das Schema einzuordnen, das soeben auf die Theorien Paretos und Moscas angelegt wurde. So lassen sich Ähnlichkeiten, Differenzen, Defizite und Ergänzung am besten erkennen.

|                                | Ogger, 1992                                   | Scheuch/<br>Scheuch, 1992          | Bürklin/<br>Rebenstorf<br>1997      | Hartmann, diverse              | Bude 2000,<br>Münkler 2000;<br>Gushurst/<br>Vogelsang 2006 | Papcke,<br>diverses                       |
|--------------------------------|---|------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------|--|---|
| <b>Struktur der Eliten</b>     | Geschlossene Clique                           | Geschlossene Clique                | Funktional differenziert, Konsens   | Klasse, Konsens                | (funktional) differenziert                                 | (funktional) differenziert                |
| <b>Herrschaftsinstrumente</b>  | Geschlossenheit, Intrige, Lüge                | Geschlossenheit, Intrige, Lüge     | Recht, Funktionswahrnehmung         | Habitus, Klassen(un)-bewusstes | Konsens, Organisation                                      | Organisation/ hermetische Geschlossenheit |
| <b>Rekrutierungsprinzip</b>    | Patriarchalische Auslese, Selbstrekrutierung, | Selbstrekrutierung                 | offen                               | Selbstrekrutierung der Klasse  | --   | Selbstrekrutierung?                       |
| <b>Anforderung an Eliten</b>   | Leistung                                      | Leistung, Gemeinwohlorientierung   | Professionalität                    | --                             | Bildung, Professionalität                                  | Gemeinwohlorientierung                    |
| <b>Struktur des Volkes</b>     | --  | --                                 | Sozial und funktional differenziert | Nach Klassen differenziert     | --   | --  |
| <b>Funktion der Eliten</b>     | Wirtschaftliche Prosperität                   | --                                 | Gesellschaftliche Integration       | --                             | Orientierung, Führung, Leistung                            | Orientierung,                             |
| <b>Schicksal der Eliten</b>    | Sollten „hinweggefegt“ werden                 | Sollten „hinweggefegt“ werden      | --                                  | --                             | --   | Müssen sich bessern                       |
| <b>Staats-/Verfassungsform</b> | --  | Gewaltenteilung, „echte“ Kontrolle | Pluralistische Demokratie           | --                             | Moderne Demokratie   | Demokratie                                |

Abbildung 2: Strukturelemente neuerer Elitenliteratur im Vergleich

Es steht wohl kaum in Frage, dass wir die Paretianische Position der kompromisslosen Elitenkritik insbesondere in den populärwissenschaftlichen Schriften finden. Die Arbeit Günter Oggers „Nieten in

Nadelstreifen“ steht paradigmatisch dafür. Seine Beschreibung der Wirtschafts-,bosse‘ in Deutschland der späten 1980er und frühen 90er enthält alle Kritikpunkte, die auch Pareto erwähnen würde: sie bringen keine Leistung, da es den von ihnen geführten Unternehmen nicht gut geht. Sie denken nur an sich selbst, bereichern sich, haben sich in der Macht eingerichtet. Sie weisen zwar die Residuen der Klasse I insofern auf, als dass sie Risikobereitschaft zeigen bei der Vergrößerung ihrer Wirtschaftsunternehmen durch Diversifikation – sind damit jedoch nicht erfolgreich, sondern handeln eher unter der Maxime realitätsferner Megalomanie.

Ein gleichermaßen vernichtendes Urteil finden wir bei Erwin K. und Ute Scheuch „Cliques, Klüngel und Karrieren“. Auch in diesem Buch finden wir das Problem geschildert, dass Pareto als Einrichten in der Macht und damit einhergehender Dekadenz bezeichnen würde. Auch in anderen Beiträgen geißelt Scheuch insbesondere die Geschlossenheit der politischen Elite, die sich aufgrund der langen politischen Karrieren zwangsläufig ergebe. Diese Einschätzung verweist sowohl auf einen markanten Unterschied zwischen den Klassikern – was für Pareto zur Dekadenz und damit zur Unfähigkeit der Herrschaftsausübung beiträgt, die Erfahrung im Amt ist für Mosca unter der Bezeichnung Professionalisierung eine Bedingung guter Staatsführung – und zeigt zugleich, in wessen Nähe Scheuch damit steht.

Sehr viel milder, in der Konsequenz aber nicht weniger dramatisch ist die Analyse der politischen Insider Peter Glotz, Rita Süssmuth und Konrad Seitz, die von planlosen Eliten sprechen und die Frage stellen, ob die Deutschen die Zukunft versäumten.

Diese Publikationen können als typisch angesehen werden für eine Position, in der die im Amt befindlichen Eliten angeklagt werden, ihre Arbeit nicht richtig zu machen. Es wird aber auch gar nicht gesagt, worin denn diese Arbeit bestünde. Es wird unterstellt, dass die Leser dies schon wüssten, da die Aufgaben auf der Hand lägen.<sup>5</sup> Es werden keine Alternativen genannt – weder zur Rekrutierung innerhalb des bestehenden Modells, noch für eine Änderung des Modells. Es klingt schon sehr paretianisch: Die Eliten haben sich eingerichtet, sie bringen keine Leistung mehr, also hinweg mit ihnen. Man könnte noch mehrere Autoren in diesem Zusammenhang erwähnen, wie etwa Hans-Herbert von Arnim und Albrecht Müller (2006).

Wenn auch Scheuch und Arnim wahrhafte Professoren waren bzw. sind rechne ich deren Publikationen zu Eliten eher dem populärwissenschaftlichen Bereich zu, dem es seiner Natur entsprechend an Differenzierung mangelt. In wissenschaftlichen Arbeiten gibt es diese durchaus, wenn auch in sehr unterschiedlicher Qualität. Auffallend sind Sammelbände wie z. B. der von Hitzler et al. (2004) editierte Band, der sich in erster Linie durch Beliebigkeit auszeichnet: da sind Eliten dann Differenzierungsparasiten erkennbar am Ruhm (Nassehi), oder es sind transformierte Kultureliten (Bittlingmayer), digital

---

<sup>5</sup> Von dieser Regel weicht der Band von Glotz u. a. ab. In ihm wird durchaus auf die Führungsaufgabe verwiesen und es werden diverse Funktionseliten benannt.

(Ellrich), es sind Berufsgruppen wie Ärzte (Meuser), Unternehmensberater (Brosziewski) usw. – und man fragt sich, wo der Elitebegriff dann überhaupt noch eine Trennschärfe entwickelt, ob er überhaupt noch eine Aussagekraft hat oder zum reinen Modebegriff transformierte. Daneben gibt es aber auch andere Stimmen, die versuchen, Elitenkritik so vorzubringen, dass sie weiterführend ist, die in erster Linie das Orientierungsdilemma aufgreifen, das sich durch den Strukturbruch 1989/90 auftat. Es scheint in der Natur der Sache zu liegen, dass mit diesem Bruch auch die bis dahin gültigen Elitekonzeptionen in Frage gestellt wurden. Es gibt noch empirische Arbeiten, die sich zum Teil in „alter“ Tradition begreifen, wie die Potsdamer Elitestudie (Bürklin/Rebenstorf 1997), die in Fortführung der Mannheimer Studien um Wildenmann, Kaase, Neumann und vor allem Hoffmann-Lange auf dem klassischen Funktionselitenbegriff aufbaute. Zwar war sie unter dem ausdrücklichen Anspruch angetreten, sechs Jahre nach der Vereinigung zu überprüfen, ob der Osten in der Elite angekommen ist und das Konsensprinzip weiterhin Gültigkeit beanspruchen konnte. Die Antworten, die sie gab scheinen jedoch nicht überzeugend gewesen zu sein, legte sie doch überwiegend das bekannte Definitionsgerüst an, statt es auf seine Gültigkeit hin zu prüfen – sie blieb im Wesentlichen in der funktionalen Gedankenwelt der Bundesrepublik Deutschland GmbH befangen, war aber dennoch oder gerade deshalb am umfassendsten im Hinblick auf die Parameter der klassischen Elitetheorie, die es zu vergleichen gilt. (Siehe Abbildung 2) Ebenfalls empirisch sind die Arbeiten Michael Hartmanns ausgerichtet (2001, 2002, 2007), der jedoch einen Schwerpunkt auf soziale Herkunft und Rekrutierung von Eliten legt, weniger auf deren Aufgaben bzw. Funktionen, wenn auch in seiner Kritik an der klassenspezifischen Rekrutierungspraxis anklingt, dass er mangelnde Responsivität und Gemeinwohlorientierung unterstellt. Seine Arbeiten sind, auch wenn er explizit Bourdieus Gesellschaftstheorie als Referenzgröße angibt, am ehesten vergleichbar mit den Untersuchungen Jaeggis aus den 1960er Jahren.

Neben diesen populärwissenschaftlichen Verrissen und wissenschaftlich-empirischen Studien mit mehr oder minder repräsentativem Charakter, gibt es auch eine Vielzahl neueren Publikationen, die viel weniger bestimmt sind. Einige Arbeiten sind wirklich konzeptioneller Art, wie z.B. die Bemühungen um Definition von Elite als auch von deren Funktionen durch Bude (2000) und Münkler (2000), die dann wiederum in ihrem Bezug auf die Gesellschaftsstruktur wenig konkret sind. Und dann es gibt sie doch noch, die Texte, die Forderungen an Eliten stellen, sei es in der Rekrutierungspraxis, sei es in ihren Führungsaufgaben, der Orientierungsgebung. Fast schon rührend sind dabei die Schriften von Sven Papcke – einmal davon abgesehen, dass sein Buch „Die Gesellschaft der Eliten“ inkommensurabel ist, hat er seinen Grundgedanken der Verpflichtung der Eliten auf das Gemeinwohl auch in anderen Publikationen formuliert. Diese erinnert natürlich unmittelbar an Mosca. Doch in Fragen der konkreten Umsetzung – wie Mosca dies getan hat: Kontrolle der Egoisten durch Recht, Gewaltenteilung und Bürokratie – findet man bei Papcke leider wenig.

## **5. Fazit**

Wenn wir die Arbeiten zur Elite heute mit denen der Klassiker vergleichen, so muss man ernüchtert feststellen, dass es eigentlich nichts Neues gibt. Man wird heute zwar kaum mehr die Elitekritiker in die faschistische Ecke stellen können – natürlich gibt es die auch, kennzeichnet doch gerade diese Art der Kritik nach wie vor die rechtsextreme Propaganda. Dennoch, die populärwissenschaftliche Elitenkritik um die Wende zum 21. Jahrhundert ist inhaltlich nahezu identisch mit derjenigen ein Jahrhundert zuvor, wie sie von Pareto in seinem ehernen Gesetz zum Kreislauf der Eliten formuliert wurde. Und wie damals trägt sie auch heute kaum dazu bei, das Elitendilemma aufzulösen.

Diejenigen Arbeiten, die sich um konzeptionelle Neubeschreibungen bemühen, darum, neue Funktionen und Aufgaben für Eliten zu formulieren – mehr oder weniger abgeleitet aus den konkreten Problemlagen – und die nicht von vornherein eine Haltung aufbauen, der entsprechend Eliten früher oder später doch nur eigenen Interessen folgen, sind noch nicht so weit ausgereift, wie es Mosca bereits zu seiner Zeit war. Es werden keine Ziele formuliert, die Frage, wohin Eliten denn führen sollten, welche Aufgaben sie tatsächlich haben bleibt unbefriedigend unkonkret.

Die zugegebenermaßen im Funktionalismus befangene empirische Elitenforschung in der Tradition der Mannheimer Studien hat zumindest hierauf noch Antworten gegeben, so problematisch diese auch sein mögen angesichts der Vernachlässigung der Macht- und Herrschaftsperspektive in diesen Untersuchungen.

Aktuell gibt es einfach keine Arbeiten, die in einer Verbindung von empirischer Beschreibung, Reflektion politischer Notwendigkeiten und gesellschaftspolitischer Vision an Moscas Analyse heranreicht. Eine Synthese der klassischen quantitativen empirischen Elitenforschung und neuen Konzepten über Funktionen, Möglichkeiten und notwendigen Begrenzungen von Elitehandeln muss noch unternommen werden – hierfür bedarf es jedoch ganz sicherlich zunächst einmal einer Überwindung innerdisziplinärer Schranken innerhalb der Gesellschaftswissenschaften. Bis zum Erreichen dieses Punktes scheinen wir es tatsächlich eher mit Aufgeregtheit und vermeintlich wissenschaftlichem Raisonement im Jahrhundertrhythmus zu tun zu haben, als mit tatsächlich neuen wegweisenden Analysen, in denen „Antworten auf die Fragen der Zeit“ gefunden werden, wie man es Mosca zumindest zum Teil zubilligen kann.

## **Literatur**

- Albertoni, Ettore A. (1987): *Mosca and the Theory of Elitism*, Oxford/New York: Basil Blackwell.
- Bude, Heinz (2000): Auf der Suche nach Elite. In: *Kursbuch* 139, S. 9-16.
- Bürklin, Wilhelm/Hilke Rebenstorf (1997): *Eliten in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.

- Eisermann, Gottfried (1962): Vilfredo Paretos System der allgemeinen Soziologie. Einleitung, Texte und Anmerkungen. Stuttgart: Enke.
- Gabriel, Oscar W./Beate Neuss/Günther Rüter (Hrsg.) (2006): Eliten in Deutschland – Bedeutung – Macht – Verantwortung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Glotz, Peter/Rita Süssmuth/Konrad Seitz (1992): Die planlosen Eliten. Versäumen wir Deutschen die Zukunft? München: edition ferenczy.
- Gushurst, Klaus-Peter/Gregor Vogelsang (2006): Die neue Elite. Deutschlands Weg zurück an die Spitze. Weinheim: Wiley.
- Hartmann, Michael (2001): Klassenspezifische Habitus oder exklusive Bildungstitel als soziales Selektionskriterium? Die Besetzung von Spitzenpositionen in der Wirtschaft. S. 157-215. In: Beate Kraus (Hrsg.): An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen, Konstanz: UVK.
- Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Hartmann, Michael (2007): Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Hitzler, Ronald/Stefan Hornbostel/Cornelia Mohr (Hrsg.) (2004): Elitenmacht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Magarditsch A. Hatschikjan/Franz-Lothar Altmann (Hrsg.) (1998): Eliten im Wandel. Politische Führung, wirtschaftliche Macht und Meinungsbildung im neuen Osteuropa. Paderborn: Schöningh.
- Meisel, James Hans (1962): Der Mythos der herrschenden Klasse. Gaetano Mosca und die Elite. Düsseldorf/Wien: Econ
- Mongardini, Carlo (1975): Einleitung. S. 5-53. In: Vilfredo Pareto, Ausgewählte Schriften. hg. von Carlo Mongardini. Frankfurt am Main u.a.: Ullstein.
- Mosca, Gaetano (1950): Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft. München: Lehnen.
- Mosca, Gaetano (1962): Endgültige Fassung der Theorie der herrschenden Klasse. S. 385-393. In: James Hans Meisel. Der Mythos der herrschenden Klasse. Düsseldorf/Wien: Econ.
- Mosca, Gaetano (1975): Das aristokratische und das demokratische Prinzip. Rede zur Eröffnung des Studienjahres 1902-03 im Auditorium Maximum der Universität Turin. S. 28-46 In: Wilfried Röhrich (Hrsg.): ‚Demokratische‘ Elitenherrschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Müller, Albrecht (2006): Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet. München: Droemer.
- Münkler, Herfried (2000): Werte, Status, Leistung. Über die Probleme der Sozialwissenschaften mit der Definition von Eliten. In: Kursbuch 139, S. 76-88.
- Nassehi, Armin (2003): Geschlossenheit und Offenheit: Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ogger, Günter (1992): Nieten in Nadelstreifen. Deutschlands Manager im Zwielicht. München: Knauer.
- Papcke, Sven (2001): Die Gesellschaft der Eliten. Zur Reproduktion und Problematik sozialer Distanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Papcke, Sven (2001): Um wirkliche Eliten bittend ... In: Mitbestimmung Nr. 12/2001, S. 35-37.
- Pareto, Vilfredo (1975): Ausgewählte Schriften. Frankfurt am Main u.a.: Ullstein.

- Perger, Werner A. (2002): Vom Elend der Reformer. Die Modernisierung der Demokratie als Schlüsselaufgabe der politischen Eliten. S. 117-138. In: Gerhard Felt (Hrsg.): Die Fortschrittlicher. Eliten und ihre gesellschaftliche Relevanz im 21. Jahrhundert. Wien: Molden.
- Rebenstorf, Hilke (1995): Die politische Klasse. Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionselite. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Scheuch, Erwin K./Ute Scheuch (1992): Cliques, Klüngel und Karrieren – über den Verfall der politischen Parteien. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Stammer, Otto (1965): Politische Soziologie und Demokratieforschung: Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie der Politik. Berlin: Duncker & Humblot.
- Streeck, Wolfgang (2005): Nach dem Korporatismus: Neue Eliten, neue Konflikte. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. MPIfG Working Paper 05/4.
- Zauels, Günter (1968): Paretos Theorie der sozialen Heterogenität und Zirkulation der Eliten. Stuttgart: Enke.

# Das Leistungsprofil politischer Eliten in der Mediendemokratie

Grit Straßenberger

## 1. Einleitung

Der öffentliche Elitendiskurs der 1990er Jahre in Deutschland wie die jüngere sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Eliten lässt sich in einem gemeinsamen Paradoxon zusammenfassen: Eliten werden als Lösung eines Steuerungs- und Reformproblems perspektiviert, erscheinen aber zugleich als personifizierter Ausdruck dieses Problems selbst. Anders gesagt: Im Gewande der Elitenkritik formuliert der Elitendiskurs den Bedarf an neuen Eliten. Die alten Eliten haben versagt, weil sie nicht die Leistungen erbracht haben, die von ihnen erwartet wurden, es bedarf daher neuer, leistungstarker Eliten, die imstande sind, die politischen Herausforderungen besser zu bewältigen. – Aber von welchen Leistungen ist hier eigentlich die Rede? Worin genau besteht das geforderte Leistungsprofil und woran lässt sich er-messen, ob die Eliten die Leistungsanforderungen erfüllen oder nicht?

Diese Fragen verweisen nicht nur auf die Diffusität des öffentlichen Elitediskurses, sondern auch auf ein Defizit der Elitentheorie. Der Leistungselitenbegriff – ob als liberale Versöhnung von Elite und Demokratie via wettbewerblicher Auslese verstanden oder kritisch als ideologische Verschleierung der Reproduktion der herrschenden Klasse bzw. Schicht bezeichnet – bleibt auch in der sozialwissenschaftlichen Reflexion in hohem Maße unbestimmt. So wird das Leistungsprinzip häufig auf die bereichsspezifische Elitenselektion und -rekrutierung bezogen, in der Bewertung der qualitativen Realisierung von Funktionen aber wird Leistung meist mit Erfolg identifiziert, der aber nicht durchweg, wie bereits Hans P. Dreitzel feststellte, auf funktional erbrachter Sachleistung beruht. Damit kollidiert nicht nur das scheinbar objektive Kriterium der Leistungsauswahl mit dem Erfolgsprinzip, sondern es stellt sich die Frage nach der allgemeinen Leistungsdefinition, also der Objektivierung, Bestimmung und Messung von Leistungen.

Mit dem Übergang zur Mediengesellschaft wird die Problematik des Leistungsbegriffs weiter forciert: Gewandelt hat sich, wie Frank Nullmeier betont, nicht das Leistungsprinzip, wohl aber das Verständnis von Leistung: von technisch-sachlicher Leistung, einem Saint-Simonschen und technokratischen Verständnis, hin zum marktmedialen Verständnis von Leistung. Leistung ist nunmehr „all das, was auf Märkten durch Aufmerksamkeitserzeugung für hohe Nachfrage sorgt. Eine Leistung, die nicht bemerkt wird und nicht von anderen durch Nachfrage als Leistung »anerkannt« wird, ist keine Leistung, sondern nur ein privates technisches Kabinettstück, ein individuelles Privatvergnügen, eine einsame Kunstfertigkeit.“ (Nullmeier 2006: 323f.) Mit diesem Wandel des Leistungsverständnisses in der Mediengesell-

schaft ist mithin nicht nur eine Ausweitung des Kreises derjenigen verbunden, die Leistungen beurteilen und sich an gesellschaftlichen Definitionsprozessen beteiligen, sondern zugleich werden Erfolg oder Misserfolg auf einem öffentlichen Aufmerksamkeitsmarkt verhandelt, auf dem verschiedene Akteure um das knappe Gut Aufmerksamkeit konkurrieren (Bluhm/Straßenberger 2006: 322).

Für die politischen Eliten stellt die Entwicklung zur Mediendemokratie eine besondere Herausforderung dar: So müssen sie nicht nur mit anderen Akteuren um öffentliche Aufmerksamkeit kämpfen, zugleich steht politisches Handeln unter medialer Dauerbeobachtung. Die Permanenz medialer Evaluierung aber unterminiert die Strategie- und Steuerungsfähigkeit politischer Eliten, die seit Klaus von Beymes Abgrenzung zur politischen Klasse als zentrales Charakteristikum der politischen Elite gilt. Dabei ist die Mediendemokratie mit der Vielzahl derjenigen, die Elitenleistungen beobachten und beurteilen, nur eine Ebene, auf der politische Eliten agieren. Die andere ist die invisible, korporatistische Ebene der Verhandlungsdemokratie.

Wie stellt sich angesichts dieser medialen Verlängerung und Vermarktung des politischen Feldes das Leistungsprofil politischer Eliten dar, und welcher Leistungsbegriff ist seiner Beschreibung angemessen? Zur Beantwortung dieser Fragen werde ich zunächst den Leistungselitenbegriff im Dreieck von Leistung, Erfolg und Image problematisieren und kommunikationstheoretisch perspektivieren. Daran anschließend soll ausgehend von einer knappen Skizze der veränderten Rahmenbedingungen für Elitenhandeln in der Mediendemokratie das Leistungsprofil politischer Eliten hinsichtlich seiner subjektiven Voraussetzungen konturiert werden.

## **2. *Leistung, Erfolg und Image: Leistung als Selbstbeschreibungsfornel und gesellschaftlicher Erwartungsbegriff***

„Leistungselite“ ist die große liberale Versöhnungsformel von Demokratie und Elite – und damit gleichermaßen gegen die sozialwissenschaftlichen Klassiker der Elitetheorie wie gegen die kritische Elitenforschung gerichtet. Den Klassikern wie den Kritikern ist gemeinsam, dass sie eine strikte Opposition von Demokratie und Elite unterstellen: Danach monopolisiert die Elite einer Gesellschaft in allen Bereichen die Machtpositionen; sie verdankt ihre herausgehobene Position dem Besitz „sozialer Kräfte“, d. h. sie verfügt über gesellschaftlich anerkannte, gewertschätzte Ressourcen, wie Landbesitz, Geld, Titel oder Beziehungen; und sie nutzt ihre Machtposition zum eigenen Vorteil, ist also an einer Reproduktion der Herrschaftsstrukturen interessiert und neigt daher zu Monopolisierung und Vererbung politischer Macht. Sofern hier überhaupt von Leistung die Rede ist, bemisst sich diese allein in der erfolgreichen Behauptung der eigenen Eliteposition. Der Unterschied zwischen Klassikern und Kritikern besteht – recht verkürzt gesagt – darin, dass erstere die Existenz von Eliten gegen demokratische Illusionen politischer und sozialer Gleichheit behaupten, während letztere das demokratische Ideal gegen die

faktische Existenz von Eliten stellen bzw. – und genauer – die Existenz von Eliten konstatieren und als Oligarchisierung der Demokratie demaskieren.

Die liberale, pluralistische Elitentheorie unterstellt ebenfalls die Existenz von Eliten, muss aber den Nachweis erbringen, dass demokratische Eliten nicht nur möglich, sondern auch für die Demokratie von Nutzen sind. Der Leistungs(eliten)begriff scheint beiden Anforderungen gerecht zu werden: So unterstellt er einen Zusammenhang zwischen dem wettbewerblichen Ausleseprozess, in dem fachliche Qualifikation und Tüchtigkeit ausschlaggebend für die Besetzung gesellschaftlicher Spitzenpositionen sind, und der qualitativen Realisierung von Funktionen. Dieser Zusammenhang zwischen wettbewerblichem Selektionsmodus und tatsächlicher Leistungserbringung versteht sich jedoch nicht von selbst: Der Wettbewerb prämiert den gegenüber seinen Konkurrenten erfolgreichen Bewerber, ob dieser dann in der Ausübung der erreichten Elitenposition die erforderlichen Leistungen tatsächlich erbringt, ist damit noch nicht sicher gestellt. Die Beurteilung von Elitenleistungen würde nämlich nicht nur das Vorhandensein von verbindlichen Leistungskriterien voraussetzen, sondern auch ein allgemein anerkanntes Messverfahren.

Diese Voraussetzung ist jedoch kaum gegeben. Selbst in Leistungsbereichen, in denen ein allgemein anerkanntes Messverfahren existiert, wie zum Beispiel in der Wissenschaft, sind die Kriterien vielfach umstritten (Hoffmann-Lange 2007: 312). In Politik und Wirtschaft verkompliziert sich das Problem der Objektivierung von Leistungskriterien. „Wer definiert, was Leistung ist, und wer misst auf der Grundlage dieser Definition die Leistung? Die Definitionskompetenz von Leistung“, so Herfried Münkler, „liegt nur im Bereich der Politik – und auch da nur unter demokratischen Konstellationen – bei der Gesellschaft als Ganzes, während in anderen Bereichen der Gesellschaft die jeweiligen Teileliten die Definitionskompetenz selbst besitzen“, die ihnen nur in Ausnahmefällen von anderen Teilen der Gesellschaft streitig gemacht wird (Münkler 2006: 37).

Der seit den 1960er Jahren dominante pluralistische Funktionselitenansatz operiert angesichts dieser Schwierigkeiten mit einem formalen, wertneutralen Leistungsbegriff, der auf den Zugang zu Elitepositionen über Qualifikation (Bildungsabschluss) und beruflichen Erfolg (Alter bei der Besetzung von Führungspositionen) abhebt. Dabei werden qualitative Fragen wie die nach der kompetenten Realisierung von Positionen weitgehend ausgeblendet ebenso wie Werthaltungen und Vorbildfunktion von Eliten. Die Vorteile dieser Formalisierung und Entnormativierung liegen auf der Hand: Die schwierige Frage nach Beurteilung und Messung von Eliteleistungen wird umgangen und die von Beginn an umstrittene Suche nach integrativen Werthaltungen in pluralistischen und hoch individualisierten Gesellschaften in der Figur des tüchtigen Experten aufgelöst. Die Nachteile sind ebenso offensichtlich: Welchen Sinn macht der Begriff der Elite, wenn mit ihm am Ende nur Positionsanalysen vorgenommen werden? Wenn die Differenz zwischen Person und Position verschwindet und mithin die Frage uner-

heblich wird, ob jemand in erheblichem Ausmaß kraft seiner personellen Fähigkeiten und nicht nur kraft seiner institutionellen Leitungsposition und Binnenvernetzung handeln kann (Mayer 2006: 464), dann ließe sich begrifflich präziser von Führungsgruppen oder Spitzenfunktionären, nicht aber von Eliten sprechen.

Eine zentrale elitentheoretische Annahme, die der funktionalistische Positionselitenansatz ausblendet, der öffentliche Elitendiskurs jedoch revitalisiert, ist, dass Personen Organisationen prägen bzw. dass Eliten nicht nur institutionenkonservativ agieren, sondern über ein Kreativitätspotential verfügen, das insbesondere dann zum Tragen kommt bzw. von ihnen abverlangt wird, wenn die alten Institutionen den neuen Zeiten nicht mehr entsprechen. Was den alten Institutionen an Flexibilität und Innovationskraft fehlt, sollen dann die Eliten aufbringen. Herfried Münkler spricht mit Blick auf diese gesellschaftliche Erwartungshaltung von einer kompensatorischen Position der Eliten und erkennt in der intensivierte Elitenthematisierung ein doppeltes Krisenphänomen: Am Anfang stand das schwindende Vertrauen in die Institutionen, daraus erwuchs eine gesteigerte Aufmerksamkeit für die verschiedenen Teileliten, im Gefolge dieser Aufmerksamkeitssteigerung wurde vermehrt Elitenversagen beobachtet und die Forderung nach neuen – leistungsstärkeren – Eliten aufgestellt (Münkler 2006: 31f.). Der Leistungselitenbegriff ist so betrachtet, ein gesellschaftlicher Erwartungsbegriff – und eine mehr oder weniger erfolgreiche Selbstbeschreibungformel von Eliten.

Diese diskursive Konstruktion von Elitenleistungen betont auch Frank Nullmeier, wenn er zwischen einem absoluten Leistungsbegriff einerseits und einem relationalen bzw. positionalen andererseits unterscheidet. Leistung in einem *absoluten* Sinne meint den an einer normierten Messgröße festgestellten Grad der Aufgabenbewältigung. Kennzeichnend dafür ist ein feststehendes Bezugssystem zur Leistungsmessung mit einem zentralen Maßstab oder Kriterium. „Absolut ist dieses Leistungsverständnis jedoch immer nur in Bezug auf einen für alle gleichen Maßstab der Leistungsmessung.“ (Nullmeier 2006: 324) Im Gegensatz dazu nennt Nullmeier ein Leistungsverständnis *relativ*, wenn es die Leistung im Vergleich mit anderen ausgewählten Akteuren bemisst und bewertet. „Ist in einem absoluten Leistungsverständnis die Sprungweite eines Weitsprunges relevant, so in relativer Sicht, ob dieser Sprung in einem gewählten Vergleichsrahmen (A und B, einzelner Wettkampf) als der weiteste, zweitweiteste, drittweiteste etc. gilt.“ (Nullmeier 2006: 324) Der wettbewerbliche Leistungsbegriff ist ein relativer, er bewertet Leistung über Erfolg, unterscheidet also zwischen Gewinnern, Platzierten und Verlierern, wobei letzteren das Leistungsprädikat auch dann entzogen wird, wenn die absolute Leistungsdifferenz minimal ist, wie Pierre Bourdieu mit Blick auf das französische System des *Concours* sehr anschaulich gezeigt hat. Der Entzug des Leistungsprädikats auf Seiten der Verlierer – wie der Platzierten – und die Zuerkennung von Leistung auf Seiten der im Wettbewerb Erfolgreichen – Nullmeier spricht hier auch von einem „Positionsgut“ – gewinnt nach Bourdieu nun eine über den Wettbewerb hinausreichende so-

ziale Bedeutung, insofern der Erfolg im Wettbewerb zum symbolischen Gut der Anerkennung wird, das – unabhängig von der im Weiteren tatsächlich erbrachten Leistung – den Erfolg in anderen Funktionsbereichen und Konkurrenzsituationen gewissermaßen prästrukturiert.

Nullmeier greift die Bourdieusche Formel der symbolischen Transformation von relativer Leistung bzw. von Erfolg als prinzipiell knappes Positionsgut in die Attribuierung von Leistung implizit auf, wenn er eine Überblendung der Performanz vom Image konstatiert. „Das Image als Nummer Eins sichert die Position der Nummer Eins. Das kann natürlich bei Fortführung von Performanzmessungen und -vergleichen nur gelingen, wenn die Performanz nicht drastisch absinkt, jedoch ist diese nicht mehr allein ausschlaggebend.“ (Nullmeier 2006: 325) Seine besondere Bedeutung gewinnt das Image vor allem dann, wenn Intransparenz über die absoluten und relativen Leistungen herrscht, weil es an absoluten Maßstäben und an hinreichender Vergleichbarkeit fehlt, wie dies im Falle der Bewertung von Elitenleistungen der Fall ist. Das Image, also die Zuerkennung bzw. Attribuierung von Leistung, schließt dann „die Lücke zwischen dem Wunsch nach hoher Leistung und der Unsicherheit über die zu erwartende Leistungshöhe. Image steht für eine in der Regel erwartbare Leistung. Mangels Überprüfbarkeit anhand Leistungsmaßstäben und Rankings kann sich ein Leistungsimage auch gegen Enttäuschungen längere Zeit halten. Spricht es sich aber herum, dass das Image nicht einlöst, was es verspricht, kann ein rasanter Prozess der Abkehr oder gar Umkehrung des Images einsetzen.“ (Nullmeier 2006: 326).

Auf eine solche Diskreditierung des Leistungsimages verweist der aktuelle öffentliche Elitendiskurs, der den deutschen Funktionseleiten unzureichende Leistungsfähigkeit bzw. Erfolglosigkeit in der Realisierung ihrer Positionen attestiert, wobei insbesondere Führungsschwäche bzw. Strategielosigkeit sowie damit verbunden individualistische Werthaltungen und fehlende Vorbildfunktion moniert werden. Im Gewande der Elitenkritik wird hier die Rhetorik einer mit Führungs- und Sozialkompetenz ausgestatteten Leistungselite bemüht, die ein individualistisch-aristokratisches Elitenverständnis reaktiviert, ein Elitenverständnis also, das eine Differenz zwischen Person und Position betont: Während etablierten Organisationen und Institutionen, also adressierbaren Einrichtungen, nur wenig Vertrauen hinsichtlich ihrer Problemlösungsfähigkeiten entgegengebracht wird, figurieren Eliten als zwar umstrittene, aber wirkmächtige (individuelle) Akteure. Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite werden nicht Verhandlungsnetzwerken, sondern Personen zugerechnet und die gesellschaftliche Erwartung ist, dass Eliten – und hier insbesondere die politischen Eliten – die Rolle von sichtbaren Entscheidern übernehmen und verantwortungsbewußt und kompetent ausfüllen. – Dabei werden die strukturellen Handlungsbedingungen von Elitenhandeln zumeist ebenso ausgeblendet wie die subjektiven Voraussetzungen für die (langfristig) erfolgreiche Realisierung von Elitepositionen.

Über welche Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale müssen Eliten – und vor allem politische Eliten – also verfügen, um heute erfolgreich agieren zu können? Die strukturellen Bedingungen werde ich im

Folgenden unter dem Begriff der Mediendemokratie skizzieren; die subjektiven Voraussetzungen sollen im Rekurs auf den Kompetenzbegriff präzisiert werden.

### **3. *Das Kompetenzprofil politischer Eliten in der Mediendemokratie***

Die Mediendemokratie stellt eine Erweiterung dessen dar, wie Max Weber demokratische Politik konzeptionell fasste, nämlich als Konkurrenz der Parteien um freiwillige Zustimmung zu ihren Angeboten. Seither kann man von einem Wettbewerbs- und Marktmodell der Politik sprechen. Auf diesem Markt wird um Zustimmung von Wählern sowie um Legitimität im weiteren Sinne gekämpft. Zugleich geht es generell um Macht und die Verfügung von umkämpften Ressourcen, wie Ämter und Posten, aber auch Wissen und ideologische Positionen. Heutzutage finden die Kämpfe um Machtressourcen im engeren Sinne und um Stimmen nicht mehr in abgeschotteten Arenen statt, sondern sind in ein größeres Marktgeschehen eingebettet, in dem Wirtschaft, Werbung und andere Systeme um Aufmerksamkeit kämpfen (vgl. Franck 1998). Neue medial präsente Akteure und Akteursgruppen wie Prominente, Lobbyisten, Fundraiser sowie in der Politik agierende Unternehmensberater beeinflussen den Wettbewerb um Ressourcen, Ämter, Posten und Wissen. Angesichts dieser medialen Verlängerung und Vermarktlichung des politischen Feldes muss die Politik darum kämpfen, überhaupt Gehör und Legitimität zu finden; zugleich steht sie bei ihrem Interdependenzmanagement unter Dauerbeobachtung.

Ein Kennzeichen dieser Entwicklung ist, dass es kaum mehr langfristige und inhaltlich anspruchsvolle Parteiprogramme gibt. Gleichzeitig besteht ein besonderer Bedarf an Orientierung und Strategien, um in offenen Situationen Spielräume erkennen und nutzen zu können. Für den Parteienforscher Joachim Raschke resultiert daraus ein Paradox: Strategie sei für die Bewältigung von Problemen und für das Handeln politischer Akteure nötig, in ihrem Kern seien Strategieentscheidungen aber nicht demokratisierbar und könnten als demokratieunverträglich angefochten werden (Raschke 2002: S. 240). In dieser Perspektive stecken die politischen Eliten in einer unkomfortablen Situation: Sie sind gezwungen, mit widersprüchlichen Rollenanforderungen umzugehen und müssen bei abnehmender Strategie- und Steuerungsfähigkeit zumindest mittelfristige Ziele formulieren sowie Umsetzungsprogramme entwickeln. Zudem sind beide an verschiedene Adressaten zu vermitteln, ohne in die Fallen massenmedialer Beobachtung von Politik zu gehen, das heißt, ohne sich Rolle, Rhythmus und Art von Entscheidungen und Aufmerksamkeit von den Medien vorgeben zu lassen.

Edgar Grande (2000) spricht angesichts dieser Situation von einem „Strukturbruch der Demokratie“: dem Auseinandertriften zwischen einer verhandlungsdemokratischen Ebene, auf der Experten unter Ausschluss der Öffentlichkeit wirken und Kompromisse aushandeln, und einer zweiten Ebene der Mediendemokratie. Hier agieren Politiker und Prominente mit dem Ziel, Mehrheiten zu überzeugen. Entscheidend ist dabei, dass beide Ebenen unterschiedlichen Rationalitäten und Handlungslogiken fol-

gen. Während die Logik der Kompromissbildung in der Verhandlungsdemokratie die Anonymisierung der Beiträge verlangt, erfordert die Logik der Publizität die öffentliche Zuschreibung von Leistungen und die Personalisierung von Erfolgen und Misserfolgen. Für die politischen Eliten bedeutet dieser Strukturbruch, dass sie auf der verhandlungsdemokratischen Ebene faktisch an Gestaltungskraft verlieren, aber in gesteigertem Maße personalisierte Zuschreibungsadresse von Verantwortung und Entscheidung bleiben.

Für Grande liegen die Gründe der medialen Personalisierung in den drei strukturellen Eigenheiten des modernen Politikprozesses: 1) in der personellen, organisatorischen und institutionellen Komplexität des Mehrebenen-Politikprozesses, 2) in der zunehmenden Kompliziertheit politischer Sachfragen in Wohlfahrtsdemokratien und 3) in der prekärer werdenden Wissensbasis. Die damit verbundene Komplexitätssteigerung wurde bislang durch die Legitimationskraft der bestehenden Institutionen, durch deutungs- und sinnstiftende religiöse oder politische Weltbilder sowie durch Vertrauensbildung via wissenschaftliche Expertise geleistet. In dem Maße aber wie diese Kompensationsmodi versagen – durch den Vertrauensverlust in die bestehenden Institutionen der Interessenvermittlung, den Wegfall identitätsstiftender Weltbilder und die Inflationierung und Politisierung wissenschaftlicher Expertise –, wird die Funktion der politischen Komplexitätsreduktion zunehmend von der Person des Politikers übernommen. Die Person des Politikers wird zum Funktionsäquivalent für die „herkömmlichen“ Modi der Komplexitätsreduktion, wie sie Institutionen, Weltbilder und wissenschaftliche Expertise bereitstellten. Es kommt daher zu einer unerwarteten Renaissance des (künstlichen, medial konstruierten und dadurch verstärkten) Charismas.

Grande folgert aus diesem Umstand einen Bedarf an charismatischen Führern und neuartigen Eliten, die in den Doppelstrukturen von Verhandlungsdemokratie und Mediendemokratie wirken können, die die (Medien-)Öffentlichkeit nicht nur nutzen, um ihr Persönlichkeitsprofil und ihre Popularität zu verbessern, sondern sie auch strategisch einsetzen, um ihre Erfolgchancen in der Verhandlungsdemokratie zu verbessern. Über das geschickte Einsetzen des Mediencharismas könnten Einigungsblockaden aufgebrochen und die Leistungsfähigkeit der Verhandlungsdemokratie sogar gesteigert werden. Zugleich aber gibt Grande zu bedenken, dass das Webersche Charisma-Konzept auch Anhaltspunkte für die problematischen Folgen von Interdependenzen zwischen Mediendemokratie und Verhandlungsdemokratie gibt, nämlich das Aufsprengen der bürokratisch-rationalen Herrschaft, der Verhandlungsdemokratie, zugunsten eines populistischen Schürens von Leidenschaften und einer Irrationalisierung der Politik (Grande 2000: 138f.). Der Preis für den Legimitätsgewinn der Mediendemokratie ist ihr Rationalitätsdefizit.

Will man diesen Preis nicht zahlen bzw. die Kosten des Rationalitätsdefizits minimieren, muss den politischen Eliten einiges abverlangt werden. Um nämlich auf beiden Ebenen erfolgreich, also integra-

tiv, agieren zu können, müssen politische Eliten über unterschiedliche, ja gegensätzliche Fähigkeiten verfügen. Während die Verhandlungsdemokratie Diskretion, Konsensfähigkeit und Kompromissbereitschaft verlangt, sind für die Mediendemokratie „rhetorische“ Fähigkeiten der Zuspitzung und Dramatisierung erforderlich.

Auf das veränderte Leistungsprofil politischer Eliten in der „postkorporatistischen Mediendemokratie“ verweist auch der innerhalb der Soziologie, Bildungsforschung und Psychologie geführte Kompetenz- bzw. Exzellenzdiskurs. Die Liste attraktiver Kompetenzen changiert zwischen Demut und Ehrgeiz, Durchsetzungsvermögen und Teamfähigkeit, Kreativität und Routine, organisatorischer Strategiefähigkeit und Medienkompetenz, wobei die Bündelung von häufig geradezu gegensätzlichen Kompetenzen als Ausweis von Exzellenz gilt (vgl. Henschel 2001; Zimmerli 2001). Dabei verweist insbesondere die vehemente Betonung von performativen, argumentativen, Überzeugung generierenden sowie agonalen Fähigkeiten darauf, dass für den Erfolg weniger genuin fachliche Leistungen entscheidend sind, gefragt ist vielmehr die generalistische Fähigkeit, abhängig vom Handlungskontext mit divergierenden Anforderungen umgehen zu können und Rollenkonflikte zu vermeiden. Die Professionssoziologie thematisiert diesen Zusammenhang auch als „adressatenbezogene Leistungsinszenierung“. Danach ist der Bestand von Professionen maßgeblich daran gebunden, sich auf dem „leistungsbezogenen ‚Erwartungsmarkt‘ zu bewegen“. Eine der zentralen Kompetenzen besteht darin, „mehrfach- bzw. vielfach-adressierte Darstellungen geben zu können, die jeweils überzeugen und nicht in Widerspruch zueinander geraten“ (Pfadenhauer 2003: 87).

Das Erfordernis einer „adressatenbezogenen Leistungsinszenierung“ gilt für politische Eliten in besonderem Maße. Sie müssen ihr Handeln unterschiedlichen Bezugsgruppen gegenüber überzeugend vertreten: zuvorderst den Wählern oder der Gesellschaft als Ganzer, die Führungs- und Strategiefähigkeit ebenso erwarten wie Responsivität; sodann der Parteibasis und den Parteifunktionären, deren ideologische wie materielle Orientierungen überzeugend bedient werden müssen; und schließlich den Verhandlungspartnern auf der verhandlungsdemokratischen Ebene pluralistischer Interessenvermittlung. Das Rollenprofil des politischen Spitzenpersonals macht mithin ein Set von geradezu gegensätzlichen Kompetenzen erforderlich: strategisches Handeln, Führungsqualitäten und Fachkompetenz verbunden mit Risikobereitschaft, Mut, Kreativität und nicht zuletzt performativen, argumentativen und Überzeugung generierenden Fähigkeiten. Ein solches Set gegensätzlicher Kompetenzen kann von jetzigen bzw. künftigen Elite-Mitgliedern nicht leicht entwickelt werden – zumal die dem Bildungssystem immanente Trägheit eine rasche Anpassung der Ausbildungsstrukturen an die veränderten Kompetenzprofile verhindert.

Ich komme zu einigen allgemeinen Abschlussbemerkungen:

Worin liegt der analytische Gewinn der Rückbindung des Leistungselitenbegriffs an den Kompetenzdiskurs? Ist der Kompetenzbegriff nicht ebenso diffus bzw. im Fluss wie der Leistungsbegriff? Trotz Skepsis gegenüber dem omnipräsenten „Zauberwort“ Kompetenz (Henschel) liegt dessen Beitrag für den Leistungselitenbegriff zunächst in der stärkeren Akzentuierung der subjektiven Voraussetzungen von Elitenhandeln: Er verweist darauf, dass mit Leistungen von Eliten stets mehr angesprochen ist als die bloße Realisierung von Funktionen, nämlich die Ausdeutung als Rollen, mit denen Fähigkeiten, Wertorientierungen und oft auch ein Ethos verbunden sind. Kompetenz geht mithin nicht in Qualifikation als zertifizierbarer Handlungsfähigkeit auf, sondern ist subjektbezogen und umschließt quasi gänzlich viele, verschiedene Handlungsdispositionen (Henschel 2001: 143ff.), die für die erfolgreiche Realisierung von Positionen notwendig sind. Kompetenz verbindet die positionale Zuständigkeit einer Person (Amtskompetenz) mit der Vermutung, dass diese über die dafür erforderlichen Fähigkeiten verfügt. Diese Kompetenzerwartung kann der Positionsinhaber nur dann erfüllen, wenn es ihm gelingt, seine Kompetenz gegenüber verschiedenen Adressaten plausibel in Szene zu setzen, weshalb Ronald Hitzler hier auch von der „Kompetenzdarstellungskompetenz“ spricht.

Damit ist bereits der zweite analytische Mehrwert des Kompetenzdiskurses für den Leistungselitenbegriff angesprochen. Er besteht in der Betonung der Notwendigkeit einer adressatenbezogenen Leistungsinszenierung. Leistung ist zwar der gemeinsame formale Wert, auf den sich unterschiedliche sektorale Eliten berufen, worin genau die Leistungen der Eliten bestehen, was also Eliten voneinander bzw. was die Gesellschaft von ihren Führungsfiguren erwartet, ist gleichwohl nicht ein für allemal festgelegt. Die Forderung gesteigerter Leistungsorientierung ist in der Regel mehr von Vermutungen denn von validen Kompetenzprofilen seitens der Eliten getragen. Darüber hinaus sind die Grundlagen für die Definition von Leistung in modernen Gesellschaften im Fluss. Eine Zweidrittelgesellschaft mit struktureller Arbeitslosigkeit, weniger stetigen Berufskarrieren und zunehmender Notwendigkeit lebenslangen Lernens kann mit dem Leistungsverständnis der klassischen Arbeits- und Berufsgesellschaft kaum noch begriffen werden.

Jenseits substantialistischer Annahmen lassen sich daher Leistungen von Eliten als in Kommunikationsprozessen definierte, wechselseitige Zuschreibungen von Verantwortung seitens verschiedener sektoraler Eliten und Nicht-Eliten begreifen, in denen die Kriterien für Leistungsbewertung wie etwa Kompetenz und Exzellenz, aber auch Prominenz und Prestige deutlich werden. Damit aber variiert das, was jeweils unter Eliteleistungen gefasst wird, sachlich und zeitlich. Eliten werden danach beurteilt, wie sie ihre speziellen Aufgaben bzw. Funktionen wahrnehmen, und danach, ob es ihnen gelingt, ihr Handeln für Bezugsgruppen und Organisationen in unterschiedlichen Kontexten plausibel zu vertreten. Eine derartige Verbindung des Funktions- und Leistungselitenkonzeptes hebt verstärkt auf die diskursive Konstruktion und Formation von Eliten ab.

Die kommunikationstheoretische Perspektive akzentuiert die Abhängigkeit des Elitenbegriffs vom historischen Gesellschaftsbild: Im konkreten Fall der „Berliner Republik“ ist es von einem Umbruch des Sozialmodells bestimmt, nämlich von eklatanten Veränderungen in der sozioprofessionellen Kategorisierung von Lohn-, Gehalts- und Leistungsgruppen, sowie von einer Krise der Repräsentation von Gesellschaft: das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der etablierten Institutionen der Interessenvermittlung schwindet – und damit auch das Vertrauen in diejenigen, die dieses System repräsentieren. Insofern eignet sich der Leistungselitenbegriff nicht nur für eine polemische Elitenkritik und ist auch nicht allein Ausdruck einer hysterischen Grundstimmung, sondern verweist auf eine Spannung zwischen gesellschaftlicher Erwartung an und Selbstbeschreibungen von Eliten. Der Leistungselitenbegriff ist so betrachtet, nämlich über den Rekurs auf den die individuellen Voraussetzungen akzentuierenden Kompetenzdiskurs, ein wertkonnotierter Begriff: Er verschränkt Selbst- und Fremdwahrnehmung von Eliten, indem er die positionale Zuständigkeit mit der Ausdeutung dieser Rolle hinsichtlich der Fähigkeiten, Wertorientierungen und ethischen Implikationen verbindet. In diesem Sinne besitzt der Leistungselitenbegriff – verstanden als eine spezifische Variante von Werteliten – ein reflexives Potential: Als Formel gesellschaftlicher Selbstbeschreibung verweist er auf das Bild, das Gesellschaften – bzw. die tonangebenden „Werteliten“ – sich von sich selbst machen: Im Falle der „Berliner Republik“ ist dies offensichtlich nicht mehr die („nivellierte“) Mittelstandsgesellschaft, sondern eine sozial und kulturell polarisierte Gesellschaft, die ihr Wohl einer leistungs- und führungsstarken Wertelite anvertraut.

## **Literatur**

- Bloom, Harald/Straßenberger, Grit (2006): Elitenproblematik und die „Berliner Republik“. Diagnosen und konzeptionelle Überlegungen S. 315-346. In: Berichte und Abhandlungen, Bd. 11, hg. v. Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Berlin,
- Dreitzel, Hans Peter (1962): Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Franck, Georg (1998): Ökonomie der Aufmerksamkeit. München: Hanser.
- Grande, Edgar (2000): Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten. In: Leviathan, 28. Jg., H. 2, S. 123-141.
- Henschel, Thomas R (2001): Dialogische Handlungs- und Entscheidungskompetenzen. Welche Bildung brauchen wir für das Wissenszeitalter? S. 137-152. In: Orientierung für die Zukunft. Bildung im Wettbewerb, hg. v. der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog. München/Zürich.
- Hoffmann-Lange, Ursula (2007): Elitenrekrutierung in Deutschland: Meritokratie oder Mediokrität? S. 293-316. In: Begat sein in Deutschland, hg. v. Kurt A. Heller und Albert Ziegler, Münster.
- Mayer, Karl Ulrich (2006): Abschied von den Eliten. S. 455-479. In: Herfried Münkler, Grit Straßenberger und Matthias Bohlender (Hrsg.): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt a.M.

- Münkler, Herfried (2006): Vom gesellschaftlichen Nutzen und Schaden der Eliten. S. 25-45. In: Herfried Münkler, Grit Straßenberger und Matthias Bohlender (Hrsg.): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt a.M.
- Nullmeier, Frank (2006): Wissensmärkte und Bildungsstatus. Elitenformation in der Wissensgesellschaft. S. 319-341. In: Herfried Münkler, Grit Straßenberger und Matthias Bohlender (Hrsg.): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt a.M.
- Pfadenhauer, Michaela (2003): Macht – Funktion – Leistung: Zur Korrespondenz von Eliten- und Professionstheorien. S. 71-87. In: Harald Miege und Michaela Pfadenhauer (Hrsg.): Professionelle Leistung – Professionelle Performance. Positionen der Professionssoziologie. Konstanz.
- Raschke, Joachim (2002): Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept. S. 207-242. In: Frank Nullmeier und Thomas Saretzki (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags. Zur Strategiefähigkeit politischer Parteien. Frankfurt a. M./New York.
- Zimmerli, Walter Ch. (2001): Wenn sich die Welt ändert, müssen sich die Eliten ändern. In: Universitas, 56. Jg., H. 6, S. 599-609.



# **Intellektuelle als Eliten? Eliten als Orientierungsgeber? – Ein Plädoyer für die Integration der Intellektuellensoziologie in die Elitensoziologie**

Philipp Korom

Ich möchte ein Plädoyer für die Integration der Intellektuellen- in die Elitensoziologie halten. Meine Argumente für eine Integration dieser gänzlich voneinander abgeschnittenen Forschungszweige bauen einerseits auf theoretischen Überlegungen, andererseits aber auch auf einer jüngst durchgeführten empirischen Studie über österreichische Intellektuelle auf. Auf der analytischen Ebene möchte ich nachweisen, dass definitorische Abgrenzungsversuche zwischen Intellektuellen- und Elitenforschung wissenschaftstheoretisch nicht haltbar sind. Auf der Eben der „harten Fakten“ – damit meine ich die Studienergebnisse zu 107 österreichischen, öffentlichen Intellektuellen aus der Gegenwart – soll gezeigt werden, dass das Nebeneinander der beiden Bindestrichsoziologien dem Wissensfortschritt abträglich ist.

## **1. Über die wechselhafte Konjunktur eines Forschungsthemas: Die Macht der Intellektuellen**

Die Notwendigkeit, Sozialwissenschaftlern ins Gedächtnis zu rufen, dass es sich bei Intellektuellen um machtvolle Eliteangehörige handelt, scheint mir heute mehr als je zuvor gegeben. Schließlich haben Sozialwissenschaftler diese Sichtweise auf die Intellektuellen – wie es mir scheint – weitgehend aufgegeben. Während des Bestehens des Ostblocks verhielt es sich mit der Zuschreibung von Macht und Einfluss umgekehrt: Linke, mit dem Kommunismus sympathisierenden Intellektuelle wurden aus ihren eigenen Reihen scharf kritisiert. Die Kritiker sahen es geradezu als ihre gesellschaftlichen Verantwortung, Angehörige ihrer eigenen geistigen Familie als irrationale, orakelnde Ideologieanhänger zu demaskieren, die eine ganze Gesellschaft in die Irre führen könnten. Wer aber eine ganze Bevölkerung auf Abwege bringen kann, der muss mächtig sein.

Wenn Julien Benda den Intellektuellen *Verrat* an den universellen Idealen der Intellektuellen vorwarf, dann wohl vor allem deswegen, weil er ihr Eintreten für Ideologien, National- und Klasseninteressen als politisch einflussreich einschätzte. Ich habe auch keine Zweifel daran, dass der französische Soziologe Raymond Aaron sein Buch *Opium für Intellektuelle* deswegen verfasste, weil er die Ideen der französischen linken Intellektuellen, die damals mehrheitlich eine die Wirklichkeit verfälschende Pseudovernunft propagierten, als relevante politische Kräfte einschätzte. Auch der deutsche Antisoziologe Helmut Schelsky hätte in seiner polemisch gehaltenen Schrift *Die Arbeit tun die anderen* die Intellektuellen nicht als Reflexionselite titulierte und sie aufgefordert, ihre angeblich illegitime Kritik an den staatlichen Auto-

ritäten bleiben zu lassen, wenn er der linken deutschen Intelligenz nicht einen erheblichen gesellschaftlichen Einfluss zugewiesen hätte. Eine Auflistung der Kritik an Intellektuellen, vornehmlich linken Intellektuellen<sup>1</sup>, könnte beliebig weitergeführt werden. Für meine Zwecke scheint es aber fruchtbarer, aufzuzeigen, dass auch in theoretischen soziologischen Werken Intellektuellen während der Vorherrschaft des Kommunismus im Osten besondere Machtpositionen zugeschrieben wurden. Man denke an György Konrád und Iván Szelényis 1978 verfasstes Essay *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*. Die Autoren machten sich daran, das Nicht-Vorhandensein der Intellektuellen in der marxischen Klassentheorie zu revidieren. Die Marxsche Dichotomie von Arbeitern und Bourgeoisie spart die Intellektuellen, und somit nicht zuletzt Marx und Engels selbst, gänzlich aus. Konrád und Szelényi führen die Intellektuellen als machtvolle Sozialakteure – zumindest in der Theorie – wieder ein: Die Marktwirtschaft hätte der osteuropäischen Intellektuellen nicht genug Handlungsspielräume ermöglicht, weshalb sie für eine Gesellschaft kämpfen musste, in der sie, an die Stelle der Bourgeoisie tretend die Wirtschaft ihren Interessen unterordnen konnte. Mit anderen Worten: Kommunistischen Parteien würden in erster Linie von der Klasse der Intelligenz angeführt werden. Diese Bewertung scheint uns aus heutiger Perspektive nicht nachvollziehbar – nichts desto trotz dient sie doch zur Untermauerung meiner These, dass in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts Intellektuelle mehr denn je als machtvolle Gesellschaftsmitglieder gesehen wurden.

In eine ähnliche Kerbe wie Konrád und Szelényi schlug Gouldner mit seinem 1980 verfassten Buch *Die Intelligenz als neue Klasse*. Gouldner sprach von dem Aufkommen einer neuen Klasse. Diese würde sich im Gegensatz zur „alten“ Besitzklasse durch Humankapital, einen elaborierten linguistischen Code und die Kultur des kritischen Diskurses (CDD) auszeichnen und würde ihr Fachwissen zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen gebrauchen.

Die bisherigen kurzen Ausführungen sollen gezeigt haben, dass, wenn Soziologen über Intellektuelle schrieben, sie sich auch mit Macht auseinandersetzten. Meine These lautet, dass dies heute nicht mehr der Fall ist. Die einzige Ausnahme stellt das umfangreiche Werk von Bourdieu dar. Nach Bourdieu befindet sich der Intellektuelle als Kulturkapitalbesitzer mit der finanzkräftigen Klasse in einem ständigen Kampf um die Definition der letztendlich legitimen Form von Herrschaft – kulturelle oder ökonomische Herrschaft. Er charakterisiert die Intellektuellen soziostrukturell als „beherrschte Herrschende“. Denn einerseits zeige sich, dass die Besitzklasse oftmals stärkere Ausgangspositionen habe, andererseits würden Intellektuelle – so zumindest in der Wahrnehmung von Bourdieu – als Fürsprecher für die schlechthin Beherrschten auftreten und sich von Zeit zu Zeit mit ihnen gegen die Besitzklasse verbünden. Wobei Bourdieu hervorhebt, dass sie selbsternannte Wortführer des Proletariats sind und auch ihre ureigenen Interessen verfolgen könnten.

---

1 Für die jüngste Zeit seien an dieser Stelle angeführt: Payr (2007), Dahrendorf (2005).

Nach Bourdieu kann symbolische Produktion, also etwa die viel beachteten Eröffnungsreden Intellektuellen zum Beginn der Salzburger Festspiele, durchaus politische Auseinandersetzungen dominieren. Bourdieu hebt hervor, dass das Monopol der Intellektuellen das Entwerfen von Vorstellungen über die (soziale) Welt ist:

Es ist nicht dasselbe, ob man jemanden sagt: „Was dir zustößt, kommt daher, weil du eine unglückliche Beziehung zu deinem Vater hattest“ oder „Was dir zustößt, kommt daher, weil du ein Proletarier bist, dem man den Mehrwert stiehlt“.

Es sind also nicht immer die Wortführer aus der Wirtschaft und Politik, die bestimmen, was als legitimer Diskurs oder gar als gerechtfertigte politische Maßnahme zu gelten hat. Auch Intellektuelle können spezifische Denkkategorien durchsetzen und so indirekt den „politischen Apparat“ entscheidend beeinflussen.

Bourdieu's Entwurf des universellen Intellektuellen und Foucault's Gegenentwurf, nämlich die theoretische Konzeption des spezifischen Intellektuellen (s. weiter unten), sind die letzten soziologischen Versuche, die Intellektuellen unter einer machtheoretischen Perspektive zu erfassen. Alle anderen, neueren Schriften in der Intellektuellensoziologie<sup>2</sup> diskutieren „Das Ende der Intellektuellen“, „Das Jahrhundert der Intellektuellen“, „Den Niedergang der Intellektuellen“ u. ä., ohne die Intellektuellen in der Gesellschaft zu verorten. Es geht diesen Autoren allein darum, die soziologische Kategorie „Intellektueller“ genauer zu erfassen und den Transformationen des Strukturtypus „Intellektueller“ unter verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen auf den Grund zu gehen. Gänzlich vergessen wird dabei, dass Intellektuelle mit anderen sozialen Gruppen verflochten sind, auf sie Einfluss ausüben können und sie – um auf Bourdieu's Terminologie zurück zu greifen – durch den Einsatz unterschiedlicher Kapitalsorten um die besseren gesellschaftlichen Positionen untereinander und mit Akteuren anderer Gesellschaftssphären (Wirtschaft, Politik) konkurrieren.

Die erste Forderung in diesem Plädoyer lautet daher: Die Intellektuellen sollen von Sozialwissenschaftler wieder aus einer machtheoretischen Perspektive betrachtet werden. Es soll daher danach gefragt werden, welche Machtquellen Intellektuelle besitzen und in welchem Ausmaß sie auf andere Einfluss nehmen bzw. welche (gesellschaftlich relevanten) Konsequenzen diese Einflussnahme haben kann. Als mächtig möchte ich dabei all jene betrachten, die möglichst viele andere Akteure durch bestimmte Machtstrategien dahingehend beeinflussen können, dass sie identische Ziele und Bestrebungen entwickeln, wie der handelnde Akteur sie selbst besitzt.

Die zweite Forderung ist untrennbar mit der ersten verbunden: Der Intellektuelle sollte nicht mehr als homo clausus behandelt werden. Schließlich tritt er stets in der Öffentlichkeit auf, um auf andere Ein-

---

<sup>2</sup> Beispielhaft seien angeführt: Carrier/Roggenhofer (2007), Posner (2001), Said (1994), Winock (2003).

fluss zu nehmen. Er ist in Figurationen eingebunden, und je nachdem stehen ihm unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung. Eine adäquate soziologische Analyse darf daher Intellektuelle nicht als isolierte Individuen auffassen. Soziale Kontexte müssen berücksichtigt werden.

Nachdem ich die wechselhafte Konjunktur des Forschungsthemas „Die Macht der Intellektuellen“ beschrieben habe, möchte ich nun die Begriffe „Elite“, „Intellektuelle“ und „Macht“ erörtern. Mein Anliegen ist es aufzuzeigen, dass „Eliten“ und „Intellektuelle“ nicht als unterschiedliche Gegenstände betrachtet werden müssen. Oder vorsichtig formuliert: Dass Interferenzen Unterschiede überwiegen. Als wichtigste Querverbindung zwischen den beiden soziologischen Kategorien sehe ich die Macht mit all ihren vielseitigen Ausprägungen.

## **2. Über die definitorische Ausklammerungsversuche spezialisierter Elitesoziologen**

Bevor ich zum Kern des Plädoyers vordringe, sollen noch einige definitorische Ausklammerversuche deutscher Elitensoziologie angeführt werden. Sie finden es nicht der Mühe wert, Intellektuelle als Elite zu untersuchen. Das soll an wenigen Beispielen nachgewiesen werden:

In der Potsdamer und Mannheimer Elitestudien (Bürklin/Rebenstorf 1997, Hoffmann-Lange 1992) wird die so genannte Positionsmethode angewendet, um zu einer objektiven Definition von nationalen Eliten, also von Personen zu kommen, die an den für die Gesamtgesellschaft zentralen Entscheidungen maßgeblich und regelmäßig mitwirken. Es werden ausschließlich Führungspositionen aus den Hauptsektoren Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Massenmedien, Wissenschaft, Militär und Kultur betrachtet. Die Begründung für diese selektive Stichprobenziehung lautet: Wir benötigen ein objektives Kriterium. Als ein solches kann am besten die institutionalisierte Macht herangezogen werden, bei welcher die Herrschenden einen rechtlich begründeten Anspruch auf Macht haben. Nur wer in gehobenen Positionen sitzt, kann regelmäßig und maßgeblich auf seine von der Gesellschaft als legitim betrachteten Machtressourcen zurückgreifen. Jene, die kein bedeutsames Amt inne haben, aber dennoch Einfluss ausüben werden als *graue Eminenzen* (Bürklin 1997, 16) bezeichnet, die man weitgehend vernachlässigen könnte.

Der wohl populärste deutschsprachige Eliteforscher, Michael Hartmann, selektiert nochmals. Seine (vergleichenden) Analysen (Hartmann 2004 u. 2007) konzentrieren sich alleine auf die besonders mächtigen Positionseliten, also auf die Sektoren Politik, Verwaltung; Justiz und Wirtschaft.

Auch in allen einschlägigen Buchneuerscheinungen (Krais 2001, Imbusch 2003, Münkler 2006) zur Elitensoziologie tauchen die Intellektuellen nicht einmal in der Fußnote auf. Wenn wir all diese Beobachtungen auf eine Kurzformel bringen müssten, so könnte diese folgendermaßen lauten: Elitesoziologen

interessieren sich für die wirklich Mächtigen in der Gesellschaft, zu denen die Intellektuellen nicht gezählt werden sollen.

Diese Abgrenzung soll hier kritisch hinterfragt werden. Als Ausgangspunkt möchte ich die Elitendefinition von Dreitzel (1962: 444) wählen, der auch von Spitzenpositionen spricht, aber neue, für meine Argumentation wichtige Akzente setzt:

...diejenigen *Inhaber von Spitzenpositionen* in einer Gruppe, Organisation oder Institution, die auf Grund einer sich wesentlich am (*persönlichen*) *Leistungswissen* orientierenden Auslese in diese Positionen gelangt sind, und die kraft ihrer Positionsrolle die Macht oder den Einfluss haben, über ihre Gruppenbelange hinaus zur Erhaltung oder zur Veränderung der Sozialstruktur und der sie tragenden Normen unmittelbar beizutragen oder die aufgrund ihres Prestiges eine *Vorbildrolle spielen* können, die über ihre Gruppe hinaus das Verhalten anderer normativ mitbestimmt [eigene Hervorhebungen].

Ja, Intellektuelle sind in der Regel keine Inhaber von Spitzenposition. Wobei die Frage, auf welchen Prozentsatz der Intellektuellen diese Aussage zutrifft, eine empirisch zu beantwortende Frage ist. Dass Leistungswissen auch für Intellektuelle nicht irrelevant ist, werden wir noch sehen. An dieser Stelle möchte ich nur näher auf den normativen Einfluss von Eliten aufgrund von Prestige eingehen. Das scheint mir doch ganz interessant, wenn man bedenkt, dass jeder einzelne Staatsbürger vor die Aufgabe gestellt wird, aus einer Vielfalt von moralischen Urteilen, sozialen Normen und Werten seine politische Haltung zu konstruieren. Schließlich kann er/soll er Stellung beziehen, wenn ein Umfeld gesellschaftsrelevante Themen diskutiert: Soll der Frauenanteil in Spitzenpositionen durch Quotenregelungen gehoben werden? Soll unter die nationalsozialistische Vergangenheit Österreichs endlich ein Schlussstrich gezogen werden? Sollen Kinder in die Gesamtschule? Soll die österreichische Neutralität abgeschafft werden? Sollen wir Verbrecher einsperren? Sind wir auf genmanipulierte Lebensmittel angewiesen? Ist Sterbehilfe mit Humanität vereinbar?

Für diese und andere Fragen sind keine letzten Instanzen reserviert, die ein Deutungsmonopol für sich beanspruchen könnten, dennoch kennen wir Spezialisten, die geübt sind, soziale Phänomene zu vergeistigen, ihre Genese zu erklären und ihre Auswirkungen mit Weitblick zu analysieren. Für diese Spezialisten hat sich der Begriff Intellektuelle etabliert. Diese professionellen Denker entwerfen die Definition dessen, was wesentlich und was unwesentlich ist, was würdig ist, dargestellt zu werden und was nicht. Sie bestimmen ganz wesentlich die Wahrnehmungs- und Bewertungskategorien, derer wir uns bedienen, wenn wir unsere Meinungen entwerfen. Was bedeutete eigentlich Souveränität Österreichs? Wie ist heute zu bewerten? Welche Implikationen hat sie? Oder: Wann liegt Sterbehilfe vor? Sollte man Sterbehilfe oder Euthanasie sagen? Was sind die Möglichkeiten und Grenzen der palliativen Medizin? Wann beginnt das Leben? Intellektuelle liefern zu diesen Fragen nicht nur reine Informationen zum Sachstand, sie bestimmen auch den Diskurs, formen das allgemeine Meinungsklima, grenzen das Optionspektrum ein, entwerfen Zukunftsvorstellungen und Weltsichten, die wir übernehmen. Als Orientie-

rungsgeber scheinen sie mir unersetzbar und bedeutsam. Umso wichtiger ist es daher den Begriff Intellektueller genauer zu fassen und alle möglichen Phänomenologien des Intellektuellen zu erörtern.

### **3. Eine Phänomenologie elitärer Gesellschaftsangehöriger: Die Intellektuellen**

Die gesellschaftliche Position der Intellektuellen in der Gesellschaft kann am besten mit der Habermaschen begrifflichen Unterscheidung zwischen „Zentrum“ und „Peripherie des politischen Systems“ beschrieben werden. Intellektuelle gehören zumeist nicht dem Zentrum, also der Regierung, den Parteien, der politischen Verwaltung oder der Gerichtsbarkeit an. Sie sind in der Peripherie, also in der Kunst, der Literatur oder der Wissenschaft verortet und treten in der Öffentlichkeit, also in dem kommunikativen Raum, der nach Habermas zwischen dem Zentrum und der Peripherie gespannt ist, auf. Kurz: Intellektuelle sind keine Gelehrten im Elfenbeinturm. Ganz im Gegenteil sind sie per definitionem an die Öffentlichkeit gebunden.

Objektiviert man alle in der Soziologie vorhandenen Intellektuellenkonzepte, indem man die Eigeninteressen der Autoren berücksichtigt und nach den gemeinsamen größten Nenner sucht, dann stellen sich folgende sechs Merkmale als universal für Intellektuelle heraus:

*Öffentliche Wirksamkeit:* Der Intellektuelle wird bei seinen Auftritten in öffentlichen Foren (Presse, Rundfunk, Fernsehen) von einem breiten Publikum beachtet.

*Kritische Haltung:* In seiner öffentlichen Stellungnahme beanstandet, tadelt, bewertet oder beurteilt der Intellektuelle etwas.

*Form der Kritik:* Die Logik des besseren Argumentes muss die Stellungnahmen des Intellektuellen prägen.

*Akteur der Peripherie:* Der Intellektuelle ist nicht der Regierung, Parteien, der politischen Verwaltung oder der Gerichtsbarkeit zu zurechnen.

*Kompetenzen:* Der Intellektuelle hat sich in gewissen Bereichen Kompetenzen erworben, die ihm eine gewisse Autorität verleihen.

*Kontinuität:* Der Intellektuelle äußert sich regelmäßig in der Öffentlichkeit

Für unsere Zwecke wollen wir diese Merkmale als Kriterien sehen, die erfüllt sein müssen, damit tatsächlich von einem Intellektuellen gesprochen werden kann. Wenn dies der Fall ist, so sind dennoch unterschiedliche Ausprägungen von Intellektualität vorstellbar. In der Soziologie der Intellektuellen findet man eine ganze Reihe von Idealtypen, die zumindest cursorisch erwähnt werden sollen:

Berger und Luckmann entwarfen den *Typ des revolutionären Intellektuellen*, der gängige Ideen nicht nur negiert und für falsch erklärt, sondern danach trachtet, sie und zugleich das Weltbild einer sozialen Schicht zu zersetzen. Der Intellektuelle ist ein Außenseiter, der nach Anhängerschaften sucht.

Der *synthesebildende Intellektuelle*: Mannheim versteht unter der „sozial freischwebenden Intelligenz“ eine relativ lose gelagerte Schicht, die keine perspektivische Standortgebundenheit in politischen Diskursen aufweist. Aufgrund ihrer spezifischen sozialen Klasse würde sie im besonderen Maße „soziale Sensibilität“ entwickeln und könnte zwischen ideologisch unterschiedlich geprägten Gruppierungen (in Krisenzeiten) vermittelnd wirken. Durch ihre Bildung überblickt sie weite Wissensbereiche und könne auch so unterschiedliche Standpunkte einnehmen.

*Der universelle Intellektuelle* (Bourdieu): Der Intellektuelle spricht in der Öffentlichkeit sehr unterschiedliche Themen an, wobei der Wertebezug stärker ausgeprägt ist als der Tatsachenbezug, d. h. der Bezug auf unbestreitbare Erkenntnisse. Er ist insofern universeller Intellektueller, als er sich als Repräsentant der Allgemeinheit sieht und sagt, was für alle wahr und gerecht sei. Mit anderen Worten: Er bezieht sich auf Werte, die für alle verbindlich sein sollten, wie etwa die Werte der Freiheit, der ethischen Reinheit und Wahrheit, und versucht diese durchzusetzen.

Foucault entwarf den Idealtypus des *spezifischen Intellektuellen*. Dieser ist ein Gesellschaftsakteur, der seine politischen Interventionen auf wenige Bereiche beschränkt und aus einem politischen Verantwortungsgefühl heraus sein spezifisches und damit lokales Wissen in den Dienst politischer Kämpfe stellt. Foucault sieht also in dem Intellektuellen nicht die traditionelle Figur des Fürsprechers des Universellen (z. B. Sartre). Der spezifische Intellektuelle ist jemand, der als einer „von ihnen“ denkt. Die Überlappungen zwischen intellektuellem (Berufs-)Alltag und politischem Engagement sind groß.

*Der organische Intellektuelle*: Nach Gramsci schaffen sich soziale Gruppierungen ihre eigenen Intellektuellen. Diese bedienen sich sodann der Intellektuellen, „um ihre Interessen zu verwalten, Macht zu gewinnen und Kontrolle auszuüben“ (Said 1994, 10). Organische Intellektuelle wirken auf die Gesellschaft aktiv ein und versuchen Einstellungen weiter Bevölkerungsteile zu Gunsten der sozialen Gruppe, der sie angehören, zu verändern.

Es stellt sich die Frage, inwiefern die vier verbleibenden Typen voneinander abgrenzbar sind. Zur Überprüfung der Distinktheit sollen die Vergleichsdimensionen „Tatsachen (Wissen) versus Werte“ und „Handlungsempfehlung versus keine Handlungsempfehlung“ und „exemplarischer Einzelner versus „Fürsprecher einer sozialen Gruppe“ herangezogen werden:

| Handlungsaufforderung | Fürsprecherfunktion |                                    |
|-----------------------|---------------------|------------------------------------|
|                       | Ja                  | nein                               |
|                       | Tatsachen < Werte   | Tatsachen > Werte                  |
| Ja                    | Organischer I.      | Universeller I.<br>Spezifischer I. |
| Nein                  |                     | Synthesebildender I.               |

Tabelle 1: Typologie für den Zusammenhang zwischen „Handlungsempfehlung“, „Tatsachenbezug versus Wertebezug“ und „Fürsprecherfunktion“

Unsere Typologie ermöglicht es die Intellektuellen von anderen Personengruppen wie etwa den Politikern, den Wissenschaftlern, den Künstlern und den reinen Experten abzugrenzen. Mit dem Politiker kann der Intellektuelle das engagierte Eintreten für Werte in der Öffentlichkeit gemeinsam haben. Vom diesem trennt ihn aber die Tatsache, dass er kein Amt auszuüben hat und so von institutionellen Zwängen frei ist. Zwischen dem Wissenschaftlern und dem Intellektuellen kann es die Gemeinsamkeit geben, dass beide intersubjektiv nachvollziehbar und systematisch Sachverhalte zu ergründen versuchen. Die Tätigkeit des Intellektuellen verfolgt aber stets einen praktischen Zweck – es geht nie allein um den reinen Erkenntnisgewinn. Reine Experten zeichnen sich im Gegensatz zu den Intellektuellen durch einen Fachjargon aus und treten selten in der Öffentlichkeit auf.

#### 4. **„Der Versuch, irgendeine Macht [...] zu isolieren, [...] ist eine Fehlerquelle von großer praktischer Bedeutung“<sup>3</sup> – Über die Vielfältigkeit der Macht**

Ich möchte im Folgenden der Frage nachgehen, warum Intellektuelle bislang als *graue Eminenzen* aus den empirischen Studien von Elitesoziologen ausgeschlossen worden. Zu diesem Zwecke wollen wir uns noch einmal die Definition von Dreitzel ins Gedächtnis rufen, in der es heißt, Eliten würden durch *eine am Leistungswissen orientierende Auslese in Spitzenpositionen* gelangen. Wir haben schon festgestellt, dass Intellektuelle in der Regel beruflich kein machtvolleres Amt innehaben. Auch muss anerkannt werden, dass das Etikett „Intellektueller“ jemanden in der Regel von anderen Intellektuellen verliehen wird und nicht erst zur Geltung kommt, wenn objektive Leistungsstandards erfüllt wurden. Diese scheinen, folgt man Hartmann, auch nicht für Wirtschaftseliten vorhanden zu sein – subjektive Wertungen fallen ebenso bei der Auswahl von Managern ins Gewicht. Ich möchte behaupten, dass objektive und von sozialen Prozessen unabhängige Zurechnungskriterien zu einer Elite oder zu dem Kreis der Intellektuellen gar nicht existieren. Der Erwerb des Elitestatus erfolgt genauso wie der Erwerb des Status eines Intellektuellen durch Kooption (vgl. Paris 2002, 55-71), daher nachdem ein Konsens über die Wertigkeit des Kandidaten getroffen wurde. Dieses Verfahren ist in beiderlei Fällen nicht objektiv, im Falle der Intellektuel-

3 Russell 1947.

len ist aber zumindest ein objektives Kriterium von großer Bedeutung: das Wissen, die erworbenen Kompetenzen bzw. die öffentliche Anerkennung dieses Wissens. Intellektuelle kritisieren – so zumindest die Theorie – institutionelle Bereiche (Politik, Wirtschaft, etc.), in denen sie selbst nicht tätig sind. Dem Vorwurf *inkompetene Kritik*<sup>4</sup> zu üben, können sie nur auf zwei Arten abwehren: a) Entweder durch außerordentlich gute Informiertheit oder (b) durch ihren diffusen Status eines erfolgreichen Publizisten, Wissenschaftlers etc. Dieser Status ist erworben und baut auf erbrachten, „objektiven“ Leistungen auf. Intellektuelle können also durchaus als Leistungseliten betrachtet werden.

Es dürfte also weniger die definitorische Leistungskriterien für Funktionseliten, sondern vielmehr der Machtbegriff sein, der Eliteforschern im Falle der Intellektuellen problematisch erscheint. Wie wir erwähnt haben, pochen sie darauf, dass nur institutionalisierte Macht relevant sei. Institutionalisierte Macht weist nach Popitz folgende drei Merkmale auf: a) Es kommt zu einer Entpersonalisierung der Machtverhältnisse, b) die Machtausübung wird formalisiert, c) Machtverhältnisse werden in eine bestehende, höhere Ordnung integriert. Prototypische Intellektuelle sitzen nicht auf dem Amt des Verfassungshofpräsidenten. In welchem Ausmaß aber Intellektuelle insgesamt im 21. Jahrhundert bedeutsame Positionen besetzen, welche die Reichweite und den Geltungsgrad ihrer Machtwirkungen verstärken, bleibt eine offene Frage. Sie kann nur auf der Basis von empirischen Daten beantwortet werden.

Ich halte es außerdem für einen folgenschweren Denkfehler, wenn Machtformen in eine simple Rangordnung gebracht werden und somit eine Vielzahl von Machtressourcen, die in einer komplexen Gesellschaft ohne Zweifel vorhanden sind, systematisch ausgeblendet werden. Für den Fall der Intellektuellen sind zumindest folgende zwei Machtformen relevant:

*Institutionalisierte Macht:* Wie wir noch sehen werden, hat sich in der Wissensgesellschaft der Typus des sogenannten Expertenintellektuellen herausgebildet – dieser kann ist in der Regel in Institutionen, zum Teil mächtigen Institutionen verortet werden. Als solche Machtinhaber üben Intellektuelle durchaus institutionalisierte Macht aus.

*Symbolische Macht:* Darunter möchte ich die Macht zur Durchsetzung von Bedeutungen verstehen. Mit Bourdieu lässt sich feststellen, dass die ökonomische Welt auf Erkenntnisprozesse nicht mechanistisch, sondern über symbolische Konstruktionen wirkt (Wayand 1998, 221-237). Jede gesellschaftliche Elite benötigt sinnstiftende Begriffe und Denkschemata. Das lässt aber auch darauf schließen, dass jene, die Spezialisten für Sinngebungen sind, mächtige Gesellschaftsmitglieder sind. Intellektuelle können – stärker als alle anderen – die symbolischen Legitimierungen der herrschenden Eliten logisch erscheinen lassen oder machen. Sie können also zur Aufrechterhaltung der vorherrschenden Denk- und Beurteilungs-

---

4 Diese Begriffszusammensetzung findet sich erstmals in Lepsius 1964, 75-91, Wiederabdruck in Lepsius 1990, 270-285.

schemata beitragen. Sie können aber auch den „common sense“, das „Schweigen der Doxa“, wie das Bourdieu nennt, aufbrechen und neue Diskurse an deren Stelle setzen.

In ihrer Extremform kann sich symbolische Macht als „ideologische Macht“ (Mann 1990) manifestieren. Säkulare Ideologien haben sich als besonders einflussreich erwiesen. Deswegen wurden wohl linke Intellektuelle in der Vergangenheit am stärksten von Soziologen als mächtige Eliten diskutiert. Ich meine, dass auch bei Abwesenheit von Intellektuellen als Träger von Ideologien nach ihrer symbolischen Macht gefragt werden muss.

Die oben genannten Machtformen können auf folgenden Machtressourcen basieren:

*Macht durch Zwang:* Auf Adressaten wird über das Gewähren bzw. Zurückhalten bestimmter Ressourcen Einfluss ausgeübt bzw. damit gedroht (Imbusch 1998, 9-26)

*Macht durch Identifikation:* Der Intellektuelle beeinflusst aufgrund seines Charismas die Emotionen, Ziele und Absichten anderer Personen.

*Macht durch Wissen:* Intellektuelle können über (spezielles) Wissen verfügen, das kaum jemand anders hat. Dieses Privileg macht sie zu machtvollen Akteuren.

## **5. Öffentliche Intellektuelle in Österreich: Ein Fallbeispiel**

Ich schließe an dieser Stelle meine theoretische Argumentation ab und gehe zur Präsentation einiger Ergebnisse über österreichische öffentliche Intellektuelle über. Die *Stichprobe* setzt sich aus 107 schreibenden Intellektuellen zusammen, die entweder in Österreich geboren wurden oder über Jahre hinweg in diesem Land als Intellektuelle tätig waren und in den Jahren 2005 und 2006 in Printmedien durch eigene Artikel hervorgetreten sind. Sie alle erfüllen die oben erwähnten universellen Merkmale eines Intellektuellen.

Die in die Stichprobe aufgenommenen Intellektuellen haben in den letzten zwei Jahren 1167 Artikel verfasst. Alle Artikel wurden einer typisierenden Inhaltsanalyse unterzogen. Als Typisierungsdimensionen wurden gewählt: „Themenbreite“, „Engagement“, „Expertentum“, „Kritik“ (Erläuterungen zu diesen Dimensionen findet sich im Anhang). Inhaltlich präsentieren diese Dimensionen die weiter oben genannten fünf Typen von Intellektualität. Weiterhin wurden folgende Kontextmerkmale erhoben:

- **Artikelanzahl:** Anzahl der vom Intellektuellen in den letzten zwei Jahren eigens verfassten Presseartikel.
- **Breitenwirksamkeit:** Namensnennungen in österreichischen Zeitungen/Zeitschriften und in ORF-Sendungen.

- Wissenschaftler vs. Nicht-Wissenschaftler: Wissenschaftliche Funktionen in Universitäten, Akademien, Ämtern oder privat finanzierten Forschungsinstituten
- Politische Zugehörigkeit: Fremdratings anderer Intellektueller auf der Skala „weit links – links – Mitte – rechts – weit rechts“ und „Befürwortung versus Gegner der konservativen Regierung Schüssel I“

Mithilfe von statistischen multivariaten Verfahren (Clusteranalyse) wurden die Intellektuellen anhand der vier Typisierungsdimensionen gruppiert. Gruppierungen von Intellektuellen wurden sodann charakterisiert und miteinander kontrastiert. Es sollen an dieser Stelle lediglich die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst werden:

*Erstens:* Der organische Intellektuelle, der eine Fürsprecherfunktion für soziale Gruppen einnimmt, ist eine Ausnahmerecheinung. Die wenigen organischen Intellektuellen Österreichs sind außerdem stets spezifische Intellektuelle, die ihre politischen Interventionen auf wenige Bereiche beschränken.

*Zweitens:* Eine Gruppierung von Intellektuellen übt tendenziell keine Kritik, sondern erklärt dem Publikum (komplizierte) Sachverhalte. Ihre Interventionen verfolgen dennoch einen praktischen Zweck, geht es ihnen doch darum, durch Informationen und neue Sichtweisen eine öffentliche Debatte um Argumente zu bereichern und sie zugleich in eine bestimmte Richtung zu lenken.

*Drittens* stützen die Ergebnisse die These, dass Intellektuelle durchaus die dominierenden gesellschaftlichen Kräfte unterstützen können. So haben Signifikanztests ergeben, dass jene Intellektuellen, die in ihren Artikeln keine konkrete Kritik äußern, in der Regel als „Befürworter der Regierung Schüssel I“ eingestuft und im politischen Spektrum der konservativen Seite zugeordnet werden.

*Viertens* ergaben die quantitativen Auswertungen, dass universelle Intellektuelle in Österreich am stärksten sozialistisch geprägt sind. Sie schreiben überdurchschnittlich viele kritische Zeitungsbeiträge, verfügen aber dennoch über eine vergleichsweise schwache Breitenwirksamkeit, d. h. ihre Stellungnahmen werden von wenigen Österreichern wahrgenommen.

## **6. Schlussfolgerungen: Die Intellektuellen und ihre Macht**

Allgemein lässt sich feststellen, dass ein Wandel der Intellektualität stattgefunden hat. Die Breitenwirksamkeit klassischer Intellektueller nimmt ab, der Einfluss aber von Intellektualität auf die geistige Situation bleibt erhalten. Intellektuelle scheinen kein Korrektiv darzustellen – vom „Aufbrechen der Doxa“ kann keine Rede sein –, auch den Unterprivilegierten unserer Gesellschaft verleihen sie nicht ihre Stimme. Der Mythos des organischen Intellektuellen sollte endlich aus der Welt geschafft werden. Das Charisma des Intellektuellen scheint ebenso an Bedeutung abgenommen zu haben – Österreich hat keinen

Sartre. Meines Erachtens spielt deshalb die Macht durch Identifikation keine nennenswerte Rolle. In den Zeitungsartikeln steht der Wissens- und Wissenschaftsbezug im Vordergrund, wobei Intellektuelle als Orientierungsgeber auftreten. Sie erklären dem Leser, der Leserin Sinn und Unsinn des „Projektes EU“, die Ursachen für den Rückgang des Einflusses der Gewerkschaft, die Relevanz der Religion in der Postmoderne, das Gefahrenpotential eines „Kampfes der Kulturen“. Sie besprechen Formen der Integration und legen die aktuellen Fort- und Rückschritte der Friedenspolitik im Nahen Osten aus. Es liegt also nahe zu sagen, dass die eigentlich Machtquelle der Intellektuellen ihr breites Wissen ist. Etwas zynisch könnte man natürlich fragen, ob denn dann die untersuchten öffentliche Intellektuelle in Österreich nicht mehr als die „besseren Journalisten“ seien? Ob denn ihr Einfluss etwas gleich zu bemessen sei, wie jener eines Chefredakteurs, der ja bekanntlich auch wesentlich mehr weiß als der durchschnittliche Leser? Ich möchte darauf zweierlei entgegnen:

Im Gegensatz zu Journalisten üben öffentliche Intellektuelle nicht nur über ihre Artikel Einfluss auf die Gesellschaft. Symbolische Macht verleiht ihnen auch ihre Zugehörigkeit zu Institutionen. Einige dieser Institutionen, denen die Intellektuellen aus der präsentierten Studie angehören seien kurz aufgezählt: der Verfassungsgerichtshof, die Österreichische Salinen AG, das Fessel-GfK-Institut, die politische Akademie der ÖVP, ein bildungspolitische Beratergremium der ÖVP, die österreichische Gentechnikkommission, die österreichische Bioethik-Kommission, das österreichische Verteidigungsministerium, das österreichische Institut für Wirtschaftsforschungsinstitut, die freiheitliche Parteiakademie, der Wiener Stadtschulrat, das Österreichische Informationsbüro für Sicherheitspolitik. usw. Wenn also auch Zeitungsleser ihren Artikeln allzu viel Aufmerksamkeit widmen mögen, ihr Einfluss durch Wissen auf die Wirtschaftselite und die politische Elite bleibt immer noch.

Meines Erachtens sollte daher zukünftige empirische Forschung nicht an den Bourdieuschen Fragestellungen orientiert werden: Den Antagonismus zwischen beherrschten Herrschenden (Intellektuellen) und Herrschenden könnte man relativieren und stattdessen fragen, in welchem Maße Intellektuelle durch ihr kulturelles Kapital die herrschenden Eliten stützen (und inwiefern sie von ihnen abhängig sind).

Auch wenn Intellektuelle sich im 21. Jahrhundert nicht mehr besonders durch ihr Charisma auszeichnen, so ist ihre Meinung doch einflussreicher als die bekannter Journalisten. Ein Expertenintellektueller, wie etwa Peter Filzmaier, der als renommierter österreichischer Professor für Politikwissenschaften gilt, hat in der Diskussion mit einem österreichischen Chefredakteur, wie etwa Michael Fleischhacker von der „Presse“, a priori einen höheren Status. Wir sehen in diesen Expertenintellektuellen eine verlässlichere Wissensquelle als in dem Journalisten. Auch wenn der Österreicher vielleicht weiß, dass Wahlprognosen statistisch gesehen ein heikles Unternehmen darstellen, wird er eher den Prognosen des Politologen glauben und nicht journalistischen Orientierungsgebern.

Ich darf zusammenfassen: Wenn wir heute über die Macht der Intellektuellen reden, dann müssen wir auch über den Einfluss der Expertenintellektuellen reden. Die klassischen, linken Intellektuellen beherrschen nicht mehr alleine die öffentliche Sphäre.

Die hauptsächliche Machtressource der Intellektuellen der Gegenwart ist ihre Wissen und ihr gesellschaftliches Prestige. Sie leiten zwar selbst keine machtvollen Institutionen, sehr wohl aber können sie diesen angehören. Diese Institutionenzugehörigkeit kann durchaus den Geltungsgrad ihres Einflusses heben.

Expertenintellektuellen haben sich von den „großen Narrationen“ verabschiedet und können im 21. Jahrhundert als wichtige Orientierungsgeber unserer Gesellschaft gesehen werden. Sie befassen sich mit spezifischen Problemen. Ihre Meinung ist einflussreicher als jene der Journalisten.

Elitesoziologen sollten diese Intellektuellen in ihre Untersuchung mit einbeziehen und die Pluralität von Einflussstrategien in modernen Gesellschaften stärker berücksichtigen. Kein vernünftiger Mensch könnte behaupten, dass Marx keine einflussreiche Person gewesen wäre bzw. von ihm keine gesellschaftlich relevante Macht ausgegangen sei. Nun, Marx lebt nicht mehr, die von ihm geprägte Ideologie hat an Bedeutung verloren, dennoch: Lebte der Intellektuelle Marx heute, die Elitesoziologen unter uns würden ihn wahrscheinlich nicht in ihre empirische Untersuchungen aufnehmen und ihn womöglich als irrelevante *grane Eminenz* abtun. Schließlich findet man ja Marx nicht in der Chefetage eines einflussreichen Wirtschaftsunternehmens an!

## **Literatur**

- Aron, Raymond (1957): *Opium für Intellektuelle. Oder die Sucht nach Weltanschauung.* Berlin/Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Benda, Julien (1983): *Verrat der Intellektuellen*, Frankfurt am Main: Ullstein, [1917].
- Berger, Peter L. & Luckmann, Thomas (2004): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, [1966].
- Bourdieu, Pierre (1991): *Die Intellektuellen und die Macht*, Hamburg: VSA-Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1999): *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo academicus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Rede und Antwort*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1989): *Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung der Intellektuellen*, Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Bourdieu, Pierre (1993): *Soziologische Fragen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke u. a. (1992): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen, 1997; Hoffmann-Lange, Ursula: *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.

- Bürklin, Wilhelm (1995): Die Potsdamer Elitestudie von Problemstellungen und wissenschaftliches Programm. In: Ders.: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen, 1997, 16.
- Carrier, Martin und Roggenhofer, Johannes (Hrsg.) (2007): Wandel oder Niedergang? Die Rolle der Intellektuellen in der Wissensgesellschaft, Bielefeld: transcript Verlag.
- Dahrendorf, Ralf (2005): Engagierte Beobachter. Die Intellektuellen und die Versuchung der Zeit, Wien: Passagen Verlag.
- Dreitzel, Hans Peter (1962): Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse, Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Foucault, Michel (1987): Die Intellektuellen und die Macht. Gespräch zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze. In: ders.: Von der Subversion des Wissens, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Foucault, Michel (1987): Wahrheit und Macht. Interview von Alessandro Fontana und Pasquale Pasquino. n: Ders.: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin, Merve Verlag.
- Gouldner, Alvin W (1980): Die Intelligenz als neue Klasse. Sechzehn Thesen zur Zukunft der Intellektuellen und der technischen Intelligenz, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte, Bde 1-10, hrsg. von Klaus Bochmann, Hamburg: Argument Verlag.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hartmann, Michael (1995): Deutsche Topmanager. Klassenspezifischer Habitus als Karrierebasis. In: Soziale Welt, Jg. 46, 440-468.
- Hartmann, Michael (2007): Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Hartmann, Michael (2004): Elitesoziologie: eine Einführung, Frankfurt am Main: Campus.
- Hartmann, Michael (2001): Klassenspezifischer Habitus oder exklusive Bildungstitel als soziales Selektionskriterium? Die Besetzung der Spitzenpositionen in der Wirtschaft. In: Beate Kreis (Hrsg.): An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen, Konstanz, 157-215.
- Imbusch, Peter (Hg.) (2003): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klasse, Opladen,
- Imbusch, Peter (1998): Macht und Herrschaft in der Diskussion. S. 9-26 In: Ders. (Hrsg.): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen: Leske + Budrich.
- Konrád, György und Szelényi, Iván (1978): Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht. Essay, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Korom, Philipp (im Erscheinen): Intellektuelle in der österreichischen Presse. Graz: Universitätsverlag.
- Krais, Beate (Hrsg.) (2001): An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen, Darmstadt.
- Lepsius, Rainer M. (1990): Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16, 1964, 75-91, Wiederabdruck in: ders.: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 270-285.
- Mann, Michael (1990): Geschichte der Macht. Von den Anfängen bis zur griechischen Antike, Bde.1, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Mannheim, Karl (1952): Ideologie und Utopie. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Mannheim, Karl (1993): The Sociology of Intellectuals. In: Theory, Culture & Society, 10, [1932], S. 69-80.

- Münkler, Herfried et al. (Hrsg.) (2006): Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Paris, Rainer (2002): Autorität – Führung – Elite. Eine Abgrenzung. S. 55-71. In: Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hg.): Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen. Opladen: Leske + Budrich.
- Payr, Heinrich (2007): Der kritische Imperativ. Zur Psychologie von Intellektuellen. Ein Essay. Wien: Turia + Kant.
- Popitz, Heinrich (1986): Phänomene der Macht: Autorität – Herrschaft – Gewalt- Technik. Tübingen: Mohr, Tübingen: Mohr.
- Posner, Richard (2001): Public intellectuals. A Study of Decline. Cambridge/Massachusetts: Harvard University Press.
- Russell, Bertrand (1994): Macht. Eine sozialkritische Studie, Zürich: Europa-Verlag.
- Said, Edward W. (1994): Götter, die keine sind. Der Ort des Intellektuellen. Berlin: Berlin Verlag.
- Schelsky, Helmut (1975): Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wayand, Gerhard (1998): Pierre Bourdieu: Das Schweigen der Doxa aufbrechen. S. 221-237. In: Imbusch, Peter (Hrsg.): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen: Leske + Budrich.
- Winock, Michel (2003): Das Jahrhundert des Intellektuellen, Konstanz: UVK-Verlag.

## Anhang

### Typisierungsdimensionen

| Typisierungsdimension | Definition  | Analyseeinheit   | Kodierregeln   |
|-----------------------|---|--|--|
| Themenbreite          | <p>Verschiedenheit der Themen in den selbst verfassten Artikeln des Intellektuellen, d. h.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die angesprochenen Überthemen können von Artikel zu Artikel variieren oder nicht</li> </ul>   | Alle registrierten selbst verfassten Artikel eines Intellektuellen | <p>Wird von dem Intellektuellen in mehr als der Hälfte der verfassten Artikel dasselbe Überthema angesprochen, liegt ein monothematischer Zugang vor.</p> <p>Liegt keine derartige Themenkonzentration vor, ist der Intellektuelle ein Generalist.</p> |
| Engagement            | <p>Durch die selbst verfassten Artikel kommt das Engagement des Intellektuellen für eine oder mehrere soziale Gruppen zum Ausdruck d. h.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Intellektuelle vertritt oder artikuliert die Interessen einer Gruppe oder</li> <li>- er beschreibt ausführlich deren soziale Lage, um auf sie aufmerksam zu machen</li> </ul> | Alle registrierten selbst verfassten Artikel eines Intellektuellen | Artikulierte oder thematisiert der Intellektuelle in mehr als der Hälfte aller verfassten Artikel die Interessen einer oder mehrerer Gruppen, so nehmen wir an, dass er eine Fürsprecherfunktion erfüllt.  |

| Typisierungs-Dimension | Definition  | Analyseeinheit   | Kodierregeln  |
|------------------------|---|--|---|
| Expertentum            | <p>Die Stellungnahmen des Intellektuellen beziehen sich auf ein Gebiet, auf dem er herausragende Leistungen erbracht hat, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- durch seine einschlägige Beschäftigung mit bestimmten Themenbereichen hat sich der Intellektuelle ein Fachwissen erworben, das wenige mit ihm teilen</li> <li>- der Intellektuelle kann sich mit Zertifikaten ausweisen, die ihm diese erworbenen Kompetenzen bescheinigen</li> </ul> | Alle registrierten selbst verfassten Artikel eines Intellektuellen | Der Intellektuelle ist Experte, wenn er in mehr als der Hälfte aller Artikel Themen anspricht, für die er formal eine Expertise vorweisen kann. |

| Typisierungs-dimension | Definition  | Analyseeinheit   | Kodierregeln  |
|------------------------|---|--|---|
| Kritik                 | <p><i>Der Intellektuelle übt in erster Linie Kritik</i> und versucht nicht nur durch das Einbringen seines Wissens das Spektrum einschlägiger Argumente zu erweitern bzw. das (Qualitäts-) Niveau der öffentlichen Debatten anzuheben, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Intellektuelle beanstandet, bemängelt oder tadelt etwas;</li> <li>- die Objekte der Kritik können Personen, Praktiken, Zeittrends, Politiken, etc. sein</li> </ul> | Alle registrierten selbst verfassten Artikel eines Intellektuellen | <p>Von Kritik sprechen wir nur dann, wenn dem Inhalt und der Struktur des Artikels zu entnehmen ist, dass die primäre Intention des Schreibers die Kritik konkreter Objekte ist und er nicht überwiegend</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sachverhalte erklärt</li> <li>- aus einer historischen und vergleichenden Perspektive soziale oder andere Phänomene umfassend darzustellen versucht.</li> </ul> |



# Selbstbild und Selbstinszenierung der ökonomischen Elite in autobiographischen Selbstdarstellungen

Renate Liebold

Spitzenmanager und Unternehmer greifen gern zur Feder und es liegt eine Vielzahl von – auch aktuellen – autobiographischen Darstellungen vor, in denen das Phänomen des eigenen Lebenswerks und Karriere-Erfolgs mitsamt einer Erfolgs-Persönlichkeit veröffentlicht wird. Um solche Selbst-Veröffentlichungen von Top-Managern soll es in den folgenden Ausführungen gehen.<sup>1</sup> Dabei steht die Frage im Zentrum, wie sich die verschiedenen Autoren in einem spezifischen Kontext medialer Öffentlichkeit, nämlich in Autobiographien selbst entwerfen und thematisieren. Welche (Selbst-)Deutungen und Wissensrepertoires werden bemüht, um die Vorstellungen einer Leserschaft über Top-Manager zu bedienen und zu nähren? Kurzum, es geht darum, die Inszenierungsformen und Selbstdarstellungsgebärden der Wirtschaftselite in autobiographischen Veröffentlichungen zu rekonstruieren.

Die Fragestellung erfordert zunächst einen Blick auf das literarische Genre und so soll kurz bestimmt werden, was unter einer Autobiographie zu verstehen ist (Pkt. 1). Danach wird es um einen Überblick über die Entwicklung der unterschiedlichen Möglichkeiten der Selbstpräsentation und -thematisierung gehen (Pkt. 2). Im empirischen Vergleich aktueller top-managerialer Autobiographien wird deutlich, dass die Erinnerungstexte heldenhafte Erfolgsgeschichten dokumentieren, mit denen u.a. das eigene Geltungsbedürfnis auf Dauer gesichert werden kann (Pkt. 3). Als Kompositionselemente dieses wirtschaftlichen Heldentums teilen die Autobiographien eine ganz spezifische Formensprache und Rhetorik, über die es gelingt, die jeweiligen Berufskarrieren und erreichten Positionen als außergewöhnlich, unplanbar und unerlernbar zu präsentieren und darüber hinaus die gesellschaftliche Relevanz der Lebenswerke zu dokumentieren (Pkt. 4). Schließlich kann die empirische Analyse zeigen, dass die Autobiographie von den Autoren auch dazu genutzt wird, sich gewissermaßen in die Elite hineinzuschreiben: Über eine wirtschaftsbürgerliche Herkunft samt Familientradition versuchen die Autoren, Reputation zu demonstrieren und auch nachzuholen (Pkt.5). Schließlich werden die Ergebnisse noch einmal gebündelt resümiert.

## **1. Was ist eine Autobiographie – eine Genrebestimmung**

Die Autobiographie kann zunächst einmal ganz allgemein als die „Beschreibung (graphia) des Lebens (bios) eines Einzelnen durch diesen selbst (auto)“ definiert werden (Georg Misch (1907/1989, 33).

---

1 Damit stelle ich erste Ergebnisse zur Diskussion, die in einem von der DFG geförderten Projekt über den ‚Generationenwandel der ökonomischen Elite‘ erarbeitet werden. Neben der Autorin sind Stefan Bär, Birgit Hodenius und Sita Schanne als wissenschaftliche MitarbeiterInnen beteiligt. Antragsteller und Leitung obliegen Markus Pohlmann und Gert Schmidt ([www.oekonomische-eliten.de](http://www.oekonomische-eliten.de)).

Trotz des hybriden und fließenden Charakters der Gattung gegenüber anderen Genreformen (Memoiren, Tagebücher, Hauschroniken, Selbstverständigungsliteratur) sind Selbst-Erfahrung, Selbstausslegung, Verständigung mit Anderen feste Größen, in denen sich autobiographisches Schreiben vollzieht. Das formale Gerüst der Autobiographie ist, so Michaela Holdenried (2000), trotz historischer Veränderungen im Kern unverändert geblieben: „Ein Mensch beschreibt sein eigenes Leben, in der Regel von den ersten Erinnerungen bis zum Schreibzeitpunkt oder zu einem anderen zäsurbildenden Zeitpunkt“ (ebd., S. 12). Als Orientierungsrahmen dient der Lebenslauf, mit Hilfe dessen die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit, die Geschichte eines Werdens und einer Bildung, eines Hineinwachsens in die Gesellschaft beschrieben wird. Die literarischen Wurzeln der Autobiographie reichen dabei zurück auf die Confessiones des Augustinus (397). Für die jüngere Zeit gelten Rousseaus Bekenntnisse (1782 - 1787) und Goethes Dichtung und Wahrheit (1811 - 1833) als Vorbilder der Gattung.

## **2. *Entwicklung und Möglichkeiten (auto-)biographischer Selbstthematization***

Die (Auto-)Biographie ist nun keineswegs ein historisch universales Phänomen. Eine der zentralen Erkenntnisse der historisch interessierenden (Auto-)Biographieforschung ist, dass „jenes Format, das wir auch heute noch mit der Idee der modernen Biographie verbinden, erst relativ jung ist und an die Entstehung der europäischen Moderne gebunden bleibt (Ahlheit und Brand (2006, S. 11). Dabei ist keineswegs nur die literarische Form der Autobiographie gemeint, sondern allgemein eine „spezifische Konfiguration der Selbst- und Weltreferenz“ bzw. „ein sich allmählich veränderndes Verhältnis von ‚Außen‘ und ‚Innen‘ der Selbstwahrnehmung“ (ebd., S.11). Gewiss ist die Vorstellung, dass Menschen eine Biographie haben, nicht ausschließlich an die Moderne gebunden – so gibt es etwa in der griechisch römischen Antike eine gewisse Tradition der Lebensbeschreibung (Plutarch) und auch im Mittelalter werden Hagiographien oder ‚säkulare‘ Darstellungen (z.B. die Confessiones Augustins) angefertigt, trotzdem steht fest, dass in diesen vormodernen biographischen Schilderungen nicht die Entwicklung konkreter Individuen, nicht die Entfaltung subjektiver Einzigartigkeit – einer „Identität-Für-Sich“, wie dies Alois Hahn genannt hat (Hahn 1988, S. 93) – im Vordergrund steht, sondern die Präsentation möglichst idealer Charaktertypen. Biographien dienten in der Regel der Unterhaltung, der Belehrung oder der Herrschaftslegitimation. Die Idee der persönlichen Entwicklung und damit einhergehend das klassisch-moderne Format der Autobiographie entsteht zumindest in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts und verbreitet sich zunehmend im 19. Jahrhundert. Das Zentrum der Lebensgeschichte ist dann nicht mehr das traditionelle Sinnuniversum wie Religion oder Wertewelt, sondern eben „die Idee einer in ihrer Entwicklung und Einzigartigkeit unverwechselbaren Persönlichkeit“ (Ahlheit / Brand 2006, S. 17). Von daher lässt sich die dominante Konstruktionslogik als ein „innerer Modus“ bestimmen, eine selbs-

referenzielle Aktivität – eine persönliche Semantik, „mit der das moderne Individuum neue Erfahrungen aufschließt und sie zu seinen je eigenen macht“ (ebd., 17ff.)

Insgesamt verliert die (auto-)biographische Selbstthematization im Laufe der Zeit immer mehr den Status der biographischen Dokumentation gesellschaftlichen (und auch ökonomischen) Erfolgs und gewinnt stattdessen den Rang eines Mediums der Selbstverständigung (vgl. Holdenried 2000). Im Hinblick auf ihre Formen und Formvorstellungen lässt sich ein Prozess der Individuation sowohl im Selbstbewusstsein der Autobiographen als auch in der Form ihrer Lebensbeschreibungen beobachten (vgl. Niggel 1998, S. 15). Ein Beispiel für das moderne autobiographische Schreiben (z.B. bei Sartre) ist dann etwa die „existenziell reflektierende“ Autobiographie (Picard 1998), in der die Retrospektive, anders als bei der traditionellen Autobiographie, nicht die errungene und gelungene Identität bezeugt, sondern einem unabschließbaren Selbstentwurf des gegenwärtig Schreibenden dokumentiert. Zudem gilt mittlerweile die unhintergehbare „literarische Emanzipation der Autobiographik vom Zweckformstatus“ (Holdenried 2000, S. 23). Gemeint ist damit ein Paradigmenwechsel vom „Erzählen über die Identitätsfindung zum Finden der Identität durch das Erzählen“ (Neumann 1991, 99). In diesem Kontext wird auch diskutiert, ob Identität weiterhin das Ziel autobiographischen Erzählens sein kann oder ob nicht vielmehr aktuelle autobiographische Formen dieses teleologische Muster weit hinter sich lassen. Dies führt zu Debatten um Gattungsaffinitäten der Autobiographie zu Roman, Biographie und Memoiren, wobei der Roman für die „adäquate Darstellungsform der sich herausbildenden Individualitätskonzeption“ (Holdenried 2000, S. 28) gilt. Demgegenüber seien Memoiren die bevorzugte Form der Selbstdarstellung von Personen des öffentlichen Lebens geworden. Sie übernehmen verstärkt die „klassischen Aufgaben der Autobiographie aufgrund ihres an lebensgeschichtlich-biographischen Ganzheitsvorstellungen orientierten Individualitätsverständnisses“ (ebd., S. 33), das grundlegende Strukturmerkmale der Autobiographie aufgreift, nämlich die Offenheit zum Ende hin sowie die lebensgeschichtliche Rundung und eine gewisse Geschlossenheit (es handelt sich typischerweise um Alterswerke).

### **3. Die Autobiographien der Topmanager als Selbst-Darstellungsform von wirtschaftlichem Heldentum**

Instruktiv für unser Thema erweisen sich die Überlegungen, dass sich Biographie als geradezu „neue soziale Wissensform“ (Ahlheit und Brand 2006, S. 15) darstellt. Darauf verweisen insbesondere die Arbeiten von Alois Hahn, der zwischen historisch universalen Formen der Selbstidentifikation (also den Biographien der Könige und Heiligen) und der biographischen Selbstreflexion als explizit verzeitlichter Form der Selbstthematization, also einem eindeutig modernen Phänomen, unterscheidet, das sich, wie bereits erwähnt, eben unter ganz bestimmten historisch-gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet hat. In diesem Kontext spricht Alois Hahn dann auch von „Biographiegeneratoren“ und meint damit,

dass Selbstthematization in sozialen Institutionen stattfindet, die eine lebensgeschichtliche Form der „Rückbesinnung auf das eigene Dasein gestatten“ (Hahn 1987, S. 93). Es handelt sich bei diesen Generatoren also um Einrichtungen, in denen „Personen in sozial mehr oder weniger standardisierter Form sich selbst über ihr Leben Rechenschaft abgeben, um soziale Inszenierungen, in denen die eigene Vergangenheit thematisch und rekonstruiert wird, in denen der ‚Lebenslauf‘ in eine Biographie transformiert wird“ (Hahn 2003, 14f.). In verschiedenen Gesellschaften existieren unterschiedliche Biographiegeneratoren und es spielt beispielsweise eine Rolle, welche Darstellungsformen für den biographischen und autobiographischen Diskurs zur Verfügung stehen. Historisch gesehen gilt die Beichte im europäischen Raum als *die* repräsentative Form der Autothematization. Sie hat die Geschichte des christlichen Abendlandes geprägt und ist bedeutsam gewesen für die Entstehung eines Menschenbildes und das vorherrschende Selbstbewusstsein. Und sie hat Modellcharakter für andere Biographiegeneratoren – beispielsweise für therapeutische, medizinische oder gerichtliche Bekenntnis- und Geständnisformen. Ob Beichte, Autobiographie oder Psychoanalyse, in allen Fällen geht es darum, dass „eine soziale Institution auf ganz bestimmte Weise die Individuen zur Befassung mit sich selbst bringt und die im jeweiligen Kontext erzeugten Selbstbilder dann verpflichtend werden lässt“ (Hahn 1987, S. 18). Auch die hier zur Debatte stehenden Autobiographien der Wirtschaftselite lassen sich in dieser Lesart als eine ganz bestimmte Form der Erinnerungsdarstellung lesen, mit der sich die Autoren nach bestimmten Gattungsregeln des Erzählens *coram publico* inszenieren und sich dabei mit ihrer Vergangenheit identifizieren. Die Auswahlkriterien, denen solche erinnerten Darstellungen folgen, sind allerdings jeweils andere. Im Falle der Beichte ist es, folgt man Hahn, die eigene Schuld, im Falle der massenmedialen autobiographischen Selbst-Thematization von Wirtschafts-Managern ist es der Ruhm oder das Heldentum.

Das eigene Leben wird in Form eines exzeptionellen Karriereverlaufs, einer herausragenden Lebensleistung und im Hinblick auf außergewöhnliche Persönlichkeitseigenschaften inszeniert und auf Dauer gesichert. Durch die Beichte wird vor allem (lassen wir die Möglichkeit der Ablasszahlung einmal beiseite) die Hoffnung auf jenseitiges Heil durch die bereuten Sünden genährt, im Falle der autobiographischen Erinnerung der Wirtschaftselite scheint der Gewinn neben einem Geltungsbedürfnis auch über das eigene Ableben hinaus vor allem im Diesseits zu liegen, in der öffentlichen Präsenz und Anerkennung der zur Schau gestellten Leistungen.

Wie dieses ‚wirtschaftliche Heldentum‘ empirisch zum Ausdruck kommt, soll im Folgenden sowohl im Rekurs auf die ganz spezifische Formensprache als auch an den jeweiligen Darstellungsgebärden gezeigt werden.

#### **4. Die Kompositionselemente wirtschaftlichen Heldentums**

Helden sind ‚ohne Gleichen‘; sie verkörpern die Ausnahme, die erst die Regel schafft. Sie sind nur jenseits der engen Grenzen des Alltagslebens denkbar, voller Verachtung für Routine und Konvention (Giesen 1999). Da sie jenseits der sozialen Ordnung stehen, sondern da, wo weder Eigennutz oder Rat der anderen gelten, sind sie einsam und schaffen das Unvergleichliche und Unvorhergesehene. „In diesem schöpferischen Akt konstituieren sie jene überlegene Subjektivität und Individualität, welche die Bewunderung und das Staunen gewöhnlicher Menschen hervorrufen“ (ebd., S. 438f.).

Auf unseren Gegenstand bezogen, nämlich die Autobiographien von Top-Managern, gelingt den Autoren die Darstellung ihrer (heroischen) Erfolgs-Biographie über eine Besonderung qua Unterscheidung, wobei die Relevanzkriterien für die Auswahl der erinnerungswerten Ereignisse des eigenen Lebens meist an behaupteten Eigenschaften ansetzen, von denen die Autoren meinen, sie seien ihnen persönlich eigentümlich, und zwar im Gegensatz zu anderen Personen. In den Autobiographien der Top-Manager sind dies in der Regel ‚gewöhnliche Menschen‘, ‚gewöhnliche Angestellte‘, ‚gewöhnliche Manager‘ und ‚gewöhnliche Führungspersonen‘. Die Exzeptionalität der eigenen Karriere, die öffentliche Präsenz und der hinlängliche Bekanntheitsgrad der Personen sind der Ausgangspunkt, die Gewöhnlichkeit hingegen ist der Vergleichshorizont, vor dem die autobiographische Selbst-Darstellung der Top-Manager erfolgt.

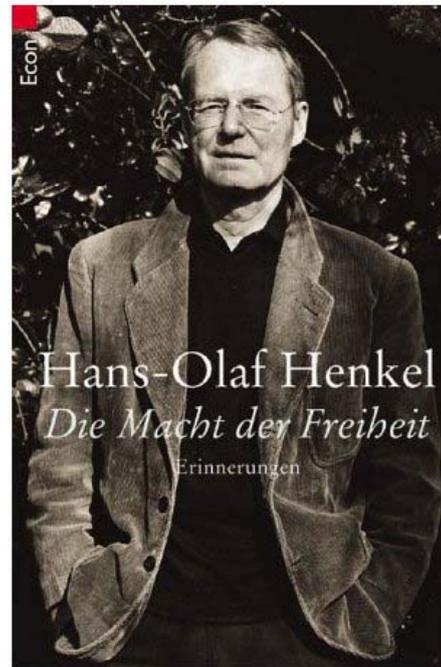
Von daher sind die Autobiographien deutscher Top-Manager nicht mit einer spezifischen Fachliteratur zu verwechseln, wie sie etwa in Buchläden internationaler Flughäfen gerne unter dem Genre Berater- und Managerliteratur vermarktet wird; eher lassen sich die Selbst-Darstellungen der deutschen Top-Manager als eine Art Prominenten-Autobiographie charakterisieren, in denen sie ihr wirtschaftliches Heldentum fundieren, legitimieren, zementieren und zelebrieren und in denen sie, wie noch gezeigt werden kann, Reservate wirtschaftsbürgerlicher Exklusivität (Pohlmann u.a. 2007) demonstrieren. Dabei stellt sich dann natürlich die Frage, ob es einen Unterschied zwischen Elite und Prominenz gibt und wenn ja, wo die Demarkationslinie zwischen beiden verläuft. Elite, so Münkler (2006), konstituiere sich über persönlich zurechenbare Leistung, Prominenz über Bekanntheit. Erfolg spiele in beiden Fällen eine Rolle, aber – und darauf kommt es an – über ihn wurde auf unterschiedlichen Bühnen und vor einem verschiedenen Publikum entschieden: „Mit der Inversion der unterschiedlichen Bühnen und der Mischung des Publikums, die zwangsläufige Begleiterscheinungen des Erfolgs und seiner Kriterien sind, wird die Unterscheidung von Prominenz und Elite schwieriger.“ (a.a.O., S. 38). Für den Fall der Top-Manager ließe sich vermuten, dass ihre selbstrepräsentative Wendung in Form von Erinnerungstexten nur deshalb gelingt, weil sie bereits als bekannte Figuren der Wirtschaft zum Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit, Bewunderung und Kritik geworden sind. Erfolg und öffentliche Anerkennung stehen im Zentrum ihres eigenen Elitehandelns. Während frühere Autobiographen aus Unternehmerschaft und

Management – man lese nur Henry Ford – Weltanschauungen und Leistungsprinzipien in den Mittelpunkt ihrer Autobiographie stellten – zumindest den Mythos bedienten (vgl. dazu auch Hansen 1992), rückt in den heutigen, uns vorliegenden Autobiographien die ‚profanierte‘ Lebensgeschichte in die öffentliche Aufmerksamkeit. Sie ist – zumindest vordergründig – nicht mehr mit dem Anspruch eines Lehrstückes geschrieben, besitzt keine Vorbildfunktion und enthält sich des Diskurses über Lebens-, Organisations- und Produktionsprinzipien als dem strukturierenden Element ihrer Erzählungen. Gleichwohl wird die geneigte Leserschaft durch die Hintertür mit einem Wertehimmel und dem dazugehörigen Lebensführungskonzepten konfrontiert, sprich: mit Lebensstilvorlieben, demonstrativen Konsumgewohnheiten, Geschlechter- und Familienbildern u. ä. Die Autoren erinnern dabei in mancherlei Hinsicht auch an die „Freizeithelden“, wie sie Dreitzel bereits 1962 beschrieben hat. Diese Film- und Theaterstars, Modeschöpfer, Literaten und zuweilen auch Philosophen und Kulturkritiker haben mit anderen Eliten gemeinsam, dass sie mit ihren Werten und ihrem Lebensstil Orientierungspunkte für ‚richtiges‘ Handeln repräsentieren oder, mit den Worten Dreitzels, durch ihr „bestimmtes, durch Persönlichkeit und Werk geprägtes Gehabe, ihre Anschauungen, Gesten Moden und Stimmungen, kurz ihr charakteristisches Sosein“ (Dreitzel 1962, S. 148) im öffentlichen Raum sichtbar sind.

Die Autobiographen der Top-Manager sind – auch dies ist ein gemeinsames Strukturmerkmal ihrer heldengleichen Erzählungen, nicht für Nachahmungszwecke geschrieben. Ihre Einzigartigkeit entspricht dem Ausnahmecharakter ihrer Lage. Zwar kann man an den Lebensdarstellungen der Wirtschaftseliten sehen, welche Leistungen, welches Handeln und welches Sein gesellschaftlich anerkannt und prämiert wird, gleichwohl werden in den Autobiographien exzeptionelle Karrieren vorgeführt, die an ihre Träger gebunden sind. Sie lesen sich nachgerade als Dokumente für deren Unplanbarkeit und Unerlernbarkeit. Im Kern wird damit auch Einzigartigkeit und Außergewöhnlichkeit vorgetragen, die einer Wiederholung per se entgegenstehen. Unausgesprochen und ausgespart bleibt in allen Werken, was an ‚gewöhnliche Berufskarrieren‘ erinnert: Eifer und Anstrengung, Leistungsverausgabung, Fleiß und Strebsamkeit – alles Tugenden und Sittsamkeiten der oberen Dienstklasse, des höher qualifizierten Angestellten im ‚Gehäuse betrieblicher Herrschaft‘ (Max Weber). Die Selbstveröffentlichungen der Top-Manager beglaubigen hingegen nachdrücklich ein Persönlichkeitsprofil, das Charakter und Eigenart voraussetzt: Mut und Entschlossenheit, Abenteuerlust, Hingabe, Intuition, Wissbegierde, Schaffenslust – allesamt Charakter- und Persönlichkeitseigenschaften, die den Trägern dieser exzeptionellen Karrieren zu Eigen sind und die man(n) sich nicht erarbeiten kann. Gerade dadurch wird auch die soziale Konstruktion der Wirtschaftsheroen sichtbar. Die Autobiographien (re)produzieren nachgerade ein Spiegelbild kultureller Vorstellungen überlegener Individualität, kollektiver Projektionen souveräner Subjektivität. Sie sind in ihrer Fiktionalisierung allmächtig, in ihrer alltäglichen Präsenz jedoch nicht vorhanden. „Kein Held hält

den Blick aus der Nähe aus“ (Giesen 1999, S. 439), denn gerade die Distanz und Unnahbarkeit bleibt die Voraussetzung der Einzigartigkeit.

Beispielhaft soll ein Blick auf die autobiographische Textproduktion des Wirtschaftsmanagers Hans-Olaf Henkel geworfen werden, der als einer der populärsten Top-Manager Deutschlands gilt. Bis 1993 war er Europachef bei IBM, von 1995 bis 2000 fungierte er als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, seit 2000 lehrt der Ehrendoktor der TU Dresden als Honorarprofessor an der Universität Mannheim. Im Jahr 2002 veröffentlicht Henkel seine Autobiographie mit dem Titel „Die Macht der Freiheit“ seine Lebenserinnerungen.



Ich beschränke mich bei der Interpretation hier zunächst auf den Titel („Die Macht der Freiheit“) sowie die Umschlaggestaltung der Autobiographie. Beide liefern als Textdokumente bereits bemerkenswerte Einsichten, denn mit beiden Aussagen wird die Erwartung inszeniert, es handle sich hierbei um eine unkonventionelle und individualistische Denkart und Weltanschauung eines mächtigen Mannes. Zunächst zum Umschlagbild, das den Autor fotografisch porträtiert: Das Bild lebt von Hell-Dunkel-Kontrasten. Im Vordergrund das besonnene Gesicht und die Cordjacke, das mit dem Dahinter und ‚Darunter‘, nämlich einem tiefschwarzes Polohemd und schwarze Hose kontrastiert. Der Körper bleibt im Schwarzen (ist eher unsichtbar) und vereinigt sich mit dem dunklen Bildhintergrund, der aus Blättern und Tannenzweigen besteht. Das Bild zeichnet einen Spannungsbogen auf verschiedenen Ebenen: Neben den Kontrastierungen mit hell/dunkel sowie der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit fällt vor allem der Stilbruch in der Inszenierung des Outfits auf. Die legere Cordjacke, die auch an die Kluft wandernder Zimmerleute zu erinnern vermag zum einen und das tiefschwarze Polohemd samt Bundfaltenhose zum anderen. Das Lässige und Legere steht neben dem Seriösen und Gediegenen. Die randlose Brille dokumentiert Intellektualität, Tatkraft versprechen die Hände in den Hosentaschen. Eine erste Interpretation dieser Komposition durch Kontrastierung ist, dass in der Selbstdarstellung der Person diese verschiedenen Dimensionen eine Rolle spielen, zur Gesamtheit gehören. Die Jacke verbürgt, dem ersten Eindruck erliegend, Authentizität – zumindest aber Understatement. Er hat es möglicherweise nicht nötig und es ist auch nicht intendiert, die herausragende Berufsposition eines Top-Managers über Kleidung zu inszenieren. Obwohl die Vorstellung vom seriösen Dresscode eines Topmanagers nicht erfüllt wird und das Bild eines

Mannes in lebensweltlicher Atmosphäre zeigt, markiert die Cordjacke kontrafaktisch einen Stilbruch oder: sie ist wie eine Attitüde, die, so eine weitere Interpretation – ein Grenzgängertum zum Ausdruck bringen soll. Nicht Understatement, sondern ein inszeniertes Spiel mit unterschiedlichen Zugehörigkeiten und deren Bedeutungen besonders den Darsteller.

Das Motto der Autobiographie („Die Macht der Freiheit“) klingt wie eine Losung und erweckt den Eindruck, dass die Vorlage der Lebenserinnerungen in der Tradition großer liberaler Denker steht. Die Fotografie unterstreicht diese Lesart. Sie rahmt die Botschaft, die im Titel anklingt, nämlich die Selbst-Darstellung eines Individualisten und Intellektuellen, der die Spiele der Macht und der Mächtigen durchschaut und sich aufgrund dieser Einblicke als kongenialer Sparringspartner erweist. Titelbild und Motto verheißen also, dass hier ein ‚widerständiger‘ Freigeist spricht, der evtl. auch mit den Umständen, die er qua Position erfahren hat, abrechnen kann. Aufmachung und Duktus legen die Vermutung nahe, dass das Werk an eine gebildete Öffentlichkeit adressiert ist. Diese Leserschaft aus dem Feuilleton ist weder an einem wirtschaftspolitischen oder gar wirtschaftstheoretischen Spezialdiskurs interessiert ist, sondern an bewanderter Unterhaltung. Und in der Tat erfüllt seine ‚gelehrige‘ Erinnerung hier den weit gefassten sozialen Horizont. Wie bereits durch die Choreographie im Titelbild angedeutet, erhält der Leser bzw. die Leserin eine generöse Abhandlung über Leben und Werk des Autors. Dabei komponiert er sich als einen Solitär, der qua Genialität seinen hohen Status erreicht hat. Er verachtet die Routine, den Alltag und die Konvention, überwindet die Grenzen der Organisation und verkörpert damit die heroische Ausnahme.

Ein weiteres Strukturelement, das die autobiographischen Erinnerungstexte der Wirtschaftselite teilen, ist ein Schreibanlass, der die unterstellte und zugeschriebene gesellschaftliche Relevanz ihrer Lebenswerke dokumentiert. So (re-)konstruieren sich die verschiedenen Autoren allesamt als tragende Figuren der Wirtschaftsgeschichte oder anders gewendet: Mit ihren Lebenserinnerungen definieren sie sich gewissermaßen in die Geschichtsschreibung hinein, nämlich über ingenieurwissenschaftlichen Pioniergeist (wie dies z. B. Ferdinand Piëch in seiner Auto-Biographie tut) sowie über Aufbruchs- und Fortschrittsvisionen (vgl. dazu die Autobiographien von Carl H. Hahn und Hans-Olaf Henkel). Alle diese Autoren deuten ihre herausragenden Positionen als einen angemessenen Ausdruck ihres gestalterischen Wirkens in einer Epoche der bundesrepublikanischen Industrie und Wirtschaftsgeschichte. Carl H. Hahn, einige Jahre Vorstandsvorsitzender bei VW, beginnt seine Autobiographie beispielsweise mit einer großen Geste:

„Warum greife ich in meinem Alter noch zur Feder? Über ein halbes Jahrhundert hatte ich das Glück, Industriegeschichte mitzuerleben und mitzugestalten. Volkswagen, als dessen Teil ich mich fühle, stieg in dieser Zeit aus dem Nichts zum viertgrößten Automobilhersteller der Welt auf. Über ein Jahrzehnt stand ich als Vorstandsvorsitzender an seiner Spitze. Da ich prinzipiell keine ‚vertraulichen Background-Unterhaltungen‘ mit der Presse geführt habe und nie die Öffentlichkeit suchte, wenn ich angegriffen wurde, würde manches mit mir zu Grabe getragen, was zur Chronik von VW und der Nachkriegswelt

gehört“ (Carl H. Hahn 2005, S. 7).

Abgesehen davon, dass die große Rahmung seiner beruflichen Erfolgsgeschichte hier im Detail Aufdeckungsjournalismus ankündigt, in der der Autor auch gegen eine Rufschädigung anschreibt, wird hier gleich zu Beginn über die historische Relevanz seiner Person aufgeklärt: Er hat die Konzern- und mit-hin Industriegeschichte wesentlich (mit)geschrieben. Der Schreibanlass, der hier etwas ‚altväterlich‘ daherkommt, ist also nichts weniger als die Identität von großer Weltunternehmung und persönlichem Engagement. Neben dieser (Selbst-)Zuschreibung einer historischen Rolle liegt die Vermutung nahe, dass der Autor hier auch gegen die prinzipielle Austauschbarkeit seiner Person resp. seiner Position im Unternehmen anschreibt oder anders gewendet: Durch die schriftliche Dokumentation seines Schaffens kann er die Bedeutsamkeit seiner Person und die Geltungsdauer seines individuellen Wirkens sichern.

Bis hierher lässt sich also festhalten: Autobiographien sind massenmediale Selbst-Darstellungen im öffentlichen Raum. Durch sie wird ein außergewöhnliches Lebensbild produziert, das für andere zugänglich ist. Sie dokumentieren damit auch einen spezifischen Typus von Kommunikation, in der eine historisch und sozial bestimmte Subjektivität im Hinblick auf soziale Positionierung, Sprachform, Selbstdarstellung, aber auch in Begriffen und Grenzen der Selbstinterpretation hergestellt und interpretiert wird (vgl. dazu auch Sloterdijk 1978). Insofern enthalten Autobiographien immer auch kulturelle Vorgaben, die auf den jeweiligen Kontext des autobiographischen Schreibens verweisen. Um vom Eigenen öffentlich reden zu dürfen, müssen autobiographische Selbst-Darstellungen einen sozialen Erwartungshorizont bedienen und an kollektiven Relevanzen anschließen – für die hier zur Debatte stehenden Top-Manager ist dies – wie bereits gesagt - die soziale Prämisse des Karriere-Erfolgs - eine Melange aus Karriere und (persönlich zurechenbarer) Leistung, die durch öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung zum Erfolg wird und über eine repräsentative Apologie aufrecht erhalten werden kann und muss (vgl. Kraus 2001). Das allein aber scheint nicht genug. Die Autobiographien geben darüber hinaus auch Auskunft über ein (wirtschafts-)bürgerliches Bekenntnis. Damit, so soll im Folgenden noch kurz gezeigt werden, werden die Autobiographien auch als Plattform für elitäre Statusdemonstration genutzt.

## **5. Elitäre Selbstvergewisserung über eine bürgerliche Herkunft**

In allen Autobiographien werden die Herkunftsfamilien porträtiert und der oder die Leserin erfährt etwas über die soziokulturellen Erfahrungsräume und frühen Sozialisationsbedingungen in einem wirtschaftsbürgerlichen Milieu und ein über die Eltern vermitteltes traditionelles Familienarrangements, das bisweilen an den bürgerlichen Geschlechterdiskurs des 19. Jahrhunderts erinnert. Alle Autoren beschreiben sich als gut-situiert oder gar vermögend. Sie veranschaulichen sich als Söhne aus Unternehmerfamilien und gar -dynastien und entsprechen in ihrer (fast stereotypen) Darstellung den Ergebnissen verschiedener sozialwissenschaftlicher Untersuchungen, die sich mit der Reproduktion der Wirt-

schaftselite und den nach wie vor geltenden Selektionsmechanismen und exklusiven Rekrutierungsstrategien beschäftigt haben (vgl. dazu Hartmann 2001, 2002, 2003). Nicht Leistung, sondern die soziale Herkunft verschaffe dem Nachwuchs der „besseren Kreise“ einen „uneinholbaren Vorsprung, wenn es um die Besetzung von Spitzenpositionen in der deutschen Wirtschaft geht“ (Hartmann 2003, S. 50). In den verschiedenen Autobiographien der Top-Manager wird zunächst einmal dieses Bild einer ‚besseren‘ und auch ‚geschlossenen‘ Gesellschaftsschicht bestätigt, die über die Möglichkeiten verfügt, über die soziokulturellen Reproduktionsbedingungen zu wachen und diese mit auszugestalten.

Zugleich – und damit öffnet die Analyse der vorliegenden autobiographischen Texte einen weiteren Horizont im Kontext der Elitendiskussion – zeichnen die Top-Manager in ihren Selbst-Darstellungen ihre je eigene Sicht auf den Zusammenhang zwischen Herkunft und späterem (Berufs-)Erfolg. In allen autobiographischen Selbst-Darstellungen informieren die Autoren nachdrücklich über den Wertehorizont ihrer Herkunftsfamilien und nutzen damit die Autobiographie als Bühne, sich in der Tradition einer wirtschaftsbürgerlichen Herkunft samt Ahnengalerie zu entwerfen und auch zu stilisieren. Damit wird die symbolische Repräsentation der traditionsreichen – oder zumindest als solche präntendierten – Herkunft auch zum Medium ständischer (modern ausgedrückt: elitärer) Selbstvergewisserung.

Diese Rückversicherung qua (wirtschafts-)bürgerlicher Herkunft soll im Folgenden empirisch unterfüttert werden. Noch einmal möchte ich dabei auf die (bereits vorgestellte) Autobiographie des Hans-Olaf Henkel (2002) eingehen, in dessen Lebenserinnerungen die Ausführungen über sein Herkunftsmilieu einen breiten Raum einnehmen. Als Gemeinsamkeit mit anderen Autobiographien aus dem Milieu der Top-Manager teilt der Autor das Bemühen, sich als Kenner der bürgerlichen Kultur auszuweisen. Dabei erfahren wir, dass der Vater für den Autor das großstädtische Bürgertum verkörpert die Mutter hingegen, die aus „einfachen Verhältnissen“ kommt, muss sich die Zugehörigkeit zur guten Gesellschaft erst erarbeiten. Während der Vater verehrt wird, wird die Mutter in ihrem Distinktionsbemühen vom Autor kritisch vorgeführt. Sie ist für ihn die klassische Figur des Emporkömmlings, da sie ‚naturwüchsig‘ nicht dazugehört. Beide Elternteile sind allerdings, so der Autor, an einem späteren Erfolg beteiligt: Der frühe Tod des Vaters führt zur frühen Selbständigkeit, die Mutter hingegen provoziert Rebellion und eine autonome Persönlichkeit – Eigenschaften und ein Selbst-Bewusstsein, die sich in späteren Etappen seiner ‚Erfolgstour‘ als hilfreich erweisen werden. Trotz der durchaus ambivalenten Ausgangsbedingungen legt der Autor über weite Strecken seiner Autobiographie großen Wert darauf, seine Herkunftsfamilie als Stätte bürgerlicher Wohlsituiertheit zu porträtieren. Er malt ein geradezu barockes Gemälde einer Familienidylle, in dem die gesamte Klaviatur bürgerlicher Gepflogenheiten, die distinktive Kultur mit ihrem Hochkulturschema vorgeführt und nachgeahmt wird. Hierzu möchte ich eine Passage zitieren:

„Im Jahr 1940, als Hitlers Luftwaffe die englische Industriestadt Coventry bombardierte und von allen Fronten Siegesmeldungen einliefen, filmte mein Vater ein weiteres Stück seines idealisierten Privatlebens.

Klassische Musik gehörte zu den Liebhabereien, die meine Eltern teilten, und gelegentlich setzten sie sich mit Freunden zu gemeinsamer Kammermusik zusammen. „Hausmusik“, so lautet der Titel des Films, und als Erklärung fügte Vater an, dass „in der deutschen Familie seit Jahrhunderten Hausmusik gepflegt wurde. Deutsche Meister schufen Musik von unvergänglicher Schönheit und Tiefe, ihre Werke sind unsterblich.“

„Hausmusik“ beginnt mit einem Blick in unser Speisezimmer. Die Familie sitzt beim Kaffee, auf einer langstieligen Porzellanschale ist Obst arrangiert wie auf einem niederländischen Stilleben. Die Haustüre wird geöffnet, Freunde treffen ein und betreten das Musikzimmer, in dem geschnitzte Notenständer bereitstehen. Mutter, ein blonder Engel im Seidenkleid, legt behutsam Notenblätter auf, entzündet dann einen Kerzenleuchter. Licht fällt auf die Noten, und die Kamera zeigt, dass ein Klaviertrio von Joseph Haydn auf dem Programm steht. Mutter schlägt auf dem Flügel einen Ton an, nach dem Geige und Cello gestimmt werden“. (Henkel 2002, S. 15.f.)

Der Einblick in das Elternhaus des Autobiographen, der über das Stilmittel ‚Filmaufnahme‘ zunächst distanziert daherkommt aber nichtsdestotrotz gerade eben deshalb auch Authentizität verspricht, ist bemerkenswert: Zunächst einmal ist der kritische Unterton des Autobiographen nicht zu überhören. Während die Welt untergeht (es ist Krieg!), dokumentiert der Vater sein „idealisiertes Privatleben“. Es liegt die Interpretation nahe, dass uns der Autor hier die Weltfremdheit einer Hamburgischen Unternehmerfamilie vorführt, die trotz des Weltkriegs im sozialen Binnenraum verharret. Bemerkenswert ist aber zugleich die Detailverliebtheit, mit der die Szenerie beschrieben wird. Es liegt die Vermutung nahe, dass er sich dabei vor allem als Eingeweihter dieser bürgerlichen Lebensart zu erkennen geben kann oder anders ausgedrückt: mit der er seine profunden bürgerlichen Grundkenntnisse zu rekonstruieren vermag. Die an dieser Stelle eher distanziert vorgetragenen Einlassungen über sein Elternhaus werden im Verlauf seiner Autobiographie durch Hinweise auf eigene demonstrative Gepflogenheiten ersetzt, die die Interpretation nahe legen, dass auch er dem Zugzwang einer distinkten Selbstdarstellung unterliegt (Segeljacht, Jachtclub, Bauhaus-Repliken, Vorliebe für Cohibas u. ä.).

Insgesamt ist diese Passage seiner Autobiographie auch dazu bestimmt, seine exzeptionelle Karriere über seine Herkunft zu rahmen. Er ist eben seiner Ansicht nach kein Parvenü, sondern Spross einer Bürgersfamilie mit Tradition, die ihm Ressourcen in die Wiege gelegt hat, die er zu deuten weiß, mit denen er umgehen kann.

Zur Ergänzung möchte ich noch eine weitere kleine Passage zitieren, eine kleine Episode, mit der der Autor dem Leser seine ‚gute Kinderstube‘ und letztlich seine legitime Zugehörigkeit zur Guten Gesellschaft unter Beweis stellt. Bevor der Autor studiert, absolviert er eine Lehre bei einer Speditionsfirma. Diese Jahre werden gewissermaßen als die lehrreichen Entwicklungsjahre des späteren Top-Managers vorgestellt. Sie dienen dazu, seine (große) Zukunft vorzubereiten. Bemerkenswert ist die Art und Weise, wie der Autor die Welt der Speditionsfirma beschreibt, denn darin dokumentiert sich bereits, dass er ‚eigentlich‘ zur anderen Seite gehört und gehören möchte. Arbeitskollegen kommen in seinen Schilderungen nicht vor, Vorgesetzte werden nicht genannt. Erinnerung werden Situationen, in denen er den Reichen und Mächtigen begegnet. Beispielhaft für diese Erinnerungen ist dann eben folgende kleine Begeben-

heit, in der der Autobiograph als Lehrjunge in einem noblen Hotel für seine Botentätigkeiten ein Trinkgeld erhält und diesen Botenlohn als Demütigung erfährt:

„Das Geldstück brannte in meiner Hand. Mit rotem Kopf erinnerte ich mich an den Rat meiner Mutter, niemals Trinkgeld anzunehmen, es aber immer reichlich zu geben. Ich eilte, von Peinlichkeit getrieben, zu dem nahe gelegenen Spezialgeschäft ‚Pfeifen Tesch‘, um die verhasste Münze schnellstmöglich wieder loszuwerden. Seit langem hatte ich mir eine Pfeife gewünscht, und so tröstete ich mich über den unangenehmen Vorfall, was allerdings die Folge zeitigte, dass ich für einige Jahre Pfeifenraucher wurde“ (Henkel 2002, S. 52).

Das Geben und Nehmen von Trinkgeld symbolisiert das gesellschaftliche ‚Oben‘ und ‚Unten‘ und wird zur Statusdemonstration solcherart sozialer Verkehrsformen. Die Mutter, die mit Argusaugen über die bürgerliche Ehre der Familie wacht, gab ihm diese Lebensmaxime mit auf den Weg. Auf jeden Fall widerfährt dem Autor hier ein stratifikatorisches Unrecht, das ihn ganz offensichtlich brandmarkt und ihn in ein Luxusgeschäft eilen lässt, wo er das Trinkgeld in ‚demonstrativen Konsum‘ verwandelt.

Der „unangenehme Vorfall“ transportiert eine ganz spezifische Selbst-Deutung des Autors: Er hat als Top-Manager klein angefangen, trotzdem gehört er bereits in jungen Jahren ‚dazu‘. Dass die Koketterie, die hier zum Ausdruck kommt, eher den Dünkel eines Emporkömmlings entlarvt, denn den Großbürger porträtiert, ist vom Autor so nicht intendiert, vermag das Argument aber auch nicht zu widerlegen. Im Gegenteil: Es bekräftigt die These, dass der Autor hier dem Zugzwang bürgerlicher Statusproduktion und -reproduktion unterliegt.

## **6. Resümee**

Aus den lebensgeschichtlichen Beschreibungen und Erzählungen kann selbstverständlich nicht in einem Blow-up-Verfahren auf das tatsächlich gelebte Leben des Biographen oder die Historie seiner Zeit rückgeschlossen werden (vgl. dazu Hodenius/Liebold 2007). Vielmehr handelt es sich um Sinnkonstruktionen mit Modellierungen eines Ich-Erzählers und seines lebensgeschichtlichen Materials. Durch eine Autobiographie erfahren wir nicht, wie der Mensch war oder ist – noch nicht einmal, wie er sich tatsächlich sieht. Stattdessen erfahren wir, wie er sich und seine Biographie in einem spezifischen Kontext von medialer Öffentlichkeit darstellt. Und dies macht Autobiographien zu einer bemerkenswerten Datenquelle, mittels derer ein spezifischer Einblick in die Topographie symbolischer Sinnwelten und Ordnungen gelingt, nämlich die Elite über die Darstellung von Elite selbst zu rekonstruieren.

Am empirischen Material aktueller Autobiographien kann gezeigt werden, mit welcher Formensprache, mit welchen Strukturelementen und mit welchen Selbstdarstellungsgebärden sich die Wirtschaftselite entwirft und öffentlich präsentiert. Dabei geben die Autobiographien einen ganz spezifischen Einblick in die Architektur von Elitehandeln, das eben in erster Linie in einem Konsens des Verfahrens besteht, nämlich sich selbst nach bestimmten Regeln der Kunst coram publico zu veröffentlichen und zu ver-

markten, nämlich über heldenhafte und statusbetonte Erfolgsgeschichten, die sich als außergewöhnlich, individualistisch, unplanbar und unnachahmbar charakterisieren lassen. Zu diesem Verfahren der Darstellung gehört auch, sich über eine Leistungsideologie hinwegzusetzen, denn die bürgerliche Herkunft und die dazugehörige Lebensführung werden nachgerade als distinktes Erkennungsmerkmal der Zugehörigkeit genutzt. Autobiographien sind zwar der Ausdruck einer bürgerlichen Karriere par excellence (vgl. dazu Pohlmann 2007). Zugleich erschöpft sich Bürgerlichkeit keineswegs in der Distinktion durch Karriere, d.h. darin, Unterschiede zu anderen sozialen Kreisen durch sozialen Aufstieg zu markieren und aufrecht zu erhalten. Vielmehr zeigt sich am Beispiel autobiographischer Textproduktion, dass im nachdrücklichen Rekurs auf die eigene Herkunft Erfolg gerahmt werden kann und muss. Das Herkunftsmilieu wird nachgerade zum Medium elitärer Selbstvergewisserung, zum Mittel der Statusproduktion und -reproduktion.

„Jede Selbstdarstellung praktiziert die Strategie unterschiedlicher Gewichtung“ (Hansen 1992, 14). An dieser Gewichtung lässt sich dann nicht nur die Art der gewünschten Aufwertung ablesen; vielmehr wird in dem, was man zu verkörpern, welche Rolle man zu spielen und welche Vorzüge man zu besitzen wünscht, ein spezieller Legitimationsbedarf sichtbar, der sich aus der gewünschten Zugehörigkeit ergibt: Das Selbst-Darstellungsbedürfnis der Wirtschaftselite lässt sich im Kontext medialer Öffentlichkeit insofern auch als ein Versuch interpretieren, sich gewissermaßen hineinzuschreiben in den Kreis derjenigen, zu denen man gerne gehören möchte.

## **Literatur**

- Alheit, Peter / Brandt, Morten (2006): *Autobiographie und ästhetische Erfahrung. Entdeckung und Wandel des Selbst in der Moderne*, Bd. 4. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Dreitzel, Hans Peter (1962): *Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse*. Stuttgart: Enke.
- Frevert, Ute (1995): *„Mann und Weib, und Weib und Mann“*. *Geschlechter-Differenzen in der Moderne*. München: Beck'sche Reihe.
- Giesen, Bernhard (1999): *Die Aura des Helden. Eine symbolgeschichtliche Skizze*. S. 437-444. In: Honer, Anne / Kurt, Ronald / Reichertz, Jo (Hg.): *Diesseitsreligion. Zur Deutung der Bedeutung moderner Kultur*. Konstanz: UVK,
- Hahn, Alois (1982): *Zur Soziologie der Beichte und andere Formen institutionalisierter Bekenntnisse. Selbstthematization und Zivilisationsprozeß*. In: *KZfSS* 34, S. 408-434.
- Hahn, Alois (1988): *„Biographie und Lebenslauf“*. S. 91-105. In: Hanns-Georg Brose und Bruno Hildenbrand (Hg.): *Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hahn, Alois und Volker Knapp (1987) (Hg.): *Selbstthematization und Selbstzeugnis. Bekenntnis und Gedächtnis*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Hahn, Carl H. (2005): *Meine Jahre mit Volkswagen*. München: Signum Verlag.

- Hansen, Klaus P. (1992): Die Mentalität des Erwerbs. Erfolgsphilosophien amerikanischer Unternehmer. Frankfurt/New York: Campus.
- Hartmann, Michael (2001): Klassenspezifischer Habitus oder exklusive Bildungstitel als soziales Selektionskriterium? Die Besetzung von Spitzenpositionen in der Wirtschaft S. 157-210. In: Kraus, Beate 2001 (Hg.).
- Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt/New York: Campus.
- Hartmann, Michael (2003): Soziale Homogenität und generationelle Muster der deutschen Wirtschaftselite seit 1994. S. 31 – 50. In: Berghahn, Volker R. /Unger, Stefan /Ziegler, Dieter (Hg.): Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität. Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd.11, Essen: Klartext Verlag.
- Henkel, Hans-Olaf (2002): Die Macht der Freiheit. Erinnerungen. München: Econ.
- Hodenus, Birgit / Liebold, Renate (2007): Zum Verständnis (auto-)biographischer Erzählungen – ein methodisch-methodologischer Literaturbericht (unveröffentlichtes Manuskript, Erlangen).
- Holdenried, Michaela (2000): Autobiographie. Stuttgart: Philipp Reclam jun. GmbH & Co.
- Kraus, Beate (2001) (Hg.): Von Eliten und herrschenden Klassen. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Kraus, Beate (2001): Die Spitzen der Gesellschaft. Theoretische Überlegungen. S. 7 – 63. In: Dies. (Hg.).
- Misch, Georg (1989; 1907): Begriff und Ursprung der Autobiographie S. 33 -55. In: Günter Niggel (Hg.).
- Münkler, Herfried (2006): Vom gesellschaftlichen Nutzen und Schaden der Eliten. S. 25 – 45. In: Münkler, H. / Straßenberger, G. / Bohlender, M. (Hg.): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Niggel, Günter (Hg.) (1998): Die Autobiographie. Zu Form und Geschichte einer literarischen Gattung, 2. Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Niggel, Günter (1977): Geschichte der deutschen Autobiographie im 18. Jahrhundert. Theoretische Grundlegung und literarische Entfaltung. Stuttgart.
- Picard, Hans Rudolf (1978): Autobiographie im zeitgenössischen Frankreich. Existentielle Reflexion und literarische Gestaltung. München.
- Piëch, Ferdinand (2002): Auto. Biographie. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.
- Pohlmann, Markus/Bär, Stefan/Schanne, Sita (2007): Der diskrete Charme der Bourgeoisie (unveröffentlichtes Manuskript, Heidelberg).
- Sloterdijk, Peter (1978): Literatur und Organisation von Lebenserfahrung. Autobiographien der Zwanziger Jahre. München: Carl Hanser Verlag.

# **Elite – das sind die Mächtigen: Selbstverständnis und Elitenkonzept der deutschen Abgeordneten**

Lars Vogel

## ***Einleitung***

In der öffentlichen Debatte um die Rolle der Eliten in Politik und Gesellschaft wird selten untersucht, ob sich die im Fokus stehenden Personen selbst als Elite verstehen. Vielmehr wird der Elitenstatus bevorzugt mittels einer Fremdzuschreibung zugewiesen, die sich vor allem an den eingenommenen Positionen in Organisationen und öffentlichen Institutionen orientiert. Der vorliegende Beitrag bemüht sich nicht nur um eine Ergänzung dieser Perspektive durch die empirische Analyse der Selbstzuschreibung des Elitestatus, zugleich werden Fremd- und Selbstzuschreibungen auch auf ihre Kongruenz hin untersucht. Dazu ist es notwendig, die implizit benutzten Konzeptionen von „Elite“ deutlich zu machen, die diesen Selbst- und Fremdzuschreibungen zugrunde liegen, denn Unterschiede können entweder durch einen differierenden Maßstab oder eine divergierende Einschätzung auf dem gleichen Maßstab entstehen.

Bei der Explikation der benutzten Elitekonzeptionen wird sich die in der sozialwissenschaftlichen Diskussion etablierte Unterteilung in Wert-, Funktions-, Leistungs-, Positions- und Machtelite als fruchtbar erweisen, auch wenn die theoretische Kontrastierung dieser Elitekonzepte zeigt, dass sie weniger trennscharf sind, als ihre Benennung vermuten lässt. Zudem treten sie auch in der sozialen Wirklichkeit nicht in getrennter Form auf, sondern bilden komplementäre Schwerpunktsetzungen innerhalb von Selbst- und Fremdzuschreibungen und bestimmen, welche Personen unter den Begriff der Elite gefasst werden können.

Der Beitrag will zeigen, dass der Elitebegriff für die Akteure in der Politik untrennbar mit Macht verbunden ist. Nichtsdestotrotz wäre eine Reduktion auf das Konzept der Machtelite unzureichend, da auch die Konzepte von Leistungs- und Wertelite den Begriff der politischen Elite mitbestimmen. Denn Macht stellt zugleich das zentrale Leitbild in der Politik dar, an dessen Erhalt und Sicherung das politische Handeln orientiert und gemessen wird, womit Machtzuwachs bzw. -erhalt die wichtigste Leistung in der Politik darstellt. Daher können Macht- und Leistungselite in der Politik nicht unterschieden werden. Aber auch Leistungs- und Wertelite werden sich nur als graduell voneinander verschieden erweisen, da Leistung vor allem über zugeschriebenen Erfolg definiert wird. Damit legt die Explikation der Bewertungsmaßstäbe für Elitenzugehörigkeit zugleich das zentrale Leitbild offen, an dem sich das Handeln in einem gesellschaftlichen Bereich orientiert, da Erfolg dann zugeschrieben wird, wenn die Leit-

bilder des gesellschaftlichen Bereichs erfüllt werden. Daher werden die Personen zur Elite gerechnet, die das jeweilige zentrale Leitbild in herausragender Weise verkörpern.

Eine Analyse der Selbstzuschreibung als Elitenmitglied untersucht dabei den in dem jeweiligen Gesellschaftsbereich geltenden internen Maßstab. Fremdzuschreibungen aus anderen Gesellschaftsbereichen mit anderen Leitbildern und Elitekonzeptionen können daher zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Wenn z. B. Politikern der Elitestatus von Seiten der Wissenschaft mit der Begründung abgesprochen würde, sie brächten keine exzellenten wissenschaftlichen Publikationen hervor, könnte dieser Vorwurf innerhalb der Politik nicht verstanden werden. In der öffentlichen Diskussion sind die den Fremdzuschreibungen zugrundeliegenden Elitekonzeptionen und Leitbilder jedoch weniger offensichtlich als in diesem konstruierten Beispiel. Das Resultat bleibt jedoch das gleiche: der Versuch, Elitenkritik unter Bezugnahme auf ein sektorexternes Leitbild zu artikulieren, steht immer in der Gefahr, keine Relevanz für die angesprochenen Personen zu besitzen und aufgrund des damit einhergehenden Unverständnisses, Unzufriedenheit auf beiden Seiten zu erzeugen. Daher hilft eine Explikation des Maßstabs für die Elitenzuschreibung innerhalb der Politik, das Reden über politische Eliten auf eine nachvollziehbare Grundlage zu stellen. Zugleich wird deutlich, dass das politische System gerade durch sein zentrales Leitbild des Machterhalts offen für politikexterne Elitenselektionskriterien ist, solange diese es erlauben, Mehrheiten zu erzeugen.

In der politikwissenschaftlichen Analyse politischer Eliten und des dabei benutzten Konzepts der Positionseliten ist das Verhältnis von Fremd- und Selbstzuschreibung besonders aufschlussreich, da sich beide auf politische Macht als Zuschreibungskriterium beziehen. Die Analyse wird zeigen, dass der Positionselitenansatz politische Macht zu Recht an formale Elitenpositionen bindet. Allerdings findet dabei eine Verengung der Perspektive statt, da formale Elitepositionen auch die symbolische Repräsentation erfolgreicher Rekrutierung und Selektion bilden. Führungspositionen werden in Demokratien durch das Verfahren von Wahl und Wiederwahl vergeben, wodurch erfolgreiche Positionsinhaber bewiesen haben, dass sie in der Lage sind, Mehrheiten zu organisieren und zu einem einheitlichen Abstimmungsverhalten zu bewegen. Die Machtbasis einer Elitenposition bilden also nur nachgeordnet die Ressourcen und Kompetenzen der Position selbst, sondern die Fähigkeit der sie einnehmenden Person, Mehrheiten zu bilden. Daher befinden sich einflussreiche Politiker auch außerhalb formal definierter Elitepositionen, während einflusslose Politiker solche Positionen einnehmen können. Der Vergleich zwischen der Selbstzuschreibung durch die Politiker und der Fremdzuschreibung durch den Positionselitenansatz wird diese partielle Inkongruenz deutlich machen und zeigen, dass im politischen System unter Eliten auch Personen außerhalb von Führungspositionen verstanden werden, während sich nicht jeder Inhaber einer formal definierten Führungsposition als Elitenmitglied versteht. Ob Entscheidungen maßgeblich und dauerhaft beeinflusst werden können, bildet in der Politik den Maßstab für die Zuschreibung

des Elitestatus. Allerdings sprechen die politischen Akteure, im Unterschied zum Positionselitenansatz, nicht nur dann von Eliten, wenn diese Entscheidungen gesamtgesellschaftlich verbindlich sind. Vielmehr wird der Elitestatus bereits dann zugeschrieben, wenn ein Einfluss auf kleinere politische Gruppierungen vorliegt.

## **2. Die zwei Dimensionen des Elitebegriffs: Selektion und Funktion**

Die sozialwissenschaftliche Diskussion über Eliten nimmt häufig Bezug auf drei zentrale Elitekonzepte: Wert-, Funktions- und Machtelite (vgl. Kaina 2006, 45ff.). Damit werden Idealtypen bezeichnet, deren klare Distinktion für die analytische Durchdringung unerlässlich ist, die jedoch in der sozialen Wirklichkeit als komplementäre Aspekte für die Zuschreibung von Elitenstatus genutzt werden.

Im Konzept der Wertelite werden die Personen zur Elite gezählt, die Werte bzw. die zentralen Leitbilder einer Gesellschaft oder sozialen Gruppe aus der sie stammen, in herausragender Weise verkörpern. Damit bezieht sich dieses Konzept primär auf den Modus der Elitenselektion, während die Funktion von Eliten nicht berücksichtigt wird. In modernen Gesellschaften sieht sich dieses Elitenkonzept mit der Herausforderung einer pluralistischen Wertestruktur konfrontiert, in der immer die Frage besteht, welche Leitbilder und Werte durch Eliten repräsentiert werden sollen. Je homogener soziale Gruppen oder soziale Teilsysteme hinsichtlich ihrer zentralen Leitbilder sind, desto leichter fällt deren Mitgliedern die Zuschreibung von Elitenstatus mithilfe des Konzepts der Wertelite. Doch nicht nur aufgrund der gewachsenen gesamtgesellschaftlichen Heterogenität ist der Begriff der Wertelite innerhalb der sozialwissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion nur noch wenig präsent. Einen weiteren Grund stellt die pervertierte Nutzung des Wertelitekonzepts im Nationalsozialismus dar, in dem der Elitestatus von biologischen Merkmalen abhängig gemacht und auf ganze Gruppen überdehnt wurde, während die als Nicht-Eliten gekennzeichneten Gruppen als minderwertig galten. Daher blieb der gesamte Begriff der Elite nach dem Ende des Dritten Reiches diskreditiert. Mit der Etablierung der repräsentativen Demokratie in der Bundesrepublik und des real-existierenden Sozialismus in der DDR verstärkte sich diese Abneigung gegenüber den Werteliten, da ein solches Konzept gegen die normativen Grundlagen beider politischen Systeme gerichtet schien. Denn die Selektion aufgrund bestimmter Merkmale verstößt gegen die Vorstellung vollständiger sozialer Gleichheit und auch bereits gegen die Vorstellung prinzipiell gleicher Teilhabe am politischen Prozess.

Allerdings konnte nicht vollständig auf den Elitebegriff verzichtet werden, sodass er mit dem Funktionelitenansatz eine Neuinterpretation erfuhr. Nach der Definition von Otto Stammer bezeichnet der Begriff Elite „(...) die mehr oder weniger geschlossenen sozialen und politischen Einflussgruppen, welche sich aus den breiten Schichten der Gesellschaft und ihren größeren und kleineren Gruppen auf dem Wege der Delegation oder der Konkurrenz herauslösen, um in der sozialen und politischen Orga-

nisation des Systems eine bestimmte Funktion zu übernehmen“ (Stammer 1951, 521). In diesem Ansatz werden Personen nicht mehr aufgrund ihrer persönlichen Eigenschaften zur Elite gerechnet, sondern aufgrund der Führungspositionen, die sie innerhalb ihrer Herkunftsgruppe einnehmen.

Damit einher ging die Abkehr von einer einfachen Elite-Masse-Dichotomie, während die Existenz verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme und sozialer Gruppen mit ihren dazugehörigen Eliten geradezu als Ausgangspunkt des Konzepts gewählt wurde. Denn für die Integration der pluralistischen Gesellschaft erfüllen die Eliten im Idealfall zwei Funktionen: der Grad an vertikaler Integration zeigt an, inwiefern sie die politische Handlungsfähigkeit der Teilgruppen sicher stellen und deren Partikularinteressen repräsentieren. Der Grad an horizontaler Integration gibt an, in welchem Ausmaß die einzelnen Teileliten kooperieren und durch Aushandlung von Kompromissen gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen treffen (vgl. Hofmann-Lange 1992). Im Vordergrund des Funktionselitenansatzes steht also weniger die Selektion als vielmehr die Funktion der Eliten. Dieser Elitebegriff ist zugleich eng an politische Herrschaft gebunden, da die Eliten gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen treffen oder zumindest maßgeblich beeinflussen. Da politische Herrschaft in demokratisch verfassten Staaten an formal definierte Positionen gebunden ist, wird der Funktionselitenansatz vor allem als Positionselitenansatz verstanden. Ob die Positionsinhaber die Funktion der gesamtgesellschaftlichen Integration erbringen, hat sich damit von einer definitorischen zu einer empirischen Frage entwickelt, zu deren Erforschung in Deutschland mehrere umfragegestützte Elitestudien beigetragen haben.<sup>1</sup> Dabei wurde der Prozess der Auswahl bzw. Selektion in die Elitepositionen vor allem unter dem Blickwinkel der Integration untersucht. Daher ist auch der Funktionselitenansatz nicht vollständig wertneutral, gilt doch ein Höchstmaß an vertikaler und horizontaler Integration bzw. Kohärenz als ideal, wenn auch zugestanden wird, dass beide Dimensionen nicht gleichzeitig maximiert werden können (vgl. Hofmann-Lange 1992, s. FN 3).

Um zu gewährleisten, dass die Teileliten ihre Herkunftsgruppe repräsentieren, müssen die Rekrutierungswege in Elitepositionen so offen gestaltet sein, dass alle Bewerber dieselbe Chance auf den Zugang zu diesen Positionen besitzen (vgl. Stammer 1951, 521). Auf diese Weise ist der Elitenbegriff vereinbar mit dem demokratischen Prinzip gleicher Partizipationsmöglichkeiten. Allerdings muss selbst unter der Prämisse offener Rekrutierungswege Selektion stattfinden, da die Anzahl verfügbarer Elitepositionen geringer ist als die Anzahl an potentiellen Bewerbern. Auch wenn der Funktionseliten- bzw. Positionselitenansatz die Selektion von Eliten der empirischen Untersuchung überlassen möchte, so stellt doch die Auswahl nach Leistung in einer meritokratischen Gesellschaft die einzige als legitim erachtete Selektionsform dar. Jedoch ermöglicht nicht irgendeine Leistung, sondern nur die überragenden, ja *ex-*

---

1 Dazu zählen die Mannheimer Elitestudien von 1968, 1972 und 1982 und in deren Tradition die Potsdamer Elitestudie von 1995.

zellenten Leistungen den Eintritt in die Elite(-positionen). Damit ist der Positionselitenansatz dem Anspruch nach eng an den Leistungselitenansatz gebunden.

Die Abgrenzung des Leistungselitenbegriffs gegenüber dem Konzept der Wertelite ist wiederum eher gradueller Natur. Denn die Leistungseliten verkörpern ja gerade den Wert bzw. das Leitbild „Leistung“ in überragender Weise, sodass formal die Definition der Wertelite erfüllt ist. Ein entscheidender Unterschied zwischen Wert- und Leistungselite scheint allerdings zunächst fortzubestehen: ein aufgrund askriptiver, Merkmal erfolgter Elitenzugang, der also nicht auf individueller Leistung beruht, wird als illegitim angesehen.

Jedoch lassen sich individuelle Leistung und die Zuschreibung von Leistung nicht in jedem Fall trennen. In den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen und sozialen Gruppen wird Leistung unterschiedlich verstanden, wodurch deutlich wird, dass Leistung in einem Prozess sozialer Aushandlung definiert wird. Nach Peter Dreitzel wird Leistung vor allem über den sichtbaren Erfolg zugeschrieben und anerkannt (vgl. Dreitzel 1962, insb. S. 92ff). An dieser Stelle wird deutlich, dass es eine Leistungselite im strengen Sinne nicht geben kann, da eine Zuschreibung von Erfolg zwar mit einer tatsächlich erbrachten Leistung korrelieren kann, jedoch nicht notwendigerweise muss, sodass Erfolg nicht zwingend auf individueller Anstrengung beruht. Im Umkehrschluss kann es herausragende individuelle Leistungen geben, die nicht anerkannt werden, weil sie mit keinem messbaren Erfolg in Beziehung gesetzt werden können.

Die gesellschaftliche Tendenz zur sozialen Differenzierung und die damit einhergehende Professionalisierung verringern zusätzlich die Distanz von Leistungs- und Wertelitenkonzept. Professionalisierung beinhaltet als wesentlichen Aspekt, dass der Zugang zu einer Profession durch die Mitglieder der Profession und ihrer intern ausgebildeten Standards erfolgt.<sup>2</sup> Diese Standards bestimmen nicht nur Kriterien für zu erbringende Leistungen, sondern erstrecken sich auch auf professionsspezifische Verhaltensweisen, Einstellungen und einen bestimmten Habitus. Diese Merkmale spielen in der Elitenselektion eine der individuellen Leistung mindestens ebenbürtige Rolle. Die Ausbildung dieser internen Standards hin zu askriptiven Merkmalen schränkt sowohl die Offenheit der Rekrutierungswege als auch das meritokratische Prinzip des Aufstiegs nach Leistung ein. Für die Wirtschaftseliten in Deutschland weisen die Analysen von Michael Hartmann darauf hin, dass askriptive Merkmale und ein adäquater Habitus wichtiger für den Aufstieg in die höchsten Elitepositionen seien als die individuelle Leistung (vgl. Hartmann 2002).

Die Trennung zwischen Positions- bzw. Funktionselite und Wert- sowie Leistungselite ist also aus zwei Gründen nur idealtypisch aufrecht zu erhalten, während sie in der sozialen Wirklichkeit komplementär

---

2 Vgl. am Beispiel der politischen Professionalisierung (Best 2003).

für die Zuschreibung von Elitestatus gebraucht werden (müssen). Erstens bedarf das Sprechen über Eliten immer der Thematisierung von Funktion (Funktions- und Positionseliten) und Selektion (Wert- und Leistungselite) zugleich. Selbst der wertneutrale Positionselitenbegriff begründet seine Auswahl an Positionen über den Rückgriff auf die Funktion des Herbeiführens gesamtgesellschaftlich relevanter Entscheidungen. Zweitens konstituiert die Unterscheidung der Einnahme von Elitenpositionen nach eigenem Verdienst oder aufgrund askriptiver Merkmale keine vollständig getrennten Typen sondern bildet ein Kontinuum mit den beiden Polen Leistungs- bzw. Wertelite.

Die Dimensionen von Macht und Herrschaft bilden bei der Analyse politischer Eliten einen herausragend relevanten Aspekt, der innerhalb des Funktions- bzw. Positionselitenansatzes angedeutet wird und den bereits Pareto in seiner Unterscheidung zwischen herrschender und nicht-herrschender Elite thematisierte (Pareto 1955, § 2032). Indem das Konzept der Positionselite auf Personen abzielt, die sich in Führungspositionen befinden, werden Position und Macht konzeptionell verbunden. Diese Gleichsetzung findet nicht nur eine pragmatische Begründung, sondern auch eine theoretische, in der davon ausgegangen wird, dass Macht in modernen Gesellschaften mit wenigen Ausnahmen an institutionell und organisatorisch definierte Positionen gebunden ist (vgl. Bürklin 1997, 16). Das Konzept der Machtelite stellt dagegen die Durchsetzungsmacht allein in den Vordergrund, unabhängig davon, ob es sich um Personen innerhalb oder außerhalb von formalen Führungspositionen handelt. Dabei wird zwischen politischer Macht und gesellschaftlicher Macht unterschieden. Während politische Macht bedeutet, gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen regelmäßig und maßgeblich zu *treffen und durchzusetzen*, ist gesellschaftliche Macht dadurch gekennzeichnet, diese Entscheidungsfindung maßgeblich mit zu *beeinflussen* (vgl. Kaina 2002, 26).

In der Politik beruht Macht in viel geringerem Maße als z.B. in Bürokratien allein auf formalen Positionen, vielmehr stellen diese Positionen ein Symbol für eine erfolgreich geführte Auseinandersetzung um politische Macht dar. D.h. um in die Elitepositionen zu gelangen, muss man sich bereits als einflussreich erwiesen haben bzw. Macht besitzen. In einer demokratisch verfassten Gesellschaft beruht diese Macht vor allem auf der Fähigkeit, Mehrheiten organisieren zu können und auf dieser Basis Entscheidungen oder die eigene Wahl in eine Führungsposition herbeizuführen. In Elitepositionen gelangen also nur diejenigen, die in herausragender Weise Mehrheiten mobilisieren können. Sollte ihnen diese Eigenschaft verloren gehen, zeigt sich schnell, dass die formalen Positionen nicht den entscheidenden Einfluss verleihen, da sie nicht davor bewahren, bei fehlender Mehrheit abgewählt zu werden.<sup>3</sup> Damit fallen die Leistungseliten in der Politik in eins mit den Machteliten: mächtig ist, wer sich als herausragend mächtig erwiesen hat. Die wichtigste Leistung in der Politik bzw. das zentrale Leitbild, an dem sich das Handeln

---

3 Formal definierte Führungsposition verleihen aber dennoch neue Kompetenzen, Ressourcen, gesteigerte mediale Aufmerksamkeit und damit verbundenen Einfluss auf das agenda-setting, die zur Mehrheitsbildung benutzt werden können. Andernfalls würden sie auch nicht angestrebt.

in der Politik ausgerichtet, ist also der Machterhalt. Dieser bisher als Hypothese formulierte Befund soll im Folgenden empirisch untersucht werden, indem das Selbstverständnis als Elitemitglied bei deutschen Abgeordneten analysiert wird.

Eine Analyse der Gründe dafür, dass sich Abgeordnete selbst als Mitglied der politischen Elite beschreiben, zeigt das Ausmaß, inwieweit sich das politische Handeln allein an dem politikinternen Selektionskriterium des Machterhalts ausrichtet, oder ob auch andere politikexterne Kriterien, eine Rolle spielen. Diese Frage stellt sich insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um die politische Eliten, die seit Mitte der 1990er Jahre von deutlicher Kritik geprägt ist. Diese Kritik bemängelt unter anderem die fehlende Strategie- und Überzeugungsfähigkeit, die mangelnde moralische Integrität, die Unfähigkeit zur Überwindung ökonomischer Krisen und nicht zuletzt die mangelnde Responsivität der politischen Eliten. Gefordert werden Leistungseliten, welche die eben genannten Merkmale herausragend verkörpern (vgl. Münkler/Bohlender/Strassberger 2006, 18). Im Kern stellt diese Diskussion einen Versuch dar, politikinterne durch politikexterne Elitenselektionskriterien zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Der Versuch einer solchen Fremddefinition kollidiert mit den in den jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereichen etablierten Selektionskriterien. Im ungünstigsten Fall können die Akteure des politischen Systems ausschließlich den Machterhalt als adäquate Leistung verstehen, da nur diese Leistung mit Erfolg, nämlich der Einnahme von Elitenpositionen, belohnt wird. Eine Diskussion um andere Maßstäbe für die Elitenzuschreibung, die im Prinzip durch die gegenwärtige Elitenkritik geäußert wird, übersieht, dass diese Maßstäbe andere Handlungsstrategien innerhalb der Politik erforderten. Die politischen Eliten verstehen sich schon immer als Leistungselite, da sie die wichtigste politische Leistung, den Machterhalt, erbringen. Ohne eine Änderung der Rekrutierungswege, in denen die geforderten Eigenschaften und Fähigkeiten Relevanz für die Erfüllung des zentralen politischen Leitbildes besitzen, kann die Forderung nach anderen Eliten und Elitemaßstäben nicht erfolgreich sein.

### **3. Datengrundlage und Untersuchungsdesign**

Die vorliegende Arbeit basiert auf der 2007 durchgeführten Jenaer Abgeordnetenbefragung in fast allen deutschen Landesparlamenten,<sup>4</sup> dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament. Die Befragung wurde durch das Projekt „Delegationseliten nach dem Systemumbruch“ durchgeführt, das Teil des von der DFG geförderten Sonderforschungsbereichs 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ an der Friederich-Schiller-Universität Jena und der Martin-Luther-Universität Halle ist. Die Jenaer Abgeordnetenbefragung ist als Panelstudie angelegt, wobei die Datengrundlage im vorliegenden Fall die zweite von drei Befragungswellen darstellt. An der CATI (*computer-assisted-telefon-interview*)-Befragung nahmen 1223 von insgesamt 2169 zu

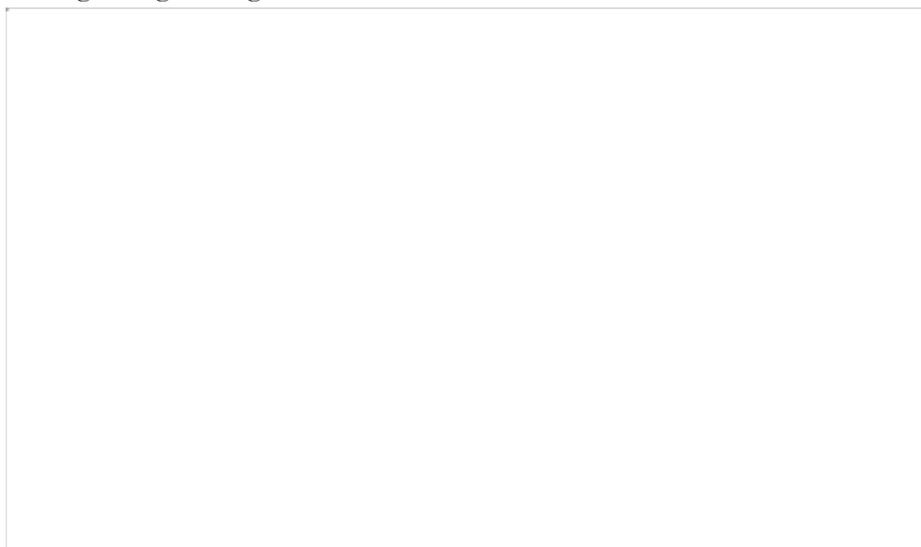
---

4 Ausnahmen sind der Bayerische Landtag, die Bremische Bürgerschaft und die Hamburgische Hamburg.

diesem Zeitpunkt aktiven Abgeordneten teil, wodurch eine Ausschöpfungsquote von 56 Prozent erreicht wurde. Nicht nur hinsichtlich der Merkmale Fraktionszugehörigkeit, Verweildauer im Parlament, Geschlecht und regionale Herkunft ist die Stichprobe strukturtreu, sodass die Aussagen auf die Grundgesamtheit aller deutschen Parlamentarier übertragen werden können.<sup>5</sup>

Das Selbstverständnis als Elitenmitglied wurde dabei mit der allgemeinen Frage gemessen, ob ein Abgeordneter sich selbst als Mitglied der politischen Elite versteht.<sup>6</sup> Die Allgemeinheit des Indikators erlaubt es den Abgeordneten, ihre je eigenen Maßstäbe zur Bewertung zu benutzen. Für die Explikation dieser politikinternen Elitenmaßstäbe wurden die Faktoren analysiert, die eine subjektive Zurechnung zur politischen Elite positiv bzw. negativ beeinflussen. Zugleich wurde untersucht, welche weiteren Einstellungen und Rollenwahrnehmungen mit einem solchen Selbstverständnis einhergehen. Die Analyse des Eliteverständnisses geschieht also indirekt unter Verweis auf dessen Ursachen und Korrelate.

Wie Abb. 1 zeigt, werden die Ursachen vor allem in der aktuellen Position und den Erfahrungen während der vorangegangenen politischen und außerpolitischen Karriere gesehen. Dabei spiegeln die Merkmale der aktuellen Position die Annahmen des Positionselitenansatzes wider, indem angenommen wird, dass das Eliteselbstverständnis durch die Mitgliedschaft in Regierungsfractionen, die Übernahme einer Führungsposition, mit steigender Parlamentebene und mit einem als ausreichend groß wahrgenommenen Gestaltungsspielraum steigt. Die Erfahrung und die durch die Parteien bestimmten Bedingungen der Selektionsprozesse beeinflussen das Eliteselbstverständnis, indem das Bewusstsein, sich den Nominierungen und Wahlen schon häufig erfolgreich gestellt zu haben, das Eliteselbstverständnis erhöht. Zugleich wird damit der nicht an Positionen gebundene Einfluss untersucht, der sich z. B. durch eine längere Fraktionszugehörigkeit ergeben kann.



*Abb. 1: Ursachen und Korrelate des Eliteselbstverständnisses*

<sup>5</sup> Vgl. zur Jenaer Abgeordnetenbefragung von 2007: Best/Edinger/Vogel 2008.

<sup>6</sup> Frageformulierung: Welcher Personenkreis der politischen Elite angehört, ist durchaus umstritten. Würden Sie sich selbst der politischen Elite zuordnen? Antwortmöglichkeiten: Ja, Nein, keine Angabe.

Der Bildungsabschluss dient zur Kontrolle des Einflusses von politikexternen Maßstäben auf das Selbstverständnis als Elitenmitglied, wobei angenommen wird, dass Bildung nur einen geringen Einfluss besitzt. Schließlich werden noch die Korrelate im Rollenverständnis untersucht, wobei angenommen wird, dass die sich selbst zur Elite zählenden Abgeordneten ein Muster an Rollenwahrnehmungen aufweisen, das sich aufgrund ihrer größeren Macht signifikant von dem ihrer Kollegen unterscheidet, die sich nicht als Elitenmitglied betrachten.

#### **4. Ursachen des Selbstverständnisses als Mitglied der politischen Elite**

In Hinblick auf die kleinstmögliche Gemeinsamkeit aller Elitenkonzepte, die Feststellung, dass Eliten immer eine Minderheit bilden, ist zu erwähnen, dass sich nur eine, wenn auch erhebliche Minderheit von 37 Prozent der befragten Abgeordneten selbst als Mitglied der politischen Elite bezeichnet. Im Vergleich zu der Gesamtzahl aller deutschen Abgeordneten mag dieser Minderheitenstatus plausibel sein, im Vergleich zur deutschen Bevölkerung bildet jedoch die Gesamtheit aller Abgeordneten bereits eine höchst selektive Auswahl. Es zeigt sich also, dass das erfolgreiche Durchlaufen der verschiedenen Nominierungs- und Wahlprozesse bis zum Erreichen eines Abgeordnetenmandats noch nicht zwingend ein Elitenbewusstsein ausbildet. Auch wenn alle Parlamentarier aufgrund ihrer Position gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen in letzter Instanz entscheiden, scheint dieses Kriterium entweder keine Rolle für das Elitenselbstverständnis zu spielen, da sonst alle Abgeordneten sich als Elitenmitglied bezeichnen müssten. Vielmehr scheint aber die Verteilung des Eliteselbstverständnisses die divergierenden Einflussmöglichkeiten zu reflektieren, mit denen die einzelnen Abgeordneten ausgestattet sind.

#### **Parteizugehörigkeit**

Was sind nun die Quellen des Elite-Selbstverständnisses? Da sich der Elitenmaßstab an den während der Rekrutierung zu zeigenden Leistungen orientiert, müssen zunächst die Parteien als die *de facto* monopolartigen Rekrutierungsinstanzen der deutschen Abgeordneten betrachtet werden (vgl. Best/Jahr 2006). Dabei offenbaren sich deutliche und signifikante Unterschiede (Abb. 2). Innerhalb der Fraktionen von CDU und SPD sowie von Die Linke sieht sich nur jeweils rund ein Drittel der Abgeordneten als Mitglied der politischen Elite. Bei den nach ihrer Abgeordnetenanzahl kleineren Fraktionen rechnet sich ein jeweils deutlich höherer Anteil selbst der politischen Elite zu. So beschreiben sich bei der FDP 47 Prozent und bei Bündnis90/Die Grünen sogar eine Mehrheit von 55 Prozent der Abgeordneten als Mitglied der politischen Elite.

Zunächst scheint die Verteilung der Annahme zu widersprechen, dass Unterschiede im Elitenselbstverständnis auf unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten beruhen. Denn CDU und SPD, die viel häufiger als die übrigen Fraktionen an Regierungen beteiligt sind, müssten dann den höchsten Anteil an selbsternannten Elitemitgliedern aufweisen. Die Struktur der Parteien und parteispezifische Traditionen scheinen jedoch ungleich größeren Einfluss zu besitzen. So erscheint die Annahme plausibel, dass innerhalb der Volksparteien der Begriff der Elite aufgrund des expliziten Anspruchs, Vertreter aller Wahlbürger zu sein, nicht gern gebraucht wird. Dasselbe gilt für die Abgeordneten der Linkspartei, die dem Selbstverständnis nach die Einstellungen und Anliegen der mittleren und unteren sozialen Schichten möglichst ungebrochen zu repräsentieren suchen. Diesem bürgernahen Anspruch ist der Begriff der Elite hinderlich, da er mit einer Distanz zur Bevölkerung konnotiert ist.

Dagegen besitzen die FDP und Bündnis90/Die Grünen dem Anspruch nach und auch sozialstrukturell eine deutlicher akzentuierte Wählerschaft und Mitgliederstruktur, wodurch sich der Rekrutierungspool für deren Mandatsträger von dem der anderen Parteien unterscheidet. So finden sich innerhalb der FDP im Vergleich zu anderen Fraktionen häufiger Selbständige und Angehörige akademisch freier Berufe, die ihr Elitenbewusstsein aufgrund ihres überdurchschnittlich hohen Einkommens auch auf ihre Erfolge innerhalb des ökonomischen Sektors beziehen könnten.

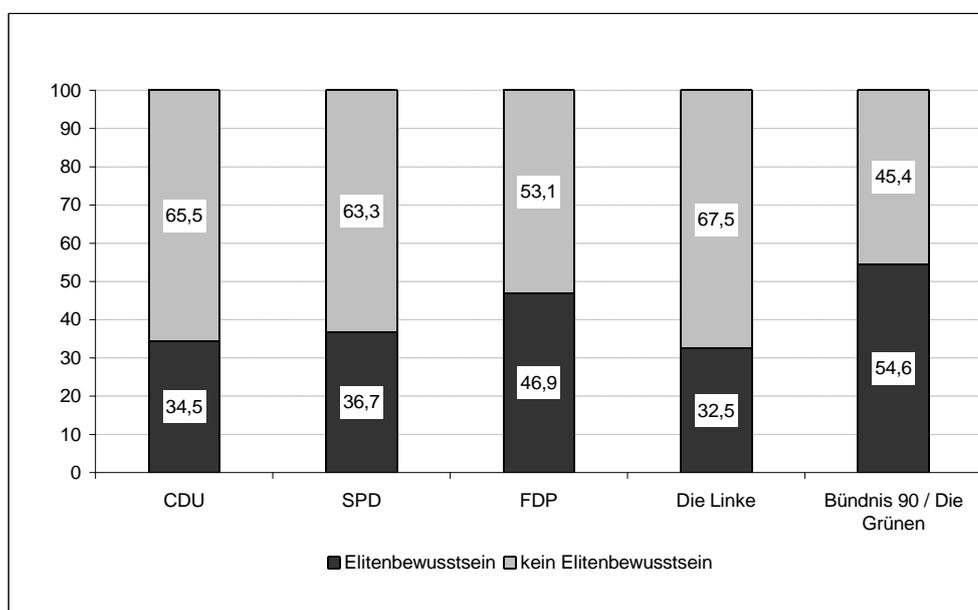


Abb. 2: Elitenbewusstsein nach Fraktionen (in %), Cramers  $V: 0.139, p < 0.01$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung  
 Bei Bündnis90/Die Grünen sind hingegen andere Erklärungen denkbar. Zunächst widerspricht das Elitedenken eklatant dem Selbstverständnis, mit dem diese Partei gegründet wurde. Denn in einer der Basisdemokratie verpflichteten Partei, die mit der Idee angetreten war, durch strukturelle Mechanismen wie Rotation, Inkompatibilität und Doppelspitzen, Machtkonzentration zu verhindern, wäre eigentlich nicht zu erwarten gewesen, dass sich eine Mehrheit von 55 Prozent der Abgeordneten als Elitemitglied

beschreibt. Allerdings kann eingeräumt werden, dass die seit der Gründung der Partei virulenten Richtungskämpfe und insbesondere die Regierungsbeteiligungen Änderungen im Selbstverständnis hervorgerufen haben, die eine Selbstzuschreibung als Elitenmitglied nicht mehr als illegitim erscheinen lassen.

Damit ist jedoch noch nicht erklärt, weshalb gerade bei den Abgeordneten dieser Partei das elitäre Bewusstsein am deutlichsten ausgeprägt ist. Dafür scheint die Interpretation am plausibelsten, dass gerade der Versuch Eliten zu verhindern, die Elitenbildung erleichtert hat. Die Trennung von (Partei-)amt und Mandat, sowie die Ehrenamtlichkeit der Parteiämter förderten eine viel unabhängigere und stärkere Stellung der Fraktionen und ihrer Mitglieder im Vergleich zu ihrer Partei, da erstere über deutlich mehr materielle und vor allem zeitliche Ressourcen verfügten. Auch die einzelnen Mitglieder, die Führungspositionen in der Partei einnahmen, mussten in der Anfangszeit aufgrund der permanenten Rotation häufiger Mehrheiten bilden, um neue Positionen einzunehmen. Dieser im Vergleich zu den übrigen Parteien verschärfte Auswahlprozess hat das Elitebewusstsein in besonderem Maße begünstigt. Auch wenn diese Tendenzen erkannt und daher einige der alten Regelungen gelockert bzw. ganz abgeschafft wurden, sind die grünen Fraktionen und ihre Mitglieder im Ergebnis die bedeutendste Organisation innerhalb ihrer Partei geblieben (vgl. Klein/Falter 2003, Stern 2004).

Dieses Verhältnis von Fraktion und Partei zeigt sich auch bei der Frage, ob die Partei eher die Arbeit der Fraktion beeinflusst, oder ob es sich umgekehrt verhält (Abb. 3).<sup>7</sup> Über 90 Prozent der Abgeordneten von FDP und Bündnis90/Die Grünen sehen die Fraktion als zentralen Akteur, während dieser Wert innerhalb der anderen Fraktionen um durchschnittlich zwanzig Prozentpunkte niedriger liegt. Als vorläufiges Ergebnis kann daher festgehalten werden, dass sich die Parteienunterschiede plausibel als unterschiedliche Einflussmöglichkeiten interpretieren lassen. Den Horizont für die Einschätzung des eigenen Einflusses bildet allerdings zunächst die eigene Fraktion bzw. Partei und nicht die gesamte Gesellschaft. In dieser Hinsicht sind die Mitglieder kleiner Fraktionen aus kleinen Parteien den Abgeordneten aus größeren Fraktionen bzw. Parteien überlegen. Denn einerseits steigt der Einfluss des einzelnen Abgeordneten, je weniger Abgeordnete sich innerhalb einer Fraktion koordinieren müssen, andererseits wird die Fraktion umso wichtiger, je dünner die Personaldecke innerhalb der Partei ist.

---

7 Frageformulierung: Wenn Sie einmal an das Verhältnis zwischen Ihrer Fraktion und Ihrer Partei denken. Von wem geht in der Regel ein stärkerer politischer Einfluss aus? Beeinflusst die Partei eher die Arbeit der Fraktion, oder ist es umgekehrt so, dass die Fraktion eher die Arbeit der Partei beeinflusst?

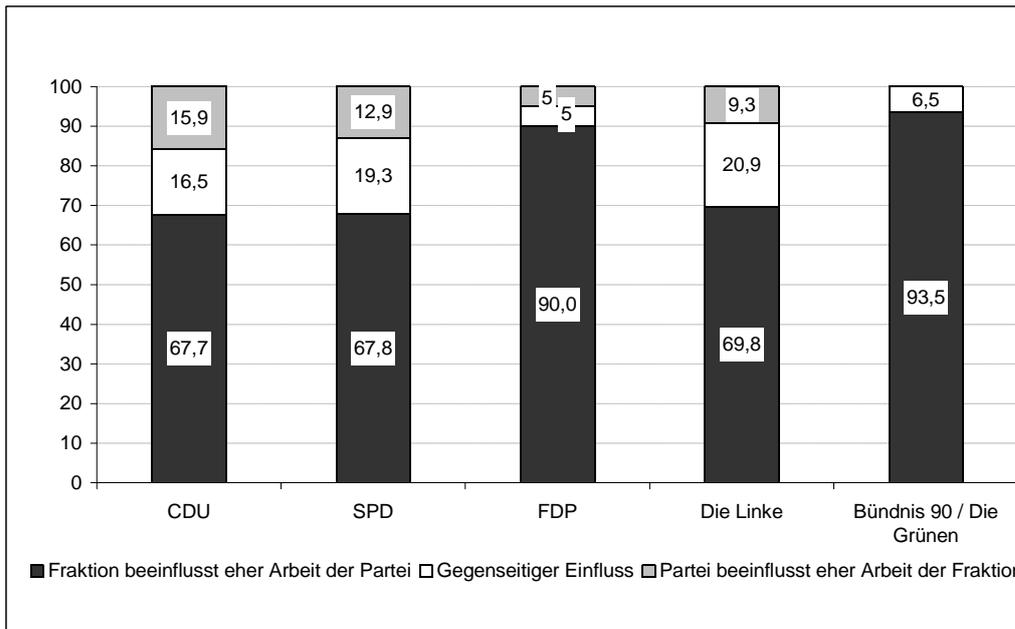


Abb.3: Richtung des gegenseitigen Einflusses von Partei/Fraktion nach Fraktionen (in %), Cramers  $V$ : 0.130,  $p < 0.05$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

Der Einfluss innerhalb von Fraktion oder Partei ist allerdings die notwendige Bedingung, um auf gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Ist dieser interne Einfluss nicht vorhanden, eröffnet sich dem einzelnen Abgeordneten auch durch eine Regierungsbeteiligung der eigenen Fraktion kein größerer Gestaltungsspielraum. Dem entspricht der andernfalls schwer einzuordnende Befund, dass es für die Selbsteinschätzung als Elitenmitglied in fast allen Parteien – bis auf die SPD – unerheblich ist, ob man sich in den Reihen der Opposition oder innerhalb der Regierungsfractionen befindet. Dass sich kein Unterschied zeigt, unterstreicht noch einmal den Befund, dass primär die eigene Fraktion bzw. Partei den Horizont für die Einschätzung der eigenen Einflussmöglichkeiten bildet.

## Listenplatz

Wenn der Einfluss in Partei und Fraktion den zentralen Bezugspunkt für die Bewertung des eigenen Elitestatus bildet, müsste sich die subjektive Einschätzung auch in der Position innerhalb der Partei widerspiegeln. Neben den Führungspositionen bildet die Positionierung auf der Landesliste der Partei den wichtigsten Indikator für innerparteiliche Macht und Einfluss. Daher ist zu erwarten, dass sich auf den vorderen Listenplätzen verstärkt Abgeordnete finden, die sich selbst als Mitglied der politischen Elite bezeichnen. Diese Annahme kann in eindrucksvoller Weise bestätigt werden. Von den Abgeordneten, die auf der Landesliste positioniert waren, nahmen diejenigen, die sich selbst als Elitenmitglied sehen, einen deutlich besseren Listenplatz ein, als ihre Kollegen, die sich nicht der Elite zurechnen. Aufgrund der unterschiedlichen politischen Bedeutung der Listenplätze, die nach Bundesland und Partei deutlich variieren, wird diese durchschnittlich bessere Positionierung hier nur mittels des Vergleichs der

Gesamtdurchschnitte demonstriert. Dabei ist nur der signifikante Unterschied zwischen den beiden Gruppen zu beachten, nicht jedoch die absoluten Werte der Gruppenmittel (arithmetisches Mittel Listenplatz Elitenmitglied ja: 16.1, nein: 24.6,  $T=-6.123$ ,  $p<0.001$ ).

## Politische Führungsposition und subjektive Wahrnehmung

Den wichtigsten Indikator für innerparteiliches bzw. innerfraktionelles Machtpotential stellen aber die eingenommenen Führungspositionen dar. Der Positionselitenansatz zählt daher auch nur diejenigen Personen zur Elite, die institutionell definierte Führungspositionen einnehmen. Die Entscheidung, welche Positionen dabei als Eliteposition gelten, wird auch von den Vertretern dieses Ansatzes als willkürlich bezeichnet (vgl. Bürklin 1997, 16f). Die Potsdamer Elitestudie (PES) ist die bisher letzte große und sektorübergreifende Elitestudie in Deutschland, weshalb sich die vorliegende Arbeit bei der Bestimmung von Führungspositionen an dem dort gewählten Positionselitenansatz orientiert. Auf Bundesebene zählen daher die Mitglieder des Bundestagspräsidiums, die Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse und der Arbeitskreise als Inhaber formaler Elitenpositionen. Auf Bundes- und Landesebene wurden die Kabinettsmitglieder, die parlamentarischen Geschäftsführer sowie die Fraktionsvorstände und die parlamentarischen Geschäftsführer aufgenommen. Hinzu werden noch die Abgeordneten gezählt, die in ihren Parteien auf Bundes- und/oder Landesebene Mitglied des Vorstands bzw. die Vorsitzenden selbst sind (vgl. Machatzke 1997, 39f).

|                  |      | Eliteposition nach PES |      |        |
|------------------|------|------------------------|------|--------|
|                  |      | nein                   | ja   | Gesamt |
| Elitebewusstsein | nein | 70.5                   | 49.9 | 62.6   |
|                  | ja   | 29.5                   | 50.1 | 37.4   |

Tab. 1: Verhältnis von Elitebewusstsein zu Elitepositionen nach der Potsdamer Elitestudie (Spaltenprozente), Cramers  $V: 0.207$ ,  $p<0.001$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

Auch in dieser Perspektive bestätigt sich, dass sich das Elitebewusstsein aus der Selbsteinschätzung speist, mehr Einfluss als andere Abgeordnete ausüben zu können (Tab. 1). Denn während sich von den Abgeordneten, die keine Führungsposition nach der Definition der Potsdamer Elitestudie einnehmen, nur rund ein Drittel als Elitenmitglied begreift, sieht sich unter den Mandatsträgern mit einer solchen Führungsposition genau die Hälfte als Mitglied der politischen Elite. Eine formale Führungsposition einzunehmen, erhöht also die Wahrscheinlichkeit, sich als Elitenmitglied zu fühlen.

Eine überraschende Perspektive auf das Verhältnis von Elite und Elitenposition ergibt sich aus der Kombination von Selbsteinschätzung durch die Abgeordneten und Fremdeinschätzung durch den Positionselitenansatz (Tab. 2). Der Anteil derjenigen, die sich selbst der politischen Elite zurechnen und auch extern so eingeschätzt werden, fällt mit 19.3 Prozent aller Parlamentarier ebenso groß aus, wie der

Anteil an Abgeordneten, die sich als Inhaber einer formalen Elitenposition dennoch nicht als Elitenmitglied sehen (19.2 Prozent). Zugleich verstehen sich mit 18.2 Prozent fast ebenso viele Abgeordnete als Mitglied der politischen Elite, obwohl sie nach dem Positionselitenansatz nicht darunter fallen.

|                  |      | Elitenposition nach PES |      |
|------------------|------|-------------------------|------|
|                  |      | Nein                    | Ja   |
| Elitebewusstsein | nein | 43.3                    | 19.2 |
|                  | ja   | 18.2                    | 19.3 |

Tab. 2: Verhältnis von Elitebewusstsein zu Elitepositionen nach der Potsdamer Elitestudie (Gesamtprozente)

Diese Verteilung zeigt, dass sich die Abgeordneten selbst nicht ausschließlich durch ihre Position als Mitglied der politischen Elite definieren, und dass einige Positionen in der Sicht der Abgeordneten nicht notwendig Elitepositionen sind. Obwohl die Kongruenz zwischen der Selbsteinschätzung durch die Abgeordneten und der Fremdeinschätzung durch den Positionselitenansatz mit 62.6 Prozent (43.3+19.3) sehr hoch ist, so muss doch festgehalten werden, dass sich nur die Hälfte der Inhaber von Führungspositionen als Elitenmitglied versteht.

Die Möglichkeit der Mitgliedschaft in der politischen Elite ohne entsprechende Position wird auch durch die Vertreter des Positionselitenansatz nicht bestritten, aber als Ausnahmefall der wenigen „grauen Eminenzen“ betrachtet (vgl. Bürklin 1997, 16). Benutzt man allerdings die Selbsteinschätzung der Abgeordneten als Maßstab, tritt dieser vorgebliche Ausnahmefall ebenso häufig auf, wie der Fall, dass Fremd- und Selbsteinschätzung, Mitglied der politischen Elite zu sein, übereinstimmen. Dies deutet entweder daraufhin, dass die „grauen Eminenzen“, d. h. die Personen, die Macht ohne Position oder in Positionen ausüben, die nicht erfasst wurden, häufiger auftreten als angenommen. Es kann aber ebenso die Interpretation bekräftigen, dass die Abgeordneten ein anderes Kriterium als der Positionselitenansatz benutzen, um die Elitenzugehörigkeit zu bestimmen. Im Licht der bisherigen Analyse ist es plausibel, dass Elitenzugehörigkeit weniger über den Einfluss auf gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen, sondern eher über den Einfluss innerhalb von Fraktion bzw. Partei definiert wird.

Der zweite Fall von Inkongruenz, die Fremdeinschätzung als Elitenmitglied bei gleichzeitiger Zurückweisung dieser Bezeichnung durch die Betroffenen selbst, stellt ein größeres Problem für den Positionselitenansatz dar. Denn selbst wenn sich die Abgeordneten bei ihrer Elitendefinition nur auf den Einfluss innerhalb von Fraktion und Partei bezögen, ist dieser Einfluss ja die *sine qua non* für den Einfluss auf gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen – ohne Einfluss auf die eigene Fraktion und Partei ist auch gesamtgesellschaftlich nichts zu bewegen. Daher ist das Fehlen der Selbstzuschreibung als Elitenmitglied bei diesen Positionen besonders prekär.

Zunächst muss jedoch untersucht werden, ob sich die in Selbst- und Fremdeinschätzung inkongruenten Fälle darauf zurückführen lassen, dass bestimmte formale Führungspositionen in der Potsdamer Elite-studie nicht berücksichtigt wurden. Fügt man solche Positionen, die sich vor allem auf regionaler Ebene befinden,<sup>8</sup> ein, steigt der Anteil an inkongruenten und kongruenten Einschätzungen zu gleichen Teilen an. Der Einbezug der genannten Positionen kann das Elitenselbstverständnis also nicht erklären. Daher müssen die Positionen, die in der Potsdamer Elitestudie benutzt wurden, nicht ergänzt werden.

Wechselt man die Perspektive und untersucht, in welchen Positionen sich die befragten Mandatsträger am wenigsten als Elitenmitglieder fühlen, sticht besonders die Mitgliedschaft in den Fraktions- und Parteivorständen auf Landesebene heraus. Während sich durchschnittlich 19 Prozent der Abgeordneten in Elitepositionen nicht als Elitenmitglied fühlen, rechnet sich über die Hälfte der Mitglieder in den Fraktionsvorständen und in den LandesparteiVorständen nicht zur politischen Elite. Damit zeigt sich erneut, dass eine Führungsposition einen wichtigen Faktor für das Eliteselbstverständnis darstellt, aber politischer Einfluss nicht allein auf formalen Positionen beruht.

Dass die Selbsteinschätzung als Elitenmitglied unabhängig von der eingenommenen Position auf innerparteilichen bzw. innerfraktionellen Einfluss verweist, zeigt eine Analyse der Listenplätze mittels einer einfaktoriellen Varianzanalyse (Tab. 3). Erneut kann aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung der Listenplätze in den Ländern und Parteien nur das Verhältnis der Gruppen betrachtet werden, nicht jedoch die absoluten Werte der Listenplätze. Es zeigt sich, dass diejenigen Abgeordneten die niedrigsten Listenplätze einnehmen, die weder nach Selbst- noch nach Fremdeinschätzung zur Elite zählen. Auf den höchsten Listenplätzen sind diejenigen zu finden, die laut Fremdeinschätzung eine Eliteposition einnehmen, wobei es nur einen minimalen Unterschied macht, ob sich diese Abgeordneten selbst zur Elite rechnen oder nicht. Zwischen diesen beiden Polen befinden sich aber die Parlamentarier, die nach ihrem Selbstverständnis zur Elite zählen, aber keine formale Eliteposition einnehmen. D. h. deren Selbsteinschätzung als Elitenmitglied beruht nicht ausschließlich auf einer subjektiven Wahrnehmung, sondern findet ihren Ausdruck auch in einer besseren Positionierung auf den Landeslisten ihrer Parteien.

|                                       | arithmetisches Mittel (Listenplatz) |
|---------------------------------------|-------------------------------------|
| weder Position noch Elitenbewusstsein | 30,69                               |
| keine Position aber Elitenbewusstsein | 23,05                               |
| Position ohne Elitenbewusstsein       | 12,41                               |
| Position und Elitenbewusstsein        | 10,06                               |

Tab. 3: Listenplätze nach Verhältnis von Verhältnis von Elitebewusstsein zu Elitepositionen ,F(ANOVA): 61.591,  $p < 0.01$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

<sup>8</sup> Dazu zählt z. B. der Ausschussvorsitz auf der Landesebene oder Führungspositionen in den Parteien unterhalb der Landesebene, also im Orts- bzw. Kreisverband.

## Gestaltungsspielraum

Eine weitere Möglichkeit, sich dem politischen Einfluss in seiner Verbindung von formaler Elitenposition und Elitenbewusstsein zu nähern, bietet sich mit der Frage nach der Einschätzung des eigenen Gestaltungsspielraums (Abb. 4).<sup>9</sup>

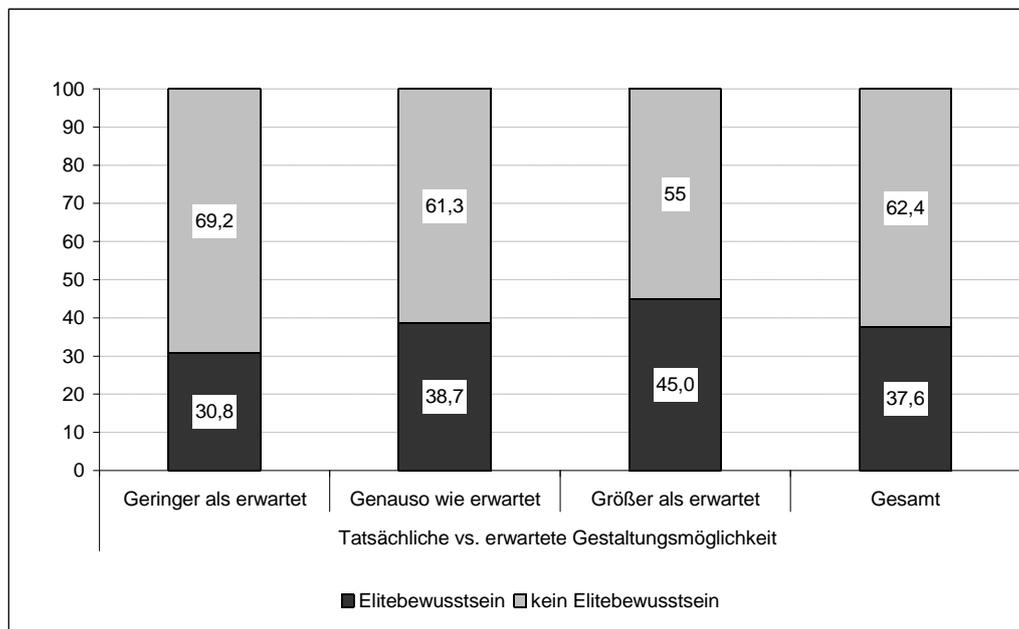


Abb.4: Elitebewusstsein nach Gestaltungsspielraum (in %), Cramers  $V: 0.108$ ,  $p < 0.01$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

Unter den Abgeordneten, die von ihrem Gestaltungsspielraum positiv überrascht sind, rechnen sich 45 Prozent zur politischen Elite. Dagegen sinkt dieser Anteil unter denjenigen, die von ihrem Gestaltungsspielraum enttäuscht sind, auf 30.8 Prozent. Sieht sich ein Abgeordneter also in der Position, politische Entscheidungen mitzugestalten, begreift er sich eher als Mitglied der politischen Elite. Dabei sind die eingenommenen Führungspositionen nicht allein ausschlaggebend für einen größeren Gestaltungsspielraum. Dies zeigt sich bei der Betrachtung der vier Gruppen, die sich ergeben, wenn Selbst- und Fremdeinschätzung kombiniert werden (Abb. 5).

<sup>9</sup> Frageformulierung: Wenn Sie Ihre derzeitigen Gestaltungsmöglichkeiten als Parlamentarier mit Ihren ursprünglichen Erwartungen vergleichen: Sind Ihre Gestaltungsmöglichkeiten heute größer als erwartet, genau so wie erwartet oder geringer als erwartet? Zwar führt die Frage, die „ursprünglich einmal angenommenen Erwartungen“ als Vergleichshorizont ein, doch kann davon ausgegangen werden, dass sie tendenziell eine Einschätzung des Gestaltungsspielraums erlaubt, da die ursprünglichen Erwartungen nur sehr selektiv erinnert werden und eher die momentane Zufriedenheit die Ausprägung dieser Variable steuert.

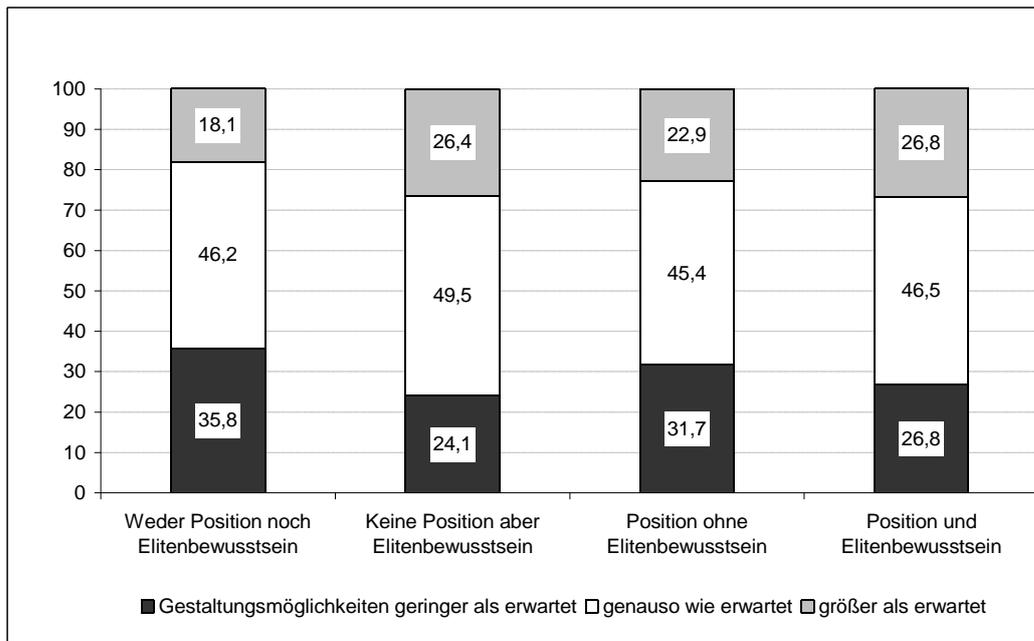


Abb.5: Gestaltungsspielraum nach Verhältnis von Elitebewusstsein zu Eliteposition (in %), Cramers V: 0.084,  $p < 0.05$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

Die Unterschiede zwischen den vier Gruppen fallen, gemessen an dem geringen Wert für Cramers V und den geringen Prozentwertdifferenzen, nicht sehr drastisch aus. Dennoch sind sich die Parlamentarier ähnlicher, die sich selbst als Elitenmitglieder betrachten, unabhängig davon, ob sie laut Fremdeinschätzung dazu gerechnet werden oder nicht. Diese beiden Gruppen sind zufriedener mit ihrem Gestaltungsspielraum als ihre Kollegen, die sich unabhängig von ihrer Position nicht zur Elite zählen. Die Abgeordneten, die eine formale Eliteposition ohne dazu kongruentes Elitenbewusstsein einnehmen, sind mit 31.7 Prozent am zweithäufigsten unzufrieden mit ihren Gestaltungsmöglichkeiten. Diese Enttäuschung kann darauf gegründet sein, dass sie sich von einer formalen Eliteposition mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhofft hatten.

## Dauer der parlamentarischen Tätigkeit

Der Gestaltungsspielraum in der aktuell eingenommenen Position ist mitbestimmt durch die Dauer der Dauer der Amtszeit im Parlament. Dabei dürfte das erfolgreiche Durchlaufen der Rekrutierungs- und Selektionsmechanismen das Elitebewusstsein entscheidend beeinflussen. Je länger Abgeordnete im Parlament verweilen, desto häufiger haben sie sich den Mechanismen von Re-Nominierung und Wiederwahl gestellt und die zentrale politische Fähigkeit der Mehrheitsbildung erfolgreich demonstriert. Parallel dazu nimmt ihr Gestaltungsspielraum aufgrund ihrer längeren Erfahrung, ihrer zunehmenden Vertrautheit mit den innerparlamentarischen und -fraktionellen Mechanismen und ihrer über die Legislaturperioden hinweg etablierten Netzwerke zu. Deshalb dürfte die Selbstbeschreibung als Elitenmitglied unabhängig von der eingenommenen Position mit steigender Dauer der Tätigkeit im Parlament wahr-

scheinlicher werden. Ein Blick auf die empirischen Daten bestätigt diese Vermutung. Der Anteil an Abgeordneten, die sich als Elitenmitglied verstehen, steigt kontinuierlich von 26.5 Prozent im ersten Mandat bis auf 60.2 Prozent bei den Abgeordneten, die bereits mindestens fünf Parlamentsmandate ausgeübt haben (Abb. 6). Der mit steigendem Mandatsalter zunehmende Anteil von Abgeordneten mit Elitenbewusstsein lässt sich nur zum Teil auf den gleichzeitig steigenden Anteil an Inhabern von Führungspositionen zurückführen. D.h., das Elitenbewusstsein und damit der innerfraktionelle Einfluss steigen mit zunehmendem Mandatsalter an, und zwar unabhängig davon, ob eine Elitenposition eingenommen wird oder nicht.

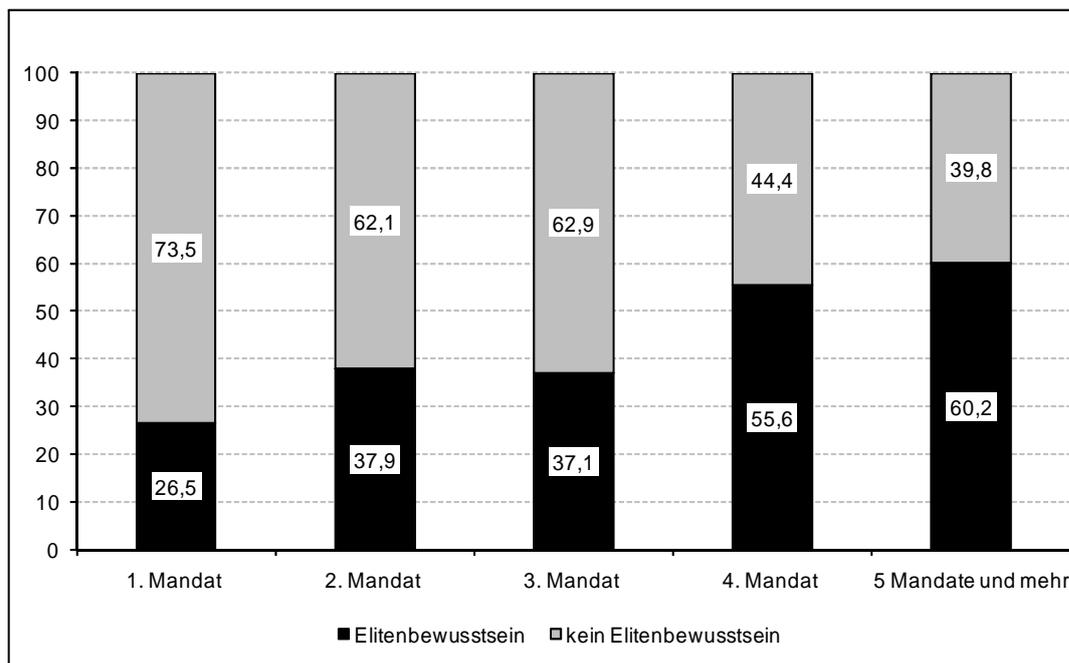


Abb.6: Elitebewusstsein nach Mandatsalter (in %), Cramers  $V: 0.230$ ,  $p < 0.001$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

## Institutioneller Kontext

Das bisher gezeichnete Bild eines Elitenbewusstseins, das sich aus der wahrgenommenen Einflussmöglichkeit innerhalb von Partei und Fraktion sowie den durchlaufenen Rekrutierungsprozessen speist, bleibt unvollständig, solange nicht der institutionelle Kontext der aktuell eingenommenen Position in den Blick genommen wird. Auf der Ebene der – politisch weniger gewichtigen – Landesparlamente bezeichnet sich ein Drittel der Abgeordneten als Mitglied der politischen Elite, während sich 56 Prozent der Bundestagsabgeordneten selbst so sehen. Zwar fällt auch der Anteil an Personen mit formalen Elitepositionen auf der Bundesebene höher aus, jedoch lässt sich der höhere Anteil an Eliteselbstzuschreibungen nicht allein darauf zurückführen, wie das Verhältnis von Fremd- und Selbstzuschreibung zeigt (Abb. 7). Denn sowohl der Anteil der Abgeordneten, die sich ohne Eliteposition, als auch derjenigen, die sich mit formaler Eliteposition der politischen Elite zurechnen, fällt mit zehn bzw. 13 Prozent-

punkte höher aus als unter ihren Kollegen auf Landesebene. Die Bundestagsabgeordneten ohne formale Eliteposition sehen sich also häufiger als die Landesparlamentarier als Elitenmitglied und die Bundestagsabgeordneten mit einer Eliteposition sehen sich seltener als Nicht-Elite; Fremd- und Selbsteinschätzung in Elitepositionen stimmen im Bundestag also häufiger überein und zugleich fühlen sich insgesamt mehr Abgeordnete des Bundestags als Mitglied der politischen Elite.

Der institutionelle Kontext bzw. die Stellung der Parlamente im politischen System beeinflusst also ebenfalls die Selbstzuschreibung als Mitglied der politischen Elite. Dafür bieten sich verschiedene Gründe als Erklärung an: die innerparteilichen Selektoren müssen allein aufgrund des zahlenmäßig geringeren Angebots an Mandaten im Deutschen Bundestag mehr Wert auf herausragende Leistungen legen und die Position eines Bundestagsabgeordneten verspricht zugleich ein höheres politisches Gewicht. Daher sind der innerparteiliche Wettbewerb und die Anforderungen an die Kandidaten strenger als für die Positionen auf Landesebene, wodurch die Fähigkeit zur Mehrheitsbildung in noch viel stärkerem Ausmaß unter Beweis gestellt werden muss. Nicht zuletzt dürfte aber auch die institutionelle Stellung des Bundestags, dessen Kompetenzen und Ressourcen deutlich weitreichender als die der Landesparlamente sind, eine Rolle spielen. Die Selbsteinschätzung als Elitenmitglied orientiert sich also nicht nur an dem wahrgenommenen Einfluss innerhalb von Fraktion und Partei, sondern wird auch dann wahrscheinlicher, je mehr sich dieser Einfluss auf gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen auswirken kann.

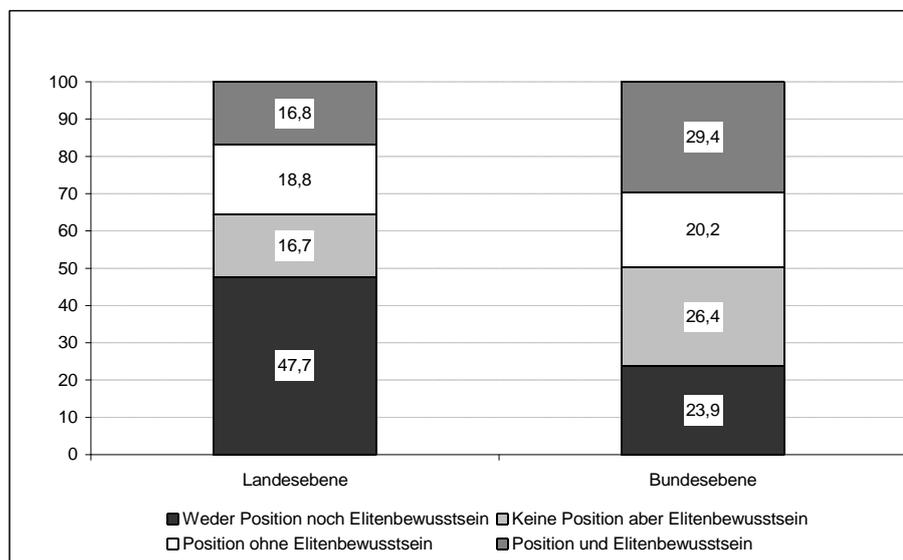


Abb.7: Elitenbewusstsein und Elitenposition nach institutionellem Kontext (in %), Cramers  $V$ : 0.147,  $p < 0.001$ ;  
Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

## Bildung

Um die Hypothese zu untersuchen, dass innerhalb des politischen Systems die herausragend unter Beweis gestellte Fähigkeit zur Mehrheitsbildung das zentrale Kriterium für die Zuschreibung von Eliten-

status bildet, müssen auch alternative Erklärungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden. D.h. es muss gezeigt werden, dass politikexterne Leistungskriterien nur marginalen Einfluss auf das Eliten-selbstverständnis besitzen.

Ein zentrales außerpolitisches Leistungskriterium stellt der Bildungsabschluss dar, dessen Wirkung im Folgenden anhand der Unterscheidung zwischen Abgeordneten mit und ohne Hochschulabschluss analysiert werden soll. Dabei zeigt sich konträr zur These der ausschließlich politikinternen Bewertungsmaßstäbe, dass der Bildungsabschluss einen deutlichen Einfluss auf das Elitenbewusstsein besitzt. Während sich 44 Prozent der Abgeordneten mit Hochschulabschluss der Elite zurechnen, hält sich nur jeder Fünfte der Mandatsträger ohne Hochschulabschluss für ein Mitglied der politischen Elite.

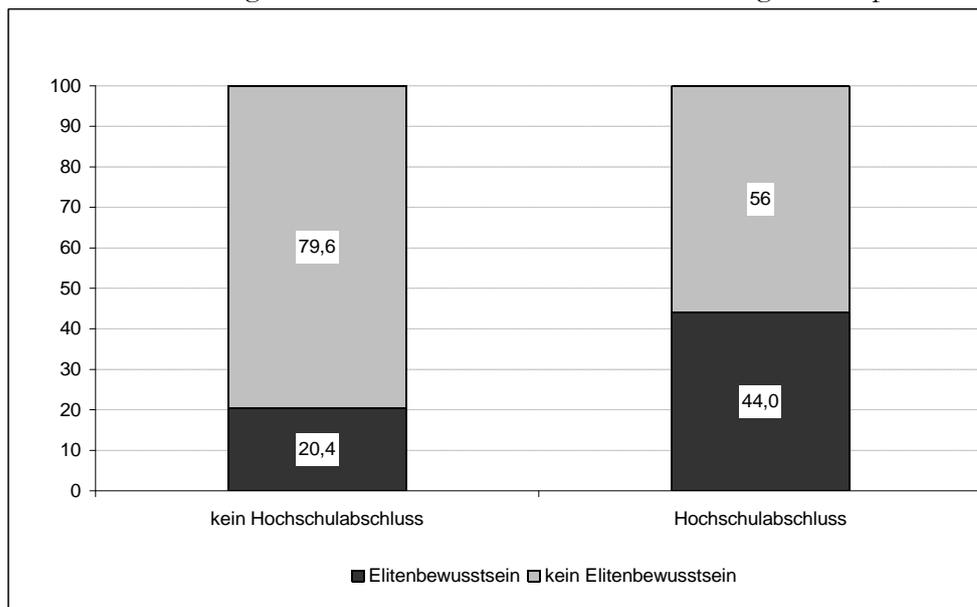


Abb.8: Elitebewusstsein nach Bildungsgrad (in %), Cramers  $V: 0.213$ ,  $p < 0.001$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

Dieser Unterschied lässt sich nicht allein darauf zurückführen, dass formale Elitepositionen häufiger von Abgeordneten mit Hochschulabschluss erreicht werden. Vielmehr stimmt bei den Abgeordneten mit Hochschulabschluss die formale Eliteposition häufiger mit der eigenen Einschätzung überein und zugleich sehen sich von den Hochschulabsolventen mehr Abgeordnete ohne Eliteposition als Mitglied der politischen Elite. Damit spielen politikexterne Qualifikationen bzw. Selektionskriterien also auch innerhalb der Politik eine Rolle, und zwar sowohl für den Aufstieg in Leitungspositionen, für die konkrete Ausgestaltung der Rolle innerhalb dieser Leitungsfunktionen und auch generell für die Fähigkeit, Einfluss innerhalb von Partei und Fraktion zu erlangen. Wahrscheinlich bewirkt der Hochschulabschluss einen Vertrauensvorsprung in die kognitiven und intellektuellen Fähigkeiten seines Trägers, der die zum Bilden von Mehrheiten notwendige Überzeugungsarbeit erleichtert. Daneben erleichtern ein Hochschulstudium und die sich üblicherweise daran anschließende Berufstätigkeit nicht nur den Erwerb rhetorischer Fähigkeiten, auch steht das Aufgabenprofil der Berufe von Hochschulabsolventen in der Re-

gel der politischen Tätigkeit näher als dasjenige von Personen ohne Hochschulabschluss (vgl. Golsch 1998, 120). Zudem muss berücksichtigt werden, dass ein fehlender Studienabschluss bei einem Anteil von über 70 Prozent Hochschulabsolventen unter allen Abgeordneten eher ein Malus ist, als dass der Hochschulabschluss einen Bonus darstellt.

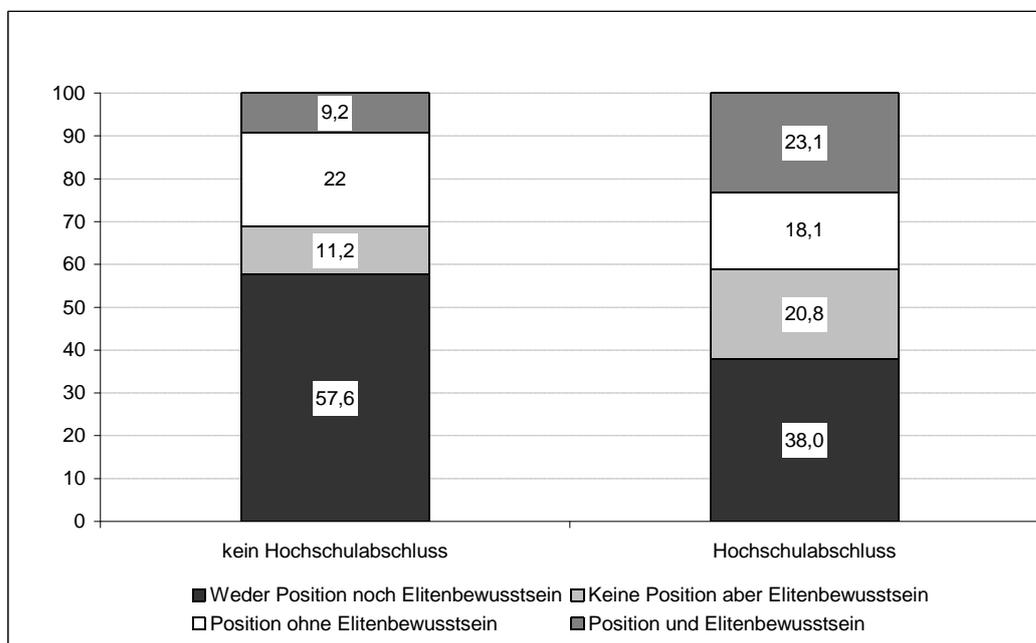


Abb.9: Verhältnis von Elitebewusstsein und Eliteposition nach Bildungsgrad (in %), Cramers  $V$ : 0.218,  $p < 0.001$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

## 5. Korrelate des Eliteselbstverständnisses

Während bisher die Ursachen des Eliteselbstverständnisses im Mittelpunkt standen, sollen nun Rollenwahrnehmungen und Einstellungen betrachtet werden, die mit dem Eliteselbstverständnis einhergehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein Selbstverständnis als Mitglied der politischen Elite mit einer anderen Struktur an Einstellungen und Rollenwahrnehmungen einhergeht.

Zunächst wurden die Abgeordneten gebeten, zu entscheiden, ob es in ihrer Arbeit eher wichtig ist, die Anregungen, die von Bürgern kommen, aufzunehmen oder ob sie das Erbringen politischer Orientierung für wichtiger halten – also eine Frage nach dem Verhältnis von politischer Führung und Responsivität.<sup>10</sup> Ein großer Teil der Abgeordneten bekundet, diese beiden Aspekte in seiner Arbeit nicht trennen zu können.<sup>11</sup> Allerdings beurteilen fast 60 Prozent der Abgeordneten eine der beiden Optionen als vorrangig.

<sup>10</sup> Frageformulierung: Als Abgeordneter muss man ja verschiedene Aufgaben wahrnehmen: Ist es aus Ihrer Sicht im Allgemeinen wichtiger, den Bürgern politische Orientierung zu bieten? Oder ist es wichtiger, hauptsächlich die Anregungen, die von Bürgern kommen, politisch aufzugreifen?

<sup>11</sup> Diese beiden Aufgaben zugleich zu erbringen, ist sicher das Ideal der Abgeordnetentätigkeit. Allerdings muss es sich der einzelne Abgeordnete gar nicht so schwer machen. Vielmehr kann auch das Parlament insgesamt diese Funktion erbringen, wenn nämlich ein Teil der Abgeordneten primäre politische Orientierung erbringt und die übrigen Parlamentarier vor allem die Responsivitätsfunktion erfüllen.

Obgleich die Tendenz erkennbar ist, dass sowohl eine formale Führungsposition als auch das Elitenbewusstsein unabhängig voneinander mit einer Betonung politischer Führung einhergehen, so gibt von den Abgeordneten, die in Selbst- und Fremdeinschätzung als Elitenmitglied gelten, mit 40,4 Prozent ein überdurchschnittlich hoher Anteil der politischen Orientierungsleistung den Vorzug vor der Responsivität (Abb. 10). Nehmen Abgeordnete eine formale Führungsposition in Verbindung mit dem entsprechenden Elitenbewusstsein ein, legen sie auch den Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Tätigkeit auf die politische Führung. Politische Führung ist dabei als der Versuch zu verstehen, Mehrheiten durch Kompromissbildung herbeizuführen, denn das bloße Aufnehmen der vielfältigen Interessen kann ohne Interessenintegration nicht in abstimmungsfähige Entscheidungsalternativen umgesetzt werden. Dies unterstreicht einmal mehr, dass das Elitenbewusstsein wesentlich auf dem Bewusstsein beruht, politische Macht in Form der Fähigkeit zur Mehrheitsbildung zu besitzen.

Dass eine Elitenposition allein nicht ausreicht, um eine Führungsposition in dem eben genannten Sinne als Führungsposition auszugestalten, zeigt sich an zwei Ergebnissen: erstens geht nur die Kombination von formaler Eliteposition und dem Selbstverständnis, zur politischen Elite zu gehören, am deutlichsten mit der Entscheidung für die politische Führung einher. Zweitens neigen die Abgeordneten, die eine Führungsposition ohne ein dieser Position entsprechendes Eliteselbstverständnis einnehmen, eher dazu, den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Responsivität zu legen. Die nominell gleichen Positionen können also mit einem unterschiedlichen Rollenverständnis einhergehen, wobei sich diese Unterschiede vermutlich auf die Stärke der politischen Basis bzw. auf die unterschiedlich ausgeprägte Fähigkeit der Positionsinhaber zur Mehrheitsbildung zurückführen lassen.

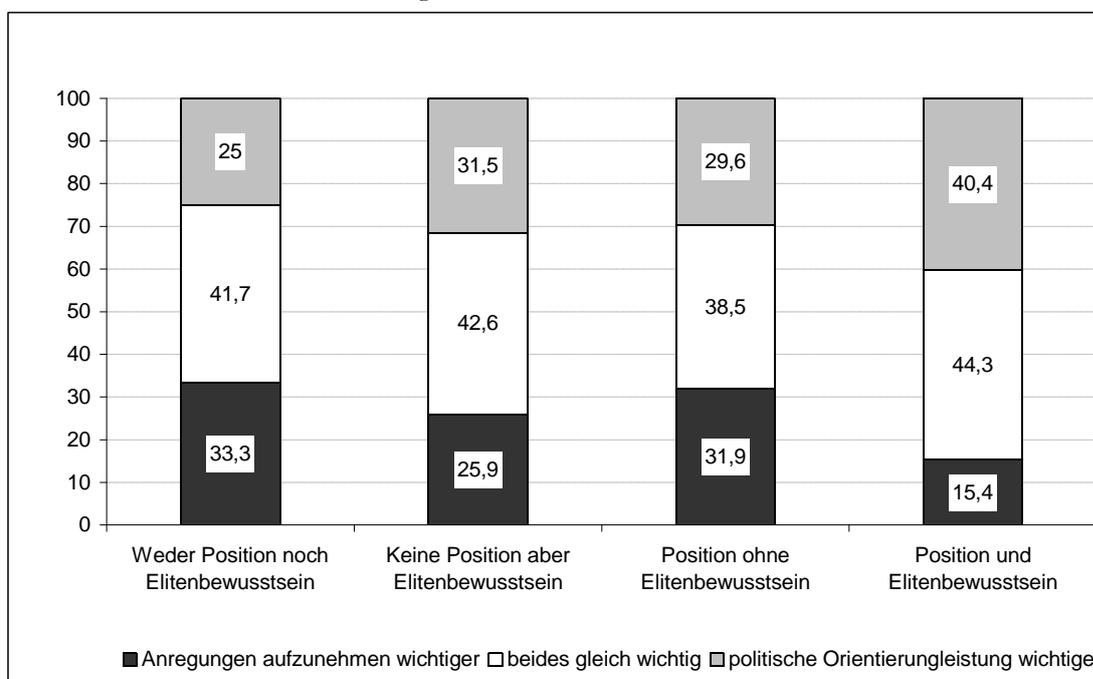


Abb.10: Führung vs. Responsivität nach Verhältnis von Elitebewusstsein und Eliteposition, Cramers  $V: 0.118$ ,  $p < 0.001$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

Ein ähnliches Muster lässt sich auch bei dem Repräsentationsfokus, also der Frage, ob Abgeordnete nach ihrer eigenen Auskunft in erster Linie ihre Wähler, ihre Partei, ihren eigenen Wahlkreis oder das gesamte Land repräsentieren.<sup>12</sup> Das gesamte Land, also den universalen Repräsentationsfokus, der die Integration der größtmöglichen Anzahl an teilweise divergierenden Partikularinteressen erfordert und dessen Repräsentation auch dem Anspruch nach bedeutet, gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen zu treffen, bekunden diejenigen überproportional, die in formalen Elitepositionen ein dazu kongruentes Elitenbewusstsein formulieren (Abb. 11).

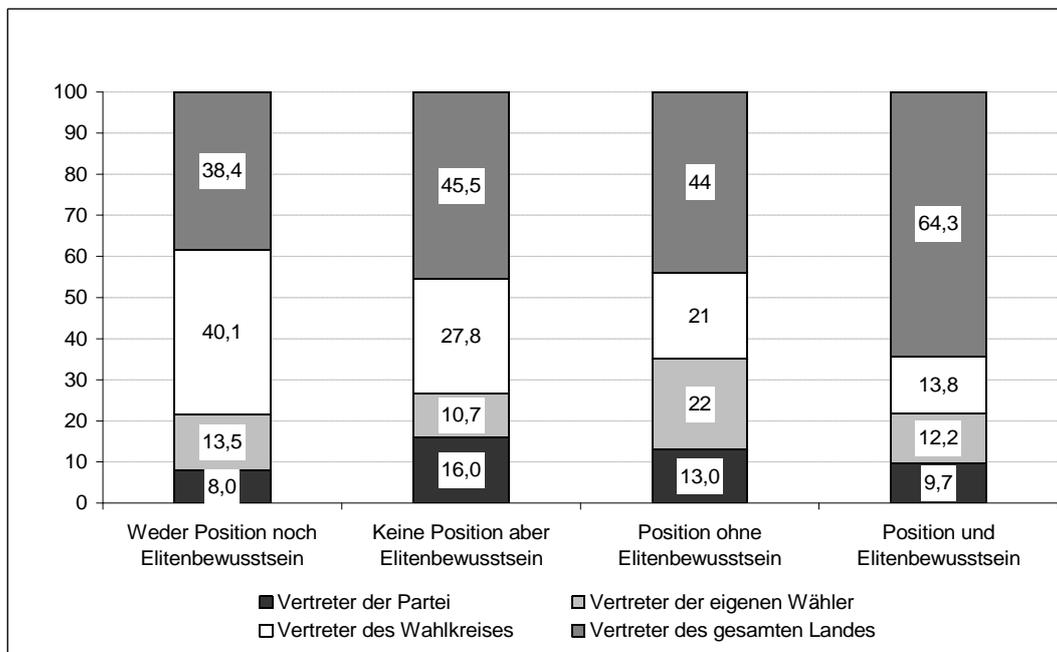


Abb. 11: Repräsentationsfokus nach Verhältnis von Elitebewusstsein und Eliteposition, Cramers  $V$ : 0.159,  $p < 0.001$ ;  
Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

Erneut ist zu erkennen, dass die formalen Führungspositionen und das Bewusstsein, Mitglied der politischen Elite zu sein, unabhängig voneinander verstärkt mit einem Repräsentationsfokus einhergehen, der das gesamte Land umfasst. Aber erst die Abgeordneten, die in ihrer Führungsfunktion kongruentes Selbstverständnis besitzen, sind mit 64,3 Prozent überdurchschnittlich häufig auf den universalen Repräsentationsfokus des gesamten Landes ausgerichtet. Zu betonen ist auch, dass die Parlamentarier mit einer formalen Eliteposition aber ohne ein entsprechendes Elitebewusstsein überdurchschnittlich oft ihre eigenen Wähler als primären Repräsentationsfokus angeben. Darin zeigt sich erneut der leicht überdurchschnittliche Willen dieser Personengruppe, vor allem Interessen aufzunehmen und weniger Wert auf politische Führung zu legen. Das unterschiedliche Elitenbewusstsein geht also auch bei dem Repräsentationsfokus mit einer unterschiedlichen Interpretation der Rollen einher, die mit politischen Führungspositionen verbunden sind.

<sup>12</sup> Frageformulierung: Verstehen Sie sich als Abgeordneter in erster Linie als Vertreter Ihrer Partei, Ihrer eigenen Wähler, Ihres Wahlkreises oder als Vertreter des gesamten Landes?

Dass die Fähigkeit zur Akkumulation von Machtpotential das entscheidende Aufstiegskriterium und den zentralen Maßstab zur Zuschreibung des Elitenstatus innerhalb der Politik darstellt, soll nun abschließend anhand der Unterscheidung zwischen dem Fachpolitiker und dem politischen Generalisten gezeigt werden.<sup>13</sup> Der Fachpolitiker beherrscht ein bestimmtes Themengebiet und ist mit den darin relevanten Details vertraut. Er konzentriert seine Arbeitskraft auf dieses Gebiet und gilt innerhalb seiner Partei bzw. Fraktion als Experte dafür. Der Generalist hingegen konzentriert seine Arbeitskraft darauf, die großen politischen Linien themenübergreifend zu bearbeiten. Er ist eher der Spezialist für das Allgemeine, d.h. weniger für die fachliche, als vielmehr für die allgemein politische Arbeit. Solche Abgeordnete dürften vor allem in Führungspositionen zu finden sein, in denen die Details der Themen in den Hintergrund treten müssen und die Ausarbeitung und Repräsentation des politischen Profils einer Partei bzw. Fraktion in den Vordergrund drängt. Desgleichen ist zu vermuten, dass das Elitebewusstsein selbst eher mit einem Selbstverständnis als Generalist einhergeht, da Machterhalt weniger durch Detailarbeit möglich ist, als vielmehr durch die Integration unterschiedlicher Interessen in politische Mehrheiten. Empirisch entspricht die Beziehung den geschilderten Hypothesen: die Generalisten finden sich am seltensten bei den Abgeordneten ohne Führungsposition und Eliten selbstverständnis, hingegen am häufigsten bei denjenigen, die sich in einer Führungsfunktion selbst als Elitenmitglied verstehen (Abb. 12). Allerdings spielt das Eliten selbstverständnis in Führungsfunktionen eine geringere Rolle bei der Unterscheidung von Generalisten und Fachpolitikern im Vergleich zu seiner Wirkung bei der Frage nach Führung oder Responsivität bzw. dem Repräsentationsfokus: Führungsfunktionen scheinen immer Generalisten zu erfordern; ob deren Inhaber darauf eine Machtbasis – und damit ein Eliten selbstverständnis – aufbauen können, scheint jedoch von den weiteren Umständen abhängig zu sein.

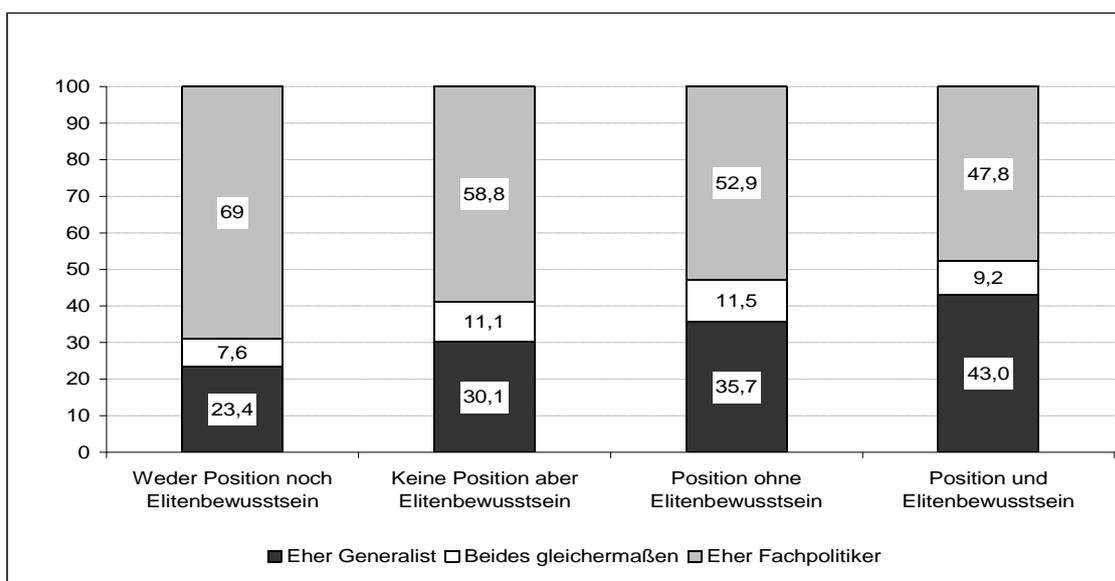


Abb. 12: Generalist vs. Fachpolitiker nach Verhältnis von Elitebewusstsein und Eliteposition, Cramers V: 0.130,  $p < 0.001$ ; Quelle: Jenaer Abgeordnetenbefragung

13 Frageformulierung: Wenn Sie an Ihre eigene Tätigkeit im Parlament denken, sehen Sie sich da eher als Fachpolitiker oder sehen Sie sich eher als Generalisten?

## 6. Resümee und Ausblick

Als zentrales Ergebnis kann die eingangs formulierte Hypothese bestätigt werden, dass der Machterhalt den zentralen Maßstab zur Zuschreibung des Elitenstatus in der Politik bildet. Dabei stellen aber weniger die gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen, sondern vor allem die innerparteilichen und innerfraktionellen Entscheidungen den Vergleichsmaßstab dar, vor dem das Elitenbewusstsein entsteht. Wenn Abgeordnete den Eindruck haben, die Prozesse innerhalb ihrer Fraktion oder Partei maßgeblich zu beeinflussen, sehen sie sich selbst auch eher als Mitglied der politischen Elite. Da dieser interne Einfluss die *conditio sine qua non* bildet, um gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen zu beeinflussen, stellt die Analyse der Selbstzuschreibung der politischen Akteure als Elitenmitglieder und die Offenlegung des dabei benutzten Maßstabs eine wichtige Ergänzung des Positionselitenansatzes dar.

Eliten in der Politik sind also immer Machteliten bzw. die Abgeordneten nehmen diejenigen als politische Elite wahr, die über herausragenden Einfluss in Partei und Fraktion verfügen. Zugleich ist jedoch deutlich geworden, dass das Konzept der Machtelite nicht vollständig von den Konzepten Wert-, Leistungs- und Positionselite getrennt werden kann. In der Politik ist der Machterhalt zugleich das zentrale Leitbild, an dem sich das Handeln orientiert. Machteliten wird nun ihre Macht nicht allein aufgrund ihrer Position zugeschrieben, sondern aufgrund der Karrierewege, die sie bis in diese Positionen gegangen sind und in denen sie die zentrale politische Fähigkeit der Mehrheitsbildung unter Beweis gestellt haben. Andere Abgeordnete haben diese Fähigkeit unter Beweis gestellt, ohne in *formale* Führungspositionen zu gelangen. Daher fällt in der Politik das Leistungskriterium mit dem Machtkriterium zusammen, oder anders ausgedrückt: zwischen Macht- und Leistungselite gibt es für die Akteure in der Politik keinen Unterschied.

Alle Versuche der Elitenkritik, ein anderes als das Machtkriterium zum Maßstab für die Zuschreibung von Elitenstatus zu fordern, so z. B. moralische Integrität, Fachkompetenz etc.<sup>14</sup>, müssen berücksichtigen, dass diese Kriterien innerhalb des politischen Systems danach bewertet werden, inwieweit sie der Erlangung und Sicherung von Mehrheiten dienen. Es werden keine ökonomisch versierten, kulturell gebildeten, moralisch integren Eliten gebildet, wenn diese Selektionskriterien keine Rolle im Rekrutierungsprozess bzw. generell für das Handeln in der Politik spielen. Die zentrale Frage ist stets, welche (zugeschriebenen) Fähigkeiten und Eigenschaften es den Politikern erlauben, Mehrheiten innerhalb und außerhalb ihrer Parteien und Fraktionen zu bilden.

Diese Unterscheidung zwischen der Mehrheitsbildung innerhalb und außerhalb der Parteien ist notwendig, da die innerparteilichen Gremien über die Nominierungsverfahren *de facto* den Zugang zu politischen Positionen kontrollieren. Innerhalb der Parteien zählt vor allem eine langjährige Parteisozialisati-

---

<sup>14</sup> Vgl. FN 19.

on, bekannt als *Ochsentour* oder *cursus honorum*, die sinnvoll ist, um die zentralen politischen Fähigkeiten Schritt für Schritt und beginnend auf den unteren Ebenen des politischen Systems zu erlernen. Diese langjährige Parteisozialisierung kann allerdings auch als nachteilig für die Elitenzusammensetzung angesehen werden, da sie eine soziale Schließung des Bewerberkreises für politische Führungsfunktionen nach sich zieht und vor allem parteiinterne Prozesse und Kräfteverhältnisse für die Mehrheitsbildung relevant werden lässt. Parteien sind jedoch zugleich daran interessiert, solche Kandidaten zu nominieren, die innerhalb der Wählerschaft Mehrheiten erzeugen können, sodass auch parteiexterne Kriterien eine Rolle spielen können.

Ein weiteres mögliches Korrektiv gegen die Betonung des innerparteilichen Bezugspunktes eröffnet sich durch die Berücksichtigung der Konzeption von Demokratie im Sinne von Joseph Schumpeter. Schumpeter erklärt die Demokratie zur Methode der Auswahl politischer Eliten, die durch einen Wettbewerb verschiedener Eliten um die Mehrheit der Wählerstimmen, gekennzeichnet ist (Schumpeter 1950, 428). Die Mehrheitsbildung kann also auch außerhalb der Parteien stattfinden, insofern eine gesellschaftliche Nachfrage nach neuen Eliten existiert und es Personen gibt, die diese Nachfrage bedienen und sich dabei an den Kriterien ausrichten, die ihnen Mehrheiten verschaffen können. Tendenzen in dieser Richtung sind bereits zu beobachten, da die Parteien in abnehmendem Maße gesellschaftlich verankert sind, sich das Wahlverhalten mit rückläufiger Tendenz an Parteien orientiert und nicht zuletzt eine zunehmende Personalisierung der Politik stattfindet.<sup>15</sup> Allerdings ist zu erwarten, dass die Parteien versuchen werden, derlei Mitbewerber in den etablierten politischen Parteienwettbewerb einzubinden bzw. ihre eigene Organisationsstruktur an die veränderten Bedingungen und neue Selektionskriterien anzupassen.

Das zentrale Leitbild der demokratischen Politik, der Machterhalt durch Mehrheitsbildung erweist sich als anpassungsfähig, da die Mittel variieren können, die notwendig sind, um Mehrheiten zu bilden. Obwohl die politische Elite entlang von Auswahlkriterien gebildet wird, die sich primär auf den politischen Sektor beziehen, spielen externe Einflüsse dann eine Rolle, sobald sie sich als tauglich zur Mehrheitsbeschaffung erwiesen haben. Das politische System ist durch die Offenheit seines zentralen Leitbildes notwendig responsiv und offen für externe Einflüsse, solange es auf Mehrheitsbeschaffung angewiesen ist.

Des Weiteren wurde deutlich, dass der Einfluss, den eine formal definierte Elitenposition verleiht, nicht allein auf der eingenommenen Position beruht, sondern auf der Macht des Positionsinhabers. Daher fallen die Selbstwahrnehmung der Abgeordneten und die Fremdwahrnehmung durch den Positionselitenansatz nicht immer kongruent aus. Einerseits finden sich Abgeordnete, die sich außerhalb eine Eli-

---

<sup>15</sup> Vgl. zur Beschreibung der genannten Prozesse und ihrer Wirkung auf die Rekrutierung von Ministern Vogel 2009, insb. S. 30-38.

tenposition als Mitglieder der politischen Elite sehen, andererseits erfährt nicht jeder Abgeordnete in einer formal so bezeichneten Eliteposition einen Zuwachs an Gestaltungsspielraum, der sich in einem Selbstverständnis als Elitenmitglied niederschlägt.

Gerade der zuletzt genannte Fall macht deutlich, dass eine differierende politische Basis auch zu einer unterschiedlichen Interpretation und Ausgestaltung einer formalen Elitenposition führen kann. Insbesondere bei Inhabern von Führungspositionen geht erst mit einem Selbstverständnis als Elitenmitglied eine stärkere Konzentration auf die Integration unterschiedlicher Interessen, auf das Herausarbeiten der großen politischen Linien gegenüber der fachlichen Detailarbeit, eine stärkere Fokussierung auf die Vertretung des gesamten Landes und die Betonung politischer Führung einher.

Schließlich konnte gezeigt werden, dass auch der institutionelle Kontext, in dem sich die befragten Personen befinden, für das Elitenselbstverständnis relevant ist. Nicht der Einfluss auf jeder Ebene, wird als Kriterium der Elitenmitgliedschaft erachtet – der unumschränkte Alleinherrscher des Ortsvereins gilt wenig – sondern dieses Bewusstsein steigt mit der hierarchischen Ebene der politischen Organisation an und nimmt ebenso zu, je weniger Positionen auf dieser Ebene zur Verfügung stehen.

Der Bildungsabschluss konnte als ein politikexternes Selektionskriterium identifiziert werden, welches sich auf das Elitenselbstverständnis auswirkt. Dessen Wirkung lässt sich allerdings vor allem über die Kompetenzen erklären, die im Studium und der sich üblicherweise daran anschließenden beruflichen Tätigkeit vermittelt werden und die anschließend in der Politik für die Mehrheitsbildung dienlich sind.

## **Literatur**

- Best, Heinrich (2003): Der langfristige Wandel politischer Eliten in Europa 1867-2000. Auf dem Weg der Konvergenz?, in: Hradil, Stefan und Imbusch, Peter (Hrsg.): *Oberschichten - Eliten - herrschende Klassen*, Opladen, S. 369-399.
- Best, Heinrich und Jahr, Stefan (2006): Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 1/2006, S. 63-79.
- Best, Heinrich/Edinger, Michael/Vogel, Lars: (2008): *Zweite Deutsche Abgeordnetenbefragung 2007: ausgewählte Ergebnisse*, herausgegeben von SFB 580. Projekt A3, Jena, online unter: [http://www.sfb580.uni-jena.de/typo3/uploads/media/Abgeordnetenbefragung\\_2007.pdf](http://www.sfb580.uni-jena.de/typo3/uploads/media/Abgeordnetenbefragung_2007.pdf) (am 12.11.2009).
- Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf Hilke (Hrsg.) (1997): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen.
- Bürklin, Wilhelm (1997): Die Potsdamer Elitestudie von 1995: Problemstellungen und wissenschaftliches Programm, in: ders./Rebenstorf, Hilke (Hrsg.): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen, S. 11-34.
- Dreitzel, Hans P. (1962): *Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse*, Stuttgart.
- Endruweit Günter (1979): Elitebegriff in den Sozialwissenschaften, in: *Zeitschrift für Politik*, B 26, S. 30-46.

- Gabriel, Oscar W./Neuss, Beate/Rüther, Günther (Hrsg.) (2006): *Eliten in Deutschland. Bedeutung, Macht, Verantwortung*, Bonn.
- Golsch, Lutz (1998): *Die politische Klasse im Parlament: politische Professionalisierung von Hinterbänkclern im Deutschen Bundestag* Baden-Baden, Nomos.
- Hartmann, Michael (2002): *Der Mythos von den Leistungseliten: Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt a. M.
- Hofmann-Lange, Ursula (1992): *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*, Opladen.
- Hradil, Stefan/Imbusch Peter (Hrsg.) (2003): *Oberschichten-Eliten-Herrschende Klassen*, Opladen.
- Kaina, Viktoria (2006): *Was sind Eliten?*, in: Gabriel, Oscar W. / Neuss, Beate und Rüther, Günther (Hrsg.): *Eliten in Deutschland. Bedeutung. Macht. Verantwortung*, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung S. 41-55.
- Kaina, Viktoria (2002): *Elitenvertrauen und Demokratie. Zur Akzeptanz gesellschaftlicher Führungskräfte im vereinten Deutschland*, Wiesbaden.
- Klein, Markus/Falter, Jürgen W. (2003): *Der lange Weg der Grünen, Eine Partei zwischen Protest und Regierung*, München.
- Krais, Beate (Hg.)(2001): *An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen*, Konstanz.
- Machatzke, Jörg (1997): *Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung*, in: in: Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf Hilke (Hrsg.): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen, S. 35-68.
- Münkler, Herfried/Strassenberger, Grit/Bohlender, Matthias (Hrsg.) (2006): *Deutschlands Eliten im Wandel*, Frankfurt am Main.
- Münkler, Herfried/Bohlender, Matthias/Strassberger, Grit (2006): *Einleitung*, in: ders. / Bohlender, Matthias und Strassberger, Grit (Hrsg.): *Deutschlands Eliten im Wandel*, Frankfurt/Main [u.a.], Campus-Verl., S. 11-21.
- Pareto, Vilfredo (1955): *Allgemeine Soziologie*, Tübingen.
- Rebenstorf, Hilke (1995): *Die politische Klasse. Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionselite*, Frankfurt am Main/New York.
- Schumpeter, Joseph Alois (1950 ): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern.
- Stammer, Otto (1951): *Das Eliten Problem in der Demokratie*, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, B 71, S. 531-540.
- Stern, Jürgen (2004): *Grüne Spitzen. Elitenbildung in einer egalitären Partei*, Stuttgart.
- Vogel, Lars (2009): *Der Weg ins Kabinett – Ministerkarrieren in Deutschland. Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Rekrutierungsfunktion der Parlamente*, Frankfurt a.M. u.a., Peter Lang.

# Dreifach-Professionalisierung auf der lokalen Ebene - Neue Challenges im Elitehandeln und ihre Legitimationsfolgen

Tobias Jaeck, Katrin Harm und Jens Aderhold

## 1. Einleitung

Die lokale Ebene gerät in Zeiten von Globalisierung, Transnationalisierung und Europäisierung zuweilen ins Hintertreffen. Zu Unrecht, ist sie doch in demokratischen Gesellschaften in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Erstens bei der demokratisch-politischen Sozialisation der Bürger sowie der Eliten, was häufig unter dem Label ‚Schule der Demokratie‘ abgehandelt wird. Zweitens stellt die lokale Ebene eine erste wichtige und prägende Rekrutierungs- und Selektionsstufe politischer Eliten dar. Drittens fällt auf, dass sich die lokale Ebene in den letzten Jahren zu einem Testfeld entwickelt hat, auf dem verschiedenste neuer Governance-Formen erprobt und weiterentwickelt werden (z. B. Bürgerbegehren), weshalb man diese Ebene auch als Experimentierfeld für neue institutionelle Arrangements bezeichnen kann (z. B. Bogumil 2001: 25).

Die Distanz zwischen Bürgern, kommunalen Eliten und Institutionen wird auf der lokalen Ebene normalerweise als gering eingeschätzt. Man geht davon aus, dass institutionelle Regelungen für den Bürger direkter erfahrbar sind. Den Bürgern wird beispielsweise durch eine Reihe von plebiszitären Elementen eine direkte Beteiligung am kommunalen Willensbildungsprozess ermöglicht (z. B. Wahl des Bürgermeisters). Wenn aber davon auszugehen ist, dass die zunehmend negativen Einstellungen gegenüber der Politik auch hier zu Buche schlagen, dann wären direkte Auswirkungen auf die politischen Akteure und Institutionen der lokalen Ebene zu erwarten. Zu fragen ist folglich, wie deutlich nun die viel diskutierte Demokratieprobleme hinsichtlich neuer Legitimationserfordernisse bzw. der stärker zu Tage tretenden Politik- und Politikerverdrossenheit auch im kommunalen Bereich zu konstatieren sind.

Die nachfolgenden Überlegungen nehmen insbesondere im *Spannungsfeld zwischen Professionalisierung und Legitimation* drei Professionalisierungsschübe lokaler politischer Eliten in den Blick, die im Zeitverlauf und hinsichtlich der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland rekonstruiert werden:<sup>1</sup>

---

1 Die an dieser Stelle vorgestellten empirischen Befunde wurden im Teilprojekt „Professionalisierung lokaler Eliten“ erhoben und ordnen sich in den Sonderforschungsbereich 580 „Gesellschaftliche Entwicklung nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ ein. Das Teilprojekt A4 erforscht Lebens- und Karrierewege von lokalen politischen und administrativen Eliten im Zeitverlauf seit 1990. Zu den ausgewählten Eliten gehören Oberbürgermeister, Landräte, Bürgermeister, Beigeordnete wie auch die Ratsvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der im Rat bzw. Kreistag vertretenen Parteien und Gruppierungen. Für diese sehr umfangreiche Untersuchung wurde ein Sample von kommunalen Gebietskörperschaften in Sachsen-Anhalt (LSA) und Nordrhein-Westfalen (NRW) ausgewählt. Dieses Sample ist in mehrerer Hinsicht vergleichend angelegt. Zum einen kann durch die Auswahl der beiden Bundesländer, ein Ost-West Vergleich vorgenommen werden. Zum anderen wurden drei Größenklassen von kommunalen Gebietskörperschaften in die Untersuchung einbezogen, so dass ein Vergleich zwischen Großstädten, Mittelstädten und Landkreisen möglich wird. Weiterhin wird zwischen administrativen (Dezernenten in Behörden, Verwaltungsstellen (admin. E.)) und politischen Eliten (Parteivorsitzende, Bürgermeister,

**Informelle Professionalisierung:** Zur Erfassung der informellen Professionalisierungsmodi werden drei Bereiche näher beleuchtet: a) Mechanismen der individuellen Statusbildung und Statusreproduktion, b) Herausbildung eines spezifischen Selbstverständnisses und einer Ingrouporientierung und c) die Institutionalisierung spezifischer informeller ‚Ausbildungswege‘ im Zusammenspiel von Elitehandeln, politischen Parteien und dem lokalen politischen Kontext.

**Professionalisierung als Verberuflichung:** Die politischen Eliten sehen sich mit dem *Spannungsfeld zwischen Ehrenamt und hauptberuflicher Tätigkeit* konfrontiert (vgl. Borchert 2003: 149, Reiser 2006). Auch auf der kommunalen Ebene wächst der Problemdruck für die Mandatsträger, was die Entwicklung vom Ehrenamt zur Berufspolitik forciert. Der Professionalisierungsdruck nimmt durch neue Herausforderungen immer weiter zu.

**Vernetzungsprofessionalisierung:** Aus dem Zusammenspiel von Kommunalpolitik (Haus et al. 2005), Stadtmanagement (Hochstadt 2005) sowie sektorübergreifenden Regionalentwicklungsprozessen (Heintzel 2005; Thomas/Wöderich 2006) resultieren erweiterte und zuweilen auch innovative Steuerungs-, Koordinations-, Vernetzungs- und Vermittlungserfordernisse, die den Eliten abgefordert werden.

Professionalisierung stellt folglich einerseits ein unumgängliches Mittel dar, den neuen Herausforderungen auf lokalpolitischer Ebene zu begegnen, die sich durch immer höhere Komplexität und steigenden Zeit- und Arbeitsaufwand auszeichnen. Die beschriebenen Professionalisierungsprozesse und die damit einhergehenden Schließungsmechanismen führen aber andererseits nach zu einer wachsenden Polarisierung zwischen Eliten und Bevölkerung, was wiederum in einem steigenden Legitimationsrisiko lokaler Politik resultieren kann.

## **2. Professionalisierung lokaler Politik und Eliten**

Die historische Entwicklung von Professionen im spätmittelalterlichen Europa war eng mit der Handhabung spezifischen Wissens verbunden. Zudem ist auch die Nähe zur Berufsidee auffällig. Professionen sind im Kontext dieser Lesart Berufe eines besonderen Typs. Sie unterscheiden sich von anderen dadurch, dass sie die Berufsidee reflexiv handhaben. Das in der Berufsausübung praktizierte Wissen und das Ethos eines Berufes werden bewusst kultiviert, kodifiziert, vertextet und auf diese Weise in die Form einer akademischen Lehrbarkeit überführt (Stichweh 1996: 51).

Der Begriff der Professionalisierung bezeichnet aber nicht zwangsläufig eine Entwicklung, die auf die Herausbildung einer Profession hinauslaufen muss. Zudem gehen mit Prozessen der Professionalisie-

---

Landräte etc. (pol. E.)) unterschieden. Die zusätzlich durchgeführte Bürgerbefragung in den entsprechenden Gebietskörperschaften wird im Rahmen des Projektes zur Einbettung der Elitenbefragung in einen Gesamtkontext genutzt und befasst sich hauptsächlich mit Fragen und Einstellungen der lokalen politischen Kultur. Insgesamt wurden 2.011 Bürger der ausgewählten Kommunen befragt (vgl. Geißel/Pähle/Sahner 2003). Die Befragung wurde mittels computerunterstützter Telefoninterviews (CATI) durchgeführt, wofür die Auswahl der Befragten per Zufallsverfahren in den betreffenden Gebietskörperschaften erfolgte.

rung längst nicht immer gewünschte oder positive Entwicklungen einher. Insbesondere in der Politik ist die ‚Professionalisierung‘ von Politikern paradox angelegt: So ist eine zunehmende Professionalisierung, auf Grund neuer Herausforderungen, in diesem Gebiet häufig mit steigender Politikunzufriedenheit verbunden. Wichtige Hinweise auf die Gründe liefert schon Max Weber. Er definiert Politik als Form von leitender Tätigkeit, die in einem politischen Verband (Staat) stattfindet. Der moderne Staat selbst ist ein anstaltsmäßig geordneter Herrschaftsverband, der nicht nur den Verwaltungsstab, sondern auch den Berufspolitiker und den Gelegenheitspolitiker auf je unterschiedliche Weise ausbildet und in seinen Dienst nimmt. Und indem Politik damit zum Beruf wird, wurde die Politik unumkehrbar eine andere, sie hat sich verändert (Borchert 2003: 92). Politische Karrieren werden zu Berufskarrieren. Es entwickeln sich besondere Karriereinteressen. Der Bezug von Einkünften aus der Politik wird zu einer unmittelbar erforderlichen Notwendigkeit und in politische Organisationen differenzieren sich hauptamtliche, nebenamtliche und Gelegenheitspolitiker heraus. Die politische Professionalisierung beeinflusst und verändert auch die politischen Institutionen.

Die Parteiapparate bilden neue Politikertypen aus, vor allem die Parteibeamten perfektionieren die Organisation der Politik. Sie höhlen dabei aber zugleich auch den Charakter der Politik als Kampf um Macht, politische Inhalte und Positionen aus, indem sie den Kampf durch Verwaltungsroutine ersetzen (Borchert 2003: 85).

Auch auf der durch Ehrenamtlichkeit und Feierabendparlament geprägten kommunalen Ebene zeichnet sich Wandel vom ehrenamtlichen zum professionellen Politiker ab. Dieser hängt mit der zunehmenden inhaltlichen Komplexität und dem damit verbundenen hohen Zeit- und Arbeitsaufwand der Mandatsträger zusammen (vgl. u. a. Reiser 2006).

Bei der Analyse politischer Professionalisierungsprozesse wurden in den letzten Jahren sehr verschiedene Kriterien und Messgrößen eingesetzt (vgl. King 2000; Squire 1993). In aktuellen Beiträgen zur Professionalisierungsforschung orientiert man sich vor allem an drei Hauptindikatoren: (1) am Einkommen der Parlamentarier, (2) an der Länge der Sessionen und (3) an den institutionellen Strukturen der Parlamente (Mooney 1994; Franklin 2002, 8ff.; Reiser 2007).

Wir orientieren uns zunächst an einem Professionalisierungsbegriff, der nicht mit dem berufssoziologischen zusammenfällt. Er lehnt sich eher an Definitionen in der Politikerforschung an (Borchert 2003; Geißel/Edinger/Pähle 2003; Golsch 1998). Je nach den spezifischen Anforderungen der jeweiligen Eliteposition lässt sich Professionalisierung anhand unterschiedlicher Dimensionen erfassen.

Professionalisierung auf individueller sowie auf berufsstruktureller Ebene kann zunächst anhand des beruflichen Werdegangs vor und nach dem Ausscheiden aus der lokalen Eliteposition gemessen werden. Beispielsweise gibt der Verbleib Aufschluss, ob die Phase in einer lokalen Eliteposition individuell

als Schritt innerhalb einer Karriereplanung betrachtet wird und ob aus berufsstruktureller Perspektive Elitepositionen im Durchschnitt eher in eine Sackgasse, z. B. Erwerbslosigkeit, oder einen Aufstieg münden. Ein formeller, institutionalisierter Ausbildungsgang für Politiker existiert nicht. Die Fähigkeiten werden vor allem durch Mitarbeit in Institutionen und Organisationen (Parteien, Kommunalparlament, Landesparlament usw.) erlernt. Dieser informelle Ausbildungsweg kann beispielsweise anhand der Anzahl der Aufgaben, welche vor dem Eintritt in eine Eliteposition eingenommen wurden, erfasst werden. Je mehr Ämter und Mandate der Eliteposition vorausgehen, desto stärker ist, so kann angenommen werden, deren Professionalisierung. Die Herausbildung eines spezifischen Selbstverständnisses als Politiker und die Bildung von Ingroups, wird als zentrales Merkmal von Professionalisierung gewertet (Herzog 1975). Messbar ist diese Ingroup-Bildung beispielsweise anhand der Dauer der Parteimitgliedschaft sowie des Zeitaufwands für parteipolitische Arbeit, wobei der Wert dieser Indikatoren sich je nach Eliteposition unterscheiden dürfte. Einen weiteren Indikator bildet auch die Herausbildung eines spezifischen Elitebewusstseins.

*Professionalisierung* spiegelt sich folglich in individuellen Laufbahnerfahrungen wider. Die für politische Elitepositionen erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse werden hauptsächlich durch kontextgestützte Prozesse des „learning-by-doing“ erworben. Die Übernahme politischer Mandate und Positionen sind zeitlich befristet und gehen folglich auch mit individuell abzuarbeitenden *Ungewissheiten* einher. Die Unsicherheit bezüglich der Wiederwahl führt zu wachsendem Professionalisierungsdruck. Dieser führt dazu, dass die Politiker sich zunehmend an den internen Selektionsbedingungen orientieren, woraufhin die Wählerschaft mit Vorwürfen der Abkoppelung reagiert. Die hieraus resultierende mögliche Legitimationskrise könnte wiederum steigende Unsicherheiten bezüglich der politischen Karriere beinhalten und zum Versuch der Karrieresicherung durch weitergehende Professionalisierung führen. Durch die Verkettung dieser drei Dimensionen entsteht schließlich ein „Teufelskreis“ für politisch-administrative Eliten (vgl. Borchert 2003).

## **2.1 Informelle Professionalisierung politisch-administrativer Eliten**

Das hier zugrunde gelegte *Verständnis informeller politischer Professionalisierung* integriert zum einen die informellen Effekte der Elitebildung. Zum anderen vermeidet es die Einseitigkeit von Konzepten zur Verberuflichung. Im Zentrum stehen reproduktive und transformative Mechanismen. Insbesondere sind es zwei Bereiche, die zur Erfassung von informellen Professionalisierungsmodi zu berücksichtigen sind:

- Karrierewege und die Mechanismen der individuellen Statusbildung und -reproduktion
- Herausbildung eines spezifischen Selbstverständnisses und einer Ingrouporientierung.

Mit dem Begriff der informellen Ausbildung wird auf den Umstand verwiesen, dass es für den Bereich der Politik keine formell geregelte Ausbildung gibt (s. o.), in deren Verlauf ein bestimmtes Wissen vermittelt wird, das abschließend geprüft und dann zertifiziert wird. Dennoch sind auch für die Ausübung von politischen Ämtern bestimmte politikrelevante Kenntnisse notwendig, zu denen u. a. rhetorische Fertigkeiten, taktisches Geschick oder die Vertrautheit mit Verfahrensweisen gehören. Dieses Wissen kann sich der Einzelne zum größten Teil nur über die Partizipation am politischen System aneignen.

Die Anzahl der bereits eingenommenen Ämter kann aus diesem Grund als Indikator für eine erfolgte informelle Ausbildung angesehen werden. Erwartet wurde von uns hinsichtlich dieses Punktes, dass die von uns untersuchten Eliten in Ost und West jeweils kürzere bzw. längere Ämterlaufbahnen vorweisen.

| Anzahl der Ämter →     | 1     | 2     | 3     | 4     | 5    | Mehr als 5 |
|------------------------|-------|-------|-------|-------|------|------------|
| <b>LSA<br/>(N= 43)</b> | 25,6% | 20,9% | 16,3% | 27,9% | 7,0% | 2,3%       |
| <b>NRW<br/>(N= 41)</b> | 17,1% | 19,5% | 17,1% | 19,5% | 4,9% | 21,90%     |

*Tabelle 1: Anzahl der Ämter bis zum Erreichen der ersten Eliteposition.*

Gerade in Ostdeutschland sind kürzere Ämterlaufbahnen bis zum Erreichen der ersten Elitenposition zu erwarten, da sich erst nach dem Systemumbruch, durch die Schaffung von parteipolitischen Strukturen nach dem Vorbild der alten Bundesländer, die Möglichkeit ergab, in solche Ämter berufen zu werden. Unserer Annahme entsprechend unterscheiden sich beide Gruppen gerade im Bezug auf die Anzahl der verschiedenen Ämter wesentlich voneinander (siehe Tabelle 1). So können wir zum Beispiel erkennen, dass nur 2,3% der ostdeutschen Eliten mehr als 5 Ämter vor ihrer Elitenposition bekleidet haben, während diese Zahl in den alten Bundesländern mit 21,9% fast 10mal so hoch ist. Anhand dieses Indikators kann in der Langzeitperspektive ausgemacht werden, ob sich die gleichen Rekrutierungsmuster in Ost- wie in Westdeutschland für die Elitenpositionen etablieren und damit von einer Anpassung gesprochen werden kann.

Vergleicht man den höchsten formalen Bildungsgrad, als weiteren Indikator für informelle Ausbildung, zeigt sich, dass in Sachsen-Anhalt 84% über einen Hoch- bzw. Fachhochschulabschluss verfügen. In NRW liegt dieser Anteil bei 75,8%. Hier kann davon ausgegangen werden, dass fehlende politikrelevante Kenntnisse durch formale Bildung kompensiert werden. Zudem zeigt sich in allen Bundesländern, dass vor allem in den Großstädten die Anteile der kommunalen akademischen Eliten deutlich stärker vertreten sind. Die stärksten Bildungsunterschiede zeigen sich beim Vergleich administrativer und politischer Eliten. Unter den Verwaltungseliten besitzen 92,6 % einen Hochschulabschluss. Davon verfügen weitere 25% über einen Promotionsabschluss. Bei den politischen Eliten liegt der Anteil der Hochschulabsolventen mit 68,4 % weit darunter, hier verfügen nur 9% über eine Promotion. Hier liegt

die Vermutung nahe, dass gerade der Zugang zu administrativen Elitepositionen stark von formaler Bildung abhängig ist.

(1) *Lebensverläufe und Karrierewege: Mechanismen der Statusreproduktion*

Ausgehend von der Überlegung, dass die Legitimation von Eliten zu einem Großteil von der Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit beim Zugang zu Elitepositionen abhängig ist, stellt sich die Frage, ob der Zugang zu spezifischen Ressourcen, die bei der Eliteauswahl von Bedeutung sein können, offen ist. Insbesondere der ungleiche Zugang zu Bildungsinstitutionen wird als Kriterium der Eliteselektion herausgestellt (z. B. Hoffmann-Lange 1992, Schnapp 1997).

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die berufliche Karriere bzw. der individuelle Statuserwerb in der untersuchten Elitenpopulation in Ost und West dem Muster einer kausalen Kette folgt (vgl. Koll 2007). Dabei wird der Erwerb schulischer Titel vor allem durch das Elternhaus beeinflusst. Die Bildungszertifikate wirken sich positiv auf den Eintritt in das Erwerbsleben aus. Ein gelungener Berufseinstieg begünstigt wiederum den folgenden beruflichen Karriereprozess. Unter der Voraussetzung geringerer Konkurrenz auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt entfalten somit traditionelle meritokratische Auswahlmechanismen ihre Wirkung. Kommt es dagegen zu verstärkter Konkurrenz innerhalb der Institutionen, weichen die Eliten auf alternative Mechanismen aus. Im weiteren Karriereprozess kommen dann verstärkt familiär vermittelte kulturelle Ressourcen und Verhaltensorientierungen zum Tragen. Das meritokratische Auswahlssystem wird also unterlaufen.

(2) *Selbstverständnis und Ingroup-Bildung:*

Im Hinblick auf die Selbstbeschreibung und damit auch auf eine Art „Elitebewusstsein“ innerhalb der hier untersuchten Population sind erhebliche Unterschiede v. a. zwischen den Eliten in den jeweiligen Sektoren festzustellen. Um das Elitenbewusstsein zu operationalisieren wurden acht Eigenschaften in ihrer Wichtigkeit bewertet, die Eliten zugeschrieben werden (z.B. müssen ehrgeizig sein, müssen mehr als andere leisten etc.). In einer nächsten Frage wurde gemessen inwieweit diese Bewertungen mit der jeweiligen Selbstbeschreibung übereinstimmen. Je größer die Anzahl der Übereinstimmungen desto größer somit das Elitebewusstsein. Die dadurch entstandene Variable hat eine theoretische Spannweite von 1 (kein Elitebewusstsein) bis 8 (sehr hohes Elitebewusstsein). Die Ergebnisse eines Mittelwertvergleiches sind in Tabelle 2 abgebildet. Das Elitebewusstsein scheint zumindest geografisch relativ gleich verteilt zu sein. Sowie im urbanen als auch im Ost-West-Vergleich zeigen sich keine Unterschiede. Auffällig ist jedoch, dass die administrativen Eliten im Vergleich zu den politischen Eliten ein wesentlich stärker ausgeprägtes Elitebewusstsein ausgebildet haben. Dies spiegelt sich ebenfalls bei der direkten Frage nach dem Empfinden als Elite wider. Hier antworten 60% der Verwaltungseliten, und nur gut die Hälfte 32,4% der politischen Eliten mit „Ja“.

| Durchschnitt | Großstadt | Mittelstadt | Landkreise | NRW | LSA  | Admin. E. | Pol. E |
|--------------|-----------|-------------|------------|-----|------|-----------|--------|
| 3,3          | 3,27      | 3,27        | 3,3        | 3,3 | 3,31 | 3,72      | 2,9    |

Tabelle 2: *Elitebewusstsein.*

Insgesamt kann festgehalten werden, dass mit zunehmender Entfernung der betrachteten Gruppe von parlamentarischen Interessenvertretungs- und Repräsentationsfunktionen und mit der Bündelung exekutiver Gewalt in einer Position der Elitestatus eher angenommen wird. Die Zuschreibung zur eigenen Person erfolgt hier sowohl über funktionale Erfordernisse als auch über die Selbstzuschreibung besonderer individueller Fähigkeiten (vgl. Bildungsgrad). Dieser Mechanismus ist mit *Schließungsprozessen* auf der Ebene lokaler Politik verbunden. Es existieren spezifische Spiel- und Verhaltensregeln, was mit dem Begriff der Ingroupbildung beschrieben werden kann.

Obwohl Parteiarbeit gerade auf lokaler Ebene nicht der einzige Zugangsweg zur Bildung von Ingroups ist, stellt die parteipolitische Ochsentour nach wie vor für viele lokale Eliten einen zentralen Faktor der Vernetzung dar. Der Anteil der Parteimitglieder liegt in allen Untersuchungsgebieten bei mindestens 79%. Zwar finden sich gerade auf der kommunalen Ebene in Ostdeutschland viele Politiker, die auch ohne Parteibindung lokalen Ingroups angehören, doch spielt die parteipolitische Vernetzung eine wichtige Rolle für einen politischen Aufstieg auf lokaler Ebene wie auch in die Landes- oder Bundesebene. Es erscheint allerdings als logisch das die Dauer der Parteimitgliedschaften in den neuen Bundesländern wesentlich geringer ausfällt. Erst nach dem Zusammenbruch der DDR konnte sich eine demokratische partei-politische Landschaft ausbilden. Mitgliedschaften in Parteien, die über mehr als 15 Jahre andauern, stellen im Osten Deutschlands also eher die Ausnahme als die Regel dar.

Die These von der strategischen Bedeutung parteipolitischer Arbeit wird auch durch die ersten Ergebnisse der lokalen Elitenstudie unterstützt, die in Tabelle 3 zu sehen sind.

|  | Keine Parteiarbeit | 1-10 Stunden | 11-25 Stunden | Mehr als 25 Stunden |
|--|--------------------|--------------|---------------|---------------------|
| <b>LSA</b><br>(N= 42)                    | 16,7%              | 69,0%        | 11,9%         | 2,4%                |
| <b>NRW</b><br>(N= 44)                    | 34,1%              | 37,7%        | 20,5%         | 6,8%                |
| <b>Aktuelle Eliten insg.</b><br>(N= 39)  | 7,7%               | 55,4%        | 25,6%         | 10,3%               |
| <b>Ehemalige Eliten insg.</b><br>(N= 47) | 40,4%              | 51,1%        | 8,5%          | -                   |

Tabelle 3: *Aufwand für parteipolitisches Engagement in Stunden/Woche zum Befragungszeitpunkt*

Wesentlich ist die Unterscheidung zwischen aktuellen und ehemaligen Eliten hinsichtlich des zeitlichen Aufwandes für die Parteiarbeit. Die Einbindung in parteipolitische Strukturen stellt eine wichtige Vor-

bedingung für den Aufstieg in Elitenpositionen dar. Die Annahme der eigenen Positionssicherung durch eine Anhäufung von Parteiämtern, wie sie für auch auf anderen Ebenen anzutreffen sind, scheint sich auch auf der Ebene der kommunalen Eliten zu bestätigen. Die Eliten selber wissen von diesem Umstand, weshalb sich besonders die amtierenden Kommunalpolitiker in diese Art von Verbindlichkeiten begeben. Der zeitliche Aufwand für ein solches Engagement ist bei den ehemaligen Eliten deutlich niedriger.

Für die weitere Interpretation dieses Ergebnisses gibt es verschiedene Möglichkeiten. So scheint die Vermutung bestätigt zu werden, dass die aktive Mitarbeit in der Partei nicht als Selbstzweck verfolgt wird, sondern damit strategische Überlegungen verbunden sind, die sich sowohl auf das Erreichen neuer Positionen als auch auf die Sicherung der aktuellen Position bezieht. Nach dem Verlassen der Elitenposition muss diese Strategie nicht mehr verfolgt werden, was häufig zur völligen Aufgabe des Engagements führt.

Gestützt wird diese Deutung, wenn man die Frage nach dem verbandlichen Engagement der Befragten mit in die Interpretation einbezieht. Hier zeigt sich eine andere, kontrastierende Struktur. Zum einen zeichnet sich ein geringerer Organisationsgrad der Befragten ab, zum anderen wird dieses Engagement auch unabhängig von den jeweiligen Elitepositionen aufrechterhalten (siehe Tabelle 4). Der Vergleich des parteipolitischen und des verbandlichen Engagements zeigt damit, dass ersteres eher den Zugang zur und auch den Verbleib in der von uns so bezeichneten Ingroup begünstigt und es sich damit eher um ein strategisches Engagement handelt. Hingegen dient die Mitarbeit in Verbänden weniger der Ingroup-Bildung, sondern spiegelt anscheinend stärker individuelle Interessenlagen wieder, was dafür sorgt, dass dieses Engagement seltener aufgegeben wird.

|   | <b>Keine<br/>Verbandsarbeit</b> | <b>1-10 Stunden</b> | <b>11-25 Stunden</b> | <b>Mehr als 25 Stunden</b> |
|---|---------------------------------|---------------------|----------------------|----------------------------|
| <b>LSA<br/>(N= 55)</b>                    | 7,3%                            | 76,3%               | 12,7%                | 3,6%                       |
| <b>NRW<br/>(N= 48)</b>                    | 12,5%                           | 81,3%               | 4,2%                 | 2,1%                       |
| <b>Aktuelle Eliten insg.<br/>(N= 40)</b>  | 7,5%                            | 82,5%               | 7,5%                 | 2,5%                       |
| <b>Ehemalige Eliten insg.<br/>(N= 63)</b> | 11,1%                           | 76,2%               | 9,5%                 | 3,2%                       |

*Tabelle 4: Aufwand für verbandliches Engagement in Stunden/Woche zum Befragungszeitpunkt*

Unsere empirischen Befunde zeigen, dass bei der Herausbildung spezifischer Selektions-, Aufstiegs- und Karrieremechanismen Parteien und politische Organisationen ein erhebliches Gewicht besitzen. Nach der Phase der „heißen Transformation“, in der es vor allem um Fragen des Einstiegs und des Verbleibs ging (u. a. Best 2004; Derlien 1997), ist eine Phase festzustellen, in der parteipolitische Bin-

dungen zunehmend als Voraussetzung für eine politische Karriere auf der lokalen Ebene in Ostdeutschland anzusehen sind. So betrug der Anteil parteiloser Eliten in Sachsen-Anhalt anfänglich noch rund 30 % und sank ab Mitte der 90er auf durchschnittlich knapp 20%. Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Niveau von parteigebundenen Eliten in den ostdeutschen Kommunen äußerst stabil.

Genau umgekehrt verhält sich das Verteilungsmuster für die Kommunen in NRW. Der Anteil parteiloser Verwaltungseliten ist anfänglich sehr gering (1993: 9%) und steigt dann sprunghaft auf Ost-Niveau (1995: 24,5%), was zeitlich mit der Einführung neuartiger plebiszitärer Elemente (Direktwahl der Oberbürgermeister) in NRW korrespondiert. Erstaunlich ist dabei neben der Geschwindigkeit der Angleichung vor allem die Konstanz der gleichartigen Entwicklungen, ohne dass eine vollständige Annäherung erreicht wäre.

Interessant an diesem Zusammenhang ist insbesondere, dass eine große Gruppe von Elitenmitgliedern erst bei der Übernahme der betreffenden Eliteposition in eine Partei eintreten. Wir sehen hierin einen Beleg dafür, dass etliche Eliten in der *Parteiemitgliedschaft* in erster Linie eine *Positionssicherungsstrategie* sehen. Wenn schon im bisherigen Lebensverlauf kein oder wenig (partei-)politisches Engagement gezeigt wurde, so versprechen sich die Positionsinhaber spätestens bei der Amtsübernahme höhere Erfolgs- und *Überlebenschancen durch die Parteibindung*. Beide Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass diese Strategie der Positionssicherung im Westen immer noch als etwas typischer angenommen werden kann. Dies deutet darauf hin, dass einige ostdeutsche Besonderheiten, wie die Parteienskepsis, bis heute, wenn auch in abgeschwächter Form, nachwirken.

## **2.2 Professionalisierung als Verberuflichung**

Im Unterschied zu den Ebenen der Bundes- und Landespolitik ist in Deutschland auf der lokalen Ebene das Leitbild des ehrenamtlichen Feierabendpolitikers fest verankert. Allerdings sind insbesondere in den Großstädten Entwicklungen zu beobachten, die auf einen Professionalisierungsprozess im Sinne einer Verberuflichung und damit den Abschied von der ehrenamtlichen Mandatsausübung im kommunalen Feld hinweisen. Die Frage ist aber, inwieweit dieser Trend letztlich zu einer Stärkung der Berufspolitik führt.

Was man sehen kann, ist, dass die durchaus wechsellvollen Veränderungen von einer langen Phase der informellen Professionalisierung der Mandatsträger bestimmt wurden. Diese ist geprägt durch einen wachsenden Aufgabenumfang und den damit verbundenen steigenden Zeitaufwand für die politische Arbeit. Auch auf der kommunalen Ebene ist folglich ein sich verstärkender Problemdruck für die Mandatsträger nicht mehr in Frage zu stellen. Der zunehmende Aufgabenumfang und der hiermit einhergehende Gestaltungsaufwand haben Folgen für zeitliche, fachliche und kognitive Arbeitsaufwendungen.

Die Veränderungen der Kommunalpolitik tangieren somit das Verhältnis von Ehrenamt und Vollzeitbeanspruchung, wobei unsere Darstellung sich auf drei Kernfragen konzentriert.

An *erster Stelle* wird die Zusammensetzung kommunaler Vertretungskörperschaften dargestellt. Dabei liegt der Fokus auf der Frage, welche Personen in der Lokalpolitik arbeiten und welche Rückschlüsse aus der Zusammensetzung der Räte für die kommunale Ebene gezogen werden können. In einem *zweiten Schritt* werden Ergebnisse der Parteipolitisierung der Kommunalpolitik diskutiert. Fraglich ist u. a., ob der vielfach beschworene sachorientierte Charakter der kommunalen Politik tatsächlich der Realität entspricht. Möglicherweise sitzen nicht nur die handelnden Protagonisten einem folgenreichen Trugbild auf.

In einem *dritten Schritt* wird es darum gehen, verschiedene Schwierigkeiten aufzuzeigen mit denen sich die befragten kommunalen Mandatsträger auseinandersetzen müssen. Die durchaus brisante gesellschaftspolitische Frage, die hier gestellt werden muss, bezieht sich auf die Tatsache, inwiefern der bisherige Anspruch einer ehrenamtlichen Ratstätigkeit unter den sich abzeichnenden Bedingungen überhaupt noch erfüllbar ist. Das Spektrum der hieran anzuschließenden Problematisierung müsste folgende Fragen integrieren: a) Wie sieht die konkrete kommunalpolitische Arbeits- und Aufgabensituation aus? b) Inwieweit kann kommunale Politik tatsächlich noch im Ehrenamt ausgeübt werden? c) Gibt es bereits erste Anhaltspunkte für einen Prozess der kommunalen politischen Professionalisierung im Sinne einer weitreichenden Verberuflichung?

Die Annahme der Professionalisierung der Kommunalpolitik steht in einem engen Zusammenhang mit dem erheblichen Bedeutungswandel der Kommunalpolitik, welcher insbesondere in den letzten 20 Jahren zu beobachten ist. Neben einem allgemeinen Aufgabenwandel der primären Versorgungsaufgaben (Wohnung, Ver- und Entsorgungsleistungen) bis hin zur Daseinsvorsorge (kommunale Sozialpolitik) hat sich der Aufgabenkatalog der Kommunen, insbesondere durch zunehmende Steuerungsaufgaben, ausgedehnt. Diese sich künftig noch verschärfende Entwicklung wirkt einerseits auf den zeitlichen Umfang und persönlichen Aufwand, der zur Mandatsausübung notwendig ist, und andererseits auf das Selbstverständnis der kommunalpolitischen Akteure. Es ist davon auszugehen, dass sich sowohl der Aspekt der Arbeitsbelastung verändert, als auch der Kreis der Personen, die letztendlich als kommunalpolitische Mandatsträger in Frage kommen. Damit werden schließlich – mit allen sich ergebenden Konsequenzen für die Kommunen und Kreise – Weichen gestellt, wie (gut und erfolgreich) Kommunalpolitik ausgeübt wird.

Stadträte und Kreistage sind Teile der repräsentativen Demokratie. Aus diesem Grund ist es wichtig zu klären, wer in den Vertretungen an Entscheidungen beteiligt ist. Eine Analyse der Altersstruktur ergab ein Durchschnittsalter von ca. 51,5 Jahren über alle Gebietskörperschaften hinweg, wobei der Alters-

durchschnitt in den neuen Bundesländern um circa ein Jahr niedriger lag. Auffälligkeiten ergaben sich lediglich bei der Betrachtung der Alterskohorten, hier war die Gruppe der unter 30-Jährigen in den alten Bundesländern kaum bzw. gar nicht vertreten (<1%). Im Osten liegt der Anteil dieser Alterskohorte bei circa 8 %. Für die Wahl in den Stadtrat/Kreistag scheint Lebenserfahrung somit ein beeinflussender Faktor zu sein. Eine konträre Interpretationsmöglichkeit wäre die Annahme, dass zunehmende Politikverdrossenheit gerade unter Jüngeren in der Kommunalpolitik zunehmend zu einem Nachwuchsmangel führt.

Der Vergleich der Männer- und Frauenanteile fällt recht eindeutig aus. In den Untersuchungsgebieten nehmen Frauen seltener als Männer ein Rats- oder Kreistagsmandat wahr. Die beiden Großstädte haben im Quervergleich über alle Kommunen und Kreise hinweg mit einem Frauenanteil von rund 40% zumindest eine annähernd repräsentative Geschlechtsvertretung im Rat. Im Gegensatz dazu zeigt das Beispiel des Saalekreises, dass der Weg in ländliche Vertretungskörperschaften für Frauen anscheinend weitaus schwerer ist (11%).

Die bisherigen Ergebnisse vermitteln zunächst einen Überblick darüber, wer die Träger der Kommunalpolitik in den untersuchten Kommunen und Landkreisen sind. Die Frage, ob oder inwieweit Kommunalpolitik tatsächlich noch im Rahmen eines Ehrenamtes ausgeübt werden kann, kann damit jedoch nicht beantwortet werden. Nachfolgend wird sich deshalb mit den Faktoren auseinandergesetzt, die den angenommenen Professionalisierungsdruck der kommunalen Vertretungskörperschaften am prägnantesten kennzeichnen.

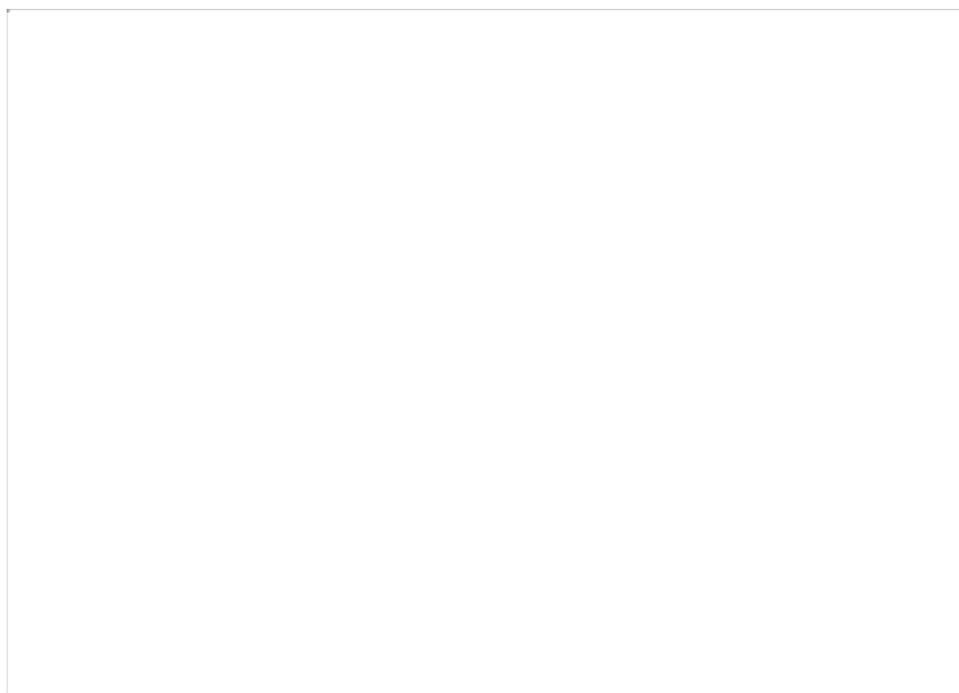
#### *Das Dilemma des Ehrenamtes oder Das kommunale Mandat als Beruf?*

Mandate in lokalen Vertretungskörperschaften sind dem Charakter nach Ehrenämter. Dieses Verständnis, mit seinem Ursprung in der Preußischen Städteordnung von 1808, prägt bis heute die Sicht auf Kommunalpolitik. Fraglich ist aber, ob sich dieses Bild nicht längst zu einer dogmatischen Falle entwickelt hat, in welche die öffentliche Diskussion zu diesem Thema tappt; mit gravierenden Folgen für das gesellschaftliche Meinungsbild. Um zu prüfen, inwieweit die Aufrechterhaltung der Ratstätigkeit als Ehrenamt noch zeitgemäß ist und der tatsächlichen Arbeitssituation entspricht, wurden folgende Fragen untersucht:

- Wünschen sich Ratsmitglieder ein eigenständiges Einkommen aus ihrer Mandatsarbeit?
- Wie hoch ist die Arbeitsbelastung durch die ehrenamtliche Tätigkeit?
- Wie schätzen die Mitglieder in Stadträten und Kreistagen ihre Situation selbst ein?

Überraschenderweise verlangen nur etwa ein Drittel aller Befragten eine Vollalimentierung für bestimmte Positionen. Eine deutliche Ausnahme ist allerdings Köln, hier votieren fast 90% für eine um-

fassende Vergütung. In dem Wunsch der Kölner Befragten drückt sich vermutlich die Empfindung einer enorm hohen Arbeitsbelastung der Stadträte aus. Inwieweit dies empirisch bestätigt werden kann, wird nachfolgend anhand von zwei Indikatoren offenkundig. Erstens geht es um den zeitlichen Aufwand, der für die Mandatstätigkeit zu veranschlagen ist, zweitens wird gezeigt, wie die Befragten selbst die Vereinbarkeit von Mandat und Beruf einschätzen.



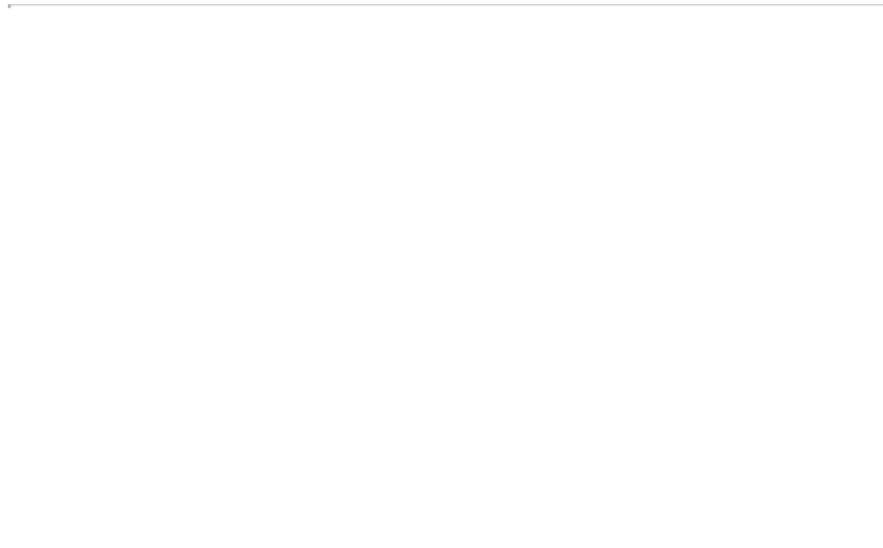
*Abbildung 1: Zeitlicher Aufwand für das Mandat*

Der angegebene Zeitaufwand ergibt sich aus der Wahrnehmung verschiedener Aufgaben aus der Ratsstätigkeit selbst – Sitzungen des Rates, der Ausschüssen, Fraktionen etc. – aber auch aus Mandatsnebenaktivitäten (Gespräche mit Bürgern, Informationsbeschaffung etc.). Der durchschnittliche Zeitaufwand beträgt 22 Stunden pro Woche, was die Einschätzung nahe legt, dass kommunale Mandate keine Ehrenämter im eigentlichen Sinne sind. Zwischen den Kommunen und Kreisen sind zudem erhebliche Unterschiede im Zeitaufwand festzustellen, wobei die Größe der Kommune eine entscheidende Rolle spielt.

In Halle und Köln benötigen 80% bzw. 74% der Befragten bis zu 40 Stunden in der Woche, um allen Amtsaufgaben und -verpflichtungen gerecht werden zu können. Für 14% der Kölner Befragten nimmt das Ratsmandat sogar einen Zeitumfang von mehr als 41 Stunden in der Woche ein und stellt damit de facto eine Vollzeitbeschäftigung dar. Der zeitliche Aufwand in den Mittelstädten und Landkreisen liegt deutlich niedriger (bis zu 20 Stunden pro Woche). Es sei an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, dass 75% der Befragten das kommunale Mandat neben einer regulären Erwerbsarbeit ausüben. Die Vollzeiterwerbstätigen stellen mit 60,2% sogar die Mehrheit der Befragungsgruppe. Zum Belastungsfak-

tor des zeitlichen Aufwandes kommt somit noch die Belastung der Vereinbarkeit von Beruf und Mandat hinzu.

Festzustellen ist, dass die Befragten kein einheitliches Bild in der Beurteilung der Vereinbarkeit von Mandat und Beruf abgeben. So sprechen die Kölner Räte, wie zu erwarten, am seltensten von einer guten Vereinbarkeit. Die gegebene Einschätzung folgt weitestgehend dem angegebenen Zeitumfang für die Mandatsausübung. Eine interessante Ausnahme davon ist jedoch in Halle zu finden. Obwohl hier der Zeitaufwand für die Mandatswahrnehmung im Durchschnitt bei 22,7 Stunden pro Woche liegt und damit durchaus dem Umfang einer Teilzeitbeschäftigung gleicht, spricht von den Befragten mehr als die Hälfte von einer guten Vereinbarkeit.



*Abbildung 2: Einschätzung der Vereinbarkeit von Beruf und Mandat*

Die Einschätzung der Vereinbarkeit von Beruf und Mandat hängt dementsprechend nicht allein vom nominalen Zeitaufwand ab. Vielmehr spielen andere individuelle Faktoren, wie die berufliche Abkömmlichkeit, eine entscheidende Rolle. So sind unter den befragten Räten in Halle 14,3% Mitglieder im Landtag. Diese Personen sind in der Lage, ihren Lebensunterhalt durch Politik zu verdienen, so dass sich die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Mandat hier nur bedingt stellt. Für die Mehrheit der kommunalen Mandatsträger besitzt die Frage der Vereinbarkeit jedoch drängenderen Charakter. Gerade in Großstädten zeigt sich, dass ein Teil der Bürger in ihren Beteiligungsrechten allein dadurch eingeschränkt wird, dass sie den zeitlichen Ansprüchen eines Mandates nicht nachkommen könnten. Auch aus demokratietheoretischen Überlegungen wäre also eine Aufwertung und Professionalisierung der kommunalen Ratsarbeit anzustreben.

Die gezeigten Ergebnisse weisen auf zwei Fehleinschätzungen über die Struktur der kommunalen Mandatsausübung hin. Erstens: Auch wenn die Organe des Stadtrates und des Kreistages formal betrachtet Teil der Selbstverwaltung sind, handelt es sich um politische und um parteipolitische Gremien, denn die

gewählten Vertreter der Bürgerschaft sind zu einem hohen Maße in Parteien eingebunden. Bei der Entscheidung über Sachfragen ist folglich davon auszugehen, dass parteipolitische Programme Einfluss auf individuelle Präferenzen haben. Dies ist kein Umstand, den es zu bedauern gilt. Vielmehr zeigt es, dass Kommunalpolitik auch Politik ist, was anzuerkennen und zu würdigen ist, um die Mandatsträger von einem vielfältigen und vor allem unhaltbaren Rechtfertigungsdruck zu entlasten. Zweitens ist deutlich geworden, dass auch bei den Mandatsträgern das Verständnis des kommunalen Ehrenamtes fest verankert ist.

Objektive Indikatoren haben deutlich gemacht, dass das Mandat weit über ein ehrenamtliches Engagement hinausgeht. Wir finden aber nicht nur auf der kommunalpolitischen Seite von Stadt- und Kreistag Professionalisierungsschritte und hiermit in Zusammenhang stehende -erfordernisse vor, sondern auch auf der Verwaltungsseite sind Veränderungen zu beobachten.

### **2.3 Vernetzungspfezionalisierung**

Im Kontext zunehmender Strukturveränderungen auf der formalen Ebene ist auch die Einbettung in *soziale Netzwerke für Professionalisierungsprozesse relevant*. Ergänzend zur informellen und beruflichen Professionalisierungsdimensionen spräche die Herausbildung spezifischer interner Netzwerkstrukturen für spezifische Selektions- und Schließungsprozesse, die sowohl Voraussetzung als auch Folge von Professionalisierung sein können.

Mittels netzwerkanalytischer Verfahren können Erkenntnisse darüber bereitgestellt werden, inwiefern sich Personen als Gruppe identifizieren und ob diese ihre Aktivitäten aufeinander abstimmen. Informationen und Ressourcen können vor allem in Netzwerken schnell ausgetauscht werden – nicht nur auf dem Dienstweg. Wenn sich also feststellen ließe, dass sich Netzwerke gebildet haben oder bilden, die einen schnellen Austausch von Informationen ermöglichen, kann dies ebenfalls als ein Anzeichnung von Professionalisierung gewertet werden.

Ein solcher Nachweis kann durch die Netzwerkdicke und die Zentralisation (Hierarchisierung) erbracht werden (siehe Tabelle 5). Die Dichte der Interaktionsnetzwerke in den sechs Untersuchungsgebieten liegt unter 30%. 2003 gibt es relevante Abweichungen lediglich in der ostdeutschen Mittelstadt (43%) und im ostdeutschen Landkreis (12%). 2006 ist die Spannweite größer, nun führt der westdeutsche Landkreis (54%) die Reihenfolge an. Am Ende finden sich die westdeutsche Mittelstadt (14%) und wieder der ostdeutsche Landkreis (12%), Diese Ergebnisse lassen zunächst keine Verwaltungsgrößen- oder Ost-West-Unterschiede erkennen. Ein minimaler Anstieg ist zwischen 2003 und 2006 zu beobachten. Dies deutet auf eine Professionalisierungstendenz. Allerdings fällt die Entwicklung sehr unterschiedlich aus: Während die Dichten in den Großstädten moderat steigen, sinken sie in den Mittelstädten sehr deutlich. 2006 lassen sich hier keine Ost-West-Unterschiede feststellen. Wie sieht es mit der

Zentralisation, d.h. dem Maß für die maximale Differenz der Anzahl sozialer Beziehungen zwischen den Kommunalpolitikern eines Netzwerks aus? Hohe Werte deuten auf eine starke Hierarchisierung der Kommunalpolitiker, während niedrige Werte auf eine in etwa gleich große lokale Einbettung aller Kommunalpolitiker in das Netzwerk hindeuten. Entsprechend deuten niedrige und nicht hohe Werte auf eine Ingroup-Bildung. 2003 hat der zentralste Kommunalpolitiker im Durchschnitt eine um 33% größere lokale Einbindung als der Kommunalpolitiker mit der kleinsten lokalen Einbindung. 2006 liegt die Spanne bei nur noch 31%.

| Gebiet                     | Netzwerkdichte |      |         | Zentralisation<br>(Hierarchiebildung) |      |         |
|----------------------------|----------------|------|---------|---------------------------------------|------|---------|
|                            | 2003           | 2006 | Tendenz | 2003                                  | 2006 | Tendenz |
| <b>ostdt. Großstadt</b>    | 27%            | 33%  | ↑       | 33%                                   | 40%  | ↑       |
| <b>westdt. Großstadt</b>   | 28%            | 31%  | ↑       | 39%                                   | 35%  | ↓       |
| <b>ostdt. Mittelstadt</b>  | 43%            | 22%  | ↓↓      | 21%                                   | 28%  | ↑       |
| <b>westdt. Mittelstadt</b> | 28%            | 14%  | ↓↓      | 29%                                   | 19%  | ↓↓      |
| <b>ostdt. Landkreis</b>    | 12%            | 12%  | →       | 47%                                   | 22%  | ↓↓      |
| <b>westdt. Landkreis</b>   | 26%            | 54%  | ↑↑      | 29%                                   | 43%  | ↑↑      |
| <b>Durchschnitt</b>        | 27%            | 28%  | ↑       | 33%                                   | 31%  | ↓       |

*Tabelle 5: Entwicklung der Ingroup-Bildung zwischen 2003 und 2006*

In der Entwicklung von 2003 zu 2006 ist somit eine tendenzielle Ingroup-Bildung zu sehen. Auch für die Zentralisation lässt sich wieder ein Muster auf Verwaltungsebene, nicht aber im Ost-West-Vergleich erkennen. So ist die Zentralisation in den Großstädten überdurchschnittlich und in den Mittelstädten unterdurchschnittlich. Die Landkreise zeigen wiederum kein einheitliches Bild.

Untersucht man Interaktionskerne, ergibt sich ein weiteres Muster der Ingroup-Bildung. Mit dem empirischen Material der Elitenbefragung 2003 wurde für jedes Untersuchungsgebiet eine Positionsanalyse der Interaktionsnetzwerke berechnet, wobei die Elitenmitglieder zwei Positionen zugeordnet werden. In den Großstädten und den Landkreisen ergibt sich ein reduziertes Interaktionsnetzwerk mit einer intern vernetzten Position, die als Interaktionskern bezeichnet wird. In den beiden Mittelstädten dagegen sind beide Positionen jeweils intern vernetzt, d.h. es bilden sich jeweils zwei Interaktionskerne heraus. Weisen die kommunalen Verwaltungseinheiten einen Bevölkerungsbestand von über 200.000 Einwohnern aus (d. h. Großstädte und Landkreise), dann lässt sich immer nur ein Interaktionskern belegen, während in Verwaltungseinheiten mit weniger als 100.000 Einwohnern immer zwei Interaktionskerne festgestellt werden. Es zeigt sich, dass in jedem Untersuchungsgebiet ein Interaktionszentrum von der Verwaltung ausgeht, dem immer der (Ober-)Bürgermeister bzw. Landrat und die Mehrheit der Dezernenten angehören. Diesem Zentrum gehören mitunter einzelne Fraktionsvorsitzende an, zumeist von der gleichen Partei wie der Oberbürgermeister bzw. Landrat. Die Fraktionsvorsitzenden gruppieren sich in der Regel um die zweite Position, sind aber nur in den Mittelstädten intern vernetzt. Außer in der ostdeutschen Mittelstadt wird diese zweite Position immer um ein zumeist ressourcenarmes Mitglied der Administration ergänzt. Im Ergebnis der Netzwerkanalyse kann konstatiert werden, dass die Geschicke der Kom-

mune von der Verwaltungsspitze zumindest vor-entschieden werden (vgl. Petermann 2005; 2007). Im Vergleich zur Befragung 2003 hat sich die Dichte der Interaktionsnetzwerke leicht erhöht und die Spannweite zwischen den Gebietskörperschaften hat sich ausgedehnt. Bei einer durchschnittlichen Dichte von unter 30% zeigen sich deutliche Abweichungen (westdeutscher Landkreis 54%, westdeutsche Mittelstadt 14% und ostdeutscher Landkreis 12%). Diese Ergebnisse lassen zunächst keine Verwaltungsgrößen- oder Ost-West-Unterschiede erkennen. Der Anstieg der Netzwerkdichte zeigt informelle *Professionalisierungsprozesse* an.

Über diese Vernetzungen hinausgehend, die sich in den internen Beziehungsstrukturen der lokalen Eliten auffinden lassen, ergänzen zunehmend Vernetzungsprozesse mit externen Akteuren und Ebenen das Bild. Seit Ende der 90er Jahre setzten umfangreiche Modernisierungs- und Reformprozesse des politisch administrativen Systems ein, von denen auch die lokale Ebene tangiert wurde. Die hiermit einhergehenden, auch von der Wissenschaft sehr breit diskutierten Problemdrücke wurden vorrangig in einer zunehmenden systematischen Überforderung der kommunalen Selbstverwaltung gesehen, hervorgerufen durch das Zusammenspiel einer zunehmenden Kommunalisierung von Aufgaben und einer sich verstärkenden Finanzkrise der öffentlichen und insbesondere der kommunalen Haushalte (Kersting 2004: 124). Auf kommunaler Ebene wurde mit Strategien reagiert, die sowohl der Verwaltung als auch dem Rat Entlastung bringen sollten.

Hinzu tritt ein ständig wachsendes sozialpolitisches Aufgabenspektrum unter Bedingungen dramatischer Haushaltslagen. In den Fokus rücken in diesem Zusammenhang auch die zunehmend deutlicher werdenden Interdependenzen der verschiedenen Politikebenen sowie die Ausdifferenzierung neuer Akteurskonstellationen, die die lokalen Politikprozesse in Richtung einer „urban governance“ verschieben.

Die mit einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung und Segmentierung von Stadtgesellschaften (Walther 2004: 333), der forcierten Konkurrenz von Produktionsstandorten, „hochkomplexe und innovative Aufgabenstellungen“ bei der lokalen Organisation von Politik (Siebel 2005: 39) sowie neuartigen Konkurrenz- und Konfliktstrukturen (auch zwischen Kommunen) erfordern neuartige Responses seitens der lokalen Eliten. In den Blick geraten neue Governancestrukturen, die zunehmend die administrativen und territorial fixierten Grenzen überschreiten. Angelehnt an frühere Steuerungsdiskussionen gelangen institutionelle Regulationsformen in den Blick, die die Ausgestaltung des Zusammenspiels (teil)autonomer Akteure koordinieren sollen (Klenk/Nullmeier 2004: 17).

In die Analyse der Prozesse informeller Professionalisierung und Verberuflichung von Lokalpolitik ist folglich eine neue hinzutretende Herausforderung aufzunehmen. Vor allem die zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtungen, die Transnationalisierung von Politik und Gesellschaft sowie informationstechnisch basierte oder sozial veranlasste Vernetzungsprozesse verschieben auf dramatische Weise das

kommunale bzw. städtische Koordinatensystem (vgl. Aderhold 2004; Castells 2001; Sassen 2002). Offen ist momentan, welche demokratie- und legitimationsrelevanten Effekte von der Transformation von lokalen Government-Systemiken (klassische Kommunalpolitik) hin zu sektorübergreifenden, kommunal und regional ansetzenden Governance-Strukturen (u.a. Dixon/Sanderson/Tripathi, 2007; John 2001) und den hiermit verbundenen formellen und informellen Professionalisierungsschüben ausgehen (Koch 2007; Plamper 2007).

Gerade das seit einigen Jahren intensiv diskutierte Forschungsfeld um Konzepte von „New Governance“, welches das Zusammenwirken kommunaler, städtischer sowie regional veranlasster Veränderungsprozesse in den Blick nimmt, reagiert auf die neuen Steuerungs- und Managementanforderungen auch und gerade im kommunalen Bereich. Die lokalen Eliten haben folglich neue Aufgabenfelder hinsichtlich Steuerungskompetenz und Legitimationsfunktion zu übernehmen, mit der Folge, dass ein neuer Professionalisierungsschub ausgelöst wird.

### 3. *Legitimation*

Legitimation lässt sich mit verschiedenen Indikatoren erklären. Die gängigsten sind hierbei Institutionenvertrauen, Responsivität des politischen Systems und Wahlbeteiligung. Auf Landes und Bundesebene ist in den letzten Jahren eine zunehmende Verschlechterung der Legitimationsindikatoren zu konstatieren (siehe Fürnberg/Holtmann/Jaek 2007: 26ff., 32ff., 44ff.). Im Folgenden soll untersucht werden inwieweit und ob sich die Professionalisierungstendenzen auf der lokalen Ebene in einer De-Legitimation der Eliten auf dieser niederschlagen.

In Tabelle 6 wird der Frage nachgegangen inwieweit die Bevölkerung der Meinung ist, dass sie kommunal von den richtigen Leuten regiert wird. Im Zeitverlauf können wir insgesamt und für alle untersuchten Subgruppen eine Verbesserung feststellen. 2005 sind deutlich mehr Bürger der Meinung, dass sie von den richtigen Personen regiert werden. Zudem zeigt sich ein deutlicher Einfluss des Urbanisierungsgrades, mit zunehmender Stadtgröße fällt der Identifikationsgrad mit der Regierung deutlich. Dies würde wiederum der These entsprechen, dass der Professionalisierungsdruck in größeren Städten stärker wirkt und somit zu einer geringeren Regierungszufriedenheit führt.

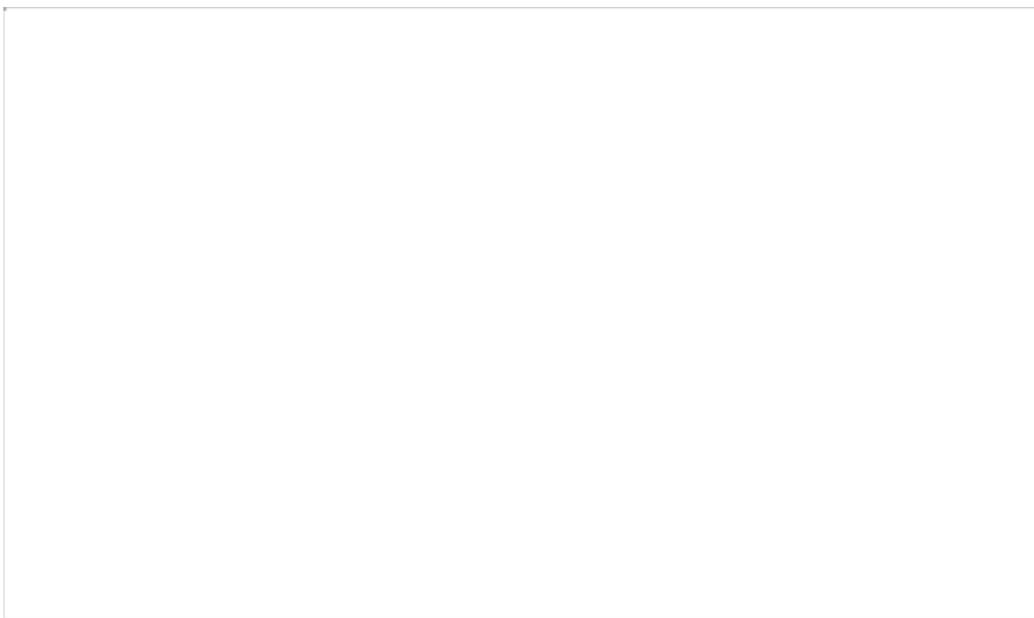
| Gesamt |      | NRW  |      | LSA  |      | Großstadt |      | Mittelstadt |      | Landkreis |      |
|--------|------|------|------|------|------|-----------|------|-------------|------|-----------|------|
| 2002   | 2005 | 2002 | 2005 | 2002 | 2005 | 2002      | 2005 | 2002        | 2005 | 2002      | 2005 |
| 53     | 58,5 | 60,5 | 63   | 45   | 53,4 | 44        | 47,5 | 56,5        | 66   | 64        | 70   |

Tabelle 6: Wird die Stadt bzw. der Kreis von den richtigen Leuten regiert? Nennungen „Ja“ in Prozent

Für den deutlich niedrigeren Wert in den neuen Bundesländern ist vor allem die schlechtere wirtschaftliche Lage als Ursache zu nennen. Deren Verbesserung stellt aus Sicht der Bürger eine Aufgabe der lo-

kalen Politik dar. Eine allgemeine De-Legitimationstendenz, auf Grund von Professionalisierung der kommunalen Ebene, lässt sich anhand dieser ersten Ergebnisse allerdings nicht bestätigen.

Bei der Analyse des Institutionenvertrauens zeigt sich im Zeitverlauf ein deutlicher Vertrauensverlust in alle Institutionen (siehe Abbildung 3). Das Vertrauen in den Stadt- bzw. Kreistag sinkt in 3 Jahren um 15%. Der lokalen Verwaltung trauen immerhin noch gut die Hälfte (60%) der Bevölkerung. Auch hier ist die Tendenz sinkend. Dennoch realisieren die Institutionen der lokalen Ebene immer noch deutlich höhere Werte als die der Bundesebene. Hier sind als Gründe die üblichen kommunalen Faktoren der geringeren Distanz, der besseren Erreichbarkeit und höheren Vertrautheit der lokalen Repräsentanten zu nennen. Aber auch plebiszitäre Elemente der Lokalpolitik wie die Direktwahl des Oberbürgermeisters machen sich vertrauensbildend bemerkbar.



*Abbildung 3: Vertrauen in politische Institutionen (Nennungen vertraue in Prozent)*

Um das allgemeine Vertrauen in politische Institutionen besser vergleichen zu können wurde eine Vertrauensskala gebildet. Die Skala hat eine theoretische Spannweite von 0 (Vertrauen in keine Institution) – 6 (Vertrauen in alle Institutionen). Der Mittelwertvergleich der generierten Skala ist in Tabelle 7 abgebildet.

In Tabelle 7 wird der allgemeine Vertrauensabfall besonderes deutlich. Das allgemeine Vertrauen in die politischen Institutionen sinkt in allen untersuchten Teilgebieten. Auffällig ist erneut der deutlich niedrigere Wert für die neuen Bundesländer. Der Urbanisierungsgrad scheint kaum einen Einfluss auszuüben. Es zeigt sich allerdings, dass in den kleineren Gemeinden das Vertrauensniveau am niedrigsten ausfällt. Hier stellt dich die Frage, ob dies die Folge einer zu geringen Professionalisierung in ländlichen Gebieten ist, die zum Infrage stellen der Kompetenz der lokalen Politiker führen könnte. Andererseits gene-

riert die Nähe zum Bürger höheres Vertrauen (siehe Abbildung 3), während zunehmende Professionalisierung zu Abschottungs- und Abkopplungstendenzen führen kann.

| Gesamt |      | NRW  |      | LSA  |      | Großstadt |      | Mittelstadt |      | Landkreis |      |
|--------|------|------|------|------|------|-----------|------|-------------|------|-----------|------|
| 2002   | 2005 | 2002 | 2005 | 2002 | 2005 | 2002      | 2005 | 2002        | 2005 | 2002      | 2005 |
| 3,5    | 2,8  | 3,7  | 3,1  | 3,4  | 2,6  | 3,5       | 2,8  | 3,6         | 2,9  | 3,4       | 2,6  |

Tabelle 7: Mittelwertvergleich der Vertrauensskala

Auch das Responsivitätserfordernis lokaler Eliten sowie der lokalen Ebene insgesamt ergibt sich aus dem Spannungsfeld zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Das Handeln der Regierung darf nicht zu stark von der Meinung der Bürger abgekoppelt werden. Sehen die Bürger ihre Interessen durch die gewählten Politiker nicht vertreten, kommt es zum Empfinden einer Responsivitätslücke, die wiederum De-Legitimierungstendenzen hervorruft. Die Responsivität des lokalen politischen Systems wurde über die Zustimmung zu den folgenden Aussagen gemessen:

1. „Egal was in der lokalen Politik passiert für mich ändert sich nichts.“
2. „Lokalen Politikern ist die Meinung der Bürger egal.“

| Responsivität                                       | Gesamt |      | NRW  |      | LSA  |      | Großstadt |      | Mittelstadt |      | Landkreis |      |
|---|--------|------|------|------|------|------|-----------|------|-------------|------|-----------|------|
|   | 2002   | 2005 | 2002 | 2005 | 2002 | 2005 | 2002      | 2005 | 2002        | 2005 | 2002      | 2005 |
| Vorgänge in der lokalen Politik ändern nichts.      | 35,2   | 35,6 | 29,2 | 29,5 | 41,2 | 41,6 | 31,5      | 32,7 | 36,9        | 37,7 | 40,4      | 38,4 |
| Lokalen Politikern ist die Meinung der Bürger egal. | 44     | 38,4 | 38,8 | 34,5 | 49,3 | 42,2 | 43,8      | 37,6 | 44,1        | 37,7 | 44,3      | 42,3 |

Tabelle 8: Responsivität des lokalen politischen Systems (Nennungen „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“ in %)

Beiden kritischen Aussagen wird von gut einem Drittel der Bevölkerung zugestimmt. Im Zeitverlauf betrachtet sieht man, dass ca. 6% weniger glauben, den Politikern sei die Meinung der Bürger egal. Diese Tendenz lässt sich sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Sachsen-Anhalt beobachten. Dass die lokale Politik für die Bürger folgenlos bleibt, glauben 35,6 % der Bevölkerung. Dieses Item verändert sich im Zeitverlauf kaum. In den Landkreisen wird die Responsivitätslücke am stärksten empfunden. Hier sind 2005 noch gut 42 % der Ansicht, ihre Meinung sei den lokalen Politikern egal und immerhin 38 % behaupten, lokale Politik sei für sie folgenlos. Eine niedrige empfundene Responsivität ist ebenfalls für Sachsen-Anhalt fest zu stellen. Hier liegen die Anteile teilweise mehr als 10% über denen von Nordrhein-Westfalen. Ein De-Legitimationsprozess auf kommunaler Ebene ist auch hier nicht erkennbar.

| Wahlbeteiligung                                     | Gesamt |      | NRW  |      | LSA  |      | Großstadt |      | Mittelstadt |      | Landkreis |      |
|---|--------|------|------|------|------|------|-----------|------|-------------|------|-----------|------|
|   | 2002   | 2005 | 2002 | 2005 | 2002 | 2005 | 2002      | 2005 | 2002        | 2005 | 2002      | 2005 |
| Wählen gegangen bei letzter Kommunalwahl            | 90     | 88,3 | 90,1 | 88,4 | 90,6 | 88,3 | 89,8      | 87,3 | 91,4        | 89   | 90,1      | 89,7 |
| In Zukunft wählen gehen, bei nächster Kommunalwahl. | 96     | 94   | 95,7 | 94,1 | 95,6 | 94   | 96        | 93,8 | 96,3        | 95   | 93,9      | 94   |

Tabelle 9: Wahlbeteiligung (Nennungen „Ja“ in %)

Der Wille, wählen zu gehen und die Wahlbeteiligung fallen geradezu unnatürlich hoch aus. Fast 90 % geben an, sich bei der letzten Kommunalwahl beteiligt zu haben und über 90 % wollen bei der nächsten Kommunalwahl wählen gehen. Im Zeitverlauf seit 2002 ist zudem kein nennenswerter Trend sinkender Wahlbeteiligung auszumachen. Dies gilt in gleichem Maße für die neuen und die alten Bundesländer, sowie für alle Gebietskörperschaften. Die auffindbaren Tatsachen sehen allerdings etwas anders aus. So gaben 94% der Sachsen-Anhalter an, bei der nächsten Kommunalwahl wählen zu gehen. Herausgekommen ist allerdings ein historischer Tiefstand der Wahlbeteiligung in der Geschichte der Bundesrepublik. Insgesamt gaben im Jahr 2007 gerade einmal 36,5 % der Stimmberechtigten ihre Stimmen ab. Zusammenfassend kann vor allem bei der tatsächlichen Wahlbeteiligung und dem Institutionenvertrauen eine negative Entwicklung festgestellt werden, die ein nicht zu vernachlässigendes Legitimationsrisiko darstellt. Ein gegenteiliges Ergebnis zeigt sich bei der Betrachtung der Responsivität sowie der Einstellungen der Bürger zu den ‚Regierenden‘. Hier konnte eine Verbesserung der Legitimationssituation nachgewiesen werden. Somit lässt sich kein klarer Zusammenhang von Professionalisierung und De-Legitimierung ausmachen

#### 4. Resümee

Die gezeigten Ergebnisse machen zwei bisherige Fehleinschätzungen über die Struktur der kommunalen Mandatsausübung deutlich. Erstens: auch wenn die Organe des Stadtrates und des Kreistages – formal betrachtet – Teil der Selbstverwaltung sind, handelt es sich zum einen um politische und zum anderen um parteipolitische Gremien. Denn die gewählten Vertreter der Bürgerschaft sind zu einem hohen Maße in Parteien eingebunden. Auch bei der Entscheidung über Sachfragen ist davon auszugehen, dass parteipolitische Programme Einfluss auf individuelle haben. Dies ist kein Umstand, den es zu bedauern gilt. Vielmehr zeigt es, dass Kommunalpolitik auch Politik ist. Dies gilt es anzuerkennen und zu würdigen, um die Mandatsträger von einem vielfältigen und vor allem ungerechtfertigten Rechtfertigungsdruck zu entlasten. Zweitens ist deutlich geworden, dass auch bei den Mandatsträgern das Verständnis des kommunalen Ehrenamtes fest verankert ist. Objektive Indikatoren, wie Zeitaufwand und die Vereinbarkeit von Beruf und Mandat, machen überdeutlich, dass das Mandat weit über ein ehrenamtliches Engagement hinausgeht.

Die Professionalisierung und das heißt auch die finanzielle Aufwertung der kommunalen Vertreter scheint dringend notwendig zu sein. Auch die Kommunen selbst würden von dieser Entwicklung profitieren. Die anspruchsvollen Gestaltungs- und Kontrollaufgaben, die in den Räten und Kreistagen durch die Mitglieder wahrgenommen werden, können nur ausreichend abgedeckt und erfüllt werden, wenn dafür die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Mandatsträger, die aufgrund ihrer Erwerbsarbeit nicht die Zeit aufbringen können, um beispielsweise Vorlagen gründlich zu lesen, können sich an kommunalen Entscheidungen nur eingeschränkt beteiligen. Wenige Mandatsträger, die genügend Vorbereitungszeit aufbringen können, werden damit in die Rolle der eigentlichen Entscheider in den kommunalen Vertretungskörperschaften versetzt, wenn ihre Akzeptanz in den Gremien groß genug ist. Die Vertretung der Bürgerinteressen durch Bürger und Bürgerinnen sollte aber nicht in dieser Art und Weise erfolgen. Die oftmals dogmatische Verneinung der Ankerkennung kommunaler Wahlämter als parlamentarische Ämter, die in ähnlicher Weise Anspruch auf eine öffentliche Alimentierung haben, wird den Wandel wieder zurück zu den lokalen Honoratioren weiter begünstigen. Nur wenige, die es sich vor allem zeitlich leisten können, Kommunalpolitiker zu sein, werden dann kommunale Entscheidungen treffen und damit auch zukünftig Schwerpunkte setzen. Um einer solchen Entwicklung entgegenwirken zu können, ist es jetzt notwendig, eine offene Diskussion zu führen, in der die geleistete kommunale politische Arbeit entsprechend gewürdigt wird.

Zusammenfassend kann vor allem hinsichtlich dem Institutionenvertrauen und der moralischen Bewertung der kommunalen Eliten eine ungünstige Entwicklung festgestellt werden. Bessere Ergebnisse zeigen sich 2005 bei der Zufriedenheit der Bürger mit der lokalen Politik, der Einstellung der Bürger zu ihren „Regierenden“ und den Fragen, die das Responsivitätsverhältnis zwischen Bevölkerung und Politikern wiedergeben sollen.

Bezüglich der These eines wachsenden De-Legitimationsrisikos aufgrund der dreifachen Professionalisierung ergeben sich folglich widersprüchliche Resultate. Es deutet sich allerdings an, dass der Befund einer zunehmenden De-Legitimation als Folge der wachsenden Polarisierung Bestand hat. Solange die Bürger hinsichtlich der konkreten kommunalen Politik und den spezifischen Gegebenheiten politischer Prozesse in ihren Kommunen befragt werden, äußern sie sich positiv. Den politischen Institutionen an sich bzw. den allgemeinen Beweggründen, sich politisch zu betätigen wird jedoch mit großer Skepsis begegnet. Unterstrichen wird diese Entwicklung zudem von den durchweg eher positiveren Einstellungen der Bürger in den ländlichen Kommunen. Also gerade dort, wo Anonymität das Verhältnis zwischen Bürgern und ihren kommunalen Eliten weniger dominiert.

## **Literatur**

- Aderhold, Jens (2004): Form und Funktion sozialer Netzwerke in Wirtschaft und Gesellschaft. Beziehungsgeflechte als Vermittler zwischen Erreichbarkeit und Zugänglichkeit. Wiesbaden: VS Verlag.
- Best, Heinrich (2004): Querschnittsvergleich im Bereich Politik/Sicherheitsapparat. In: Hans-Joachim Veen (ed.): Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa. Köln: Böhlau. pp. 377-382.
- Bogumil, Jörg (2001): Modernisierung lokaler Politik – Kommunale Entscheidungsprozesse im Spannungsfeld zwischen Parteienwettbewerb, Verhandlungszwängen und Ökonomisierung, Baden-Baden.
- Borchert, Jens (2003): Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses. Frankfurt am Main: Campus.
- Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter I: Die Netzwerkgesellschaft. Opladen: Leske+Budrich.
- Derlien, Hans-Ulrich (1997): Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. S. 329-415. In: Hellmut Wollmann et al. (ed.): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Dixon, John; Alan Sanderson und Smita Tripathi (2007): Governance and the Public Interest: The Challenges for Public Sector Leaders. S. 43-66. In: Rainer Koch und John Dixon (ed.): Public Governance and Leadership. Wiesbaden: DUV.
- Franklin, Daniel P. (2002): Legislative Professionalism and the Delivery of Public Goods: A Comparative View from the States. New Orleans: Annual Meeting of the Southwest Social Science Association.
- Fürnberg, Ossip/ Holtmann, Everhard/ Jaeck, Tobias (2007): Sachsen-Anhalt-Monitor – Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Institut für Politikwissenschaft und Japanologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Geißel, Brigitte/Edinger, Michael/Pähle, Katja (2003): Die Professionalisierung politischer Eliten – Ein Werkstattbericht. In: Rabe-Kleberg, Ursula (ed.): Beruf und Profession – der gesellschaftliche Umgang mit Ungewissheit nach dem Systemumbruch. SFB 580-Mitteilungen, Heft 10. Jena.
- Geißel, Brigitte/Pähle, Katja/Sahner, Heinz (ed.) (2003): Lokale politisch-administrative Eliten. Lebensverläufe zwischen Kontinuität und Neupositionierung. SFB 580 Mitteilungen, Heft 7. Jena, S. 25-31.
- Golsch, Lutz (1998): Die politische Klasse im Parlament: Politische Professionalisierung von Hinterbänklern im Deutschen Bundestag. Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Haus, Michael et al. (2005): Partizipation und Führung in der lokalen Politik. Baden-Baden: Nomos.
- Heintel, Martin (2005): Stadt- und Regionalmanagement als Zukunftsaufgabe. S. 122-144. In: Stefan Hochstadt (ed.): Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden: VS Verlag.
- Herzog, Dietrich (1975): Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hochstadt, Stefan (2005): Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? S. 7-18. In: Ders. (ed.): Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden: VS Verlag.
- Hoffmann-Lange, Ursula (1992): Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen: Leske + Budrich.
- John, Peter (2001): Local Governance in Western Europe. London: Sage.

- Kersting, Norbert (2004): Die Zukunft der lokalen Demokratie. Modernisierungs- und Reformmodelle. Frankfurt am Main: Campus.
- King, James D. (2000): Changes in Professionalism in U.S. State Legislatures. In: Legislative Studies Quarterly XXV, Nr. 2, S. 327-342.
- Klenk, Tanja und Frank Nullmeier (2004): Public Governance als Reformstrategie. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Koch, Rainer (2007): Public Governance and Leadership: Outline of the Subject. S. 11-42. In: Ders. und John Dixon (ed.): Public Governance and Leadership. Wiesbaden: DUV.
- Koll, Christian (2007): Statuszuweisung und Lebensverlaufsanalyse: Zum Einfluss von ererbtem und erworbenem Kapital auf berufliche Karrieren lokaler politischer und administrativer Eliten. S. 23-44. In: Pähle, Katja und Marion Reiser (ed.): Lokale politische Eliten und Fragen der Legitimation. Baden-Baden: Nomos.
- Mooney, Christopher Z. (1994): Measuring U.S. State Legislative Professionalism: An Evaluation of Five Indices. In: State and Local Government Review 26, S. 70-78.
- Petermann, Sören (2005): Einsatzmöglichkeiten der Netzwerkanalyse. S. 343-365. In: Jens Aderhold, Matthias Meyer und Ralf Wetzels (ed.): Modernes Netzwerkmanagement. Anforderungen - Methoden - Anwendungsfelder. Wiesbaden: Gabler.
- Petermann, Sören (2007): Soziale Netzwerke und politischer Einfluss von Kommunalpolitikern. In: Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft. Marburg: Metropolis.
- Plamper, Harald (2007): Leadership in Regional Cooperation. S. 273-294. In: Rainer Koch und John Dixon (ed.): Public Governance and Leadership. Wiesbaden: DUV.
- Reiser, Marion (2006): Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik: Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten. Wiesbaden: VS Verlag.
- Reiser, Marion (2007): Berufs- statt Feierabendparlamente? Eine vergleichende Untersuchung der Kommunalparlamente in deutschen Großstädten. S. 45-60. In: Katja Pähle und Marion Reiser (ed.): Kommunale politische Eliten und Fragen der Legitimität. Baden-Baden: Nomos.
- Sassen, Saskia (2002): Global networks, linked cities. New York: Routledge.
- Schnapp, Kai-Uwe (1997): Soziale Zusammensetzung von Elite und Bevölkerung – Verteilung von Aufstiegschancen in die Elite im Zeitvergleich. S. 69-99. In: Wilhelm Bürklin; Rebenstorf, Hilke u.a. (ed.): Eliten in Deutschland: Rekrutierung und Integration. Opladen: Leske und Budrich.
- Siebel, Walter (2005): Hat die europäische Stadt eine Zukunft? S. 33-46. In: Stefan Hochstadt (ed.): Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden: VS Verlag.
- Squire, Peverill (1993): Professionalization and Public Opinion of State Legislatures. In: Journal of Politics 55, S. 479-91.
- Stichweh, Rudolf (1996): Professionen in einer funktional differenzierten Gesellschaft. S. 49-69. In: Combe, Arno/Helsper, Werner (ed.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Thomas, Michael und Rudolf Woderich (2006): Regionale Disparitäten und endogene Bildung neuen Sozialkapitals. In: Berliner Debatte Initial 17, 5, S. 77-89.
- Walther, Uwe-Jens (2004): Die europäische Stadt als Soziale Stadt? Das deutsche Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“. S. 332-344. In: Walter Siebel (ed.): Die europäische Stadt. Frankfurt/M.: Suhrkamp.



# Gespaltene Eliten. Elitenwandel in Ostmitteleuropa (Polen, Tschechische Republik)

Helmut Fehr

## 1. Einleitung

In meinem Beitrag erörtere ich politische Selbstbilder, Strategien und Handlungsorientierungen der neuen Machteliten in Ostmitteleuropa, die der Auffassung von „pluralistischen“ Eliten als Akteuren in „konsolidierten“ Demokratien (Highley/Pakulski 1999) entgegenlaufen. Meine *zentralen Befunde* auf der Grundlage empirischen Datenmaterials<sup>1</sup> verweisen auf Polarisierungstendenzen im Elitenhandeln, die als Barrieren für eine liberale politische Kultur in Polen und der Tschechischen Republik bestimmt werden müssen: Es handelt sich um fortschreitende Spaltungstendenzen, die von Prozessen der Re-Ideologisierung begleitet werden. Die exzessive Konkurrenz um Einfluss und Macht hat in der politischen Arena beider Länder dazu geführt, dass sich im vergangenen Jahrzehnt neue Formen des populistischen Elitenhandelns verstärkt haben, die quer zu „links – rechts“ – Profilen stehen. Eng damit verbunden sind Tendenzen der Entprofessionalisierung, die im Rollenhandeln der neuen Machteliten überwiegen. Statt des in der Elitenforschung verbreiteten Konzepts der „repräsentativen Eliten“ kann für beide Übergangsgesellschaften heute eher von der Annahme eines „unmoralischen Familialismus“ (Banfield 1958, Tarkowski 1990) ausgegangen werden, der auf Patronage, Klientelismus und Korruption als Mechanismen beruht. Ich beginne meine Überlegungen mit Ausführungen zum neuen Populismus (1), der sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zum dominanten Politikmuster in der Elitenkultur beider Länder herauskristallisierte. Daran anschließend gehe ich näher auf den „unmoralischen Familialismus“ als Haltungstyp der neuen Machteliten (2) ein. Schließlich diskutiere ich Tendenzen des Autoritarismus und der Entprofessionalisierung (3), die ich unter vergleichenden Gesichtspunkten zusammenfassen werde.

---

1 Mein Beitrag beruht auf Ergebnissen des DFG-finanzierten Projekts „Legitimitätskonflikte in Übergangsgesellschaften. Eine historisch-vergleichende Untersuchung des Elitenwandels in Polen, der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik und der DDR/Ostdeutschland“, das im Bereich Geschichte Ostmitteleuropas an der Humboldt Universität Berlin in Zusammenarbeit mit polnischen Soziologen/innen und tschechischen Zeithistorikern durchgeführt wurde. In der Erhebungs- und Auswertungsphase wurden qualitative Methoden der Inhaltsanalyse und offene Interviews (insgesamt über 80 Leitfadengespräche mit Akteuren der alten und neuen politischen Eliten) gewählt, um den Wandel und die Ambivalenzen in den Wertorientierungen, ideologischen Haltungen und Milieus der Machteliten erfassen zu können. Die vergleichende Untersuchung gründet auf Annahmen des „analytischen Induktionismus (W.E.Thomas/ F. Znaniecki 1974). Dieser Ansatz erlaubt in einer rekonstruktiven Perspektive individuelle und kollektive Fälle des Elitenwandels zu interpretieren (Rüschmeyer et. al. 1992: 36ff.). Die Fallstudien wurden in den Regionen Warschau, Kattowitz, Prag, Ostrava, Berlin und Leipzig von 2001 bis 2003 durchgeführt und durch Feldforschungen in den polnischen und deutschen Untersuchungsgebieten während der vergangenen Jahre ergänzt. Im vorliegenden Beitrag beziehe ich mich auch auf Interviewmaterialien aus 1989-1991 durchgeführten vergleichenden Fallstudien zu Bürgerbewegungen in Polen, der Tschechischen Republik und der DDR/Ostdeutschland.

## 2. **Populismus und Elitenkultur**

In der Tschechischen Republik zeichnen sich ähnlich wie in anderen ostmitteleuropäischen Gesellschaften (Polen, Ungarn, Slowakei) nach 1989 unterschiedliche Varianten des Populismus ab, die quer zu den parteipolitischen Profilen der neuen Eliten liegen: Nicht die klassischen Profile von „rechtem“ und „linkem“ Populismus treten trennscharf in der parteipolitischen Arena aufeinander. Vielmehr konkurrieren seit Anfang der neunziger Jahre bis in die Gegenwart im Lager der Sozialdemokraten, der tschechischen Kommunisten und der Konservativen (ODS) eine Anzahl von Akteuren im Kampf um das Label „Populismus im „nationalen“ oder „guten Sinn“ (V. Klaus).

In der Tschechischen Republik lassen sich bereits 1990/1991 im Übergang von der sozialen Sammlungsbewegung „Bürgerforum“ (OF) zu neuen politischen Parteien Elemente populistischer Selbst- und Fremdbilder finden, wie ein neuer politischer Akteur feststellt: „Die Freiheit hat vieles geändert. Die offene Türe hat auch diejenigen zu Wort gebracht, die früher sehr stark ... das Maul (gehalten haben). Und jetzt sprechen sie ganz offen. Das ist gut... Und das hat auch seine schwachen Seiten...der *Populismus* - der kommt raus, die *Demagogie* und verschiedene *Machtströmungen*...und man sucht immer die Fehler der anderen“ (Interview rh, Prag, vom 30.10.1990). In diesem Sinn kann auch die aggressive politische Sprache und die Erzeugung polarisierender Feindbilder betrachtet werden. In den Elitenkontroversen werden von antikommunistischen und konservativen Akteuren ideologische Selbst- und Fremdbilder variiert, die das gesamte Spektrum von historischen Ersatz-Streitthemen (Lustration, Entkommunisierung, „kommunistische Verbrechen“, „Totalitarismus“) bis zu angeblichen Gefährdungen der „Freiheit“ durch „Ideologen“, „Intellektuelle“ und einen vermeintlichen „europäischen Superstaat“ abdecken. Eng damit verbunden ist die Überbetonung polarisierender historischer und politischer Stereotypen. Darunter ist die Erzeugung von Ressentiments gegenüber inneren und äußeren politischen Gegnern gemeint, die in der Tschechischen Republik und Polen in den letzten fünfzehn Jahren bis zu Hass und Demagogie gesteigert wurde – je nach Erfordernissen der Mobilisierungs- und Wahlkampagnen.

In diesem Zusammenhang spielt auch die Erzeugung neuer Feindbilder und die Diskriminierung politischer, religiöser, sexueller und nationaler Minderheiten eine einflussreiche Rolle für die populistischen Strategien der neuen Machteliten. Das war für die tschechische Wahlkampagne von 2002 mit der gemeinsamen Rahmendeutung „rechter“ (ODS) und „linker“ Populisten (Sozialdemokraten, Kommunistische Partei) „Verteidigung nationaler Interessen“) kennzeichnend. Und in eine ähnliche Richtung zielten Slogans der national-populistischen Elitengruppen im Verlauf der polnischen Wahlkämpfe 2005 und 2007: So wurde auf die mobilisierende Wirkung von anti-deutschen, anti-russischen und antisemitischen Anspielungen gesetzt ebenso wie auf diskriminierende Urteile über ethnische, soziale und sexuelle Minderheiten. Für die polnischen Debatten ist außerdem aufschlussreich, dass neben tief sitzenden

Vorbehalten gegenüber Nachbarn wie Deutschen und Russen im selbst inszenierten Kampf gegen Gewinner der Transformationsprozess gleichermaßen „Oligarchen“ und „Liberale“ in den Mittelpunkt von Kampagnen gerieten. Populistische Eliten versuchen die Massen in beiden Transformationsgesellschaften vorwiegend auf der Grundlage eines Kalküls zu mobilisieren: der Wiederbelebung von politischen und sozialen Ängsten, die mit dem bisherigen Verlauf der Transformationsprozesse verbunden sind (Wnuk-Lipinski 1991; Marczewskej-Rytko 2006). Dabei werden einfache „Schwarz-Weiß-Urteile“ bevorzugt.

Nach einer programmatischen Auffassung von Václav Klaus, dem Gründer der liberal-konservativen „Bürgerpartei“ (ODS), fällt die Klassifizierung der unterschiedlichen Weltauffassungen von Intellektuellen und Populisten im nachrevolutionären Kräftefeld vereinfacht aus: „Die erste dieser Weltsichten ist etatistisch, die zweite tatsächlich demokratisch, die erste ist intellektuell, die zweite *populistisch (im guten Sinn des Wortes)* (Hervorhebung von mir, H.F.)“ (Klaus 1991, 44). Mit dieser Gegenüberstellung werden alle Elemente der neuen populistischen Politikauffassungen betont: die Abgrenzung gegenüber „intellektuellen“ Konzepten von Experten, die auf der Reklamierung „einfacher Antworten“ für die Transformationsprobleme beruht (Klaus 1997, 134). Eng damit verbunden ist die unter tschechischen Konservativen ebenso wie unter polnischen National-Konservativen (z. B. der ehemalige Premier J. Kaczyński, „Recht und Gerechtigkeit“/ PiS) verbreitete Position, dass Krisen nur das Ergebnis von unangemessenen Situationsdeutungen seien. Krisen der Transformation sind Ausdruck von nicht adäquaten politischen Weltauffassungen individueller politischer Akteure gegenüber den neuen Institutionen. Dazu zählen nach dem Urteil Václav Klaus' insbesondere „Visionen“ der Transformation, die auf die Politik des „Dritten Wegs“ hinauslaufen (Dissidenten, zivile Gesellschaft u.a.). Im politischen Urteil J. Kaczyńskis erscheinen Journalisten überwiegend als „negative Elemente“, repräsentieren Intellektuelle die (Warschauer) „Salons“, während „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Partei der „gewöhnlichen Leute“ sei (Gazeta Wyborcza vom 4.10.2007. vgl. dazu auch: J. Kaczyński 1989/90). Elemente des „Anti-Elitismus“ sind nicht nur Rahmendeutungen in den polnischen politischen Diskursen. Der „*Anti-Elitismus*“ wird mit folgenden Worten auch in den tschechischen politischen Debatten für die selbst reklamierte Rolle als „Euro-Skeptiker“ bemüht: „Ich bin ganz sicher, dass es Kritik an dieser unnötigen EU-Verfassung in allen Ländern gibt. *In allen Schichten der Bevölkerung. Nur die politische Klasse hat ganz andere Positionen. Die Distanz zwischen der politischen Elite und der Bevölkerung war noch nie so groß in den vergangenen Jahrzehnten* (Hervorhebung von mir, H.F.). Bei uns war das zuletzt wahrscheinlich in kommunistischen Zeiten der Fall. Ich interpretiere die heutige Situation als ein Zeichen von Irrationalität.“ (Interview, in: FAZ v. 16. 5.2005). Entgegen der von V. Klaus und den polnischen Befürwortern einer radikalen Entkommunisierungspolitik betonten Unterschiede zum „kommunistischen System“ gibt es allerdings auch

Parallelen in den Haltungstypen zwischen alten und neuen Machteliten in Ostmitteleuropa, auf die ich im folgenden Teil genauer eingehen werde.

### **3. „Unmoralischer Familialismus“ als Haltungstyp gespaltener Eliten**

Enge persönliche Bindungen, Loyalitäten und Klientelismus waren als Beziehungsmuster für das ökonomische und politische Leben in den „real-sozialistischen“ Regimes kennzeichnend, wie Studien des polnischen Soziologen Jacek Tarkowski verdeutlichen.

Die Überlegungen Tarkowskis lassen sich in einer Annahme zusammenfassen, wonach die in der Spätphase des „Real-Sozialismus“ verbreiteten Mechanismen von Patronage, Klientelismus und Korruption auf dominante Orientierungsmuster im Handeln der Eliten und der „einfachen Leute“ zurückzuführen sind: Maßstäbe des „amoralischer Familialismus“ (Tarkowski 1991, im Anschluss an Banfield 1958: 85ff). Die Hypothese des „amoralischen Familialismus“ gründet auf Einstellungsmustern, die sich in einem Syndrom niederschlagen: Ein Akteur, der diesen Regeln folgt, handelt ohne moralische Beweggründe gegenüber Personen außerhalb der eigenen Familie, der lokalen Gemeinschaft oder des Clans.

In einer Gesellschaft „amoralischer Familialisten“ (Tarkowski 1994) spielen die Interessen von Gruppen oder das „demokratische Gemeinwohl“ keine Rolle. Kurzfristige Ziele des Erwerbs von materiellen Vorteilen oder einflussreicher Positionen überwiegen selbst noch beim Engagement in öffentlichen Angelegenheiten (Banfield 1958, 85; Tarkowski 1994, 152). Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung in freiwilligen Organisationen oberhalb des Niveaus von persönlichen Netzwerken erscheinen „amoralischen Familialisten“ suspekt. Ein Interesse an der Lösung von öffentlichen Problemen wird als unzweckmäßig und „unnormale“ aufgefasst. Die Identifikation mit Zielen von formalen Organisationen, Parteien und Programmen erscheint unangemessen; primärer Maßstab des Handelns und der Beteiligung in Organisationen ist Loyalität. Diese Annahmen bieten für die vergleichende Transformationsforschung wichtige Anhaltspunkte, wonach Kontinuitäten, Wandlungen und Trennungslinien in der Elitenkultur unter analytischen Gesichtspunkten erhellt werden können. Maßstäbe des „amoralischen Familialismus“ wirkten sich desintegrierend auf die Herausbildung neuer Eliten aus und blockierten nach 1989 auch die Bildung „legaler“ Kriterien des politischen und organisatorischen Wandels in Übergangsgesellschaften.

Elemente des Familialismus basieren außerdem auf Beziehungsmustern, die auch als Ausdruck des „politischen Spiels“ betrachtet werden können. Hierbei vermischen sich Stilelemente und Rahmenbedingungen des politischen Stils, das von den alten und den neuen Machteliten bevorzugt wurde. Nach dem Urteil eines neuen politischen Akteurs, der auch die antikommunistischen Selbstbilder und Milieus der Nachkriegszeit und der Solidarnosc-Periode kennen gelernt hat, gründen sich Muster des politischen Spiels in Polen auf zwei Quellen für Defizite, mehr noch: auf grundlegende Mängel in der Eli-

tenkultur: 1. der hohe Stellenwert von „persönlichen Spielchen“ und Animositäten, die sich auch in Hass niederschlagen können. 2. „die Unfähigkeit, große, ernste Allianzen zu schließen“ (Interview jk, Warschau 2002). Diese Mängel, eine Bereitschaft zum Konformismus und die engen persönlichen Bindungen, die Bezugnahme auf Herkunftsmilieus charakterisieren die „Schwäche“ der neuen politischen Klasse (nicht nur in Polen); Haltungen, die Gemeinsamkeiten mit den alten Machteliten in einer Hinsicht aufweisen: der mangelnden „Bildung“ und Ausbildung: „Die politische Klasse ist nicht so ausgebildet und hat nicht genug Vorstellungskraft, Mut, Kraft und Fähigkeit zum Kompromiss, um besser die Chancen zu ergreifen, die es für Polen gibt“ (Interview jk, Warschau 2002). Eine negative Auswirkung unzureichender Bildung ist die mangelnde Professionalisierung im Elitenhandeln, die häufig von Konformismus und einer Anfälligkeit für Korruption begleitet wird: „Sie täuschen was vor, fürchten sich vor Einsprüchen. Ich weiß nicht, entweder sind sie alle so korrumpiert und jeder wartet auf Bestechungsgeld, und es geht sogar nicht um eine Person, sondern um politische Konstellationen in unserem Land oder die mangelnde Kompetenz...“ (Interview jk, Warschau 2002).

Die genannten Stilelemente prägen auch die anderen beiden populistischen Parteien der Regierungskoalition: die Liga der polnischen Familien“ (LPR), die in ihrem Selbstbild und in der Besetzung der Spitzenpositionen Nepotismus und Familialismus in exzessiver Weise zugrunde legt: Vater und Sohn Giertych repräsentieren die LPR in der nationalen und europäischen parteipolitischen Arena; zahlreiche andere Familienangehörigen und Verwandte agieren als Mitarbeiter, Abgeordnete oder Regierungsvertreter für die LPR. Im Fall der in den Massenmedien häufig als „links“-populistisch bezeichneten Bauernbewegung „Samoobrona“ („Selbstverteidigung“) gehen Patronage, Nepotismus und Familialismus eine Synthese ein, die im Anschluß an Tarkowskis Urteil eine besondere Variante des „amoralischen Familialismus“ belegt: Die von „Gazeta Wyborcza“ im Frühjahr 2007 belegten Fälle von „Sex für Arbeit“ unterstreichen, dass in dieser Partei Karriere, sexuelle „Dienste“ und familiäre Bindungen ein Niveau erreicht haben, das alte und neue Mentalitäten und materielle Orientierungen zu bündeln scheint: Politische Positionen werden nach Maßgabe finanzieller oder sexueller Bindungen vergeben, die Partei repräsentiert „nach innen“ ein relativ geschlossenes Milieu, das in Abwandlungen auch für die Kaczynski-Partei PiS typisch ist, und in Korruption gipfeln kann.

#### **4. Politischer Autoritarismus und Machtkonkurrenz**

Wo Stilelemente des Nepotismus, des Klientelismus und der Korruption überwiegen (Rücktritt des Präsidentenamtsleiters A. Urbanski und Wiederaufstieg als Fernsehchef 2006; Abwerbungsversuch von Renata Beger durch den PiS-Politiker Lipinski im Oktober 2006, J. Kaczynskis Kampagne gegen die „Lügen-Eliten“) kann auch von politischem Autoritarismus ausgegangen werden. In den Haltungstypen der zentralen Figuren J. Kaczynski, Giertych und Lepper wird politischer Autoritarismus sinnfällig: Alle drei

Parteichefs erwarten nicht nur Loyalität, sondern auch „Gehorsam und Verfügbarkeit“ (A. Hall, Vorsitzender Kaczynski – Führer ohne Visionen, in: *Gazeta Wyborcza* vom 19.7.2006). Entgegen den reklamierten politischen Selbstbildern von „volkstümlichen“ Politikern dulden sie keinen Widerspruch, keine Kritik und verfügen auch nicht über politische Visionen. Slogans wie „Polen braucht eine unbedingte moralische Ordnung“ und „Unser Prinzip aller Prinzipien ist: Es ist gut, eine Pole zu sein!“ aus der Regierungserklärung von J. Kaczynski im Sejm am 19.7.2006 stehen für das Dilemma eines politischen Autoritarismus, der Anleihen im Patriotismus und der Moral sucht: Es bleibt bei Leerformeln, die je nach Erfordernissen der Tagespolitik abgewandelt werden und in Situationen der Machtkonkurrenz Verwendung finden.

*Fallbeispiele exzessiver Machtkonkurrenz*, die Spaltungen im „nach-revolutionären“ Elitenspektrum Polens und der Tschechischen Republik verstärkten, waren sowohl in der Präsidentschaft Walesas als auch in der Regierungszeit von Premier Vaclav Klaus gegeben.

Nach dem vorbereitendem „Krieg an der Spitze“ (der *Solidarność*) von 1990, der zum ersten Mal Elemente der politischen Konfrontation in symbolischer Hinsicht zur Geltung brachte, wurde das Feld für Mobilisierungsprozesse künstlich aufgeladen (Wnuk-Lipinski 1991). Das konflikthafte Verhalten von Walesa als Präsident beschränkte sich nicht nur auf individuelle Fälle von Animositäten, Rivalitäten und unberechenbaren Interventionen. Mehr noch: Walesa instrumentalisierte seine Vetorechte auf der Grundlage der 1991 verabschiedeten „Kleinen Verfassung“ in Polen so weitgehend, dass alle Premiers in seiner Amtszeit von 1990 bis 1995 in ein konflikthafte Verhältnis der Konkurrenz gedrängt wurden – ohne dass artikulierte Interessenunterschiede ersichtlich wurden. Der Konflikt zwischen Vaclav Havel als tschechischer Präsident und Vaclav Klaus als Premier manifestierte sich in unterschiedlichen Konstellationen, der Hintergrund war jedoch mit dem polnischen Fall vergleichbar: Außer zu politischem Hass (von Seiten Vaclav Klaus) gesteigerten Konkurrenzgefühlen handelt es sich um einen Dauerkonflikt zwischen zwei dominanten Figuren aus dem früheren tschechischen „Bürgerforum“ (OF), der sich punktuell auf legale Dimensionen der neuen demokratischen Ordnung auswirkte: „Er (Vaclav Klaus, H.F.), wollte zum Beispiel dem Parlament das Gesetz über die Präsidialkanzlei nicht vorlegen, obwohl es fertig und vorbereitet war und obwohl ich ohne es mein Amt fast nicht ausüben konnte; er stellte vielfältige Bedingungen, ich würde das sogar höfliche Erpressung nennen. Er begriff mich als seinen Hauptgegner und versuchte alles Mögliche gegen mich zu unternehmen“ (Václav Havel, Fassen Sie sich bitte kurz – Gedanken und Erinnerungen, Reinbek 2007, S. 238). Und: „Jeder weiß, dass ich – in einem Staat, der erst mühevoll seinen Platz an der Sonne sucht – keinen Krieg zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister wegen eines Zeitungsausschnitts über eine Kondolenz riskieren werde. Ich glaube nicht, dass sich hinter diesem Verhalten (V. Klaus, H.F.) eine kaltblütig durchdachte Strategie verbarg.

Das ist einfach Sache des Charakters und Instinkts. Er (V. Klaus, H.F.) kann nicht anders. Entweder fürchtet er jemanden, oder er erniedrigt ihn“ (ebenda, s. 240).

## **5. Ergebnisse und Schlussfolgerungen**

Aus den bisherigen Ausführungen lassen sich einige Problemstellungen bestimmen, die ich in folgenden Schlussfolgerungen zusammenfasse:

1. Die neuen Eliten *behindern* die Herausbildung von Gruppen-Interessen (Wnuk-Lipinski 1991, 165ff). Die neuen Machteliten beziehen sich in der politischen Kampagnenführung in der Regel auf die vermutete Anhängerschaft und nicht auf programmatische Interessenpositionen. Im Mittelpunkt der parteipolitischen Konkurrenz stehen Klientengruppen und die Herkunftsmilieus der Politiker; und keine Reformperspektiven, die in beiden Transformationsgesellschaften erforderlich sind. Die neuen politischen Machteliten repräsentieren vorwiegend die Teilinteressen ihrer Anhängerschaft. Sie können daher auch nicht als repräsentative Führungsgruppen bestimmt werden, wie ich oben an Mustern des „unmoralischem Familialismus“ gezeigt habe.

2. In der politischen Arena beider ostmitteleuropäischen Gesellschaften dominieren heute *Konfrontationseliten*, die jene auf Verständigung und Konsens ausgerichteten Transitionseliten der ersten Übergangsphase haben. Die Wahl *populistischer Mobilisierungsstrategien* unterstreicht diese Tendenz: Konfrontations-Eliten unternehmen Versuche, die Bevölkerungsmassen permanent zu mobilisieren (Wnuk-Lipinski 1991, 167). Ein zentraler Widerspruch, der die *Politik des populistischen Modells* (J. Szacki, Populizm nasz polski, in: Gazeta Wyborcza vom 24-25. 6.2004, S. 17f.) kennzeichnet, besteht hierbei im folgenden: Das institutionelle Erbe des Kommunismus soll nicht "ruiniert" werden, sondern der „sozialen Gerechtigkeit“ entsprechend umgestaltet werden: durch gleichmäßige Verteilung der Lasten. Dies führt, wie Wnuk-Lipinski zutreffend untersucht, zu einem Widerspruch zwischen der „ökonomischen Effektivität“ und den Gruppeninteressen derer, die in uneffektiven Institutionen arbeiten (Wnuk-Lipinski 1991, 164). Der Schutz von solchen Gruppeninteressen ist demnach eine Barriere im Transformationsprozess, wie insbesondere die Politik der Regierungen von J. Olszewski (1991/92) und J. Kaczynskis (2006/2007) in Polen belegen. In der Tschechischen Republik unternahm vor allem die Regierung des sozialdemokratischen Premiers M. Zeman von 1998 bis 2002 Versuche, die Gruppeninteressen von sozial benachteiligten Milieus der Transformationsprozesse zu schützen. In diese Richtung deuteten auch die Politik seiner Nachfolger: der Sozialdemokraten Spidlas, Gross und Pr. von 2002 bis 2006.

3. Wir gelangen damit zu Fragen, die Grundlagen der demokratischen politischen Kultur in Übergangsgesellschaften betreffen: Handelt es sich heute in Polen und der Tschechischen Republik um „konsolidierte Demokratien“, wie westliche Parteienforscher bereits vor einigen Jahren behauptet haben. Auf der institutionellen Ebene sind in Polen und der Tschechischen Republik sind Maßstäbe der Demokra-

tisierung eingelöst worden, allerdings nicht im Sinn einer demokratischen politischen Kultur. Hieran kann eine Schlussfolgerung angeschlossen werden, die demokratiethoretische Schlussfolgerungen beinhaltet: Statt *Professionalisierung* politischer Autorität nach Maßstäben der Ausdifferenzierung von Rollen, Institutionen und Entscheidungsebenen können für die politische Szene in beiden Gesellschaften gegenteilige Tendenzen festgehalten werden; das heißt, eine Re-Traditionalisierung von Politik und eine Überbetonung *persönlicher* Quellen von Autorität, wie dies besonders am Handeln zentraler Figuren aus den national-populistischen Eliten feststellbar ist: Die Vermengung persönlicher Ambitionen mit Kalkülen der Machtaufteilung unterstreicht das Selbstinteresse im Handeln der neuen politischen Führungsgruppen, das alle demokratischen Maßstäbe des politischen Handelns verletzt. In diese Richtung deuteten auch die Machtspiele auf der Grundlage des „Oppositionsvertrags“ zwischen dem 1998 ins Amt gelangten sozialdemokratischen Premier Milos Zeman und des abgewählten Premiers V. Klaus: So wurde zwischen 1998 und 2002 auch nicht die durch Geld-Affären der ODS ausgelöste Legitimationskrise überwunden (Zemans Slogan: „Politik der sauberen Hände“). Im Gegenteil: der Politik selbstinteressiert handelnder Machteliten entsprechend wurde im „Prager Fernsehstreit“ im Winter 2000/2001 die Legitimität unabhängiger Einrichtungen der Bürgergesellschaft unterminiert: Mechanismen der Patronage und der Korruption waren auch für die nachfolgenden tschechischen Kabinette prägend. Einmal abgesehen von dem Tatbestand, dass die gespaltenen tschechischen Eliten nach der letzten Parlamentswahl sich ein halbes Jahr wechselseitig in der parlamentarischen Arena blockierten und so die Bildung einer Regierung verhinderten. In diesem Fall kumulierten Haltungen des mangelnden Professionalismus, politischer Inkompetenz und exzessiver Machtkonkurrenz. Gemeinsam ist diesen Fallbeispielen, dass die Elitenkämpfe nach der ODS-Parteien-Affäre von 1997 in der Tschechische Republik zum zweiten Mal eine Grundlagenkrise auslösten; eine Krise, die die demokratischen Institutionen und die Glaubwürdigkeit der neuen politischen Klasse beeinträchtigte.

4. Damit leiten wir zu einer weiteren Schlussfolgerung über: Die *Hypothese fortschreitender Professionalisierung* im Übergang von der ersten zur „zweiten“ Generation politischer Eliten in Ostmitteleuropa (Frentzel-Zagórska/Wasilewski 1999) wird weder durch theoretische noch empirisch-vergleichende Fallstudien bestätigt. Im Gegenteil: In der parteipolitischen Arena und in der politischen Kultur der Transformationsgesellschaften Ostmitteleuropas zeichnen sich alte und neue politische Trennungslinien ab, die weder „Pluralismus“ als Strukturmerkmal noch „Professionalisierung“ als Rahmen des Elitenhandelns in Polen und der Tschechischen Republik unterstreichen. Tendenzen der Entprofessionalisierung im Haltungstyp der neuen Machteliten überwiegen. Die exzessive Konkurrenz um Einfluss und Macht hat im politischen Kräftefeld beider Gesellschaften dazu geführt, dass eine Wiederkehr populistischer Handlungsorientierungen festzustellen ist:

5. *Populistische Ersatzthemen* sind im Machtspiel der neuen Eliten immer dann von Bedeutung, wenn es darum geht von Entwicklungsproblemen der ökonomischen und/oder politischen Transformation abzulenken. Populistische Ersatzthemen werden mit dem Verweis auf einen angeblich hohen symbolischen Bedeutungsgehalt für die „nationale Gemeinschaft“, den „Geist der Nation“ (Polen), die „tschechische Identität“, die „Menschen“ oder die „Beschleunigung des Umbruchs“ (J. Kaczynski 1990; J. Kaczynski 2006) vorgetragen oder inszeniert. Das gilt besonders für Konflikte über die strafrechtliche Bewältigung des „kommunistischen Erbes“, Lustrationsgesetze und die Entkommunisierung des politischen und öffentlichen Lebens: radikale Entkommunisierung, „totale“ Lustration (Tschechische Republik 1991, 1993) und „Anti-Korruptions-Kampf“ (Karnowski/ Zaremba (red). Alphabet Braci Kaczynskiego Warszawa 2006; Gazeta Wyborcza vom Mai 2007).

Der Populismus spielt in unterschiedlichen Varianten (ideologischer, unideologischer, „guter“ (V. Klaus) Populismus) eine dominierende Rolle für das Handeln der neuen Eliten:

a) Populistische Parteien als neue Elemente in der nach-revolutionären Szene: Die demokratische Bürgerpartei (ODS) als „integrierender Kern neuer rechter Parteien“ (V. Klaus 1991);

b) „Deklassierte“ Bauern und andere Gruppen als Verlierer der Transformation werden mit Zauberformeln der Massenmobilisierung, wie Lepper, Giertych und Kaczynski sie ähnlich vortragen angesprochen: die anti-systemische Attitüde wird mit der Suche nach einfachen politischen Feindbildern verbunden: „Balcerowicz ist an allem Schuld“, die „Lügen-Eliten“ und der „Lumpenliberalismus“ (J. Kaczynski 2006).

c) Klassischer Aufbau populistischer Gruppierungen und Denken in Schwarz-Weiß-Dichotomien (Interview Pgl. Warschau 2002; J. Szacki, Populizm nasz polski, in: Gazeta Wyborcza v. 24-25.4.2004, S. 17)

6. Unter vergleichenden Gesichtspunkten lassen sich die politischen Strategien und das Handlungsrepertoire der neuen Machteliten in Polen und der Tschechischen Republik nicht zuerst in Dimensionen von „Positionen“ und „Funktionen“ (Eyal/Szeleny 1998; Wasilewski 2000) zureichend bestimmen. Ferner ist auch das Konzept der „pluralistischen Eliten“ (Highley) unangemessen, da die neuen Konfrontationseleiten (insbesondere die populistischen und „nationalen“ Akteure) Pluralismus als Norm und Verfahren ignorieren. Sie blenden auch Kompromiss und Konsens als Konzepte der demokratischen Entscheidungsbildung aus. Die Wandlungen in den Lagern der neuen Machteliten von der „ersten“ Generation der ehemaligen „Dissidenten“ („Transitionseleiten“) zur „zweiten Generation“ (Frentzel-Zagorska/Wasilewski 2000) seit Ende der neunziger Jahre wurden in der partei-politischen Arena beider Gesellschaften von Tendenzen der Re-Ideologisierung begleitet. Ende der neunziger Jahre kristallisierte sich ein neuer Typ von Machteliten heraus, der durch bestimmte Muster des politischen Denkens, der Orientierung und der Strategiebildung gekennzeichnet ist: Elemente der politischen Polarisierung, der

Konfrontation und symbolischer Politik sind hierbei bestimmender als Toleranz, Dialog und Verhandlungskultur. Dem fehlenden Professionalismus im Elitenhandeln entspricht in beiden Transformationsgesellschaften ein extremer Mangel an Verhandlungskultur, wie das Auftreten polnischer und tschechischer politischer Führungsgruppen in der europäischen politischen Arena in den letzten Jahren unterstreicht.

## **6 Schlussbemerkung**

Mit der Abwahl von Jarosław Kaczyński als Premier und dem Ausscheiden der neben PiS typischen populistischen Parteienverbände aus dem polnischen Sejm (Selbstverteidigung, Liga der polnischen Familien) verlieren die Tendenzen des Populismus als Beeinträchtigung der „jungen Demokratien“ nicht an Bedeutung. Die aktuellen Anzeichen für exzessive Formen der Machtkonkurrenz zwischen dem polnischen Präsidenten(amt) Lech Kaczyński und dem neuen Premier Donald Tusk unterstreichen ebenso wie die anhaltenden Polarisierungsbestrebungen des tschechischen Präsidenten V. Klaus gegenüber sämtlichen Rivalen im Amt des Premiers (einschließlich des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Mirko Topolánek aus dem eigenen ODS-„Lager“) den Befund gespaltener Eliten.

## **Literatur**

- Banfield, Edward C. (1958): *The Moral Basis of a Backward Society*, Glenoce, Ill.
- Eyal, Gil/Szeleny, Ivan u.a (1998): *Making Capitalism Without Capitalists – Class Formation and Elite Struggle in Post-Communist Central Europe*, London/New York.
- Fehr, Helmut (2003): »Wir« versus »Sie«. Selbst- und Fremdbilder neuer politischer Eliten in Polen, der Tschechischen Republik und Ostdeutschland«. S. 401-422. In: Stefan Hradil/Peter Imbusch (Hg.): *Oberschichten – Elite – Herrschende Klasse*, Opladen,
- Fehr, Helmut (2006): *Die zweite Generation. Transformation und sozialer Wandel in der Sicht neuer politischer Eliten*. S. 1025-1041. In: K.S. Rehberg (Hrsg): *Soziale Ungleichheit – kulturelle Unterschiede*, Frankfurt/M./New York . Teil II.
- Fehr, Helmut (2006): *Zwischen Milieupartei und Interessenpolitik. Der politische Einfluss post-kommunistischer Eliten in Deutschland und der Tschechischen Republik*. S. 67-84. In: M. Weigl/ M. Glaab (Hrsg.): *Folgenlose Nachbarschaft?* Münster.
- Frentzel-Zagórska, Janine/Wasilewski, Jacek (Hg.) (2000): *The Second Generation of Democratic Elites in Central and Eastern Europe*. Warsaw.
- Havel, Václav (2000): *Niemand will den Tschechen Souveränität und Identität nehmen*. In: *Prager Zeitung* vom 2.11.2000, S.8.
- Havel, Václav (2002): *New Year's Adress by Václav Havel*, Prag: Manuskript.
- Havel, Václav (2007): *Fassen sie sich kurz – Gedanken und Erinnerungen*. Reinbek.
- Havel, Václav/Klaus, Václav (1996): *Civil Society After Communism*. S. 12-20. *Rival Visions*. In: *Journal of Democracy*, Vol. 7, No.1, (January 1996).
- Highley, John/Kullberg, Judith/Pakulski, Jan (1996): *The Persistence of Postcommunist Elites*. In: *Journal of Democracy*, Jg. 7, S. 133–147.

- Highley, John/Pakulski, Jan (1999): Elites in the Study of Consolidated Democracy. In: Aleksandra Jasinska-Kania u.a., Power and Social Structure, Warszawa, S. 117-137.
- Jarosz, Maria (2005): Macht, Privilegien, Korruption. Wiesbaden.
- Klaus, Václav (1991): Signale aus dem Herzen Europas. Wiesbaden.
- Klaus, Václav (1994): Über Toleranz. Prag.
- Klaus, Václav (1995): Tschechische Transformation & Europäische Integration: Gemeinsamkeiten von Visionen und Strategien. Passau.
- Klaus, Václav (1997): The Common Crisis: Is There Any? S. 134. In: Ders, Renaissance – The Rebirth of Liberty in the Heart of Europe. Washington.
- Klaus, Václav (2001a): Die osteuropäischen Staaten und der europäische Integrationsprozeß. Prag: Manuskript.
- Klaus, Václav (2001b): European Union and Its Enlargement. Prag: Manuskript.
- Klaus, Václav (2001c): The Role of Press during both the Liberation and the Post-Communist Reconstruction of the Czech Republic. Prag: Manuskript.
- Kurcewski, Jacek (1999): Posłowie a opinia publiczna. Warszawa.
- Marczweskiej-Rytko, M. (red) (2006): Populizm na przełomie XX i XXI wieku. Torun.
- Rüchemeyer, Dietrich et.al. (1992): Capitalist Development and Democracy. Oxford. S. 36ff.
- Szacki, Jerzy (1994): Ppopulizm nasz polski, in: Gazeta Wyborcza vom 24-25. 6.2004, S. 17f.
- Tarkowski, Jacek (1994): ›Amoralny familizm‹, czyli o desintegracji społecznej w Polsce w lat siedemdziesiątych. In: Jacek Tarkowski, Socjologia świata polityki, Warszawa, tom. 1, S. 263-281.
- Tarkowski, Jacek (1994); Socjologia świata polityki, Warszawa, tom 2: patroni i klienci.
- Thomas, W.E./ Znaniecki, F. (1974): The Polish Peasant in Europe and America, New York.
- Vecernik, Jiri /Matjeu, Petr (1999): Ten Years of Rebuilding Capitalism. Czech Society after 1989. Praha.
- Wnuk-Lipinski, Edm. (1991): Rozpad połowiczny, Warszawa.



# **„Ihr werdet aufgefordert werden, mitzuwirken, an dem Wiedererblühen Eures Vaterlandes“<sup>1</sup>**

## **Österreich-Ungarns Umgang mit den besetzten Eliten des Balkans während des Ersten Weltkriegs im Vergleich mit aktuellen internationalen Friedensmissionen**

Tamara Scheer

### **1. Einleitung**

Die Ausführungen behandeln die Rolle der Elite in einer gesellschaftlichen Umbruchsphase, wie sie die Besatzung darstellt. Die Erwartungen, die die Besatzungsmacht an die heimische Elite hat und der Umgang mit ihr sind weitere Aspekte, die behandelt werden. Der geographische und zeitliche Schwerpunkt liegt hierbei bei der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung in Montenegro, Serbien und Albanien während des Ersten Weltkriegs.<sup>2</sup> Durch die Berücksichtigung der (wissenschaftlichen) Diskussion über internationale Missionen wird die historische Rekonstruktion durch aktuelle (Problem-)Bezüge angereichert.

Der Begriff Elite wird in diesem Zusammenhang jene Bevölkerungsgruppen herausstellen, mit denen die Militärverwaltung unmittelbar zu tun hatte und von denen er bestimmte Verhaltensweisen erwartete bzw. auf die er bei der Erfüllung seiner Interessen angewiesen war. Dies betraf in Fremdherrschaften v.a. die Verwaltungs- (auf allen Beamtenebenen), Bildungs- (Lehrer und Akademiker) und Religionseliten (religiöse Führer, Priester) und zu einem geringeren Teil die Militäreliten. Da Industrien zumeist verstaatlicht, d.h. unter die Aufsicht der Militärverwaltung gestellt wurden, war die wirtschaftliche Elite nicht so sehr von Belang. Die Möglichkeiten von Schriftstellern und Journalisten, sozusagen der „geistigen“ (Meinungsbildungs-)Elite (Intellektuelle), waren durch Zensur und Kontrolle der Medienwelt stark eingeschränkt.

In den bisher von mir zu diesem Thema ausgewerteten Quellen aus dem Ersten Weltkrieg scheint der Begriff „Elite“ übrigens nicht auf. Vielmehr wird er mit die „angesehensten“ und „einflussreichsten“ Personen umschrieben.

---

1 Junker/ Langrod (Hg.) 1916.

2 Mehr über die Besatzung dieser Länder im Ersten Weltkrieg durch Österreich-Ungarn: When the Fighting Stops: The Austro-Hungarian Experience with Military Government in Occupied Territories during World War I, in: Čaplović/ Stanová/Rakoto (Hg.) 2007, 207-14. Der Aufsatz findet sich auch im Internet: <http://www.servicemilitaire.sga.defense.gouv.fr/07autresdossiers/groupetravailhistoiremilitaire/pdfs/2006-gthm.pdf>. Rumänien wurde bewusst ausgeklammert. Der Grund liegt in der geringen Möglichkeit Österreich-Ungarns auf die Besatzungspolitik Einfluss zu nehmen. Der Verbündete, das Deutsche Reich, prägte die Militärverwaltung in Rumänien. Eine aktuelle Studie befasst sich eingehend mit der Besatzung in Rumänien: Heppner 2007, 317-322.

## 2. Fragestellungen zur Thematik „Umgang mit der besetzten Elite“

A.. Welche Interessen verfolgt(e) die Besatzungsmacht im eroberten Gebiet?

Um auf die zentrale Fragestellung, welchen Zweck die Elite für den Besatzer hat, einzugehen, muss zunächst geklärt werden, welche Interessen der Fremdherrscher verfolgte. Darunter fallen öffentlich Kommunizierte, ebenso wie „Verdeckte“. Grundsätzlich galt das besetzte Gebiet zur Zeit des Ersten Weltkriegs als Etappenraum, welchem bestimmte militärische Aufgaben zukamen. Dazu zählte vor allem die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung im Rücken der kämpfenden Truppen an der Front, aber auch die Aufrechterhaltung der Versorgung durch Verkehrsverbindungen und Kommunikationslinien. Serbien, Montenegro und Albanien sollten keine Empfänger sein, sondern zu Gebern werden.

Als aktuelles Beispiel wird in simplifizierter Form der Auftrag der International Security Assistance Force (ISAF),<sup>3</sup> der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan wiedergegeben. Dieser unterscheidet sich dadurch von den historischen Beispielen, dass die Elite nicht ersetzt wurde, und daher der Auftrag darin besteht: *„Die vorläufige Regierung von Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung zu unterstützen, so dass die vorläufige afghanische Regierung und das Personal der Vereinten Nationen in einem sicheren Umfeld arbeiten können.“*<sup>4</sup> Sicherheit zu garantieren, bleibt allerdings die Hauptaufgabe schlechthin.

B. Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen herrschten vor?

Wie bereits erwähnt, war das besetzte Gebiet Teil des Etappenraums. Es galt daher die Etappenvorschrift.<sup>5</sup> Im Jahr 1913 ausgearbeitet, nahm sie bereits auf die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung Bezug, die Österreich-Ungarn 1909 ratifiziert hatte. Die Organisationsrichtlinien für die Militärgouvernements in Serbien und Montenegro, die so genannten Grundzüge, argumentierten ebenfalls mit der Haager Landkriegsordnung.<sup>6</sup> Hinsichtlich der ansässigen Elite ist v.a. der Artikel 43 zu nennen. Wobei dieser so ausgelegt wurde, dass es zwar zweckmäßig und üblich war höhere Staatsbeamte, Richter und Spitzen einer Provinz bei der Besetzung ihres Amtes zu entheben, was dagegen die Kommunalbeamten betraf: *„Von Seiten dieser ist es eine unpatriotische Handlung, wenn sie ihre Stellung aufgeben.“*<sup>7</sup>

3 Die Homepage der ISAF: <http://www.hq.nato.int/ISAF/index.html>.

4 [www.bundesheer.at/download\\_archiv/ausle\\_unterlagen/a\\_r\\_aucion\\_li.pdf](http://www.bundesheer.at/download_archiv/ausle_unterlagen/a_r_aucion_li.pdf).

5 ÖStA/KA/Mil. Impresen, Kt. 493. Etappenvorschrift E-57, Entwurf, Wien 1915.

6 ÖStA/KA/NFA, Kt. 1691. MGG Montenegro, Fasz. k.u.k. Kreiskommando Plevlje, 1915/1916: Organisation und Grundzüge für die Militärverwaltung in den von österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten von Serbien, gültig auch für Montenegro.

7 Artikel 43: „Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze“ (Strupp 1914, 100-102).

Heutige Friedensoperationen orientieren sich ebenfalls noch an den Haager Vorgaben, den völkerrechtlichen Regelungen. Daneben sind noch die jeweilige UN-Resolution und die Genfer Konvention zu nennen.

### C. Internieren, erschießen, einbinden - Was tun mit der entmachteten Elite?

Österreich-Ungarn hatte in seinen Besatzungsgebieten von vorneherein sämtliche hohen Entscheidungsfunktionen in Verwaltung und Regierung übernommen. Die Etappenvorschrift verfügte jedoch einschränkend: „*Falls sich im Feindeslande die Lokalbehörden aufgelöst haben, ist bis zu deren Wiederaufstellung die Verwaltung mit Hilfe der verbliebenen angesehensten Bewohner zu regeln.*“<sup>8</sup> Die Organisationsrichtlinien für die Militärgouvernements in Serbien und Montenegro, die so genannten Grundzüge, sahen ebenfalls lediglich eine Belassung der Gemeindeverwaltung vor. Zumindest in Montenegro wurden ehemalige Minister bei Bedarf zu Beratertätigkeiten herangezogen.<sup>9</sup> Im „befreundeten Albanien“ wurde versucht, auch hohe Verwaltungspositionen mit verdienten angesehenen Persönlichkeiten (Notabeln<sup>10</sup>) und Stammesführern zu besetzen. Am besetzten Balkan war das österreichisch-ungarische Militär aber ohnehin weniger mit der Frage beschäftigt, was mit den ehemaligen Eliten geschehen soll. Vielmehr sah es sich vor die Tatsache gestellt, dass kaum noch ehemalige (Führungs-)Eliten (v.a. in Serbien) im Land verblieben waren (Jungerth 1918, 4).<sup>11</sup>

Was war mit jenen, die nicht mitarbeiteten? Tausende Serben und Montenegriner wurden auf dem Gebiet der Donaumonarchie interniert. Viele von ihnen waren Ärzte und Lehrer und somit ein Teil der Bildungselite der besetzten Staaten. Trotz oder aufgrund der vielen Wegsperrungen versuchte das Armeeoberkommando zu Beginn der Besatzung eines zu verdeutlichen: „*Staatliche Funktionäre und Mitglieder der Gemeindebehörden sind [...] nicht zu internieren, vielmehr für das Weiterfunktionieren der militärischen Verwaltung im montenegrinischen Gebiet auszunützen,*“<sup>12</sup> ausüben. Einerseits sollten Stammeshäuptlinge zu Mitarbeitern „*herangezogen*“ werden, ihre Ämter aber nur unter der ständigen Beobachtung eines „*Vertreters der Monarchie, der ein genauer Kenner der dortigen Verhältnisse sein müssté*“ (Komjáthy 1966, 372).<sup>13</sup>

Auf der Homepage des österreichischen Landesverteidigungsministeriums finden sich Lehrunterlagen für militärisches Personal, das in den Auslandseinsatz geschickt wird. Zum Beispiel Afghanistan enthält es auch Rollenspiele. Eines umreißt eben jene schwierige Fragestellung, wie mit der entmachteten Elite

---

8 ÖStA/KA/Mil. Impresen, Kt. 493. Etappenvorschrift E-57, Entwurf, Wien 1915.

9 ÖStA/KA/NFA, Kt. 1691. MGG Montenegro, Fasz. k.u.k. Kreiskommando Plevlje, 1915/1916: Organisation und Grundzüge für die Militärverwaltung in den von österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten von Serbien, gültig auch für Montenegro.

10 „Notabeln sind Persönlichkeiten, die zwar allgemeines Ansehen genießen, aber nicht über tatsächliche Macht verfügen oder bestimmenden Einfluss ausüben“ (Handwörterbuch der Sozialwissenschaften 1961, Stichwort: Elite).

11 Jungerth war Vorstand der politisch-administrativen Abteilung des Militärgeneralgouvernements Serbien. Sowie: Roksandic 1918, 30.

12 ÖStA/KA/AOK, Kt. 521. B-Gruppe, Nr. 17, 18.1.1916.

13 Protokoll vom 7.1.1916, Gegenstand: Die Kriegsziele der Monarchie.

zu verfahren ist: „Einige der vorgestellten politischen bzw. militärischen Führer sind durch ihre Rolle in den vergangenen Kriegen kompromittiert, können sich aber auf die Unterstützung ihrer Soldaten, ihrer Clans oder ihrer ethnischen Gruppe verlassen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese in den Friedensprozess zu integrieren oder daraus zu entfernen, ohne seinen Erfolg zu gefährden?“<sup>14</sup> Bei modernen Friedensoperationen gilt, dass selbst schlechte einheimische Entscheidungen und Handlungen besser sind, als wenn sie vom Besatzer übernommen werden (Ignatius, 24. Jänner 2007).<sup>15</sup> Als Alternative steht in derartigen Situationen zumeist das Schreckgespenst einer „endlose[n] Militärokkupation“ ohne Möglichkeit der Übergabe in einheimische Hände im Raum (Ignatius, 29. Juni 2007).

Im aktuellen, wie im historischen Fall gilt: War die Elite nicht geflohen, so konnten die Verbliebenen zumindest jene drei Kriterien, die für den Besatzer von ausschlaggebender Bedeutung gewesen wären, nicht erfüllen: konstruktiv, fähig und im Besatzersinne arbeitend.<sup>16</sup>

D. Wer blieb (bleibt) im besetzten Gebiet zurück und warum?

Im besetzten Land zurück blieb zum Großteil die weibliche Elite. Die Ehefrauen, Mütter und Töchter der Ärzte, Politiker und anderer führender Persönlichkeiten (Knežević 2007, 5). Im Land „übriggeblieben“ waren auch pensionierte Staatsdiener oder Personen, die aufgrund ihrer Untauglichkeit nicht zur Armee einberufen worden waren. Für den Unterhalt dieser Rentner musste die Militärverwaltung ebenso aufkommen, wie für die zurückgebliebenen Familien der Soldaten. Hugo Kerchnawe, Generalstabschef des Militärgeneralgouvernements Serbien über die Zahlungen: „Diese Maßregel trug wohl nicht wenig zur Sanierung des Landes bei, schützte sie doch weite Kreise der Intelligenz vor äußerster Not und Verarmung und half dadurch, Elend, Prostitution und Tuberkulose besser zu bekämpfen als manche noch so gut gemeinte Verordnung“ (Knežević 2007, 224). Derselbe gestand aber ein, dass diese Übernahme „eine Last [war], der kein materieller Einnahmeposten gegenüberstand, kaum ein moralischer. Denn, wenn die Betroffenen die Gabe auch willig annahmen, so fühlten sie sich doch durch sie in keinerlei Weise moralisch verbunden, verpflichtet oder auch nur gebremmt“ (Kerchnawe 1928, 224, 262).

E. Warum wurde (wird) schließlich doch eher versucht, die Bevölkerung einzubinden?

Auf Dauer, und das traf auf Österreich-Ungarn ebenso zu, wie heutzutage, sei es im Irak, Afghanistan oder Bosnien, kann ein Besatzer die Verwaltung eines Landes ohne umfangreiche Hinzuziehung der Bevölkerung nicht aufrecht erhalten. Dies ist zum einen zu teuer und zum anderen sehr personalintensiv.<sup>17</sup> Der ehemalige Direktor des Österreichischen Kriegsarchivs, Oskar Regele, ging auf diese Probleme

---

14 [www.bundesheer.at/download\\_archiv/ausle\\_unterlagen/a\\_e\\_landesinfo\\_ab5.pdf](http://www.bundesheer.at/download_archiv/ausle_unterlagen/a_e_landesinfo_ab5.pdf).

15 Ignatius ist Kolumnist der Washington Post.

16 Langzitat: „Wenn Verhandlung mit Einheimischen: Kontaktperson muss folgendes mitbringen: able, relevant und significant. Ist schwer zu finden.“ Kühne Winrich (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Berlin), Vortrag an der Landesverteidigungsakademie Wien im Herbst 2006.

17 Klep, Christ (Roosevelt Academy, Middelburg), Vortrag an der Landesverteidigungsakademie Wien im Herbst 2006.

matik ebenfalls ein: „*An sich produktive Länder sind imstande, die eigene Wirtschaftslage zu heben, sobald sie aber einen umfangreichen Verwaltungsapparat [...] und viele Besatzungskräfte erfordern, dann können sie unter Umständen eine Belastung bedeuten und den Kampffronten Kräfte entziehen*“ (Regele 1968, 134). Eine lang andauernde Ausschaltung des einheimischen Elements birgt noch weitere Probleme. Über kurz oder lang schafft sie eine unzufriedene entmachtete Bevölkerung, die sich zwangsläufig gewaltsam gegen den Besatzer auflehnt. Oder, wie es Brigadier Walter Feichtinger über das internationale Konfliktmanagement formuliert: die „*Meinung schwingt um*“ und die UNO-Soldaten, „*werden nicht als Befreier sondern als Besatzer gesehen*“.<sup>18</sup>

F. Wie wurde (wird) der Einfluss der neuen Elite in der Bevölkerung stabilisiert?

Gezielte PR- und Öffentlichkeitsarbeit war gefragt. Österreich-Ungarn verfasste Proklamationen<sup>19</sup> und belobigte zivile einheimische Arbeitskräfte bei der Militärverwaltung in den Amtsblättern.<sup>20</sup> In Afghanistan wurden sogar Projekte im Namen einheimischer Provinz- und Distriktsgouverneure durchgeführt, obwohl diese gar nicht von ihnen stammten. Dies um einerseits deren schlechte Reputation in der Bevölkerung, aber auch jene der US-Truppen, zu verbessern (Gauster 2006, 211).

G. Kann (konnte) Besatzung als Konstruktionsraum für Elite verstanden werden?

Dass Elite nicht über Nacht entsteht, sondern ihm ein langsamer Transformationsprozess vorausgeht, dessen war man sich auch im Ersten Weltkrieg bewusst. Österreich-Ungarn führte Verwaltungskurse für Beamte ebenso ein wie in Albanien eine Offiziersausbildung.<sup>21</sup> Jeweils besonders gute Schüler und Aspiranten konnten die Möglichkeit erhalten, von der Militärverwaltung finanziell unterstützt zu werden. Albaner von „*entsprechender Vorbildung und guter Herkunft*“ konnten auf Wunsch ihrer Eltern auf Staatskosten in k.u.k. Kadettenschulen eingeteilt werden (Kerchnawe 1928, 291). Durch bildungspolitische Maßnahmen (Bau von Gymnasien, Vergabe von Stipendien) sollte eine neue staatstragende Bildungsoberschicht geschaffen werden, die sich dem Besatzer gegenüber loyal verhielt.

Veränderungen erfuhr und erfährt insbesondere die Rolle der Frau in besetzten Gebieten. Besonders den gut ausgebildeten und meist aus höheren Klassen Stammenden wurde die Möglichkeit geboten in Serbien und Montenegro, unterschiedlichste Berufsfelder zu bekleiden (Knežević 2007). Neue Perspektiven ermöglichte auch die Verfassung Afghanistans aus dem Jahr 2004, die auf Druck der internationa-

---

18 Brigadier Feichtinger ist Leiter des Instituts für Friedenssicherung- und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien. Feichtinger Walter, Vortrag anlässlich der Buchpräsentation im Herbst 2006 in Feichtinger/Jureković 2006.

19 ÖStA/KA/AOK, B-Gruppe, Kt. 512, Nr. 41732, 9.6.1917. Chef des Generalstabs an XIX. Korpskommando Skutari über die Gründe zum Abwurf einer Proklamation an die Albaner.

20 ÖStA/KA/NFA, Kt. 1628. MGG Serbien, Fasz. MGG Befehle, Nr. 112, 11.8.1918.

21 „Der mit 21.5. errichtete albanische Offiziersaspirantenkurs in Skutari (Reserveoffiziersschule) mit einem Stand von 27 Frequentanten endet mit 31.10.1917, zwecks weiterer militärischer Ausbildung und auch Vervollkommnung in der deutschen Sprache beantragt das Korpskommando, diese Frequentanten zur Besichtigung des Kriegsschauplatzes an der SW-Front in der Dauer von einigen Tagen zuzulassen.“ ÖStA/KA/AOK, Kt. 512, B-Gruppe, Nr. 43963, 1917. XIX. Korpskommando an AOK, 8.8.1917.

len Gemeinschaft ausgearbeitet worden war. Für das „Haus des Volkes“ der Nationalversammlung muss seitdem jede Provinz mindestens zwei weibliche Delegierte stellen.

H. Was tun, wenn die Elite nicht den Erwartungen des Besatzers entsprach (entspricht)?

Nicht selten sah sich die österreichisch-ungarische Militärverwaltung veranlasst, einzelne einheimische Repräsentanten ihres Amtes zu entheben. Neben der politischen Unzuverlässigkeit, musste die Militärverwaltung gegen Korruption, Unterschlagung und ungerechtfertigte Bereicherung vorgehen.<sup>22</sup> Als ein serbischer Ortsvorsteher Salz zurückhielt, anstatt es an die Gemeindemitglieder zu verteilen und auf eigene Rechnung verkaufte, wurde er wegen Amtsmissbrauch bzw. Veruntreuung gerichtlich verurteilt.<sup>23</sup> Und auch über die Entwicklung Afghanistans und die Qualität seiner Beamten, äußerte sich Markus Gauster (2006, 229): *„Der Demokratisierungsprozess verläuft demnach nur sehr langsam. Viele hohe und höchste Funktionäre in der Bürokratie und in der Regierung selbst sind in dubiose Geschäfte und/oder Verbrechen verwickelt.“*

Um derartigen Fällen vorzubeugen, gleichzeitig aber den Haager Vorgaben, die einen Eid auf die Besatzungsmacht untersagten, Genüge zu tun, ließ die österreichisch-ungarische Militärverwaltung sämtliche zivilen Organe anstelle eines Eides, eine Gelöbnisformel unterzeichnen: *„Allen militärischen Befehlen nachzukommen, für das Wohl des Bezirkes (Gemeinde) nach bestem Wissen und Können zu sorgen und nichts wider die k.u.k. Kriegsmacht zu unternehmen“* (San Nicolo 1918, 6). Die Unterzeichner quittierten gleichzeitig, dass sie in keiner „monarchiefeindlichen“ Vereinigung Mitglied waren bzw. diese unterstützen. Darunter fiel etwa Narodna Odbrana, die nach einem nachrichtendienstlichen Bericht, zu ihren Mitgliedern die angesehensten Politiker und Persönlichkeiten Serbiens zählte.<sup>24</sup>

Wie ist der Umgang mit der „neuen“ Elite nach dem Krieg?

Bei Kriegsende lösten sich die Militärverwaltungen rasch auf. Nur in den seltensten Fällen gelang eine ordentliche Amtsübergabe. Jener Teil der Elite, der sich während der Besatzungszeit gegenüber Österreich-Ungarn ruhig und kooperativ gezeigt hatte, sah sich nach dem Krieg von den Zurückgekehrten mit dem Vorwurf der Kollaboration und des Vaterlandverrats konfrontiert. Besonders schwer hatten es jene Frauen, die sich während der Besatzungszeit mit österreichisch-ungarischen Offizieren angefreundet hatten.<sup>25</sup>

## 2. Resümee

Nachdem die Fragestellungen anhand historischer Beispiele mit aktuellen Problembezügen verknüpft worden sind, können einige Feststellungen gemacht bzw. Behauptungen aufgestellt werden. Diese schei-

---

22 ÖStA/KA/NFA, Kt. 1676. MGG/S, Fasz. Abschnittskommando Banjica, Befehl Nr. 36, 6.2.1916.

23 ÖStA/KA/NFA, Kt. 1674. MGG/S, Nr. 106, 11.3.1918.

24 ÖStA/KA/NFA, Kt. 1630. MGG Serbien, Nachrichtenabteilung, Fasz. 633/1916.

25 Die Historikerin Jovana Knežević widmete dieser Fragestellung einen Großteil ihres Vortrags (Knežević 2007).

nen, unabhängig vom Zeit und Raum, systemimmanent zu sein. Einige davon seien abschließend nochmals genannt:

- Während überdurchschnittliche viele Angehörige der Elite mit dem Einzug der Fremdherrschaft ihre Heimat verlassen, bleibt die höhere Geistlichkeit zurück. Aufgrund ihrer Kooperationsbereitschaft wird sie vom Besatzer zu Verwaltungstätigkeiten herangezogen.
- Ohne Hinzuziehung der Bevölkerung kann auf Dauer keine Besatzungsverwaltung erfolgreich und zweckentsprechend aufrecht erhalten werden.
- Da die Militärverwaltung zur Übergabe der Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte gut ausgebildetes und in seinem Sinne arbeitendes Personal benötigt, dominiert der Aspekt der Erziehung und Modernisierung die Besatzungspolitik.
- Zusätzlich tritt die Militärverwaltung als wichtiger Arbeitgeber der Region in Erscheinung.
- Die Besatzungsmacht setzt ihre Strategie oftmals gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durch. Oftmals kommt es zur Unterstützung einer Bevölkerungsminderheit bei der Staatsbildung, wenn diese die Interessen der Besatzungsmacht vertritt.

## **Literatur**

- Čaplovič / Stanová / Rakoto (eds.) (2007): *Exiting War Post Conflict Military Operations* (6th Conference of the Military History Working Group The Partnership for Peace (PfP), Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes, Bratislava: 207-14.
- Corni Gustavo (1989/90): Die Bevölkerung von Venetien unter der österreichisch-ungarischen Besetzung 1917/18. In: *Zeitgeschichte* 17; H. 7/8 314f.
- Feichtinger Walter / Jureković Predrag (2006): *Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich*; Baden-Baden: Nomos.
- Gauster Markus (2006): *Konflikttransformation und Staatsbildung in Afghanistan*. In: Feichtinger Walter / Jureković Predrag, *Internationales Konfliktmanagement im Fokus: Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Domänen-Fondswirtschaft (Bd. 3, Stuttgart: 1961), Stichwort: Elite. Sowie: Kaelble Hartmut, *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart* (München: Bundeszentrale für Politische Bildung 2007).
- Ignatius David (24. Jänner 2007): *Zen- oder der Fluch des Irak-Krieges*. In: *Wiener Zeitung*.
- Ignatius David (29. Juni 2007): *Die Schwierigkeit, Kriege zu beenden*. In: *Wiener Zeitung*.
- Jungerth Michael (1918): *Entstehung und Organisation des k.u.k. Militärgeneralgouvernements für Serbien*. Belgrad.
- Junker Carl / Langrod Rudolf (eds.), *Sammlung der Verordnungen für die unter k.u.k. Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens* (Wien: 1916): XVI. Aufruf des Generalgouverneurs an die Bevölkerung.

- Kerchnawe Hugo (1928): Die k.u.k. Militärverwaltung in Serbien. In: Kerchnawe Hugo (ed.): Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten (=Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, Abteilung Volkswirtschaft und Geschichte). Wien.
- Knežević Jovana (2007): War, Occupation, and Liberation: Women's Sacrifice and the First World War in Yugoslavia (Thesepapier, zugesandt per E-mail im Sommer 2007).
- Komjáthy, Miklos (1966): Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914-1918) (=Publikationen des ungarischen Staatsarchivs, II. Quellenpublikationen, Bd. 10, Budapest: Akad. Kiadó 1966).
- Peters Marc Stefan (2005): Stefan Freiherr von Sarkotić und die südslawische Frage in der Donaumonarchie. Österreich-Ungarns letzter Kommandierender General und Landeschef von Bosnien-Herzegowina als politischer Offizier im Ersten Weltkrieg; phil. Diss. Wien.
- Regele Oskar (1968): Gericht über Habsburgs Wehrmacht: Letzte Siege und Untergang unter dem Armeoberkommando Kaiser Karls I. – Generaloberst Arz von Straußenburg; Wien; Herold.
- Roksandic, Julius (1918): Sanitäre Wacht an der Pforte des Orients und Occidents: Kriegs-Sanitäres aus dem k.u.k. Militärgeneralgouvernement in Serbien, Belgrad.
- San Nicolo, Mariano (1918): Die Verwaltung Albaniens durch die k.u.k. Truppen in den ersten zwei Jahren der Besetzung des Landes an der Hand der ergangenen Befehle. Wien.
- Scheer Tamara (2006): When the Fighting Stops: The Austro-Hungarian Experience with Military Government in Occupied Territories during World War I. In: Čaplovič / Stanová / Rakoto (eds.): Exiting War Post Conflict Military Operations (6th Conference of the Military History Working Group The Partnership for Peace (PfP) Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes. Bratislava.
- Schwanke Helmut (1982): Zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung in Albanien (1916-1918) (phil. Diss. Wien).
- Strupp Karl (1914): Das Internationale Landkriegsrecht. Frankfurt am Main.
- Živojinović Dragan, Serbia and Montenegro (1985): The Home Front, 1914-1918. In: Király, Béla (ed.): East Central European Society in World War I (=War and Society in East Central Europe, Vol. XIX, New York: Social Science Monographs).

# **Vermittlungs- und Vereinfachungserfordernisse im Elitehandeln im Kontext sekundärer Folgeprobleme der modernen Gesellschaft**

Jens Aderhold

## **1. Einleitung**

Bis auf wenige Ausnahmen dominieren in Öffentlichkeit und Wissenschaft zwei miteinander verbundene Befunde. Die normalerweise nur schwer auszumachenden Eliten sind grundsätzlich die Falschen, sie glänzen in unnachahmlicher Weise durch ein Fehlverhalten, das nun gar nicht den hochstehenden Erwartungen der Gesellschaft zu folgen scheint. Diese inadäquate Beschreibung kann man wohl nur dadurch erklären, dass man Eliten noch immer als (Einzel-) Personen konzipiert. Noch drastischer klingen die nicht mehr verstummenden Wehklagen, dass uns an allen strategischen Stellen Eliten fehlen, mit der Folge, dass man sich allmählich von den immer aufs Neue herbeigesehnten Spitzenleistungen verabschieden müsse. Es fehlen auch nicht die Beiträge, die lamentierend auf die Misere hinweisen oder gar durchaus zu begrüßende Anstrengungen, wissenschaftspolitisch in die Mechanismen der Neu- oder Reproduktion einzugreifen, wobei auch und gerade an dieser Stelle besonders auffällt, dass Hoffnung auf der Basis von Unwissenheit zum Medium einer forcierten Elite(re-)formierung erhalten muss. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken somit die für wichtig erachteten Institutionen der Elitebildung sowie die als Schließung diskreditierten Reproduktionsmodi, wobei die Frage ungeklärt bleibt, was außer der Rekrutierungsproblematik an Problemen überhaupt in den Blick geraten kann (vgl. Hartmann 2004). Diese, wie leicht zu sehen ist, nicht nur für akademische Zwecke bedeutsame Frage werde ich im Folgenden funktionalistisch reinterpreten.

Der analytische Ausgangspunkt wird in gesellschaftstheoretischen Positionen gesucht, die das angesprochene Verhältnis auf der Basis eines herauszuarbeitenden Bezugsproblems aufsuchen. Die Schwierigkeit liegt hier aber darin, dass sich mit diesem Sammelphänomen unterschiedlichste Probleme verhandeln lassen. Elite wird vor diesem Hintergrund selbst zu einem Problembegriff, der Differenzierungsbedarf anzeigt. Zu viele verschiedenartige Phänomene versammeln sich in diesem Begriff, was bedeuten könnte, dass diese nicht mit einer spezifischen Funktion bearbeitet werden können. Die äußerst heterogenen Vorstellungen über Eliten legen folglich einen multifunktionalen Begriff nahe, er keine Generalisierung mehr ermöglicht (vgl. u. a. Baecker 2006; Dreitzel 1962; Keller 1991; Luhmann 1993a; Mosca 1967; Nassehi 2004; Stammer 1965). In weiteren Schritten wird es somit erst einmal darum gehen müssen herauszuarbeiten, welche Probleme im Einzelnen aufscheinen, um auf dieser Grundlage

das für eine Begriffsbildung erforderliche Differenzierungs- und Generalisierungsvermögen anlegen zu können.

## **2. Funktionsverlust der Eliten in der Moderne**

Niklas Luhmann (1993b: 72ff.; 1997: 678ff.), der, soweit ich sehen kann, selbst nicht auf den Begriff der Elite, sondern auf den der Oberschicht zurückgreift, schneidet das Thema auf das Problem semantischer Umbauerfordernisse als Ergebnis sozialer Differenzierungsprozesse zu. Er thematisiert den Bedeutungswandel der Eliten vor dem Hintergrund einer sich herausbildenden, funktional differenzierten Gesellschaft. Er hebt hervor, dass alle hochentwickelten Gesellschaften auf Stratifikation zurückgreifen, diese aber im Zuge der Umstellung auf funktionale Differenzierung ihren strukturprägenden Vorrang verliert. In stratifizierten Gesellschaften ermöglicht die Schichtenbildung insbesondere eine Steigerung von Sondererwartungen und, auf dieser Basis, gesteigerte interaktiv vermittelte Kommunikationsleistungen (Luhmann 1993a: 74). Schichtung wurde damit zum Differenzierungskriterium für gesellschaftliche Systembildungsprozesse.

Die Funktion, die mit dem Ordnungstypus der stratifikatorischen Differenzierung einhergeht, kann folglich in der Zugangserleichterung Gleicher und der hiermit einhergehenden Ermöglichung einer ansonsten unwahrscheinlichen Kommunikation gesehen werden. Stratifikation meint folglich nicht vordergründig (und nicht selten wird dies so unterstellt) Muster der Verteilung von Rang und Wohlstand, von Einfluss sowie von Prestige auf Personen. Vielmehr ist damit die „Ordnung von Kommunikation durch Systemdifferenzierung“ (Luhmann 1993a: 73) bezeichnet, wobei durch die rangmäßig gebildeten Teilsysteme die Kommunikation vor allem in der Oberschicht merklich erleichtert wurde. Die Schichten bildeten füreinander gesellschaftliche Umwelten. Die gesellschaftlich regulierten Inklusionsverhältnisse wiesen die Menschen über das Kriterium der Zugehörigkeit zu einem Stand, einer Kaste, einer Gilde oder einer bestimmten Schicht zu. Innerhalb der Schichten interagierte man unter Gleichen und zwischen den Schichten unter Ungleichen. Die hierdurch ermöglichte Systemdifferenzierung durch Schichtbildung prägt die Evolutionsbedingungen der Gesellschaft, die ihre Leistungsfähigkeit aus den interaktiv zu koordinierenden Kontakten und Entscheidungen ziehen konnte.

Die Stabilität der Gesamtordnung wird von der obersten Schicht der Gesellschaft getragen, wobei es vor allem darauf ankommt, dass die Kontaktnetze der Oberschichten „die grundlegenden Strukturprobleme ihres Gesellschaftssystems“ lösen kann (Luhmann 1993a: 74). In der Oberschicht geht es unter funktionalen Gesichtspunkten weniger um Tüchtigkeit, Ehre oder Leistung. Vielmehr müssen die netzwerkförmig geformten und interaktiv angebotenen Kontaktstrukturen dafür sorgen, dass die permanent zu produzierenden Entscheidungen die Möglichkeiten des erreichten Entwicklungsstandes nicht aufs Spiel zu setzen.

Im Zuge der sich durchsetzenden funktionalen Differenzierung verlieren die Oberschichten nun ihre gesellschaftliche Funktion. Dies ist dann der Fall, wenn „zentral liegende Einzelfunktionen, vor allem Politik, Religion und Wirtschaft, sich zu stärkerer Eigenständigkeit entwickeln und die Akteure zwingen, der Funktion (...) gegenüber den Regeln ihrer Gesellschaftsschicht den Vorzug zu geben“ (Luhmann 1993a: 81). Die Primärform der Gesellschaft wird von Rang auf Funktion bzw. von Herkunftsbestimmtheit auf Entscheidungsbestimmtheit umgestellt (Luhmann 1985: 130). Stratifizierende Differenzierung ist immer noch möglich, sie gerät aber in eine untergeordnete Stellung, die funktional gerechtfertigt werden muss. Schichtung ist damit keineswegs aus der modernen Welt verbannt. Die mitunter krassen Unterschiede der Lebenschancen lassen sich aber kaum noch funktional erklären. Sie fallen allem Anschein nach nur als Nebenprodukt rationalen Operierens der einzelnen Funktionssysteme an, in dem kleinste Unterschiede genutzt werden, um Arbeitsfähigkeit, Kreditwürdigkeit, Standortvorteile und Begabung im Sinne einer vor allem teilsystemspezifisch zu handhabenden Abweichungsverstärkung auszubauen (Luhmann 1997: 774).

Sofern nun Eliten bzw. Oberschichten und Stratifikation zusammengedacht werden, kann zunächst festgehalten werden, dass Eliten in der funktional differenzierten Gesellschaft zwar als durchaus lebensrelevantes Nebenprodukt auffallen, diese haben aber keine gesellschaftliche Funktion mehr inne. Die Antwort auf die Frage nach der Funktion von Oberschichten scheint somit recht eindeutig auszufallen, wobei zum einen die Begründung selbst und zum anderen die Ebene des Problembezuges kurz gestreift werden müssen.

Rekonstruieren wir den Problembezug. Die von Luhmann vorgelegten, semantisch orientierten Überlegungen verstehen sich als Bestandteil einer soziologischen Gesellschaftstheorie, die den Funktionsbezug fast ausschließlich auf der Ebene der Gesellschaft sucht und findet. Dieser Hinweis ist vor allem deshalb hervorzuheben, da Luhmann sowohl die Relevanz von Interaktion als auch von Schichtung unter gesellschaftstheoretischen Prämissen diskutiert. Zunächst muss konstatiert werden, dass der Funktionsbezug nicht ausschließlich auf die Ebene der Gesellschaft beschränkt bleiben muss. Vor diesem Hintergrund überzeugt seine funktionale Analyse von Schichtung nur bedingt. Zum einen konstatiert Luhmann selbst, dass Schichtung auch und gerade in der modernen Gesellschaft individuelle Lebensschicksale folgenreich formt (1997: 632). In diesem Zusammenhang stellt sich dann natürlich die Frage, warum sich die Gesellschaft derart massiv mit dem Problem der sozialen Ungleichheit herumschlägt. Haben wir es hier ausschließlich mit einem dysfunktional wirkenden Überbleibsel alteuropäischer Semantiken zu tun, oder wird man nicht vielmehr eine der Luhmannschen Analyse verborgenen Funktion vermuten dürfen, die darin besteht, die nur schwer zugängliche neue Ordnung der Gesellschaft alltags-tauglich verfügbar zu machen? Kehren wir nun zur Begründung zurück.

Die Oberschichten verlieren ihre Funktion wohl deshalb, weil die durchaus vorhandenen Schichten nicht mehr in der Lage sind, die gesellschaftlichen Teilsysteme zu regulieren. Mit anderen Worten: Schichtung muss „ihren Zugriff auf Interaktion unter Anwesenden aufgeben“ (Luhmann 1985: 130). Schichtenordnung und Interaktionsregulierung gehen somit auf Distanz, was vor die Frage führt, ob Interaktion und Schichtung gleichermaßen ihre funktionale Bedeutung für Gesellschaft eingebüßt haben. Die mit der modernen Gesellschaft einhergehende Diskrepanz von interpersonell vertieften Reziprozitätsvorstellungen und gesellschaftlichen Funktionserfordernissen provoziert die Reduzierung der Interaktionstheorie auf Geselligkeit (Luhmann 1993a: 122).

Die Gesellschaft zieht Funktionen aus der Interaktion ab, sie verlagert diese in die gesellschaftlichen Teilsysteme. Interaktion scheint nur noch für Konversation unter Anwesenden reserviert zu sein, gesellschaftliche Funktionsansprüche lassen sich für Interaktion demzufolge nicht mehr ableiten. Vielmehr wirkt die am Leitmodell der Interaktion orientierte Sozialesemantik dysfunktional, da sie die Gesellschaft als Personengesamtheit konstruiert und somit die sich von Interaktion distanzierende Gesellschaft nicht in den Blick bekommt.

Wir sind im Moment an einem Punkt angelangt, der den Entschluss nahelegt, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Obwohl insbesondere das herausgestellte Interaktionsverständnis irritiert, wird man die Diagnose vom Funktionsverlust als solche wohl kaum ernsthaft in Zweifel ziehen. Bei genauerem Hinsehen wird man aber feststellen können, dass ausschließlich die Funktion der Stabilisierung der Gesellschaft ihre Trägerstruktur gewechselt hat. Diese liegt nun nicht mehr im Vermögen der Oberschichten, sondern wird in die ausdifferenzierten Teilsysteme hinein verlagert. Dies zur Kenntnis nehmend, verabschieden wir uns zunächst von der Möglichkeit, Eliten eine primäre Funktion bezogen auf das Gesamtsystem zuweisen zu wollen, was dann aber vor die Frage führt, welche Arten von Sekundärproblemen ausgemacht werden können, auf die hin Eliten funktional wirken können.

### **3. Sekundäre Folgeprobleme der Moderne**

Die moderne Gesellschaft verzichtet auf eine Zentralinstanz, die in der Lage wäre, die gesamte Sozialordnung zu übergreifen oder gar zu integrieren. Die Politik, die am ehesten hierfür in Frage käme, ist nur ein Teilsystem neben anderen. Sie hat ihre dominante Ordnungsfunktion eingebüßt. Nicht nur aus diesem Grund wird es nötig sein, sich nach anderen Mechanismen umzusehen, die in der Lage sind, unbearbeitete Vermittlungsfunktionen wahrzunehmen. Möglicherweise wäre hier eine erste Spur, die bei der Suche nach der Funktion von Eliten verfolgt werden sollte.

Die operative Schließung versetzt die Teilsysteme in einen Modus selbsterzeugter Unbestimmtheit. Die jeweilige Funktion wird zum Bezugspunkt der Selbstreferenz. Die Teilsysteme sind damit in die Lage versetzt, treffsicher systemzugehörige von systemfremden Ereignissen zu unterscheiden. Die über

selbstreferentielle Verkettung laufende operative Schließung der Sozialsysteme geht mit einer Offenheit und Intransparenz des Geschehens einher. Man kann zwar wissen, dass die Funktion der Politik im Bereithalten der Kapazität zu kollektiv bindenden Entscheidungen zu sehen ist (Luhmann 2000: 84). Dieses Wissen hilft in der politischen Praxis aber wenig, vor allem wenn entschieden werden muss, welche Themen sich künftig politisch bewähren sollen oder mit welchen Akteuren man künftig besser kooperieren und nicht konkurrieren sollte. Eliten auf der Ebene dieser Einzelabwägungen und -entscheidungen zu verorten, wird nicht gänzlich abwegig sein. Ich gehe aber einen Schritt darüber hinaus, und vermute, dass man diese zunächst eher im Problemzusammenhang hinsichtlich der schwierigen Erfassung funktionaler Erfordernisse im Kontext intransparent bleibender Kommunikationsprozesse der gesellschaftlichen Teilsysteme suchen sollte.

Man erinnert sich natürlich sofort an die nicht nur von Stammer (1965) eingeführten Funktionseliten. Auch hier geht man davon aus, dass in jedem gesellschaftlichen Teilbereich entsprechende (Teil-)Eliten ausgebildet werden, die nun insbesondere mit der Übernahme der jeweiligen Systemfunktion beauftragt werden. Bisher ist aber nicht nur die Funktion selbst, sondern auch das wohl nur sozial zustande kommende Prozedere des Beaufragens diffus geblieben. Man behilft sich mehr schlecht als recht, indem man auf die Behelfsformel der Leistung zurückgreift. Eine professionelle Leistung stellt demnach keine einfach zu erbringende Dienstleistung dar. Sie wird auch nicht primär über den bei der Leistung anfallenden Zeitaufwand vergütet. Vielmehr geht es um die Bereitstellung einer spezifischen Kompetenz, „die sich zeiteffizient in ein Produkt oder eine Hilfeleistung umsetzt“ (Mieg 2003: 25).<sup>1</sup>

Wie Dreitzel (1962: 67) vermerkt, kann ein hieran orientierter Elitebegriff die Inhaber von Spitzenpositionen in der Gesellschaft bezeichnen, „die aufgrund einer sich wesentlich an der (persönlichen) Leistung orientierten Auslese in diese Positionen gelangt sind“, wobei wir wieder bei der weiter oben angeklungenen Dualität schnell formulierbarer Leistungserwartungen und ebenso leicht beobachtbarer Leistungsdefizite wären. Politische Eliten bzw. diejenigen, die beispielsweise in der Politik eine derartige Orientierung anstreben, werden sich sehr schwer tun, auf der Basis ohnehin nicht klar definierter und überaus strittiger Leistungsanforderungen<sup>2</sup> entsprechend handeln zu können. Wenig vielversprechend

---

1 Ein Arzt wird nicht für sein Zusammensein mit dem Patienten vergütet, auch nicht für die Abarbeitung konkreter Arbeitsvorgänge (Blutdruck messen), sondern für die auf das Patientenproblem zugeschnittene Anwendung der ärztlichen Kompetenz des Heilens (Mieg 2003).

2 Dabei kann man nicht einmal sagen, dass es keine vielversprechenden Kriterien für die Leistungsbemessung gibt. Vorgeschlagen werden Gemeinwohlorientierung, wobei hier ein Honorar in Form eines Ehrensoldes (vgl. Feuchtwanger 1922) zum Einsatz gelangt, dann die Professionalität des Handelns, die methodisch angeleitet, effizient, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen soll sowie flankierende institutionelle Merkmale. Die Profession setzt selbst Standards, an denen sich professionelles Handeln auszurichten hat. Insofern liegt die Besonderheit professioneller Leistungsbemessung hauptsächlich in der Entkoppelung von Leistungsbewertung und Leistungsvergütung. Leistungsbewertung ist dann vorrangig Angelegenheit der Profession selbst (Mieg 2003: 26f.). Wobei mehr als deutlich wird, dass die Frage nach der Funktion noch immer nicht beantwortet ist.

ist somit die Aufforderung, „die Wünsche der Wähler richtig zu antizipieren und sein Verhalten dementsprechend anzupassen“ (Pfadenhauer 2003: 81).

Halten wir fest. Unbestritten dürfte wohl sein, dass die Wirkungsmächtigkeit der Eliten von der Gesellschaft beschnitten wird. Eine, die gesellschaftliche Einheit repräsentierende Elite wird durch eine „Agglomeration von Teileliten“ abgelöst (Hornbostel 2004: 10). Die hier angedeutete Transformation der Eliten läuft über zwei Effekte. Mit der Umstellung der Gesellschaft auf funktionale Differenzierung haben traditionelle Eliten der segmentären Ordnung ihre „gesamtgemeinschaftliche Herrschaftsposition zugunsten von Meinungsführerschaft in funktionalen Teilsystemen“ verloren (Nassehi 2004: 27). Zum einen verringerte sich also der Macht- und Einflussbereich von der Gesamtgesellschaft auf jeweils nur einen gesellschaftlichen Teilbereich. Mit der funktionalen ‚Zersplitterung‘ der Eliten verbindet sich zugleich eine Veränderung der Funktion der Eliten selbst, wie an der Entwicklung der Professionen abgelesen werden kann.

### **3.1 Professionelle Bearbeitung existentieller Probleme des Menschen**

Wie wir noch sehen werden, stellt Professionalisierung nicht das einzige, sondern nur ein spezifisches Lösungsmuster für spezifische Funktionsprobleme dar, wobei es im hier verhandelten Kontext klassischer Professionen primär nicht um Probleme der Gesellschaft, sondern um existentielle Fragen des Menschen mit Gott, mit seinem Leib und mit anderen Menschen geht. Der Professionelle erscheint in der Gesellschaft als ein öffentlich respektierter Problembearbeiter, der, wo auch immer man diesen antrifft, „als Repräsentant für Sachlagen“, für die er zuständig ist, aufgefasst und adressiert werden kann (Stichweh 2005: 35).

Professionalisierte Funktionssysteme sind dadurch gekennzeichnet, dass „das Verhältnis von Leistungs- und Komplementärrollen als Professionellen/Klientenverhältnis“ institutionalisiert wird (Stichweh 1996: 60). Das bedeutet erstens, dass die Leistungsrollen im System als herausgehobene Berufsrollen institutionalisiert sind, und in diesen Berufsrollen findet sich nicht eine heterogene Vielfalt von Berufen, sondern eine Profession wird in einer strategisch relevanten Stellung des jeweiligen Funktionssystems platziert, die die anderen Tätigkeiten der anderen Berufe im System kontrolliert. Als Leitprofession kann sie nicht nur andere Berufe im System kontrollieren und dominieren. Sie verwaltet zudem den strategisch relevanten Wissenskörper. Im Vordergrund steht eine sozial konstituierte typische Problemkonstellation, in der erst der Bedarf für professionelles Handeln (Hilfe) entsteht. Diese lässt sich als eine bestimmen, in der der Klient mit „kritischen Schwellen in seiner Lebensführung konfrontiert ist, die für ihn von existentieller Bedeutung sind“ (Stichweh 2005: 37).

Ein wichtiges Kriterium für Profession ist somit in der Institutionalisierung des Klienten (oder im Konzept des Klienten) gegeben. Professionelles Handeln ist unter dieser Prämisse vor allem als Interaktion

von Professionellen und Klienten zu beschreiben, das heißt für die professionelle Ausübung sind Interaktionsprozesse konstitutiv.

Hervorstechend für professionelles Handeln ist insbesondere eine von lebensweltlichen Erwägungen sich absondernde, systematisch und effizient angelegte Vorgehensweise, die von intentionalen, moralisch oder emotional eingefärbten Zumutungen absieht. Orientierungsgebend kann systematisch aufbereitetes Wissen wirken, sofern dieses engen Kontakt zu wissenschaftlich erzeugtem Wissen hält. Es geht also um ein Wissen, das im Normalfall nicht bereitsteht und folglich nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden kann. Hierzu sind spezielle Prozesse der Aneignung, aber auch Kenntnisse der Weitergabe notwendig. Die Grundunterscheidung, die mit jeder Form von Professionalisierung einhergeht, separiert eine vertraute von einer unvertrauten Seite.<sup>3</sup>

Das systemischen Prozessen abgerungene Wissen um das Unvertraute ist voraussetzungsreich. Professionell aufbereitete funktionale Erfordernisse sind so zu berücksichtigen, so dass das Unvertraute der Lebenswelt keinen Schaden zufügen kann. Unter professioneller Praxis ist somit der Versuch der *Vermittlung* von Vertrautheit mit der systemischen Seite, die das ‚Ganze‘ trägt, zu verstehen. Voraussetzung ist, dass sozial eine Distanzierung von einer als fraglos vorausgesetzten Welt gelingt. Die auf Elitebildung hindeutenden Prozesse der Professionalisierung sind dann funktional folgenreich, sofern es gelingt, auf der einen Seite eine Deutungsfähigkeit zu entwickeln, die lebensweltfern gebaut ist, um auf der anderen Seite eine pragmatische Vermittlung des intransparent bleibenden und unerklärlichen Unvertrauten im Bereich problemloser Vertrautheit zu etablieren.

Professionen sind somit nicht nur Repräsentanten teilsystemspezifischen Funktionswissens. Sie müssen, über die Sachdimension hinausgehend, auch Wissen in der Sozialdimension bereitstellen und pragmatisch verfügbar halten. Die von der jeweiligen Profession zu bewältigende Aufgabe ist darin zu sehen, „die von ihr zu bearbeitenden Probleme nicht in der (funktionalen) Diffusität zu belassen, in der sie lebensweltlich vorliegen, sie vielmehr von dem jeweiligen Kern professioneller Wissensbestände her zu definieren und sie erst in dieser rekonstruierten Form handlungsmäßig einer Lösung zuzuführen“ (Stichweh 1992: 38).

Professionen sind somit nicht nur durch eine auf die Betreuung sachlicher Probleme ausgerichtete Praxis geprägt. Zur rollenhaften Ausdifferenzierung tritt das mit auszugestaltende und eigenen Ansprüchen gerecht werdende soziale Format der Interaktion (vgl. Markowitz 1986). Mit Formaten sind soziale Einrichtungen gemeint (ärztliche Praxis, Gottesdienst, Gerichtsverfahren und Unterricht), mit denen es möglich ist, Funktionsgesichtspunkte in die Lebenswelt einzubringen, die normalerweise dort nicht anschlussfähig wären. Eine bisher als Inszenierung missverstandene Vermittlungsleistung professionel-

---

3 Die hier genutzten Ausführungen orientieren sich an bisher noch nicht publizierten, wohl aber öffentlich zugänglichen Überlegungen von Jürgen Markowitz.

ler Eliten<sup>4</sup> besteht folglich darin, systemisches Funktionswissen unter Berücksichtigung funktionaler Eigenerfordernisse der Lebenswelt in die Lebenswelt hineinvermitteln. Zur entscheidenden Voraussetzung für die Brauchbarkeit entsprechender Interaktionsformate wird das Vermögen, passende interaktive Ansprechbarkeiten zu etablieren, mit denen es möglich ist, die Barriere lebensweltlicher Vereinfachung professionell zu umschiffen.

### 3.2 Bearbeitung von Integrationsproblemen

Integrationsprobleme ganz neuer Art entstehen vor allem deshalb, weil die moderne Gesellschaft ihre Kommunikationsbereiche in inkompatible „Realitätskonstruktionen“ zerlegt (Fuchs 1992: 11). Kontextwechsel verlaufen nicht ohne Verlust von Information und nicht ohne Veränderung von Sinn. Wirtschaftliche Kommunikation kann nicht ohne Weiteres an Kommunikationen der Erziehung, der Politik oder etwa der Kunst anschließen. Erfordernisse anderer Systeme erscheinen im Normalfall nicht auf dem systemeigenen Monitor, wenn doch, stehen keine adäquaten Bearbeitungsweisen im Sinne systemübergreifender Durchgriffschancen zur Verfügung. Zugleich ist nicht zu übersehen, „dass die Funktionsbereiche in erheblicher Weise aufeinander einwirken und sich die Welt der ‚anderen Seite‘ übersetzend aneignen“ (Nassehi 2004: 28).

Die hiermit verbundenen Optionssteigerungen werden vor allem vor dem Hintergrund ausfallender Zentralsteuerungen zum Problem. Die Effizienz steigernde Unabhängigkeit hat dazu geführt, dass „jede *Limitierung nach innen* verloren“ gegangen ist (Nassehi 2003: 172). Zur Haltlosigkeit der Teilsysteme kommt hinzu, dass die sich zusehends separierenden Ereignisfolgen zeitgleich ablaufen. Die Gleichzeitigkeit gegenwärtiger Geschehnisse besagt zugleich, dass diese sich weder beeinflussen noch kontrollieren können. Integrationsbemühungen, die nur noch als Beschränkung der Freiheitsgrade von Teilsystemen sinnvoll zu denken sind, können die Gesellschaft insgesamt nicht mehr regulieren. Sie bleiben vielmehr auf Beeinflussung von Einzelereignissen mit offenem Ausgang beschränkt.

Das Problem der Konversion, d. h. die Transformation des einen in ein anderes Kommunikationsmedium konnte also bisher auf der Ebene der Organisation abgehandelt werden. Es ist nur zu fragen, ob die Organisation unter heutigen Bedingungen diese zugetragene Leistung überhaupt noch angemessen bearbeiten kann. Unter gegenwärtigen Verhältnissen hat die Organisation genug mit sich selbst zu tun. Die von ihr bearbeitete Koppelung getrennter Kommunikationsbereiche gerät an die Grenzen des Machbaren. Ihre Eigendynamik produziert zum Teil unkontrollierbare Effekte. Die hierarchisch stabilisierte Differenzierung von Entscheidung und Ausführung verhindert schnelle und flexible Reaktionen.

---

4 Der Elitebegriff ist nicht für den einzelnen Professionellen reserviert, der auf höchst unterschiedliche Art und Weise vorgehen kann, sondern die Profession ist insgesamt angesprochen, was die Möglichkeit sozialer Einwirkung auf Prozesse professioneller Elitebildung vor einige Herausforderungen stellen wird.

Ein Gleichklang von Gesellschaft und Organisation kann unter diesen Vorzeichen kaum sinnvoll unterstellt werden. Organisationen kreieren ihre jeweils eigene Realität und Rationalität. Für die Organisation kommt es nur darauf an, die Grenze zur Gesellschaft aufrechtzuerhalten und damit das eigene Bestehen zu sichern. Ohne ihre Leistungsfähigkeit über Gebühr schmälern zu wollen, sollte man doch von eigendynamisch und binnenrational verfahrenen Organisationen bezüglich der Integrationsproblematik nicht zu viel erwarten.

Für Nassehi (2004: 29) liegt es nahe, dass Integrationseliten die Koordination einiger Funktionssysteme übernehmen könnten, mit der Einschränkung, dies nicht für alle leisten zu können. Dieses ambitionierte Vorgehen gelingt nur dann, wenn sie entgegen den Vorgaben der Funktionseliten die Funktionsweise der funktionalen Differenzierung zwar voraussetzen, aber letztlich unterlaufen. Diese neuen Eliten sitzen an den Kopplungsstellen der Funktionssysteme, und sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie quasi im Unsichtbaren „das Jonglieren mit der Differenz zwischen den funktionspezifischen Unterscheidungen beherrschen“ (Nassehi 2004: 32).

Die Frage ist nun, wo man derartige Kopplungsstellen finden und wie man sich diese mittels ihrer prozessualen Ausgestaltung vorstellen kann. Zu vermuten ist, dass es vor allem interaktionsnah konstituierte Verhandlungssysteme sind, in denen Integrationseliten an den Möglichkeiten funktionspezifischer Kommunikation und der Organisation ansetzen, um diese dann von der Ausgestaltung und von der Ergebnisproduktion her in ihrer Einzelspezifik partiell freizustellen und damit anschlussfähig für externe Zumutungen zu machen. Diese häufig unter negativen Vorzeichen laufenden Integrationsbemühungen lassen sich unter der zunehmenden Komplexität von Entscheidungsfindungsverfahren auch konstruktiv nutzen.

Im Rahmen von Verhandlungssystemen lassen sich beispielsweise Probleme der Staatsüberlastung durch Einbeziehung legitimer Verhandlungspartner, Experten und Interessengruppen entschärfen. Die nur teilweise für Externe transparent ablaufenden Verhandlungsrunden in denen verschiedenste Interessengruppen, Repräsentanten funktionaler Erwägungen und Experten aufeinandertreffen, benötigen Interaktionsformate<sup>5</sup>, die geeignet sind, Übersetzungen in Gang zu bringen. In den nicht selten langsam und zäh verlaufenden Abstimmungsprozessen geht es dann darum, pragmatisch passfähige Interaktionsformate zu kreieren. Diese müssen dafür Sorge tragen, dass die im Kontext von Multireferentialität zu leistende Übersetzung so anzulegen ist, dass offen bleibt, wer die ‚Lösung‘ für das zu behandelnde Problem beisteuert.

Im Unterschied zur Komplementarität von Professions- und Klientenrolle, in der die Kompetenzen hinsichtlich Problem und Lösung eindeutig verteilt sind, liegt hier wohl eher ein Komplementaritätsver-

---

5 Der Begriff stammt von Jürgen Markowitz.

hältnis vor, welches Gleiche ins Verhältnis setzt. Gibt es trotz der hier zum Vorschein gelangenden Unterschiedlichkeit Parallelen in der Ausgestaltung des Interaktionsformates? Professionen nutzen bekanntlich die Dualisierungstechnik, indem sie die Klientenrolle erst als solche definieren und konstituieren. Auf dieser Grundlage lassen sich dann die Ausgangsprobleme auf ein Generalisierungsniveau heben, „auf dem sie tauschförmig verwendbar werden und schließlich konvertierbar werden in Macht und Geld“ (Luhmann 1999: 192). Ähnlichkeiten hierzu finden sich auch im Phänomenbereich der hier in Rede stehenden Verhandlungssysteme. Einzuräumen ist, dass in beiden Fällen höchst unterschiedlich mit dem Problem von Symmetrisierungen und notwendigen Asymmetrisierungen verfahren wird. Jedes soziale Geschehen reagiert äußerst sensibel auf unvorsichtig und ungeschickt herangetragene Initiativen. Die in beiden Bereichen erforderliche thematische Zentrierung wird im ersten Fall auf der Basis der Rollenkomplementarität und im zweiten durch Verfahren inszenierte und repräsentierte Ordnungszusammenhänge konstituiert (vgl. Markowitz 2003a).

Die angesprochenen Verhandlungssysteme sind gekennzeichnet durch ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit beziehungsweise Souveränität der Beteiligten, horizontal verteilte Kompetenzzuordnung, verdichtete Kommunikationsstrukturen sowie durch einen geringen Formalisierungsgrad der Beziehungen (von Prittwitz 1994: 93; Mayntz 1993: 43). Die Interaktionslogik wird als Verhandlung begriffen. Sie zielt im Gegensatz zu Tauschbeziehungen, in denen die Tauschpartner egoistische Kosten-Nutzen-Motive durchsetzen wollen, primär auf ein gemeinsames Resultat ab. Nicht die Interessendurchsetzung Nutzen maximierender Akteure prägt das Vorgehen, sondern die Ausrichtung auf ein allseitig als günstig einzuschätzendes Verhandlungsergebnis wird als Mittelpunkt der Verhandlungssysteme angesehen. Das leicht identifizierbare Prinzip von Geben und Nehmen stellt wohl eher einen, den Vereinfachungserfordernissen entgegenkommenden Betriebsmodus dar. Subtil muss ausgelotet werden, wie viel und in welcher Qualität beispielsweise wissenschaftlich erzeugter Sachverstand zur Suche nach Lösungen oder zur Begründung schon getroffener Entscheidungen heranzutragen ist.

Die Funktion der hier funktional einrückenden Eliten besteht dann in einer Art *Übersetzungsarbeit*, also darin, die Rationalität des einen Systems in der Rationalität eines anderen Systems dort anschlussfähig einzufügen. Wirkung lässt sich nur dann noch erzielen, wenn Vermittlungs- und Übersetzungsarbeit geleistet wird, wenn es folglich gelingt, Kopplungen herzustellen. Eliten sind in diesem Sinne nicht nur schlicht Experten, sondern „Experten für Expertenkonflikte und -differenzen“ (Nassehi 2004: 35).

In der orientierungsfeindlichen Umgebung heterarchischer Funktionssysteme ist es von Vorteil, Anhaltspunkte zu haben, an denen man sein Handeln ausrichten kann. Eliten können folglich aus komplexen und unbestimmbaren Lagen Honig saugen. Sie sind anscheinend dann besonders gefragt, wenn in einer Welt ohne Entscheidungszentrum wichtige Entscheidungen zu treffen sind, wenn es um „grundsätzliche politische Weichenstellungen, weitreichende öffentliche Themensetzungen und maßgebliche

Verkörperung von Lebensführungsmodellen geht“ (Bude 2004: 300). Die hier in Rede stehenden integrierenden Kopplungseliten benötigen nicht nur genügend fachliche Intelligenz, um sich nicht in den recht unterschiedlich gewirkten Rationalitätsanforderungen zu verlieren. Die Vermittlungsleistung hängt in gleicher Weise von der Fähigkeit ab, in die Ausgestaltung und Strukturierung der interaktionsnah gebauten Verhandlungssysteme gestaltend einzugreifen. Denn auch hier wird man davon ausgehen müssen, dass die Erfolgsbarrieren nicht nur in der Sachdimension unterschiedlicher Funktionsbezüge zu vermuten sind. In den auf Vermittlung hinauslaufenden Bemühungen wird ein gewisser inszenatorischer Aufwand integriert werden müssen, um die äußerst konfliktsensibel gewirkten Interaktionsformate am Laufen zu halten.

Wir stoßen aber nicht nur bei Verhandlungssystemen, die versuchen, Funktionslogiken ineinander zu übersetzen, auf einen neuen Koordinationsmodus. Seit beispielsweise in der Politik über Staatsversagen und Kontrolldefizite gestritten wird, erscheinen netzwerkförmig interpretierte Koordinationsformen als ein neuer Lösungsweg.

### **3.3 Bearbeitung netzwerkspezifischer Intransparenzen**

Die Komplexität vieler Problemlagen und Aufgabenstellungen verlangen nicht mehr lediglich eine operative Kopplung von Kommunikationsmedien, sondern eine intelligente und großenteils Zeit einfordernde Verknüpfung ansonsten getrennt gehaltener Kommunikationsbereiche. Zum Kennzeichen der modernen Gesellschaft gehört folglich nicht nur deren funktionale Differenzierung. Darüber hinaus ist nicht verborgen geblieben, „dass wir nicht nur in vielfältigste Netzwerke eingebunden sind, die wir als Lebenswelt erfahren, sondern über Zugehörigkeit zu Gebilden wie Arbeitsplatz und dem Sportverein in ein ganzes Netz weiterer Institutionen“ eingebettet sind (Scheuch 2004: 107). In einer Gesellschaft, in der die hiermit zusammenhängenden Binnendifferenzen zunehmen und darüber hinaus ‚Kommunikationsströme‘, angelehnt an die Phänomene Wissen, Gewinne, Kredite, Technologie, Bilder, Töne, Symbole, derart anschwellen und sich intransparent auf dem Globus verteilen (Castells 2000: 466ff.), liegt es nahe, dass man verstärkt nach Komplexität absorbierenden Orientierungsangeboten Ausschau hält.

Die (neue) Relevanz sozialer Netzwerkbeziehungen steht damit im Zusammenhang, dass die Teilnahme an voraussetzungsreicher Kommunikation nicht mehr selbstverständlich ist. Eindeutig zurechenbare Erfolgskriterien verlieren ihren Einfluss. Die Anforderungen an das eigene Orientierungsverhalten, die den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen, werden höher. Informationen müssen beschafft, verloren gegangene Einflusskanäle kompensiert werden beziehungsweise, wenn möglich, ist das eigene Einflusspektrum selbst zu erweitern. Über die Mitgliedschaft in einer einzelnen Organisation hinausgehend, wird es zunehmend erforderlich, über die Konstruktion anderer Karrierewege die Wechselbäder in einzelnen Organisationen zu überstehen. Man begibt sich auf die Suche nach entsprechenden Kon-

takten, die über die formal jedermann offen stehenden hinausgehen (vgl. Burt 2001; Nan Lin et al. 2001).

Im Umgang mit diesen neuen Herausforderungen können soziale Netzwerke neue Inklusionschancen eröffnen. Die an herausgehobenen Persönlichkeiten ablesbare Struktur, die Netzwerke ausbilden, wird als eine Möglichkeit genutzt, um in die Unübersichtlichkeit der sozialen Welt so etwas wie Überschaubares hinein zu transformieren. Netzwerke bieten insofern „verlässliche Anlaufpunkte“, um auf diesem Wege verloren gegangene Inklusionschancen auf neue Weise einrichten zu können (vgl. Aderhold 2004).

Netzwerke erzeugen aber virtuelle Strukturen, die erst über eine netzwerkadäquate Kommunikation (Kooperation) in Realisierbares transformierbar werden. Sie weisen keine fest gefügten Kommunikationswege und formale Zuständigkeitsregelungen wie etwa Organisationen auf, sondern zeichnen sich stattdessen durch eine weitestgehende Offenheit, Fluidität und Unverbindlichkeit in ihren Koordinationsbeziehungen aus. Die Koordination von Kontakten erfolgt spontan und orientiert sich an interaktiv zu regulierenden Prämissen. Verantwortlichkeiten, Verfahrensweisen und Kooperationsvereinbarungen sind temporär und dynamisch angelegt, sie werden fallbezogen konstituiert und verändert.

Problematisch ist im Alltag, dass Netzwerke nicht beobachtbar sind. Man bekommt entweder Materialisierungen zu Gesicht, die im Moment ihres Erscheinens das Netzwerk überdecken, es durchsichtig, bzw. buchstäblich ‚transparent‘ machen. Oder aber man bekommt es mit ‚Kommunikationsfragmenten‘, das heißt mit nicht geschlossenen Kommunikationsketten zu tun, die zunächst als beliebiges Handeln zurechenbar sind und erst im Nachhinein plötzlich und unter bestimmten Zielgesichtspunkten als netzwerkorientiertes Agieren ausgemacht werden können. Problemforcierend ist das gesteigerte Maß an einzurechnender Komplexität.<sup>6</sup> Das zeigt sich regelmäßig etwa daran, dass gefundene Konsense (Entscheidungen) im Netzwerk/Kooperations-Kontext bestenfalls eine kurze Halbwertszeit besitzen, wenn sich die oft gefeierten ‚One-best-way‘-, oder ‚best-practice‘-Lösungen als ‚Blindgänger‘ erweisen (Huxham/Beech 2003: 71). Es geht schlicht um den Hinweis, dass viele Probleme auf einer grundsätzlichen Ebene nicht abschließend beseitigt werden können. Mit jeder Entscheidung zur Bewältigung eines Problems produziert man unausweichlich ein neues, ein mit der gefundenen Lösung verknüpftes (vgl. Wetzel et al. 2001). Diese Entweder-oder-Dilemmata artikulieren einen Handlungsdruck. Man muss sich zwischen gegebenen Alternativen entscheiden, aber es gibt weder eine Auswegmöglichkeit noch eine zeitlich bestimmbare Parallelbearbeitung (vgl. Aderhold 2005; Duschek/Wetzel/Aderhold 2005).

---

6 Einige wichtige Dilemmata korrespondieren nun direkt mit der Dualität von Kooperation und Netzwerk. Der Kerngedanke ist, dass das jeweilig bezeichnete Dilemma in einem unterschiedlichen Stadium dieses (rekursiven) Prozesses auftritt.

Die sich den lebensweltlich eingestellten Beobachter entziehenden Netzwerke zeichnen sich somit durch besondere Problemlagen aus, die beispielsweise in der Abwicklung zu komplexer Projekte in zu komplexen Strukturen bestehen. Man kooperiert mit Partnern, die weder die eigenen Interessen, die eigene Kultur noch die normalerweise vorauszusetzenden Orientierungsgepflogenheiten teilen. Und doch ist man unter diesen Bedingungen aufeinander angewiesen. Zudem kooperiert man fallweise und ereignisbezogen, das heißt nur für kurze Momente werden die Aktivitäten der Partner sichtbar, sie verschwinden für größere Zeiträume im Nebel der Intransparenz. In diesen komplexen und hochgradig vernetzten Arbeitszusammenhängen macht sich das Fehlen strukturtragender Selektionsroutinen schmerzlich bemerkbar. Netzwerke können bekanntlich weder auf Entscheidungsprämissen der Organisation noch auf Programme und Codes der Funktionssysteme zurückgreifen. Aber sie können auf die vormoderne Kategorie der Persönlichkeit zurückgreifen (vgl. Baecker 2006).

Prozesse der Netzwerkkonstitution sind ohne eine Berücksichtigung personaler Orientierungsprozesse hinsichtlich intentionaler, attentionaler und konstitutioneller Aktivitäten nicht vorstellbar. Vor allem sollte auf die Konstruktion der Referenten geachtet werden, die die Aufmerksamkeit regulieren; sowohl im Forschungs- als auch im Beratungsinteresse. Attentionale Aktivitäten produzieren Bezugspunkte, also Adressaten der Zurechnung, die in eine vereinfachte Form gebracht werden (grundlegend Markowitz 1986). Die im Moment realisierte Vereinfachung ist aber nur die eine Seite, die zugleich Verweisungen in zwei Richtungen beinhaltet. Zum einen lässt sich ein Objekt oder eine Person hinsichtlich bestimmter Eigenschaften oder anderer Besonderheiten differenzierteren Betrachtungen zuführen. Zum anderen stehen Objekte oder personale Referenten in Beziehung zu anderen Bezugspunkten, die wiederum Verweisungsmöglichkeiten in beide Richtungen implizieren.

Persönlichkeiten sind es also, die Anhaltspunkte für die überaus erforderlichen, das heißt *inklusionsermöglichenden Orientierungsprozesse* bereitstellen. Sie leben und geben vor, was erfolgreich war, was sich künftig als tragfähig erweisen könnte und auch auf welchem Wege der naheliegende Erfolg kooperationspragmatisch gehandhabt werden kann. Die Funktion der Netzwerkeliten besteht folglich darin, unwahrscheinliche Formen projektspezifischer Kooperationen auf Netzwerkbasis zu ermöglichen. Hier besteht ein erhöhter Bedarf an Persönlichkeiten, die sich durch ein besonders ausgewiesenes Willkürhandeln auszeichnen. Eliten stellen sich in diesen undurchschaubaren und unsicheren gesellschaftlichen Verhältnissen als Zurechnungsadressen für gesellschaftliche Willkür zur Verfügung.

Sie „gewinnen Macht aus der Einschränkung ihres eigenen Verhaltens auf die Bewirkung des Verhaltens anderer, binden diesen Machtgewinn jedoch an ein gesellschaftlich, das heißt vom Rest der Bevölkerung beobachtbares Erleben“ (Baecker 2006: 304). Auf Eliten bezogen lautet dann die Überlegung, dass diese in der Gesellschaft Formen einer funktional ausgerichteten Orientierungspraxis ermöglichen, die es ohne sie nicht geben würde. Und diese sich in Praktiken niederschlagenden Haltungen, die als

funktional bedeutsam beobachtet werden, können als eine besondere Form der Einflussnahme charakterisiert werden.

#### 4. **Eliten als Funktionsermittler, -vermittler, Integrationsinstanzen und Orientierungsgeber**

Gibt es einen gemeinsamen Nenner für die bisher aufgeführten und auch für darüber hinausweisende Eliteformate? In allen drei Fällen der Professions-, der Integrations- und der Netzwerkeliten liegt das Augenmerk zunächst auf der Bearbeitung sachlicher Probleme. Professionen bearbeiten Vermittlungsprobleme, Integrationseliten übersetzen zwischen inkompatiblen Funktionslogiken und Netzwerkeliten produzieren Inklusion ermöglichende Orientierung. Nicht zu vergessen sind die neuen professionalisierten Experten (Politiker, Unternehmer, Sozialarbeiter usw.), die vor allem als Repräsentanten teilsystemspezifischen Funktionswissens auftreten (siehe Abbildung 1).

| <b>Eliten</b>   | <b>Probleme</b>   | <b>Funktion</b>   |
|---|---|---|
| <b>Professionen</b>                                       | Krankheit, Seelenheil, individuelle Riskanz von Konflikten                      | Klientenbezogene <i>Vermittlung</i> von Professionswissen             |
| <b>Neue Professionen und professionalisierte Experten</b> | Gemeinwohl, Rentabilität, Exklusionseffekte und gesellschaftliche Irritabilität | <i>Repräsentation</i> und Vermittlung teilsystemischer Rationalitäten |
| <b>Integrationseliten</b>                                 | Optionssteigerung sowie verloren gegangene Binnenlimitierung der Teilsysteme    | <i>Integration durch Übersetzung</i> inkompatibler Funktionslogiken   |
| <b>Netzwerkeliten</b>                                     | Inklusionsprobleme durch Schwinden der Organisation                             | Inklusion ermöglichende <i>Orientierung</i>                           |

Abbildung 1: Funktionen von Eliten

In allen Fällen kommt lebensweltfernes Funktionswissen zum Einsatz, das aber nicht auf die Sachdimension beschränkt bleibt. Die Spezifik des Elitehandelns liegt in allen Fällen darin, unvertrautes und unwahrscheinliches Funktionswissen zu ermitteln. Die Schwierigkeit ist vor allem darin zu sehen, dass die Prozedur der Ermittlung eigentlich nur im Sozialmodus erfolgen kann und dass die Angemessenheit erst im Nachhinein, an den Reaktionen der Realität der unzugänglich bleibenden Systemik, abgelesen werden kann. Bei der Ermittlung intransparent bleibender Funktionserfordernisse kann es aber nicht bleiben. Hinzu treten muss die Aktivität des Vermittelns.

Eine erfolgreiche Vermittlung setzt insbesondere die Berücksichtigung der Sozialdimension voraus, vor allem, wenn es darum geht, sachbezogenes Wissen für den jeweiligen Kontext verfügbar und anschlussfähig zu machen. An die gesellschaftsbezogene Perspektive schließt sich eine schon angedeutete Problemstellung an, die sozialtheoretische Überlegungen mit ins Spiel bringt. Erst in dieser Hinsicht fällt das Spezifikum des Vermittlungsproblems auf, auf das hin Eliten funktional reagieren.

Das für Vermittlung relevante Bezugsproblem liegt im Phänomen der Vereinfachung. Vereinfachung meint nicht das Gegenteil von komplex. Vereinfachungen werden vielmehr von voraussetzungsreichen und hochkomplexen Prozeduren getragen, ohne dass dies auf der Seite vereinfachter Vertrautheit bemerkt wird. Dieses Paradox der Vereinfachung „findet man in den beiden Grundvoraussetzungen sozialen Lebens, das heißt im Bewusstsein und in der Kommunikation. Vereinfachung ist nicht nur als eine Begleiterscheinung, sondern als eine Funktionsnotwendigkeit zu verstehen“ (Markowitz 2003b: 29). Vereinfachung heißt hier Selbstvereinfachung. Diese entsteht dadurch, dass sich die Prozesse von Bewusstsein (Wahrnehmen) und Kommunikation (Sozialisation) von ihren Effekten oder Resultaten isolieren. Es entsteht jeweils ein Operationsmodus, der es gestattet, mit den Effekten etwas anzufangen, ohne die sie tragenden Prozesse mit im Spiel halten zu müssen.

Soziale Systeme vermitteln sich beispielsweise über Epigramme (vgl. Markowitz 1986). Nicht nur zwischen System und Umwelt ist ein Komplexitätsgefälle anzutreffen. Systeme sind weder für sich selbst, noch für externe Beobachter vollständig transparent. Und doch bilden sie Strukturen aus, die es Beobachtern ermöglichen, sich an ihnen zu orientieren. Ein soziales Epigramm ist eine auf Vereinfachung zugeschnittene Veranschaulichungsweise sozialer Systeme. Epigramme fungieren als Orientierungsmodi, wobei von einer Vielzahl konkurrierender Versionen auszugehen ist. In die jeweilige Darstellung gehen sowohl Bestandteile des Systems, vor allem in Form einer auf Vereinfachung setzenden Selbstbeschreibung, und Aktivitäten individueller Orientierungsprozesse mit ein (vgl. Markowitz 1986). Epigramme greifen vor allem auf Sinnkomplexe zurück, von denen unterstellt werden kann, dass andere diese kennen und die implizit verankerten Grundpositionen teilen. Es ist zu vermuten, dass soziale Systeme durch die Überführung von Intransparenz in Transparenz selbst Anhaltspunkte von Verknüpfungsstrukturen auswerfen, die sich von den Beteiligten, vor allem aber von geschulten Beobachtern interpretieren lassen. Die mit der systemischen Epigrammatik angelegte Vereinfachung ist aber nur die eine Seite. Die hochwahrscheinliche Vermittlung von funktionalen Erfordernissen wird nur dann gelingen, wenn auf der anderen Seite eine pragmatische Vermittlung zwischen Intention und Funktion mit bearbeitet wird (vgl. Markowitz 2003b und 2006). Es geht um nicht weniger, als dass zwischen den Beteiligten Gesichtspunkte des Intendierens mit Erfordernissen des Fungierens für beide Seiten anschlussfähig ins Verhältnis gesetzt werden können. Die beteiligten Partner müssen sich zunächst füreinander erwartbar machen. Jede Form des Referierens unter Bedingungen wechselseitig wahrgenommener Anwesenheit erfordert Beiträge der beteiligten Referenten. Ein Gefüge von Interaktionspartnern kann auf der Basis von Intention, Attention und Identifikation erst dann entstehen, wenn Gesichtspunkte der Gleichsetzung für die beteiligten Interaktionspartner anschlussfähig etabliert und stabilisiert werden können. Diese kann dadurch zu Stande kommen, dass auf Seiten der Eliten zwischen legitimer

Betroffenheit der anderen und dem funktional Erforderlichem unterschieden wird und zwar so, dass die Seite der Betroffenheit nicht ignoriert oder gar diskreditiert, sondern pragmatisch integriert wird.

Deutlich werden sollte, dass die systemisch produzierten Vereinfachungsergebnisse der Systeme nur über einen begrenzten evolutionären Spielraum verfügen. Vor diesem Problemb Hintergrund kann die Funktion von Eliten abschließend verortet werden. Eliten bedienen die Funktion, Bedingungen der Möglichkeit intransparent bleibender sozialer Prozesse unter wechselnden Umweltbedingungen zu *ermitteln* und so in den systemischen Zumutungen ablehnenden Alltag zugleich sachbezogen und pragmatisch zu *vermitteln*. Erforderlich ist, dass für das jeweilige Vermittlungsproblem entsprechende Inszenierungsformate und Manifestationen gefunden werden können, um die Funktionserfordernisse der Sozialsysteme lebensweltlich abzubilden (vgl. Kranz 2009). Es geht hier also darum, dass die Funktionserfordernisse einzelner Systeme (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft) als auch Erfordernisse, die sich aus unterschiedlichsten System/Umwelt-Differenzierungen ergeben, der Lebenswelt nicht Lebenswelt zerstörend mitgeteilt werden. Es geht mithin im Fall von Eliten nicht zuletzt um eine neue Ausrichtung der Vermittlung von Lebenswelt und System unter der Bedingung sich rasant verändernder gesellschaftlicher Verhältnisse.

## **Literatur**

- Aderhold, Jens (2004): Form und Funktion sozialer Netzwerke in Wirtschaft und Gesellschaft. Soziale Beziehungsgeflechte im Spannungsfeld von Erreichbarkeit und Zugänglichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Aderhold, Jens (2005): Unternehmen zwischen Netzwerk und Kooperation – Theoretische und pragmatische Folgerungen einer übersehenen Unterscheidung. S. 113-142. In: Ders., Matthias Meyer und Ralf Wetzels (Hrsg.): Modernes Netzwerkmanagement: Anforderungen – Methoden – Anwendungsfelder. Wiesbaden: Gabler.
- Baecker, Dirk (2006): Das Willkürhandeln von Persönlichkeiten. Die Integrationsfunktion von Eliten im Übergang zur Netzwerkgesellschaft. S. 297-317. In: Herfried Münkler, Grit Straßeländer und Matthias Bohlender (Hrsg.): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt am Main: Campus.
- Bude, Heinz (2004): Elitewechsel. Deutsche Führungsgruppen zwischen „Bonner“ und „Berliner Republik“. S. 295-314. In: Ronald Hitzler, Stefan Hornbostel und Cornelia Mohr, (Hrsg.): Elitenmacht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Burt, Ronald S. (2001): Structural Holes versus Network Closure as Social Capital. S. 31-56. In: Nan Lin, Karen Cook und Ronald S. Burt, (Hrsg.): Social Capital. Theory and Research. New York: De Gruyter.
- Castells, Manuel (2000): Materials for an exploratory theory of the network society. In: British Journal of Sociology 51/1, S. 5-24.
- Dreitzel, Hans Peter (1962): Elitebegriff und die Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse. Stuttgart: Enke.
- Duschek, Sigrid/Wetzels, Ralf/Aderhold, Jens (2005): Probleme mit dem Netzwerk und Probleme mit dem Management. Ein neu justierter Blick auf relevante Dilemmata und auf Konsequenzen für die

- Steuerung. S. 143-164. In: Jens Aderhold, Matthias Meyer und Ralf Wetzel (Hrsg.): *Modernes Netzwerkmanagement: Anforderungen – Methoden – Anwendungsfelder*. Wiesbaden: Gabler.
- Feuchtwanger, Siegbert (1922): *Freie Berufe*. München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Fuchs, Peter (1992): *Die Erreichbarkeit der Gesellschaft: Zur Konstruktion und Imagination gesellschaftlicher Einheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hartmann, Michael (2004): *Elitesoziologie: Eine Einführung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Hornbostel, Stefan (2004): Zur Einleitung: „Denn viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt“. S. 9-21. In: Ronald Hitzler, Stefan Hornbostel und Cornelia Mohr (Hrsg.): *Elitenmacht*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huxham, Chris/Beech, Nic (2003): *Contrary Prescriptions: Recognizing Good Practice Tensions in Management*. In: *Organization Studies* 24/1, S. 69-93.
- Keller, Suzanne (1991): *Beyond the Ruling Class: Strategic Elites in Modern Society*. New Brunswick/London: Transaction Publishers.
- Kranz, Olaf, 2009: *Von der Skandalisierung der Organisationsberatung zur Professionalisierung der Soziologie? Interaktionstheoretische Beiträge zu Profession, Organisation und Beratung*. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).
- Lin, Nan/Fu, Yang-Chih/Hsung, Ray-May (2001): *The Position Generator: Measurement Techniques for Investigations of Social Capital*. S. 57-81. In: Nan Lin, Karen Cook und Ronald S. Burt, (Hrsg.): *Social Capital. Theory and Research*. New York: De Gruyter.
- Luhmann, Niklas (1985): *Zum Begriff der sozialen Klasse*. S. 119-162. In: Ders. (Hg.): *Soziale Differenzierung: Zur Geschichte einer Idee*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1991): *Das Moderne der modernen Gesellschaft*. S. 87-108. In: Wolfgang Zapf (Hrsg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Campus.
- Luhmann, Niklas (1993a): *Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1993b): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Systemtheorie*. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bde. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1999): *Funktion der Religion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2000): *Die Politik der Gesellschaft*. Herausgegeben von André Kieserling. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mayntz, Renate (1993): *Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 34, Sonderband: 24, S. 39-56.
- Markowitz, Jürgen (1986): *Verhalten im Systemkontext: Zum Begriff des sozialen Epigramms. Diskutiert am Beispiel des Schulunterrichts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Markowitz, Jürgen (2003a): *Bildung und Ordnung*. S. 171-199. In: Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.): *Form der Bildung – Bildung der Form*. Weinheim: Beltz.
- Markowitz, Jürgen (2003b): *(Nicht) Ganz Einfach. Von den Schwierigkeiten des Phänomens ‚Vereinfachung‘*. In: *scientia halensis, Wissenschaftsjournal der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg* 2/3: S. 29-30.
- Markowitz, Jürgen (2006): *Funktionale Differenzierung und strukturelle Folgen*. S. 67-75. In: Yvonne Ehrenspeck und Dieter Lenzen (Hrsg.): *Beobachtungen des Erziehungssystems*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Mieg, Harald A. (2003): Problematik und Probleme der Professionssoziologie. S. 11-46. In: Harald Mieg und Michaela Pfadenhauer (Hrsg.): Professionelle Leistung – Professional Performance. Konstanz: UVK.
- Mosca, Gaetano (1967): *The Ruling class (Elementi di scienza politica)*. Ed. by Arthur Livingston. New York et al.: McGraw-Hill.
- Münkler, Herfried (2006): Vom gesellschaftlichen Nutzen und Schaden der Eliten. S. 25-45. In: Ders., Grit Straßenberger und Matthias Bohlender (Hrsg.): *Deutschlands Eliten im Wandel*. Frankfurt am Main: Campus.
- Nassehi, Armin (2003): *Geschlossenheit und Offenheit: Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2004): Eliten als Differenzierungsparasiten: Skizze eines Forschungsprogramms. S. 25-41. In: Ronald Hitzler, Stefan Hornbostel und Cornelia Mohr (Hrsg.): *Elitenmacht*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Patzelt, Werner (2004): Handlungsprobleme der deutschen politischen Elite. S. 177-190. In: Ronald Hitzler, Stefan Hornbostel und Cornelia Mohr (Hrsg.): *Elitenmacht*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pfadenhauer, Michaela (2003): Macht – Funktion – Leistung. Zur Korrespondenz von Eliten- und Professionstheorien. S. 71-87. In: Harald Mieg und Dies. (Hrsg.): *Professionelle Leistung – Professional Performance*. Konstanz: UVK.
- Scheuch, Erwin K. (2004): Die Bedeutung der Meso-Ebene einer modernen Gesellschaft – nicht nur für Karrieren. S. 105-120. In: Ronald Hitzler, Stefan Hornbostel und Cornelia Mohr (Hrsg.): *Elitenmacht*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stammer, Otto (1965): *Politische Soziologie und Demokratieforschung: Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie der Politik*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Stichweh, Rudolf (1992): Professionalisierung, Ausdifferenzierung von Funktionssystemen, Inklusion: Betrachtungen aus systemtheoretischer Sicht. S. 36-48. In: Bernd Dewe, Wilfried Ferchhoff und Frank-Olaf Radtke (Hrsg.): *Erziehen als Profession: Zur Logik professionellen Handelns in pädagogischen Feldern*. Opladen: Leske + Budrich.
- Stichweh, Rudolf (1996): Professionen in einer funktional differenzierten Gesellschaft. S. 49-69. In: Arno Combe und Werner Helsper (Hrsg.): *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stichweh, Rudolf (2005): Wissen und die Professionen in einer Organisationsgesellschaft. S. 31-44. In: Thomas Klatetzki und Veronika Tacke (Hrsg.): *Organisation und Profession*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- von Prittwitz; Volker (1994): *Politikanalyse*. Opladen: Leske + Budrich.
- Westenholz, Ann (1993): Paradoxical thinking and Change in the Frame of Reference. In: *Organization Studies* 14/1, S. 37-58.
- Wetzel, Ralf/Aderhold, Jens/Baitsch, Christof (2001): Netzwerksteuerung zwischen Management und Moderation: Zur Bedeutung und Handhabung von Moderationskonzepten bei der Steuerung von Unternehmensnetzwerken. In: *Gruppendynamik und Organisationsberatung* 01, S. 21-36.

## Autorenverzeichnis

**Jens Aderhold**, Dr. phil., Projektleiter im TP A4 „Professionalisierung lokaler Eliten“ im SFB 580 am Institut für Soziologie der Universität Halle; zudem Vorstand von ISInova e.V. Arbeitsgebiete: Elitenforschung, Professionalisierung, Netzwerktheorie und Kooperationsentwicklung, Innovations- und Organisationsforschung. Ausgewählte Publikationen: (2005) Innovation – Sozialwissenschaftliche Perspektiven. UVK. (zus. hrsg. mit R. John); (2005) Modernes Netzwerkmanagement: Anforderungen – Methoden – Anwendungsfelder. Gabler. (zus. hrsg. mit Meyer/Wetzel); (2007): Intention und Funktion: Probleme der Vermittlung psychischer und sozialer Systeme. VS-Verlag. (gem. hrsg. mit O. Kranz). (2009): Die Organisation in unruhigen Zeiten. Über die Folgen von Strukturwandel, Veränderungsdruck und Funktionsverschiebung. Carl-Auer (gem. hrsg. Mit R. Wetzel und J. Rückert-John)

**Helmut Fehr**, Dr. phil. habil., Professor für Soziologie an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Akademia Górniczo-Hutnicza (AGH- University of Sciences and Technology), Krakau (Polen). Arbeitsgebiete: Vergleichende Transformations- und Elitenforschung, Politische Soziologie, soziale Bewegungen und Europäische Studien. Publikationen (Bücher): Soziale Kontinuität und sozialer Wandel. Zum Erklärungsanspruch funktionalistischer Sozialstrukturanalysen, Frankfurt/M. 1979; Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen – Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR, Opladen 1996; (Mit-Hrsg. Bosch, Aida, Fehr, Helmut u.a.), Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Wiesbaden 1999; Eliten und zivile Gesellschaft in Ostmitteleuropa (1968 – 2007), (im Erscheinen 2008).

Email: fehrh@arcor.de

**Katrin Harm**, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin im TP A4 „Professionalisierung lokaler Eliten“ im SFB 580 am Institut für Soziologie sowie am Institut für Politikwissenschaften der Universität Halle. Arbeitsgebiete: Professionalisierung lokaler Eliten, Partizipationsforschung, Stadtsoziologie und Zivilgesellschaft. 2009 Durchführung der Bürgerumfrage Halle.

Email: katrin.harm@sfb580.uni-halle.de

**Tobias Jaeck**, Dipl.-Soz., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Professionalisierung lokaler Eliten“ im SFB 580 am Institut für Soziologie sowie am Institut für Politikwissenschaften der Universität Halle. Seit 2007 Mitarbeit bei der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt, Entwicklung des Sachsen-Anhalt-Monitors 2007 und 2009. Arbeitsschwerpunkte: Eliten-Bürger-Beziehungen in der Posttransformationsphase, Institutionenvertrauen, Legitimation und Stabilität des politischen Systems, Sozialstruktur-, Korrespondenz- und Lebensverlaufanalyse. 2009 Durchführung der Bürgerumfrage Halle.

Email: tobias.jaek@soziologie.uni-halle.de

**Philipp Korom**, PhD Candidate, Mag. Phil., geb. 1983, tätig zur Zeit: European University Institute, Department of Political and Social Sciences (SPS), Diplomstudium aus Psychologie an der Karl-Franzens-Universität Graz, empirische Forschungsarbeiten für das Interuniversitären Forschungszentrums für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) und das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung (ÖIBF); Publikationen: „Wo bleibt heute die Zeitung? Die Arbeits- und Lebensbedingungen von ZeitungsausträgerInnen, Innsbruck: Studienverlag“ (2006), Öffentliche Intellektuelle

in der österreichischen Presse, Graz: Universitätsverlag" (in Ausarbeitung). <http://philipp.korom.googlepages.com/>

Email: Philipp.Korom@EUI.eu

**Renate Liebold**, Dr. phil., wiss. Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Universität Erlangen. Arbeitsgebiete: Biographieforschung, Methoden, Geschlechtersoziologie und Kulturosoziologie. Promotion mit dem Thema ‚Partnerschaft und Familie aus der Sicht männlicher Führungskräfte‘ (2001, Westdeutscher Verlag). Von 2004 bis 2006 Habilitationsstipendiatin der Universität Erlangen, seit 2006 Mitarbeit im DFG-Projekt über „Ökonomische Eliten im Generationenwandel“ (Leitung: Markus Pohlmann und Gert Schmidt). Publikationen: (2005) „Meine Kinder fragen mich schon lange nichts mehr“. Die Kehrseite einer beruflichen Erfolgsbiographie, in: Zahlmann, S./Scholz, S. (Hg.): Scheitern und Biographie. Die andere Seite moderner Lebensgeschichten. Gießen: Psychosozial-Verlag. (2006): „Es gibt keine halbe Karriere“ – Das Dilemma der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus männlicher Perspektive, in: Werneck, H./Beham, M./Palz, D. (Hg.): Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Email: RLiebold@t-online.de

**Hilke Rebenstorf**, Dr. phil., Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie und Publizistik an der Freien Universität Berlin und der Universität Basel. Forschungs- und Lehrtätigkeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, der Freien Universität Berlin, der Universität Potsdam, Universität Haifa. Seit 2001 an der Universität Hildesheim, dort seit Mai 2007 Verwalterin der Professur für Soziologie. Arbeitsschwerpunkte: politische Soziologie, soziale Ungleichheit, Eliten, politische Sozialisation. Veröffentlichungen u.a.: Rebenstorf, H. (Hrsg.), Democratic Development? East German, Israeli and Palestinian Adolescents, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004; Bürklin, W.; Rebenstorf, H. u.a., Eliten in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997; Les élites politiques en Allemagne. Carrière et cohésion au cours du temps, in: Formation des élites en France et en Allemagne, hrsg. von H. JolyCegy-Pontoise : CIRAC 2005.

Email: rebensto@uni-hildesheim.de

**Tamara Scheer**, Dr. phil., Forschungsassistentin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, dzt. Bearbeitung eines Projekts der Landesverteidigungsakademie Wien/Institut für Strategie und Sicherheitspolitik über „Österreichische Erfahrungen mit Militärverwaltungen und Besatzungspolitik im Ersten Weltkrieg“. Publikationen: „When the Fighting Stops: The Austro-Hungarian Experience with Military Government in Occupied Territories during World War I.“ (Bratislava 2006); „An der Grenze. Der erste Einrückungstermin des Bundesheeres und der Einsatz während der Ungarnkrise 1956“ (Graz 2006, gem. mit Etschmann, Wolfgang, Schmid, Erwin).

Email: scheer.tamara@gmx.at

**Grit Straßenberger**, Dr. phil., wissenschaftliche Assistentin am Lehrbereich Theorie der Politik, Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie und Ideengeschichte, Demokratietheorie, Elitenforschung. Publikationen: (2005) „Über das Narrative in der politischen Theorie“, Berlin: Akademie-Verlag; (2006) „Deutschlands Eliten im Wandel“, Frankfurt a.M.: Campus (gem. herausgegeben mit Herfried Münkler und Matthias Bohlender).

Email: grit.strassenberger@sowi.hu-berlin.de

**Lars Vogel**, M.A., Projektmitarbeiter im Projekt A3 „Delegationseliten“ im Sonderforschungsbereich 580 "Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch"; Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Forschungsschwerpunkte derzeit: Soziologie politischer Eliten (Verhältnis von parlamentarischen und exekutiven Eliten, Einstellungswandel in sekundären Sozialisationsprozessen), politische Partizipation und Identität; jüngste Veröffentlichung: Role Perceptions, Party Cohesion and Political Attitudes of East and West German Parliamentarians, in: Czech Sociological Review 41 (2005) 3, S. 375-399 (mit M. Edinger).

Email: [lars.vogel@uni-jena.de](mailto:lars.vogel@uni-jena.de)